

Nr. 8 August 1984 E 8080 E
Diagnosen
Das zeitkritische Magazin
Presse
Medienbaron Rupert Murdoch
Trilaterale Kommission
Rockefellers Prahlereien
Bankers
Das Sterben der Illinois Continental-Bank
Prognose
Die geschlagenen Deutschen
Rex 84
KZs für US-Bürger
NATO
Die Totengräber Europas
US-Dollar
Spielen mit Billionen
Insider
Die Zahl des Tieres
DM 5,–
Österreich 45 öS
Schweiz 5,50 sfr
Vatikan:
Warnung vor einem neuen Babylon!
§ 30!

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Donnerstag des Vormonats.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 5,– einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 50,– einschließlich 7% Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– einschließlich Porto.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden.

Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstraße 27–29, D-2000 Hamburg 1, Telefon (0 40) 2 37 11-1, Telex 21 74829.

Vertrieb Ausland: Deutscher Pressevertrieb Buch Hansa GmbH, Wendenstraße 27–29, D-2000 Hamburg 1, Telefon (0 40) 2 37 11-1, Telex 21 62401.

Anzeigenverwaltung: Markt-Kommunikation Gesellschaft für Werben und Verkaufen mbH & Co., Abteilung Anzeigenverwaltung, Hohenzollernstraße 60, D-8000 München 40, Telefon (0 89) 33 40 13/14, Telex 05 29212 markt d.

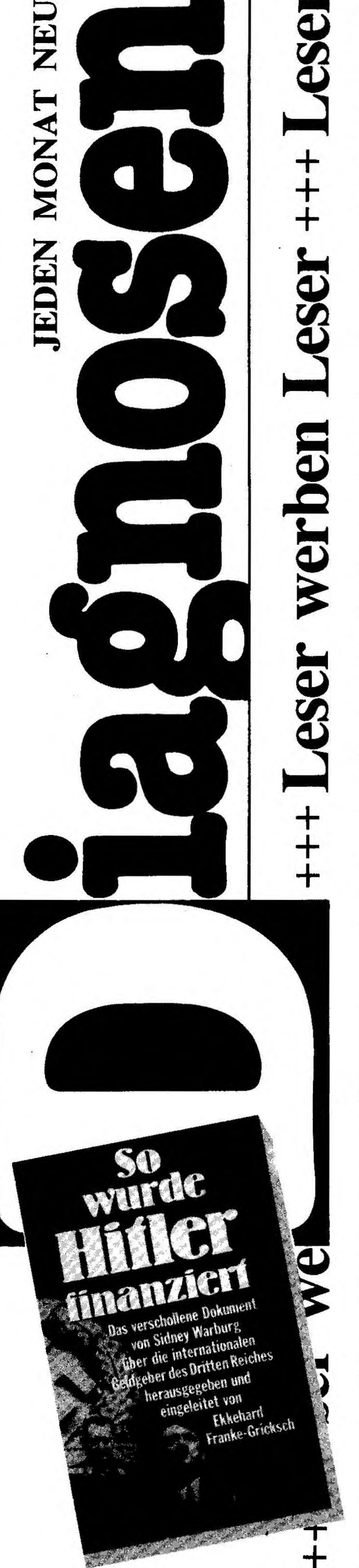
Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Limmatdruck AG., CH-8957 Spreitenbach



ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 30. August 1984 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber Diagnosen-Leser.

Sie gehören zu den Lesern dieses zeitkritischen Magazins »Diagnosen«, weil sie wissen wollen, was hinter den Kulissen im Welttheater gespielt wird.

Ob der künftige Weltkrieg – sie nennen es den »dritten Durchgang« – im Nahen Osten ausgelöst wird, bleibt dahingestellt. Das Ziel einer Gruppe Internationalisten ist die totale Vernichtung der alten Ordnungen vor allem in Europa.

Die Insider, Bilderberger, Trilateralen, Illuminati oder wie sie sich auch nennen mögen, glauben an eine »Neuerschaffung der Welt«. Sie haben darum die Französische Revolution, die russische Revolution, den Ersten Weltkrieg und den Zweiten Weltkrieg finanziert. Hitler haben sie mit 130 Millionen Reichsmark an die Macht geholfen. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie die offene und kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Wir brauchen jeden Leser, damit das Wissen, das wir Ihnen in dieser Zeitschrift zur Verfügung stellen, eine weite Verbreitung findet. Es ist die einzige Möglichkeit der Aufklärung über die geheimen Mächte, die im Begriff sind, uns zu beherrschen und zu vernichten.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten nennen, erhalten Sie als Prämie das Buch »So wurde Hitler finanziert – das verschollene Dokument von Sidney Warburg über die internationalen Geldgeber des Dritten Reiches«.

US-Bankiers finanzierten Hitler vor der Machtübernahme. Ein historisches Dokument, das nicht nur wegen der sogenannten Schuldfrage des deutschen Volkes, sondern auch wegen der richtigen Erkenntnis der politischen und geschichtlichen Realität unserer Zeit von brennender Aktualität ist.

Den neuen Abonnenten für »Diagnosen« nennen Sie uns bitte auf dem angeschließenden Abschnitt. Hat der neue Abonnent die Abbuchungsvollmacht ausgefüllt oder einen Verrechnungsscheck beigelegt, senden wir Ihnen das Prämienbuch sofort zu.

Vielen Dank.
Ihr

[signature]

Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN gew[illegible]

Senden Sie DIAGNOSEN ab .... bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 50,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– , der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnementgeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 50,– DM anbei (Ausland DM 60,– , Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bitte um Übersendung einer Rechnung

[illegible]

Datum

Unterschrift des [illegible]

Der neue Abonnent [illegible] Bestellung [illegible] Woche nach [illegible] gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde [illegible] D-7250 Leonberg, in schriftlicher Form zu [illegible]

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und [illegible] dafür das Buch »So wurde Hitler finanziert«. Der neue Abonnent [illegible] nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

In diesem H

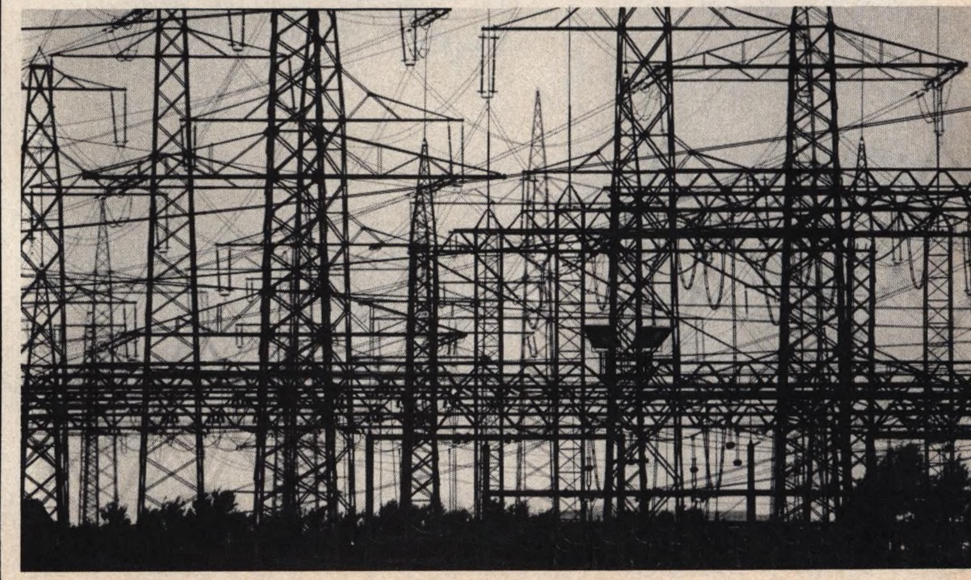


▲ Technische oder menschliche Fehler haben in den USA im Verlauf von 18 Monaten 151 gravierende Falschalarme ausgelöst. Westeuropa bleibt, nach dem Urteil von Mitterrand, »auf unabsehbare Zeit zur Verteidigung aus eigener Kraft unfähig«. Seite 22



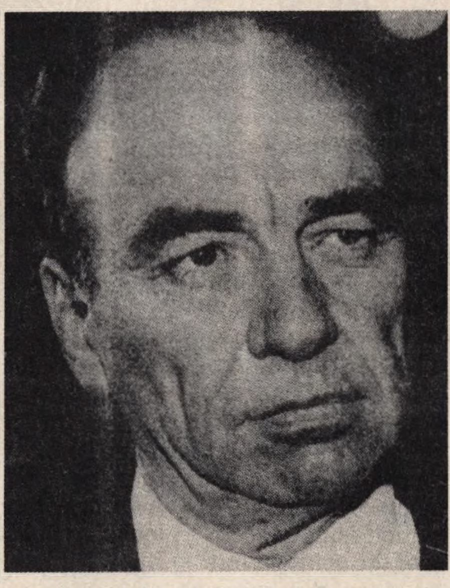
Als David Rockefeller, kurz nachdem ein Hund den Raum nach Bomben durchschnüffelt hatte, die Journalisten anläßlich der Tagung der Trilateralen in Washington begrüßte, lehnte er sich in seinen Sessel und beantwortete die Fragen der Presse. Seite 15 ▶

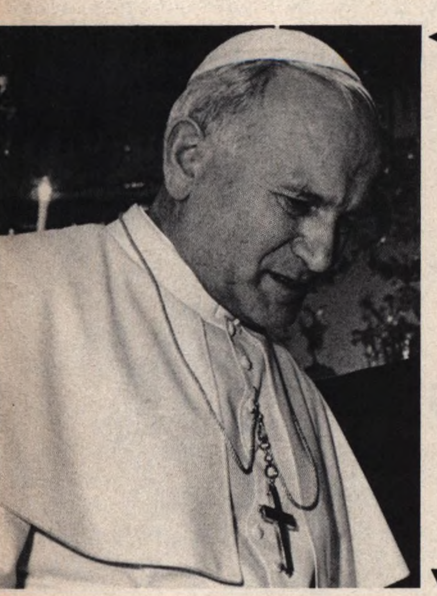
Futurologen gehen davon aus, daß sich in den neunziger Jahren die Bindungen zwischen Europa und den USA lockern. Die USA werden bis zum Jahr 2000 ihre Investitionen zurückziehen und dann wäre für Deutschland der Weg für eine Wiedervereinigung frei. Seite 12 ▼



eft lesen Sie:

Rupert Murdoch, der Medienbaron, der Au-▶ stralien und Großbritannien erobert hat und der stark in die europäische Medienlandschaft eingedrungen ist, hat jetzt sein Interesse auf die USA gerichtet. Amerikanische Medienanalytiker sehen Murdochs jüngstes Gebot auf einen 49,9 Prozent-Anteil an den Warner Communications, der Welt größten Multimedien-Unterhaltungskonzern, als besonders bedrohlich an. Wer ist Murdoch? Wie konnte er ein internationales Medienimperium aus zwei kleinen südaustralischen Zeitungen aufbauen? Von wem erhält er bei seinen Unternehmungen finanzielle Unterstützung? Warum stellt er als selbsterklärter Konservativer eine Büste von Lenin in sein Büro? Seite 24





◀ Vieles spricht dafür, daß sich der große Glaubensabfall, den der Apostel Paulus im zweiten Thessalonicherbrief vorausgesehen hat, jetzt vollzieht. Das Reich des Antichristen formiert sich. Wachsamkeit ist also geboten. In diesem Zusammenhang taucht auch die Frage auf, wer Papst Johannes Paul II. ist. Etliche Priester und Laien haben in ausführlichen Untersuchungen festgestellt, daß er eine Vielzahl von Irrlehren vertritt. Seite 32-43

Endlich biologisch denken. Das heutige Dilemma auf sämtlichen Lebensgebieten hängt mit der irrtümlichen Auffassung zusammen, daß keine regenerierende Kraft der Natur bestehe. Forscher und Ärzte belächeln höchstens die uns innewohnende Abwehr- und Regenerationskraft. Kein Wunder, daß viele bewährte Naturheilmethoden als überholt und altmodisch abgetan werden. ▼ Seite 62



Vertrauliches

Insider

Bilderberger tagten in Schweden

Das Jahrestreffen 1984 der Bilderberger fand in diesem Jahr in Saltsjöbaden bei Stockholm statt. Teilnehmer der Tagungen waren unter anderem General Bernard W. Rogers (Oberkommandierender der Nato), Lord Carrington (künftiger Nato-Generalsekretär), der schwedische Ministerpräsident Olav Palme, der britische Verteidigungsminister M. Heseltine, der Bonner Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Königin Beatrix der Niederlande. Das Präsidium führte wieder der ehemalige deutsche Bundespräsident Walter Scheel. Tagungsthemen waren vor allem das Nahost-Problem, die Abrüstung, die Nord-Süd-Beziehungen und die Ost-West-Beziehungen sowie das Mittelamerika-Problem. Zum Problem-Komplex Mittelamerika hielt der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger das Hauptreferat. An der Tagung nahmen ungefähr 120 Personen teil. Finanziert wird die Konferenz aus Gelder der Rockfeller-Stiftung und anderen Stiftungen sowie mit Mitteln von Bankkonzernen und Ölmagnaten aus den USA ☐

P 2

Der Anfang der Pyramide

Auf über 200 Seiten und in vier Kapiteln schildert der Bericht einer unabhängigen Untersuchungskommission das Wirken der italienischen Freimaurerloge P 2. Die von dem italienischen Christdemokraten Anselmi geführte Untersuchungskommission stellte vor allem fest, daß die aufgefundene 962 Namen umfassende Mitgliederliste der P 2 echt sei.

Zunächst war veröffentlicht worden, die Mitgliederliste wäre von dem inzwischen ermordeten Großmeister Gelli absichtlich verfälscht worden um die Ermittlungsbehörden zu irritieren. Da in dieser Mitgliederliste auch drei gegenwärtige Minister – P. Lono (Haushalt), Nicalassi (Öffentliche Arbeiten) und Rominta (Regionen) – aufgeführt sind, legten diese aus Protest gegen den Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission ihre Ämter nieder. Darauf erklärte sich Italiens Ministerpräsident Craxis mit den drei Ministern solidarisch, worauf zahlreiche christdemokratische und kommunistische Abgeordneten wegen Brüskierung die Sitzung des Parlaments verließen.

In dem Untersuchungsbericht wird die Verwirklichung der Freimaurerei in den mißlungenen Staatsstreich des Obersten Valerio Borghese, der Bombenanschlag auf den Fernschnellzug Italicus und die Bombenattentate auf der Piazza della Loggia in Brescia dargelegt.

Zu den Mitgliedern der Loge P 2 gehörten Politiker aller Parteien. Daneben waren folgende Berufe in der Mitgliederliste auffallend häufig vertreten: Spitzen-Beamte, Journalisten, Bankiers, Verleger, Richter und Mitarbeiter italienischer sowie ausländischer Geheimdienste und Polizeibeamte der Kriminalpolizei.

Allerdings legt der Untersuchungsbericht nicht die Spitze der sogenannten Pyramide bloß, sondern nur das untere Ende. Zum Beispiel wurden zahlreiche christdemokratische Politiker in der Freimaurerei in diesem Zusammenhang einfach vergessen aufzuführen. ☐

Militärhilfe

Die besseren Syrer

General Mustafa Tlass, syrischer Verteidigungsminister, ist fest davon überzeugt, daß durch die neuerliche Aufstellung von sowjetischen Luftabwehrraketen von Typ SAM 5 der syrische Luftraum nahezu unverletzlich geworden sei. Er betonte, daß die Gerüchte absolut unwahr seien, wonach die sowjetische Bedienungen dieser Raketenbatterien sowie die sonstigen Berater in Syrien autonom seien und nur dem sowjetischen Botschafter unterständen. Tlass: »Alle sowjetischen Berater und die Bedienungsmannschaften des sowjetischen Kriegsgerätes unterstehen mir allein. Sie funktionieren besser als meine Syrer.« ☐

Öl

Insider-Hilfe für China

Die Volksrepublik China hat bisher von der Weltbank eine Milliarde Dollar bekommen, und es werden ihr 1984 weitere 2,4 Milliarden Dollar zukommen. Davon tragen 25 Prozent die USA. Private US-Investitionen in China liegen inzwischen bei über 400 Millionen Dollar. Daneben unterstützen die USA die Erdölexploration vor den chinesischen Küsten. Das Land genießt jetzt auch den Vorteil der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA. China konnte seine Ausfuhr in die USA um 3,8 Prozent erhöhen, andere Länder brachten es nur auf ein Prozent. ☐

Freundschaft

Hammers Liebe zu den Kommunisten

340 Millionen US-Dollar will der sowjet-freundliche amerikanische Industrielle Armand Hammer, der schon bei Stalin, Chruschtschow und Breschnew gern gesehener Gast gewesen ist, in ein amerikanisch-chinesisches Industrieprojekt zur Schaffung der größten Kohleförderanlage der Welt in der Nähe von Peking investieren. Hammers »Occidental Petroleum Corporation« wird diesen Betrag in das insgesamt 540 Millionen Dollar berechnete Projekt einbringen, die restlichen 200 Millionen Dollar sollen von der Volksrepublik China – die sie wiederum von westlichen Geldgebern leihen will – eingebracht werden. Die Hälfte der geförderten Kohle wird in China verbraucht, die andere Hälfte wird exportiert, um auf dem Weltmarkt Devisen einzubringen. ☐

Rüstung

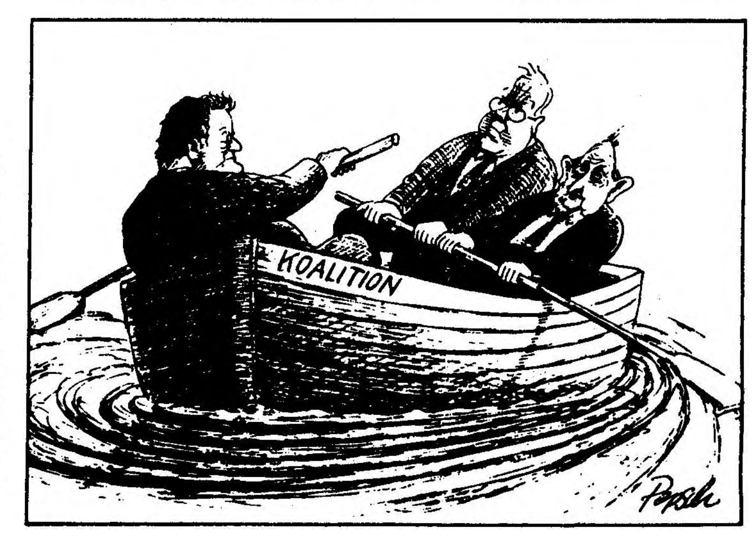
Geschäfte gehen weiter

Die USA haben im Jahr 1983 für 800 Millionen US-Dollar Waffen an Taiwan geliefert, was wesentlich über den Lieferungen der Vorjahre liegt. An Taiwans Luftwaffe sollen noch mehrere Geschwader F-16-Jäger geliefert werden. Obwohl in der gleichen Zeit nur für unter 17 Millionen Dollar Waffen an die Volksrepublik China gebracht wurden, fühlt sich Taipeh gefährdet. ☐

Konkurrenz

Öl-Boykott für den Sieg

Der irakische Außenminister Tarik Aziz versucht in vertraulichen Gesprächen mit den Westmächten zu erreichen, daß diese kein Erdöl mehr vom Iran kaufen beziehungsweise, daß sie es nur in Kompensation mit Bau-



werken, Kraftwerken und Staudämmen abnehmen, nicht aber in bar oder mit Waffenlieferungen bezahlen. Wenn der Iran nicht ständig so viel Waffen kaufen könne, wäre der Krieg schon längst zu Ende. Daran sind die Westmächte und auch die USA mit Sicherheit interessiert, denn ein iranisch-islamischer Sieg über den Irak wäre für den Westen einschließlich Israel nicht zu verkraften. □

Zionismus

Die kapitalistische »Mißgeburt«

Ein »Anti-Zionistisches Komitee der Sowjetgesellschaft« wurde in Moskau gegründet. Nach der üblichen Praxis hat man einige vom Glauben abgefallene Sowjetjuden an die Spitze des Vereins gestellt. Die Judenverfolgung in der UdSSR wird strikt geleugnet, man kämpft nicht gegen Juden, sondern nur gegen den Zionismus, der als rassistische, reaktionäre und imperialistisch-kapitalistische Mißgeburt zu gelten hat. □

Heldentod

Schicksal eines Generals in Afghanistan

Ein sowjetischer General ist den Aufständischen in Afghanistan in die Hände gefallen. Sowjettruppen machten große Anstrengungen, den General wieder zu befreien. Bei diesen Kämpfen wurden über 150 Aufständische getötet. Als ein Erfolg der Sowjettruppen nicht mehr auszuschließen war, erschossen die Freiheitskämpfer ihren Gefangenen. □

Karriere

Vom Bombenleger zum Realpolitiker

Der Hauptagitator der Studentenunruhen im Jahr 1968, Herausgeber der Neuen-Linken-Zeitschrift »Pflasterstrand«, Daniel Cohn-Bendit, ist den hessischen Grünen als Mitglied beigetreten. Der Frankfurter Grüne und Stadtverordnete Manfred Zieran meinte: »Vom Bombenleger zum Realpolitiker«.

Die APO, die die studentische Jugend 1968 in die Revolte trieb, ist seit Jahren hauptsächlich in die SPD eingesickert und hat auf dem angekündigten »Marsch durch die Institutionen« inzwischen in vielen Fällen mittlere und hohe Beamtenposten wie Lehr- und Richterstühle besetzt. □



Wetterkrieg

Erdbeben durch Atombomben-Versuch

Die Serie von Erdbeben in Umbrien hat an den in dieser mittelitalienischen Region besonders zahlreichen Kunstschätzen nach Ermittlungen Schaden in Höhe von etwa 50 Milliarden Lire – 82,6 Millionen DM – angerichtet. Nach Ansicht von Professor Heinz Kaminski, Direktor des Institutes für Umwelt- und Zukunftsforschung in Bochum, stehen die Erdbeben in Umbrien offensichtlich in direktem Zusammenhang mit unterirdischen Kernwaffen-Experimenten der Sowjetunion im Raum Semipalatinsk. Dort wurde am 25. April 1984 um 1.16 Uhr eine »Untergundexplosion durchgeführt, die einem Erdbeben der Stärke 6,8 auf der Richterskala« entsprach. Kaminski betonte, derartige unterirdische Kernwaffen-Experimente seien – zusätzlich noch auf einer tektonischen Störungslinie, die von Semipalatinsk über Nordpersien, Türkei, Griechenland, Mittel- und Süditalien bis nach Algerien reicht – offensichtlich in der Lage, vorliegende Verspannungen in der Erdkruste spontan aufzulösen. □

Islam

Neuer Tarnname für Terroristen

Eine »Organisation der Islamischen Aktion« – ein neuer Tarnname für syrische Terroristen in Zusammenarbeit mit Libyen – hat in Nikosia auf Zypern mit einem Sprengstoffanschlag die Regierung von England und Frankreich zu bedrohen versucht, indem ihr natürlich anonymer Sprecher per Telefon erklärte, daß »alle Regierungen, die Irak und den Ministerpräsidenten Saddam Hussein weiter unterstützen und mit Waffen beliefern, mit militärischen Aktionen rechnen müssen. Wir werden den Verrat an den Interessen des Islam zu rächen wissen.« Zunächst sollen, wie mitgeteilt wurde, die irakischen Vertretungen in Rom, Paris, Bangkok und London angegriffen werden. □

Panzer

Iran kauft in Bonn

Der Iran beabsichtigte, über die Bundesrepublik Deutschland 250 US-Kampfpanzer des Typs M 48 zu kaufen, die die Bundeswehr vor der Einführung des Leopard benutzte. Die Beauftragten des Käufers haben 1,1 Millionen DM pro Stück geboten, was für gebrauchte Panzer ein guter Preis ist.

Der deutsche Hubschrauber Typ BO 105 ist bereits über Spanien in den Iran geliefert worden. US-Flugabwehrraketen sind über Südkorea nach Teheran gebracht worden. Der Iran ist genötigt, auch über »feindliche Staaten« – in diesem Falle Israel – Waffen und Munition zu kaufen. □

SPD

Klassenkampf mit bürgerlichem Paradepferd

Der rechte Flügel der deutschen SPD ist fast verschwunden. Seit Ende des Ersten Weltkrieges war diese Partei nicht so linkslastig wie heute. Der Ausfall und Rückzug von der politischen Bühne von altbewährten und verantwortungsbewußten Politikern wie Helmut Schmidt, Franke, Georg Leber und Matthöfer hat jetzt zum Übergewicht des linken Flügels geführt. Kein Repräsentant der Richtung Schumacher-Erler ist mehr aktiv.

Die Linken – Brandt, Klose, Lafontaine, Eppler, von Oertzen, Voigt, Scherf, Ehmke – können die Partei Friedrich Eberts jetzt ungehindert in eine Klassenkampfpartei umfunktionieren, wobei Jochen Vogel gerne als sogenanntes »bürgerliches Paradepferd« eine Tarnfunktion übernimmt. Das Godesberger Programm, das einst die Abkehr von der Klassenkampfpartei und die Hinwendung zur staatstragenden Volkspartei signalisierte, wird unter angeblicher Fortschreibung langsam und lautlos in der Schublade verschwinden. □

Der Kommentar

Streben nach Gott-Gleichheit

Ekkehard Franke-Gricksch

Heute, im Jahr 1984, scheint es, als wären wir über manche Vision George Orwells schon hinausgelangt. Wir sind auf jeden Fall vom Weltfrieden so weit entfernt wie nie. Nicht einmal die Türken und die Griechen können sich vertragen. Im Nahen Osten stehen sich unversöhnbar erscheinende Gegensätze vielfältiger Art gegenüber. Das Verheerende dabei ist, daß man sich dies alles nicht bewußt machen kann, und daß die in jedem Land herrschende Propaganda gerade das nicht Wahre verbreitet.

Diese Situation ist geradezu grotesk. Da laufen Hundertausende von jungen Iranern in die Gewehrmündungen der Iraker. Sie glauben alle an den Islam, aber sie kennen den Islam überhaupt nicht. Da kämpfen Israelis gegen Syrer oder Schiiten gegen Sunniten, aber die gemeinsamen Wurzeln ihrer eigenen Religion sind ihnen unbewußt geworden. Alles Zerstörische geschieht im Unbewußten.

Wir haben nur diese Erde

Die Großmächte rüsten weiter auf, dazu suchen sie ständig neue Verbündete und raufen sich bald um jeden Flecken Erde. Bald stehen sich außerdem Indien und China atomar bewaffnet gegenüber, dabei können beide Staaten ihre Völkermassen nicht einmal ernähren. Kann man eine solche Blindheit noch überbieten? Einer ist so verbohrt wie der andere, eine Ideologie so kurzsichtig wie die andere.

Nationalismus, Kommunismus, Kapitalismus, Amerikanismus, religiöser Fanatismus – lauter Ismen scheinen diese Welt zu beherrschen. Soll es da noch Menschlichkeit geben?

Überall sucht man heute nach vernünftigen Kompromissen mit der Natur und erkennt die Gefahren der Umweltzerstörung. Aber wir haben nicht nur die Umwelt zu retten – sondern diese unsere Welt. Wir müssen das Leben retten. Wenn der Atomkrieg kommt, dann gibt es keine Chance. Wenn die weltweite Großindustrie so weitermacht wie bisher, dann helfen alle Bemühungen im kleinen nichts, so gut und notwendig diese sein mögen. Wir kommen nicht daran vorbei, die Dinge beim rechten Namen zu nennen.

Wir kommen nicht am harten Kern vorbei, der die ganze Neuzeit prägte: der Mensch macht sich selbst zum Gott, ohne Gott zu kennen. Er hat keine Ahnung von den Prinzipien, auf denen der Kosmos steht und wodurch Leben überhaupt erst möglich wird, dennoch will er es besser machen als das Weltgesetz. Er zerstört diese Erde, weil er an seine eigene »Allmacht« glaubt, und solange er dieser unbewußten aber größten und mächtigsten Religion anhängt, gibt es auch keinen Ausweg aus der tödlichen Sackgasse, in die alles Leben gekommen ist.

Das Böse wird täglich mächtiger

Unser Stern ist zwar nur einer unter vielen Milliarden, aber wir haben nur diesen einen Stern und zu den anderen Milliarden ist noch kein Weg zu sehen. Die Menschheit muß also zur Einsicht kommen. Aber was wir zur Zeit miterleben, das ist ein Selbstvernichtungs-Mechanismus, der durch das Streben nach Gottgleichheit ausgelöst und unterhalten wird.

Kaum einer will das auch nur zugeben. Sie sind alle so gut, die Zerstörer dieser Erde! Die einen sind so religiös und gehen jeden Sonntag in ihre Kirche oder sie beten zu ihrem alleinigen Gottes-Abbild. Die anderen sind moderne Atheisten, sie beten den Gott der reinen Ratio an, ohne daß sie es merkten. Es gibt überall nur ideal gesinnte Kommunisten, Christen, Rationalisten, Forscher und Helfer der Menschheit. Wie kommt es dabei nur, daß trotzdem das Böse täglich mächtiger wird und der hausgemachte Welt-Untergang droht? Es muß sich demnach um eine gewaltige Verkennung der Realitäten handeln, bei den Gläubigen wie bei den Ungläubigen.

Um eine geistige Grundlage zu schaffen für eine Zukunft, die wirklich in den Kosmos weist, müssen wir auch die kosmischen Gesetze kennen. Wir müssen uns darauf einigen können, daß es unbezweifelbare Wahrheiten gibt, auch wenn sie der menschlichen Vernunft nicht zugänglich sind. Sie sind der menschlichen Vernunft nicht zugänglich, weil das Denken selbst sich nur in Gegensätzen bewegt. Solange wir aber in den Gegensätzen bleiben, können wir auch keine endgültige Wahrheit erreichen.

In der Tat stehen die Religionen hier als ein Ersatz da, allerdings war das durchaus kein schlechter Ersatz. Denn die Religionen enthalten in ihrem guten Kern schon die Lehre von der Überwindung der Gegensätze. Sie wollen die Einheit von Mensch, Natur und Gottheit herstellen, die lebendige und also kosmische Einheit. So wie einst die großen Religionen alles nur Magische bannen wollten, so möchte heute die Wissenschaft die Alleinherrschaft antreten.

Wenn es für uns eine Zukunft geben soll, dann müssen die Religionen die gemeinsame universale Weltreligion in sich suchen, finden und herstellen. Die Wissenschaft muß den Weg finden, auf dem sie sich von den tödlichen Technologien trennt.

Uniformität ist keine Einheit

Wir müssen uns auch von einer falschen Gottes-Idee trennen, die die Ungleichheit beseitigen will. Sie tritt als sozialer Wahn auf, als kommunistischer Einheitsgedanke, als amerikanische Lebensart, als islamische Weltherrschaft. Die falsche Gottes-Idee kann tausend Gesichter haben. Aber es ist und es bleibt die falsche Gottes-Idee: die Idee einer Einheit und Gleichheit nämlich, die nicht wirklich Existenz besitzt.

Es ist zu bezweifeln, ob sie in Gott selbst existiert; ganz sicherlich nicht in der Form, in der sie uns die Fanatiker von allen Seiten aufzwingen wollen. Sie haben eine absolute Idee, und da-



Wenn der Mensch die Natur zerstört, hat er auch die Grundlage seines Glaubens vernichtet. Foto: Achensee-Region.

mit wollen sie die Welt erlösen. Aber diese Idee ist falsch. Es findet sich auch sogleich immer der Gegensatz. Warum können sich denn Juden und Araber nicht einig werden? Oder Amerikaner und Russen? Oder Kommunisten und Kapitalisten? Sie werden sich nicht einig, aber, seltsam genug, sie werden sich alle immer ähnlicher.

Die ganze Welt wird immer uniformer. Die Großstädte dieser Erde sehen fast alle gleich aus. Die Staaten wursteln alle nur vor sich hin und machen Schulden. Eine politische Perspektive haben sie keine, aber dafür reichlich viele fantastische und fanatische Vorbilder und Zukunftspläne. Sie haben alle keine Ideen mehr und deshalb auch keine Möglichkeiten. Ohne Möglichkeiten aber verlieren wir Menschen den Bezug zu jeder Wirklichkeit.

Uniformität ist keine Einheit, so wie die Atomindustrie kein Weg in eine Zukunft ist. Mit einem Wort: man will nichts mehr tun, aber alles sein und alles haben. Kann eine solche Rechnung je aufgehen? Niemals. Sie kann nur in Gott aufgehen, wir aber sind nicht Gott.

Ungeheure Mächte wollen uns vernichten. An dieser Erkenntnis führt kein Weg vorbei. Aber diese Mächte können dennoch benannt und so auch gebannt werden. Der Mensch ist nicht völlig hilflos ausgeliefert. Es wird davon abhängen, wieviele Menschen das Zukünftige wollen, wieviele das Rechte ergreifen werden.

Die Weltkrise ist also eine religiöse Krise. Es ist die absolute Fortschritts-Religion in jeder Form, die die Menschheit in den Abgrund zu reißen droht. Besonders die westlichen Weltreligionen haben diesen Prozeß lange vorbereitet und eingeleitet. Man will es nicht wahrhaben, daß die Gegensätze auseinander hervorgehen; daß also der Kommunismus nichts anderes sein kann als eine Folge des verkehrt gewordenen Christentums. Der Wissenschaftsaberglaube ist wiederum eine Folge des Niedergangs aller Religionen.

Die Religionen konnten die Probleme dieser Welt zu wenig lösen, darum machte sich die Wissenschaft so stark. Aber im allerletzten Grund liegt noch tiefer das Streben des Menschen nach völliger Gottgleichheit – das ist das eigentliche und letztlich auch einzige Böse. Daran krankt die Welt, und keine Ideologie kann sie da retten.

Sehnsucht nach Leben

Wir sind nicht Gott: Wir müssen darum gegen das Böse, dem Streben nach Gottgleichheit, kämpfen. Wenn wir das nicht tun, so wird es immer gewaltiger werden, maßlos und ohne Grenzen. Nicht nur die Atom-Industrie beweist uns das täglich aufs neue. Das Böse ist allumfassend. Man müßte es von allen Seiten packen können.

Aber wie soll das möglich sein? Vielleicht werden wir etwas erreichen, indem wir die Tierversuche unterbinden? Oder sollen wir lieber in der Türkei protestieren, weil dort Menschen grausam zu Tode gefoltert werden? Sollen wir die Vergiftung der Meere anprangern oder besser den Präsidenten von Frankreich anklagen? Müssen wir nicht endlich etwas tun gegen die Mafia oder gegen die deutschen Industriekonzerne und Chemie-Giganten? Wie stoppen wir das Waldsterben, oder wie bringen wir das Dioxin wieder aus den Mülldeponien? Diese Liste kennt kein Ende mehr. Es mag hier und dort etwas erreicht werden, aber die Menschenvernichtungs-Maschine weicht um keinen Millimeter je zurück und sie wird niemals weichen!

Die inneren Widersprüche der Industrie-Nationen werden von Tag zu Tag schrecklicher. Die Menschen sehnen sich zurück nach einem Stück Natur, nach einem Stück echtem Leben. Doch dafür müssen wir kämpfen. Nicht mehr mit Worten oder Symbolen, denn darauf hört die Vernichtungs-Maschine nie. Wir können noch so gute Argumente anbringen, im ganzen bewirkt dies gar nichts. So ist auch dem Staats-Terror nicht beizukommen.

Was die Zukunft der Menschheit betrifft, so kann man dies auf die einfache Formel bringen: ohne Natur gibt es keine Kultur. Wenn die Natur zerstört ist, dann ist auch die Grundlage jeglichen Glaubens zerstört. Die Religionen können sich nicht mehr erneuern, weil ihnen die natürliche Basis fehlt. Die Kulturen können nicht mehr blühen, weil alles Natürliche zerstört wird. Wo soll da das Leben noch einen Platz haben?

Die Umkehr des Menschen ist immer Rückkehr zur Natur. Die Natur steht über aller Kultur, weil sie ein direkter Abglanz der göttlichen Herrlichkeit ist. Der ermordete Johannes Paul I., der Albino Luciani-Papst, sagte nach seiner Wahl zum Papst folgendes:

»In dem gemeinsamen Bemühen, auf die bohrenden Fragen der Zeit verantwortungsbewußt einzugehen, ist die Kirche aufgerufen, der Welt jene seelische Ergänzung zu bieten, nach der von allen Seiten gerufen wird und die allein das Heil sichern kann. Das erwartet sich die Welt von heute: sie weiß sehr wohl, daß die Perfektion, zu der es Wissenschaft und Technik gebracht haben, einen Höhepunkt erreicht hat, hinter dem ein furchtbarer Abgrund lauert. In der Versuchung, sich in seiner Selbstbestimmung, die keine moralische Gebote mehr kennt, an die Stelle Gottes zu setzen, läuft der Mensch nunmehr Gefahr, die ganze Erde in eine Wüste zu verwandeln, den Menschen auf einen Automaten zu reduzieren und zu verändern, wobei nicht selten totbringend wird, wo Gott das Leben wollte!«

Der Mensch kennt keine Grenzen

Nichts in den Kirchen wie Religionen entspricht dieser angenommenen Herausforderung heute. Die Stimmen der Menschlichkeit und der Wahrheit sind verstummt. Darum herrscht nun der Terror ohne Ende. Terror und Krieg!

Es gibt unzählige Menschen, die zu Maß und Mitte raten und Kompromisse schließen möchten. Aber es kann diese Kompromisse nicht geben, weil das Programm der Super-Maschine einfach lautet: »Vernichtung des Lebens!« Die Groß-Technologie kennt keine Gnade mehr, die Groß-Industrie kann gar keine wirklichen Kompromisse schließen. Wenn sie ihre Schornsteine entgiften, so wird die Radioaktivität zunehmen, wenn sie die alten Atommeiler schließen, so werden sie weiterhin die Kernfusion anstreben, wenn sie diese erreicht haben, dann sind sie noch lange nicht am Ende. Eine Grenze kennen sie nicht. Sie gehen ins Unendliche. Sie müssen es, weil es gegen die Fortschritts-Religion keine Gegen-Religion gibt. Es gibt kein Gegengewicht mehr zur Raserei der ganzen Untergangs-Technik.

Wir nehmen den Kampf an allen Fronten auf. Wir nehmen diese Herausforderung an, die auch eine Herausforderung Gottes ist. Und wäre dieses Böse gar Gottes Wille, wie man uns weismachen möchte, dann werden wir auch gegen Gott kämpfen; ganz bestimmt gegen den falschen Gott der Kirchen und der Sekten und der Teufelsanbeter. Wir fürchten nichts. Wenn Gott selbst die Welt vernichten will, so wird er uns rechtzeitig töten. Aber wenn er die Weltmörder durch uns töten will, dann wird dies auch gelingen.

Millionen Hungernde und Ermordete in der ganzen Welt klagen diese Industrie-Nationen an und ihre zerstörerische Technik. Millionen der dritten Welt wissen keinen Ausweg. Immer mehr Völker sehen den Ruin vor sich. Wie soll das weitergehen? Durch neues Schuldenmachen? Sollen wir Wechsel bis ins Jahr 2500 ausstellen?

Unser Wunsch sollte sein, daß diese Welt umkehrt. In diesem Punkt gibt es keine Kompromisse. Es geht um Sein oder Nicht-Sein des ganzen Planeten. Wir sollten uns von Geschäftemachern nicht einreden lassen, daß sie neue »maßvolle« Technologien gefunden haben. Sie haben die ganze Welt in einen Supermarkt verwandelt, und die meisten ihrer Geschäfte sind Verbrechen. Wir machen dabei keinen Unterschied zwischen dem sogenannten Kapitalismus oder dem real existierenden Sozialismus. Sie leben alle nur von Lügen, sie setzen alle auf den Fortschrittswahn und bauen täglich weitere Raketen-Abschußrampen. Sie werden die letzten Menschen erst töten müssen, wenn sie in ihrer Hölle unter sich bleiben möchten. Sie ahnen nicht, wie nahe sie ihrer Verdammnis schon gekommen sind. Sie kämpfen gegen Gott, aber Gott hat begonnen, gegen sie zu kämpfen. Sie sind eine gewaltige Macht, aber die Allmacht steht gegen sie. □

Zitate

Angeberei

Alexander Solschenizyn, Literatur-Nobelpreisträger: »Da gibt es umfangreiche Informations-Theorien über die Sowjetunion, die der sowjetische Bürger hören sollte; eben diese Themen, die die amerikanischen Rundfunkhörer entweder nicht in Anspruch nehmen müssen oder wollen. Statt dessen werden ausführliche Sendungen über die jüdischen Auswanderer aus der Sowjetunion gebracht. Jede halbe Stunde wird über die Auswanderer berichtet: Wie es ihnen in Amerika gefällt, wie sie Arbeit fanden, wieviel sie verdienen, wie ihre Häuser eingerichtet sind. Das ist im Grunde nicht schlimm. Aber es wird übermäßig hochgespielt und verdrängt die so wichtige Information über die Lage in der Sowjetunion. Welche Gefühle löst das im Sowjethörer aus? Erbitterung. Die meisten Sowjetbürger können nicht in den Westen auswandern. Das können nur eine beschränkte Zahl von Juden. Warum dann diese Angeberei, wie gut es ihnen hier geht? Das ist taktlos! Der sowjetische Arbeiter, der Bauer, der Soldat, sie alle leben unter unerträglichem Druck, aber niemand erzählt über ihr Leben. Die Auswanderer-Presse hat leichten Zugang zu dieser Art Information, und diese könnten ohne besondere Schwierigkeiten in die Sowjetunion gesendet werden. Aber das würde gegen die Politik des Außenministeriums verstoßen. Die Sowjetregierung könnte böse werden und auf den Kauf der modernen US-Electronics verzichten.«

Mammon

Felipe Gonzales, spanischer Ministerpräsident: »Der Kapitalismus ist das geringere Übel, das einzige System, das funktioniert.«

Adenauer

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Adenauers Sorge galt dem Wiederaufleben des Mißtrauens gegen Deutschland, das durch einen neuen deutschen Nationalismus, durch kurzsichtigen Pazifismus und Neutralismus ausgelöst werden könnte. Dem zu begegnen und die deutsche Demokratie abzusichern, galt Adenauers Politik der Westintegration.«

Mandat

Dr. Ernst Benda, früherer Präsident des Bundesverfassungsgerichts: »Wenn ein Abgeordneter für seine eigene Amnestie stimmt, ist das dem erwähnten Mißbrauch des Mandats in gewinnsüchtiger Absicht, also der Erzielung finanzieller Vorteile, zumindest gleichzusetzen.«

Erfahrung

Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister: »Die Sowjetunion zahlt niemals für Dienste, die man im voraus leistet.«

Ziele

Ronald Reagan, Präsident der Vereinigten Staaten: »Es scheint mir nicht zu nutzen, ihnen zu sagen, daß ich in meinem Leben vier Kriege erlebte. Und ich kenne niemanden innerhalb oder außerhalb der Regierung, der entschlossener ist, den Frieden zu erreichen, als ich. Mein Ziel ist die völlige Beseitigung von Kernwaffen. Wenn wir diese Leute (die Russen) an den Tisch zurückbekommen und den Weg zum Abbau betreten, dann mögen sie herausfinden, wie vernünftig es wäre, diese Waffen zu beseitigen.«

Berlin

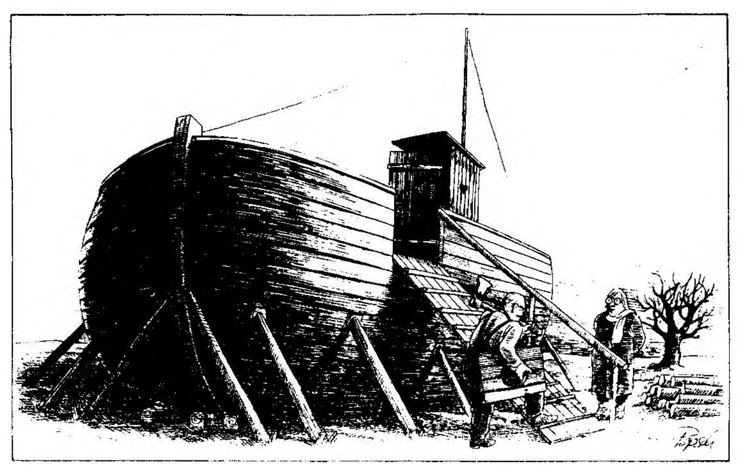
Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Berlin ist nicht primär eine nationale Aufgabe im Sinne dessen, daß wir für Berlin Opfer bringen oder politisches Verbandsmaterial zur Verfügung zu stellen haben. Vielmehr hat Berlin eine nationale Aufgabe, die wir in beiden Teilen Deutschlands brauchen. Berlin ist für die Deutschen in Ost und West Ausdruck der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft. Darüber hinaus ist Berlin in seiner heutigen Lebensrealität eine Metropole, in der wir manche Probleme früher und schärfer zugespitzt vorgeführt bekommen, aber auch besser und manchmal schneller lernen können, wie man in einer freien Gesellschaft miteinander leben kann. Und ich freue mich darüber, daß die Zuversicht zur eigenen Kraft Berlins und die Freude an einer Tätigkeit, an einem Leben in Berlin wieder gewachsen ist. Und dieser Entwicklung werden sich die Bundesorgane im allgemeinen und der Bundespräsident im besonderen weiter verpflichtet fühlen.«

Humanität

François Mitterrand, französischer Staatspräsident: »Es ist die Pflicht eines jeden Staates, was immer seine augenblicklichen Interessen auch sein mögen, sich unerschütterlich für die Menschenrechte einzusetzen.«

Sibirien

Anatoli Martschenko, politischer Gefangener im Lager VS–389/35 in Sibirien: »Weder der Staat noch die Steuerzahler kommen für den Unterhalt der sowjetischen Gefangenen auf. Nahrung, Kleidung, ja selbst Stacheldraht und Gefängniswärter, werden mit Geld finanziert, das man von unserem Lohn abzieht. Für das Spülwasser, das Suppe genannt wird, muß ein Rubel pro Tag gezahlt werden. Schon deshalb haben wir einen Anspruch auf korrekte Ernährung ohne Beilage von Würmern.«



»Ich habe etwas gegen Leute, die tun nichts, haben aber beim Gedanken an die Zukunft die Hose voll.«

One-World

Richard Nixon, ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten: »Wegen unvereinbarer Differenzen können die Regierung der USA und die der Sowjetunion nie Freunde sein. Aber wir können uns auch nicht leisten, Feinde zu sein. Es ist in den USA keine öffentliche Unterstützung für höhere Verteidigung und Wiederherstellung der Kräftebalance mit Moskau zu erzielen, wenn diese Vorlagen nicht mit Initiativen auf dem Abrüstungssektor verbunden werden.«

Vormund

Karl Carstens, ehemaliger Bundespräsident: »Ein von Amerika abgesetztes Europa kann und soll es nach unserer Auffassung nicht geben.«

Liberal

Wolfgang Mischnick, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion: »Ich gehe nie so weit, vorherzusagen, was ich in zwei Jahren tue, und umgekehrt schließe ich nie vorher aus, was ich dann vielleicht machen werde.«

Göttlicher Wille

Scheich Ahmad Shebli, Freitagsprediger der libanesischen Gemeinde in Edmonton, Kanada: »Die islamische Revolution im Iran ist ein Zeichen göttlichen Willens. Sie hat den Moslems in aller Welt Mut gemacht«.

Hauptfeind

Hodschatoleslam Hashemi Rafsanjani, Parlamentspräsident des Iran: »Der Iran hat immer versucht, eine Ausweitung des Krieges auf andere Staaten zu verhindern. Sollten aber die USA in den Krieg direkt eingreifen, so ist der Iran bereit, gegen seinen Hauptfeind zu kämpfen.« □

Die Totengräber Europas

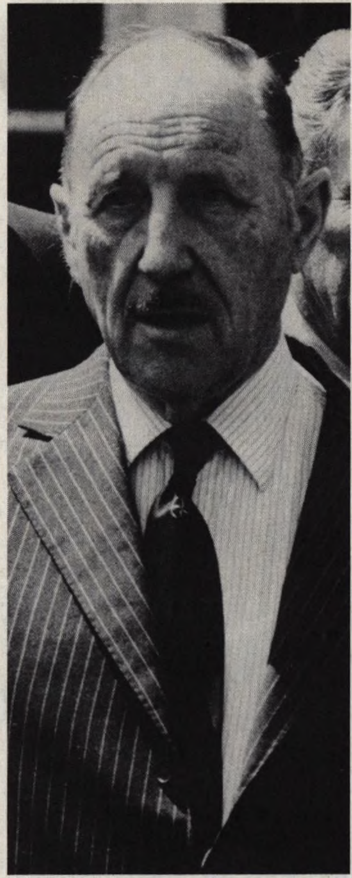
Es ist soweit! Joseph Luns tritt seinen Posten als Generalsekretär der Nato an Lord Carrington, den ehemaligen britischen Außenminister ab.

Joseph Luns war seit 1971 Nato-Generalsekretär und vorher fünfzehn Jahre lang niederländischer Außenminister. Sein Lebenslauf enthält sehr viel Erstaunliches, aber auch so manches, was sich gar nicht miteinander vereinbaren läßt.

Mitglied des Großorients

Geboren wurde Luns am 28. August 1911 und verheiratet ist er mit der Baronin E. C. Heemstra. Er war im niederländischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten tätig und zwar zunächst in Bern von 1940 bis 1941, dann in Lissabon von 1941 bis 1943 und schließlich in London. Der »Fellow« der London School of Economics (1969), die als die am stärksten marxistisch ausgerichtete Schule gilt, ist Träger des Karlspreises (1967). Der erste mit diesem Preis Ausgezeichnete war Richard Graf Coudenhove-Kalergi, der Begründer der Paneuropäischen Union, und Jean Monnet, der Gründer des »Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa«; er erhielt den Preis im Jahre 1953.

Luns ist Träger des Gustav-Stresemann-Preises (1969), Mitglied der Bilderberger, Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Atlantischen Instituts, Mitglied der Nederlands Genootschap voor internationale zaken (der CFR Hollands), assoziiertes Mitglied des Königlichen Instituts für internationale Beziehungen (der CFR Belgiens), Mitglied der IPSI (Instituto per gli studi di politica internationale), Mitarbeiter der Trilateralen



Joseph Luns: Mitglied der Bilderberger, des holländischen CFR und Mitglied des Großorients der Niederlande.

Kommission und Mitglied des Großorients der Niederlande.

Wenn in dem vorstehenden Verzeichnis der Daten Luns vieles nicht zusammenpaßt, so steht ihm sein Nachfolger hierin kaum nach:

Peter Alexander Rupert Carrington (6. Baron of Carrington) gehört zu einer 1769 in den Adelsstand erhobenen Familie, wenngleich sein Ahnherr schlicht und einfach sich Smith genannt hat, bevor er zum Peer of Ireland gemacht worden war.

Kommunisten den Sieg geschenkt

Carrington wurde am 6. Juni 1919 geboren. Zunächst hat er das Eton College und dann die Royal Military Academy Sandhurst – wichtigste Ausbildungsstätte für den Offizierbereich in den britischen Streitkräften – absolviert. Im Jahre 1951 beruft ihn Churchill auf den Posten eines Unterstaatssekretärs in seiner Regierung.

Nach kurzer Tätigkeit im Ministerium für Landwirtschaft (1951 bis 1954) und im Verteidigungsministerium (1954 bis 1956) ernennt man ihn zum Hochkommissar für Australien (1956 bis 1959) und dann zum Ersten Lord der Admiralität (1959 bis 1963).

Als Minister ohne Portefeuille (1963 bis 1964) knüpft er freundschaftliche Beziehungen zu Edward Heath an, dessen enger Berater er später wird. Von 1970 bis 1974 ist er Verteidigungsminister, 1974 Energieminister, und nun vertraut ihm Frau Thatcher das Außenministerium an, einen Posten, von welchem er im Jahre 1982 im Zusammenhang mit dem Falkland-Konflikt zurückgetreten ist.

Neben seinen Regierungsaktivitäten war er Direktor der Amalgamated Metal Corporation und der Hambros Bank, danach Präsident der Australian & New Zealand Bank. Noch vor kurzem saß er in der Barclays Bank sowie im Vorstand von Cadbury Schweppes, Rio Tinto und General Electric.

Als britischer Außenminister unterzeichnete er das Lancaster-Abkommen und spielte eine wesentliche Rolle bei der Regelung des rhodesischen Problems, die zur Gründung des unabhängigen Simbabwe führte.

Hierzu sagte I. D. Smith, der ehemalige rhodesische Premierminister: »Durch das Lancaster-Abkommen hat Lord Carrington, britischer Außenminister, den Kommunisten den Sieg geschenkt, auf den sie seit zwanzig Jahren gehofft hatten.«

Ein zumindest kurioser Vergleich: Es war die Firma Rio Tinto Zinc, die den United African National Council (UANC) des »roten fortschrittlichen« Bischofs Muzorewa finanziert hat. Nun aber war damals durch welchen Zufall der Geschichte auch immer gerade Lord Carrington, Mitglied der RIIA (Königliches Institut für internationale Beziehungen), Direktor von Rio Tinto. Am 24. März 1980 hatte er im Lancaster House für die Teilnehmer der Vollversammlung der Trilateralen ein Essen gegeben.

Ein Maurer in Schlüsselposition

Selbstredend ist Lord Carrington Mitglied der Trilateralen und der Pilgrims Society. Obendrein machte Carrington bei seinem Rücktritt vom Posten des Außenministers der Frau Thatcher geltend, daß er den eventuellen Kriegseintritt Argentiniens nicht ernst genommen habe und daß er nicht auf dem laufenden gehalten worden sei. Ein Minister für auswärtige Angelegenheiten, der nicht unterrichtet ist über das, was draußen geschieht. In Wirklichkeit wird man alles gesehen und alles gehört haben.

Schließlich dürfte es unser gutes Recht sein, Fragen zu stellen; denn wenn jetzt Lord Carrington Generalsekretär der Nato ist, muß man Angst bekommen, daß er auch über einen eventuellen Konflikt in Europa, der von der Sowjetunion gegen die Streitkräfte der Nato ausgelöst wird, nicht »auf dem laufenden« gehalten werde.

In einer so unruhigen und gefährlichen Zeit wie der unsrigen kann die Hochfinanz nur zufrieden sein. Es ist ihr gelungen, einen Freimaurer von der Pilgrims Society auf einen Schlüsselposten der europäischen Verteidigung zu setzen. Die Aufeinanderfolge der Ereignisse wird uns zeigen, ob wir richtig gesehen haben oder nicht, vielleicht müssen wir eines Tages wie Ian Smith entsprechend abgewandelt sagen:

»Durch das Abkommen hat Lord Carrington, Generalsekretär der Nato, den Kommunisten den Sieg geschenkt, auf den sie seit Ende des Zweiten Weltkrieges gehofft haben.« □

Wirtschaftsprognose

Die geschlagenen Deutschen

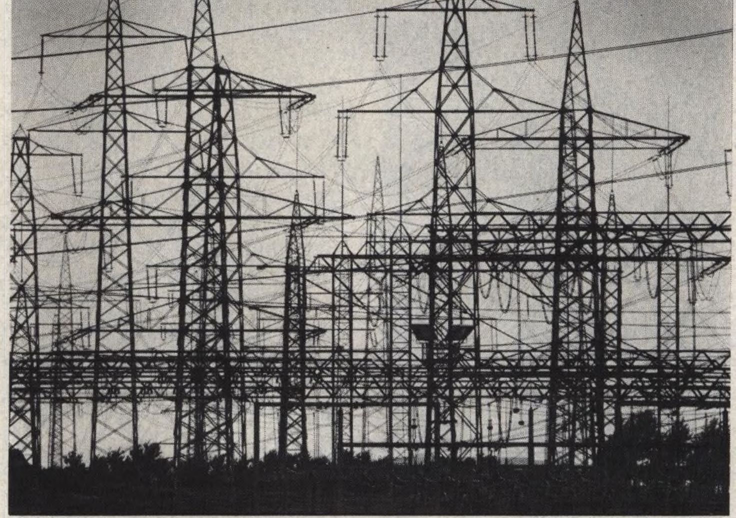
Die multinationalen Konzerne bedienen sich für ihre Investitions- und Produktionsplanung einer Reihe von Zukunftsforschungsinstituten. Bei dem nachstehenden Beitrag handelt es sich um eine Zusammenfassung einer solchen Zukunftsperspektive, die allerdings nicht für die Veröffentlichung bestimmt ist. Der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes ist Freimaurer des 33. Grades und gehört zum »Business Round Table«. Der Inhalt dieser Zusammenfassung stimmt in groben Zügen mit einem Protokoll von einer Illuminatentagung im Herbst 1983 überein. Der Aufsatz wurde in englischer Sprache verfaßt und war nur zur persönlichen Orientierung der Empfänger gedacht.

Alle in den USA politisch entscheidenden Kräfte sind zu der Überzeugung gekommen, daß ein großer Atomkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion verhindert werden muß. Dies gilt auch für die den USA vorgelagerten westeuropäischen Territorien, weil die Entwicklung und der Schadensverlauf eines solchen Krieges nicht berechenbar ist. Es besteht daher in den USA die feste Absicht, auch künftige Kriege nur in genau vorher berechenbaren Formen durchzuführen oder zuzulassen und den Zeitpunkt eines Kriegseintritts der Vereinigten Staaten selbst zu bestimmen.

Als berechenbare Kriege werden konventionelle Kriege angesehen und ab Mitte der neunziger Jahre auch Weltraumkriege. Auch seitens der Sowjetunion erwartet keines der entscheidenden Forschungsinstitute einen Überfall durch Atomraketen. Ein konventioneller Blitzkrieg, auch mit chemischen Kampfstoffen, der Sowjetunion, als präventiver Schlag gegen einen vermuteten Angriff der USA oder unter Ausnutzung von inneren Unruhen, wird jedoch auf europäischem Territorium oder auch in der Türkei für möglich gehalten.

Die Europäer sollten, so meinen die Institute, sich jedoch nicht mehr unbedingt auf den Beistand der USA verlassen. Sie sollten auch damit nicht mehr rechnen, daß die durch Deutschland verlaufende Zonengrenze auch weiterhin eine starre, unveränderliche Linie zur östlich-westlichen Interessenabgrenzung bleibt. Eher würden die USA sowjetische Expansionsbestrebungen in der Türkei und Nahost mit allen Mitteln zu begrenzen versuchen.

Im Prinzip seien Überlegungen volkswirtschaftlich richtig, die davon ausgehen, daß jeder Krieg durch Zerstörung des betroffenen Landes einen Nachholbedarf und Wiederaufbaumaterialbedarf zur Folge habe. Jedoch sei zu bedenken, daß in einem atomverseuchten Gebiet weder eine geordnete Erledigung administrativer Aufgaben noch ein geordnetes Bankenwesen möglich ist. Grundsätzlich sei die Kriegsführung mit Massenvernichtungsmitteln in Industrieländern unwirtschaftlich.



Das Desinteresse an der deutschen Wirtschaft wächst in den USA, man bereitet den Rückzug der Investitionen vor.

USA kein Interesse für Europa

Eine Kriegsführung mit hohen Sachschäden und weniger Bevölkerungsverlust ist in Voraussicht auf die Nachkriegszeit sinnvoller, da dann eine hohe Zahl von Überlebenden bei einem anderen Staat mit intakten Strukturen Lebensmittel, Medikamente und neue Sachwerte kaufen müsse. In Europa sollte man feststellen, daß dort sich nicht der Nabel der Welt befindet.

Die meisten Gesichtspunkte, die das Interesse der USA für Europa begründeten, seien weggefallen oder sind überholt. Das deutsche Industriepotential wurde dreimal durch historisch-politische Abläufe modernisiert. Deutschland war einmal das, was heute Japan ist. Das Produkt des deutschen Bildungswesens und der deutschen Forschung ist heute nicht besser als das der USA. Die USA brauchten heute weder deutsche Patente noch deutsche Wissenschaftler zu fürchten. Spitzen-Wissenschaftler aus Deutschland und anderen europäischen Staaten kämen ohnehin wegen besserer Forschungsmöglichkeiten und höheren Verdienstmöglichkeiten ohne Bedenken in die USA.

Die USA werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf drängen, daß Währungen und Zahlungsmittel frei konvertierbar bleiben und, wo noch Schranken bestehen, frei konvertierbar werden. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß die Gewinnüberschüsse stets in das Land mit der festesten Währung und den höchsten Zinsen fließen werden – und zwar aus ganz Europa. Das Land mit den höchsten Zinsen und der festesten Währung sind und bleiben die USA. Die Zinsen in den USA werden trotz aller Beteuerungen noch höher heraufgesetzt und der Wert des Dollars wird noch weiter steigen.

Einen besonderen Handelsfaktor stellte jahrzehntelang die hohe Qualität der deutschen Industrieprodukte dar. Dieses Ansehen war mit eine der Ursachen für den Ankauf deutscher Industriewerke durch die Konzerne der USA. Doch die Entwicklung hochwertiger Präzisions-Mikroprozessoren wird dem Staat die Überlegenheit beziehungsweise den Vorsprung in der Präzisionsfertigung geben, der solche Prozessoren zuerst einsetzt. Es sind dies die Vereinigten Staaten und Japan.

Auch die Materialveränderung wird den USA einen erheblichen Vorsprung vor Europa geben, so daß es die Vereinigten Staaten kaum noch nötig haben, auf Europa zu blicken. Ein einziges Land in Europa hat seine metallverarbeitende Industrie modernisiert. Dieses Land ist Deutschland. Aber während Deutschland seine metallverarbeitende Industrie modernisierte und die anderen Staaten in Europa gar nichts zur Industrie-Modernisierung taten, erforschten die USA und Japan Kunststoffe, die bessere Verarbeitungsmöglichkeiten und eine höhere Festigkeit als die Metalle haben.

Frankreich bleibt unberechenbar

In Europa weiß man noch nicht, daß die Eisenzeit vorbei und die Kunststoffzeit begonnen hat. Es wird auch aus diesem Grund in absehbarer Zeit nicht nötig sein, der deutschen Industrie besondere Beachtung zu schenken. Die Lohnstruktur ist in den wichtigsten europäischen Industrienationen derart gestiegen

und wird weiter steigen. Auch dieser Faktor trägt dazu bei, Europa weder als Geschäftspartner noch als Konkurrent besondere Beachtung schenken zu müssen.

Eine Ausnahmestellung in Europa nimmt Frankreich ein. Diese Nation muß von den USA weiter beobachtet und beachtet werden, weil die Franzosen zu einem Großteil für irrationale, emotionelle, immaterielle und nationalistische Argumente ansprechbar sind und Frankreich somit auf weite Sicht unberechenbar bleibt.

Insgesamt ist Europa jedoch anfällig für sozialistische Experimente. Das wird langfristige Investitionsplanung der Privatwirtschaft verhindern, solange Planwirtschaft in Verbindung mit Mehrheitsbeschlüssen kombiniert wird. Für Zukunftsprognosen sei im übrigen als historisch gesicherte Erfahrung anzusehen, daß in einem Territorium mit abnehmender Bevölkerungsdichte ohne äußere Bedrohung niemals quantitative oder qualitative Zunahme überdurchschnittlicher Leistungen zu erwarten seien.

Das gleiche gilt für Territorien mit nicht ineinander integrierten Bevölkerungsgruppen. Den europäischen Unternehmungen kann bis zur Veränderung der aufgezählten Voraussetzungen nur geraten werden, sich auf den Vertrieb oder die Lizenzanfertigung amerikanischer oder japanischer Produkte zu spezialisieren. Eine andere Möglichkeit ist die Gründung von Zweigwerken in Thailand, Burma, Singapur, Hongkong oder ähnlichen Ländern, sofern es ihnen doch noch möglich ist, Spezialmaschinen, Spezialgeräte oder Spezialzubehör nach eigenen Patenten zu entwickeln, die zudem noch ohne hohe Lohnkosten zu produzieren sind.

Weitere entwicklungsfähige Branchen in Deutschland wären vor allem Lebensmittel, Dienstleistungsbetriebe, Elektrotechnik, Elektronik und Computersoftware. Letztere vor allem deshalb, weil die in den USA und Japan erstellte Computersoftware bisher ohne gute Kenntnis der englischen Sprache in Deutschland nicht verwendbar ist. Es wird ein sehr großer Bedarf an deutschen Computerprogrammierern entstehen; die Bediener sollten den Computer möglichst ohne große Vorbildung bedienen.

Zu raten wäre der deutschen Wirtschaft aufgrund der US-Zukunftsprognosen, sie sollte ihre Einkäufer, Verkäufer und Techniker direkt dazu zwingen noch nachträglich fernöstliche oder die russische Sprache zu erlernen, da dies erhebliche Handelsvorteile für die entsprechenden Unternehmen bringen wird. Im Rahmen der Zukunftsprognosen wird aber davon ausgegangen, daß die deutsche Wirtschaft diese Notwendigkeit nicht im notwendigen Umfang erkennen wird.

Das Geld geht nach Fernost

In einer Kosten-/Nutzenrechnung gehen die berücksichtigten Zukunftsforschungsinstitute davon aus, daß das deutsche Industriepotential aus diesen Überlegungen heraus nicht einmal durch die USA zerstört werden müßte, falls die Sowjetunion in einem Blitzkrieg auch Westdeutschland in ihren Herrschaftsbereich mit einbeziehen würde. Bei einem Angriff der Sowjetunion bis nach Frankreich hinein, könnten die USA nicht zusehen, weil Frankreich eine Reihe sehr weitsichtiger Zukunftsprojekte betreibt, die auf keinen Fall in die Hand der Sowjetunion fallen dürften.

Die Futurologen gehen davon aus, daß sich in den neunziger Jahren die Bindungen zwischen Europa und den USA lockern werden und die USA dafür Bindungen an Länder in Fernost, im Pazifik und an China stärker anstreben. Was Japan betrifft, so werden die USA mit allen Kräften auch versuchen, dieses Land einzubinden oder gar einzukaufen beziehungsweise in ihre Abhängigkeit zu bringen und auszubeuten.

Nicht alle Futurologen sind sich jedoch darüber einig, ob den USA dies gelingen wird. Mit der intensiven Annäherung der USA an China wird die Annäherung Südkoreas an Nordkorea Hand in Hand gehen. Falls es den USA nicht gelingen sollte, Japan einzubinden, so könnte Ende der neunziger Jahre aus der Kooperation zwischen den USA und Japan ein Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Staaten im Kampf um die Märkte in Fernost entstehen.

Mindestens im gleichen Umfang, wie die USA in Fernost investieren, werden sie ihr Geld aus Europa und damit auch aus Deutschland herausziehen. Sobald dieser Kapitalabfluß im Wesentlichen beendet ist, womit in den neunziger Jahren gerechnet wird, werden die entscheidenden Kreise in den USA in Westdeutschland wieder die Sozialdemokratie begünstigen. Dabei spielt die Überlegung eine Rolle: Nur eine sozialdemokratische oder sonstwie linke Regierung gibt die Garantie, daß die Wirtschaft Westdeutschlands langfristig auf dem Weltmarkt nicht zu einer Konkurrenz der USA wird.

Die amerikanischen Futurologen gehen jedoch auch davon aus, daß die CDU/CSU dieses Spiel durchschauen und allmählich eine Annäherung an Frankreich und zugleich an die Sowjetunion versuchen werden, obwohl dies heute keiner für möglich hält. Aus einer solchen Entwicklung heraus rechnen die Futurologen etwa in den Jahren 2000 bis 2010 mit einer Wiedervereinigung zwischen Westdeutschland und der DDR in irgendeiner Form.

Die entscheidenden Kräfte in den USA würden nach Rückzug ihrer Investitionen aus Europa eine Entwicklung zur Wiedervereinigung nicht verhindern. Doch hätte Deutschland, da das Desinteresse der USA an Deutschland und damit verbunden der Zerfall der Nato dann offensichtlich wird, gegenüber der Sowjetunion eine schwache Verhandlungsposition.

Es kommt ein Kurdenstaat

Zum Kapitel Sowjetunion sagen die Futurologen im übrigen, man solle alle Hoffnung auf einen Zerfall der Sowjetunion von innen heraus, etwa infolge von Nationalitätenproblemen oder Dissidentenbewegungen, fahren lassen. In der Sowjetunion wird sich in den nächsten zwanzig Jahren nichts verändern. Die Sowjetunion wird vielmehr fortfahren, die Grenzen ihres Einflußbereichs nach Schwachstellen abzutasten und versuchen, ihren Einflußbereich auszudehnen.

Aus den sehr umfangreichen Zusammenstellungen der Entwicklungsprognosen für die nächsten zwanzig Jahre seien nur noch einige Sätze herausgegriffen, die andere Teile der Erde betreffen. Falls Südafrika nicht bis zum Jahr 2000 seine Politik der Rassentrennung aufgäbe, würden innere Unruhen ausbrechen.

Sobald Khomeini stirbt, wird der Iran aufgeteilt. Auch der Irak wird innerhalb der nächsten 20 Jahre aufgeteilt. Syrien wird sich vergrößern, ebenso Israel. Es wird sich ein eigener Kurdenstaat bilden. Der Libanon wird in fünf weitgehend autonome Republiken aufgeteilt, wovon eine in Wirklichkeit in Abhängigkeit zu Israel steht und eine von Syrien abhängen wird. □

Trilaterale Kommission

Der Plan der Insider

Bei dem Treffen der Trilateralen Kommission in Washington standen eine Reihe von anti-amerikanischen Themen auf der Tagesordnung. Der wichtigste Punkt des Treffens war der Hauptentwurf eines Berichts mit dem Titel »Ein trilaterales Programm für das nächste Jahrzehnt«. Auf Seite 10 bezog dieser Bericht Stellung zu den immer wieder weit und breit verbreiteten Angriffen, daß die Ölknappheit von 1973 manipuliert war, um enorme Profite in die Scheuer zu fahren.

Die Einzelheiten des Berichts »Ein trilaterales Programm für das nächste Jahrzehnt« sind für die politische und wirtschaftliche Einstellung der Trilateralen sehr bezeichnend. In diesem Report heißt es unter anderem: »Der dramatische Anstieg der Ölpreise wurde als Ergebnis der plötzlichen Konsolidierung der OPEC-Macht dargestellt, so daß das Anwachsen des realen Ölpreises, das allmählich während der vorangegangenen zwei Jahrzehnte stattgefunden haben sollte, zum großen Teil auf ein paar Jahre komprimiert wurde.«

Unfähigkeit von Demokratien

Europa »braucht die Anregung einer koordinierten internationalen wirtschaftlichen Erholung als Teil eines globalen wirtschaftlichen, politischen und strategischen Neuüberdenkens«, meint der Bericht der Trilateralen.

»Diejenigen, die Demokratie preisen, haben eine besondere Verantwortung in bezug auf das Funktionieren der Demokratie. ›Funktionieren‹ in dem Sinn, daß eine demokratische Regierung bei dem Gebrauch ihrer Ressourcen leistungsfähig und trotzdem fair und gerecht bei der Verteilung ihrer Belohnungen sein kann.«

Der Bericht fährt fort: »Unsere größte Sorge liegt in der Unfähigkeit der Demokraten, einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen, indem sie sich international zusammentun, koordinieren und gemeinsam entwickeln.«

»In den letzten 20 Jahren wurden wir Zeuge eines beträchtlichen Anwachsens der gegenseitigen Abhängigkeit in der Weltwirtschaft. Und doch bleibt der Nationalismus trotz verstärkter gegenseitiger Abhängigkeit eine starke Kraft in vielen Ländern – einige trilaterale Länder eingeschlossen –, wo Minoritäten mit einem starken Bewußtsein ihrer kulturellen oder religiösen Identität versuchen, den Wunsch nach Dezentralisierung fast bis zur Abspaltung zu forcieren. Der Nationalismus wird, wie auch schon früher, durch eine wirtschaftliche Flaute angeheizt, die als gefühlsmäßige Entschuldigung für Taktiken benutzt wird, die dem Nachbarn schaden und oft einem beginnenden Militarismus Nahrung geben«, stellt der Bericht fest.

Trilaterale Länder sind übrigens Japan, Nordamerika und die westeuropäischen Nationen.

Gegenseitige Abhängigkeit

»Versuche zur Abschwächung des Nationalismus durch die Gründung regionaler Gruppen, die sich mit wirtschaftlicher, politischer oder Sicherheits-Kooperation befassen, sind unterschiedlich erfolgreich gewesen. Der wohl ehrgeizigste Versuch war 1957 die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sie hat immer noch nicht die hohen Ziele ihrer Gründer erfüllt.

Europa hinkt gefährlich hinter den Vereinigten Staaten und Japan in bezug auf die Entwicklung und Anwendung der Technologien der Zukunft hinterher. Die nationalen Regierungen, besonders die der wichtigsten trilateralen Länder, werden die gegenseitige Abhängigkeit bei Entscheidungen stärker in Betracht ziehen müssen.«

Seit 1970 ist die Weltwirtschaft nach Auffassung der Trilateralen von einer Krise zur anderen geschlittert. Der Bericht lehnt ohne Ausnahme alle Bestrebungen ab, die eine Rückkehr zu fixierten Wechselkursen oder sogar zum Goldstandard anstreben. Ebenso wird jede Art von Beschränkungen der Aktivitäten multilateraler, internationaler Unternehmungen abgelehnt. Verurteilt werden auch alle jene, die Schutz für den Handel zur Erhaltung etablierter nationaler Industrie empfehlen.

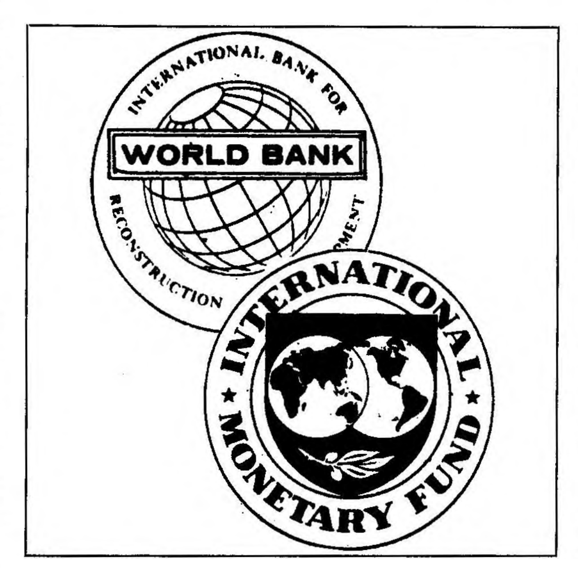
Wörtlich heißt es dazu: »Wir glauben, daß eine Rückkehr mit vereinter Kraft in die Vergangenheit das Wachstum begrenzen würde und mit den Tendenzen der Weltwirtschaft und mit den hohen Zielen der Menschen nicht vereinbar wäre.«

Der Bericht stellt fest, daß die Integration der Weltwirtschaft, oft als gegenseitige Abhängigkeit beschrieben, rapide zugenommen hat. Einer der Gründe dafür ist, so wird festgestellt, »die Zunahme der multinationalen Unternehmen, die Bedeutung der Ressourcen, die Lage der Produktionsstätten und die Erschließung von Märkten auf globaler Ebene«.

Der Bericht kommentiert die »Gefahren des kommenden Jahrzehnts« und sieht die größte Gefahr im »Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems«. Für diesen Zusammenbruch werden zwei Ursachen aufgeführt:

»Die erste ist ein größerer Schock, wie zum Beispiel die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit eines größeren Schuldnerlandes, die zu einer Kettenreaktion von Zahlungsunfähigkeiten anderer Schuldnerländer führt, deren Folgen nicht sofort unter Kontrolle gebracht werden könnten.

Die zweite Art von Zusammenbruch käme nicht durch einen plötzlichen Schock, sondern wird durch heimtückische Auswirkungen einer Reihe von unverantwortlichen, nichtfunktionierenden Strategien ausgelöst. Das wären zum Beispiel Maßnahmen zum Schutze heimischer Märkte, Protektionismus und Ausschluß von Importen, die auf





Das sind die Zeichen der Internationalisten: Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Rockefellers Trilaterale Kommission.

amerikanischen Märkten eine unfaire Konkurrenz darstellen; also Maßnahmen, die von verschiedenen Regierungen Anfang der dreißiger Jahre bereits einmal ergriffen wurden. Das gegenwärtige protektionistische Klima in einigen der wichtigsten trilateralen Länder ist ganz sicher gefährlich.«

Propaganda für das Freikaufen von Banken

Im Bericht der Trilateralen heißt es weiter: »Dies ist ein Grund, warum Regierungen eine klar dargelegte und positive Taktik für die Handhabung der internationalen Wirtschaft haben sollten. Wenn Amerika in größerem Umfang protektionistisch werden sollte, wären die Aussichten für die gesamte Weltwirtschaft grauenhaft.«

Den Vereinigten Staaten würde dann dafür die Schuld zugeschoben. Außerdem müßte Washington laufend Dollar-Milliarden aus Steuergeldern den Banken zur Verfügung stellen, damit die Länder der dritten Welt ihre Zinsen für die Kredite aufbringen können.

»Hohe amerikanische Zinssätze haben andere entwickelte Länder gezwungen, ihre Zinssätze ebenfalls hoch zu halten, aus Angst vor einer noch größeren Abwertung der eigenen Währung. Der starke Dollar hat eine weltweite Kapitalflucht in den Dollar ausgelöst und die Investitionen in vielen Ländern gehemmt.

Die Interessen der meisten Länder der internationalen Gemeinschaft sind wichtig und dringend. Eine globale Stabilität ist dringend geboten durch rechtzeitiges Handeln in Washington. Das US-Haushaltsdefizit muß darum wesentlich stärker reduziert werden, als die Regierung dies zur Zeit in Erwägung zieht.«

Das trilaterale Gutachten enthält dazu einige Vorschläge: »Die vorwiegend an die mittleren Einkommensgruppen gehenden sozialen finanziellen Vorteile müssen drastisch reduziert beziehungsweise durch Steuererhöhungen finanziert werden.«

Die Trilateralen sind auch für ein stärkeres Freikaufen von Banken durch amerikanische Steuergelder: »Unsere Ansicht ist daher, daß das internationale Schuldenproblem nur unter der Voraussetzung unter Kontrolle zu bringen ist, daß vernünftige makrowirtschaftliche Taktiken von den trilateralen Ländern, im besonderen von den Vereinigten Staaten, angewandt werden. Viele Vorschläge sind schon gemacht worden, unter anderem Pläne zur Versicherung der von privaten Banken gegebenen Darlehen.«

Stärker international gemeinsam Handeln

Weiter wurde »verstärkte finanzielle Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen« gefordert. Dies bedeutet in Klarschrift eine weitere Runde von Quotenerhöhungen beim Internationalen Währungsfonds (IWF).

»Die ursprünglichen Hoffnungen für die Länder der dritten Welt sind durch ihre Uneinigkeit und ihre ungleichen wirtschaftlichen Leistungen, ihre Kriege und ihre Führungskämpfe zerstreut worden. Dies erfordert jedoch ein noch größeres Interesse für die Zukunft der dritten Welt und noch intensivere Bemühungen, sie bei ihrer Entwicklung gemeinsam zu fördern.

In diesem Zusammenhang müssen die trilateralen Länder das Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen gleichdenkenden Staaten erweitern, selbst auf die Gefahr hin, daß sich innenpolitische Konsequenzen daraus für diese Länder ergeben.«

Zur Rettung der dritten Welt »sind gemeinsames internationales Handeln sowie Regierungsdarlehen, westliche Investitionen und Engagement der privaten Banken erforderlich«.

Die Absicht, so sagen langjährige Beobachter der Trilateralen und Bilderberger, ist, den politischen Gedanken für »internationales Handeln«, wie zum Beispiel bei der Weltbank, den Vereinten Nationen und dem Weltwährungsfonds, zu stärken. Viele Länder sind bereits an diesen Bestrebungen beteiligt, zahlen die Verwirklichung der Pläne der Trilateralen mit dem Steuergroschen ihrer Bürger und mit der Einbuße eines eigenen politischen und wirtschaftlichen Handelns. □

Trilaterale Kommission

Rockefellers Prahlereien

Als David Rockefeller, kurz nachdem ein Hund den Raum nach Bomben durchschnüffelt hatte, die Journalisten anläßlich der Tagung der Trilateralen in Washington begrüßte, lehnte er sich in seinem Sessel zurück und erwartete selbstgefällig die Fragen der Presse.

»Mr. Rockefeller«, so lautete die erste Frage, »Präsident Ronald Reagan und Gouverneur John Connally kritisierten bei der Vorwahl der Republikaner 1980 die Trilaterale Kommission so sehr, daß George Bush, einer der Kandidaten bei der Vorwahl, seinen Rücktritt von der Trilateralen Kommission erklärte. Am letzten Sonntag gab der Präsident einen Empfang für die Trilaterale Kommission im Weißen Haus. Was hat ihn zu dieser Meinungsänderung veranlaßt?«

Die Schuld haben die Rechten

Mit ärgerlichem Blick antwortete Rockefeller: »Bush hatte seinen Rücktritt erklärt, weil er zum Vizepräsidenten gewählt wurde.« Dann murmelte Rockefeller etwas über den Trilateralen Caspar Weinberger, der zum Verteidigungsminister ernannt worden war.

Nachdem er noch etwas länger »herumgetappt« hatte, entschied sich Rockefeller dafür, daß Reagans Feindseligkeit von 1980 gegenüber der Trilateralen Kommission »eigentlich nur in der Hitze des Gefechts der Vorwahlen ein wichtiger Faktor war. Heute ist von entscheidender Bedeutung, daß er uns im Weißen Haus empfing.«

Beim Eingehen auf den Bericht mit dem Titel »Ein trilaterales Programm für das nächste Jahrzehnt«, das der wesentliche Diskussionspunkt des Treffens der Trilateralen in Washington war, gab Rockefeller den »extremen Rechten« die Schuld an der Kritik der Trilateralen und bezeichnete sie als »paranoid«.

Rockefeller sagte, die Trilaterale Kommission sei der Kritik ausgesetzt, weil die Sitzungen »nicht öffentlich« seien und »jede der drei Kommissionsgruppen Leute mit bemerkenswertem Kaliber ausgewählt hat«, die oft hohe Positionen in ihren Regierungen bekleiden. Die Kommissionsgruppen repräsentieren Japan, Europa und Nordamerika.

Dann prahlte Rockefeller, daß der ehemalige Präsident Jimmy Carter ein Mitglied der Trilateralen gewesen sei und »weitere 19 Mitglieder, darunter auch Mondale«, in die Regierung gebracht habe. Rockefeller sagte dann weiter, daß Mondale seinen Rücktritt aus der Trilateralen Kommission erklärt habe, als er zum US-Vizepräsidenten gewählt wurde.

Sündenbock für das Schlechte

Die Trilaterale Kommission wurde durch Carters Hineinschleusen so vieler Trilateraler in die Regierung als »umstürzlerische Gruppe, die die Welt zu beherrschen versucht, interpretiert«, meinte Rockefeller. »Ich war Republikaner und unterstützte Ford.«

Später, im privaten Gespräch, gab David Rockefeller zu, daß Ford an der Bilderberger-Konferenz, einem »Elternteil« der Trilateralen Kommission, teilgenommen habe. In der Bilderberger-Konferenz ist Rockefeller ebenfalls eine dominierende Macht. Obwohl Rockefeller 1976 nur für einen Kandidaten als US-Präsident stimmen konnte, »gehörten« sie ihm doch letztendlich beide.

»Die Menschen müssen jemanden als Sündenbock für das Schlechte auf dieser Welt fin-

Rockefellers Prahlereien

den«, äußerte Rockefeller und fügte hinzu, daß die Publicity »dem Zweck diene, es weiter zu verbreiten«.

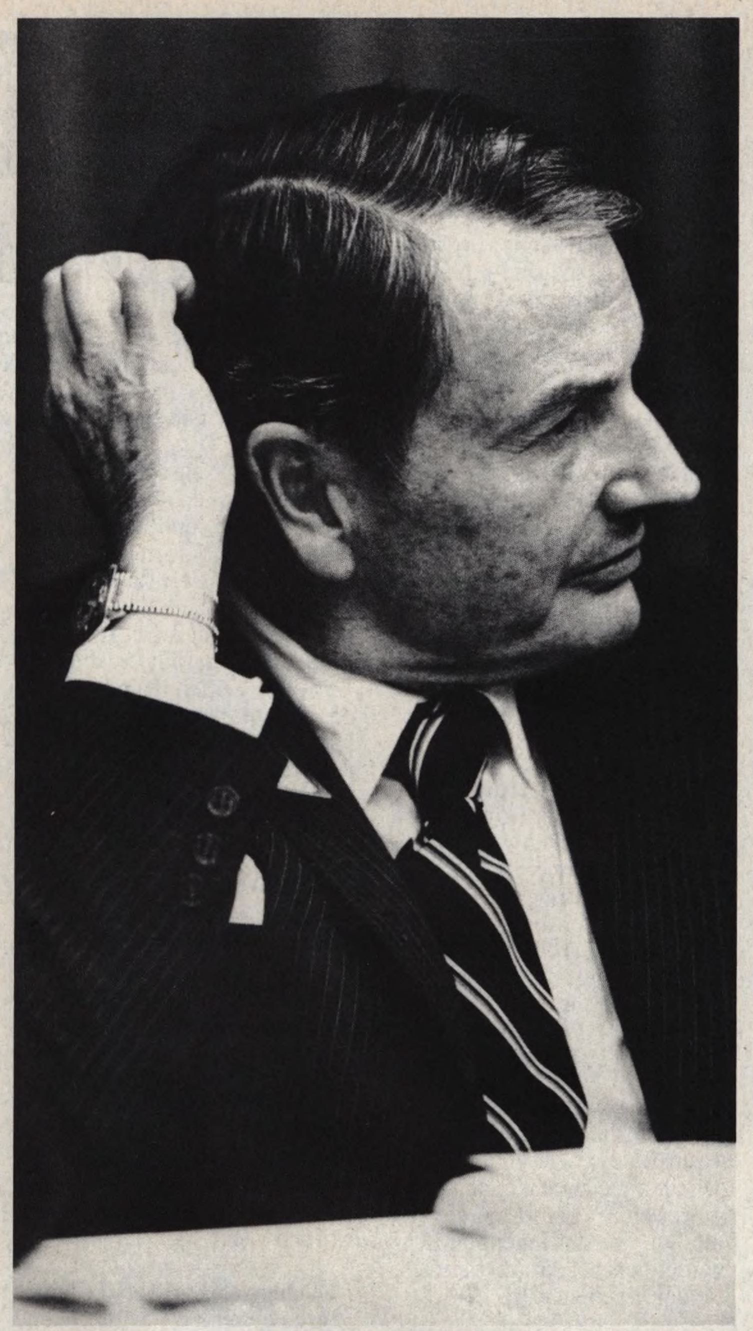
Rockefeller schwieg über die Tatsache, daß die Trilateralen wie auch die Bilderberger zu Anfang versuchten, jegliche öffentliche Aufmerksamkeit zu vermeiden. Selbst nach ihrer »Entlarvung« fällen sie ihre Entscheidungen über öffentliche Taktiken hinter verschlossenen und bewachten Türen.

Rockefeller formulierte dann seine Beunruhigungen darüber, wie die Weltereignisse sich entwickelt hätten, »wenn die Schuldenkrise nicht von einer internationalen Gruppe gehandhabt worden wäre«. Er meinte, die Banken nahmen »zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank« das Problem in Angriff. Er lobte den »Herrn, der zu uns sprach« – es handelte sich um Jacques de Larosierre, Chef des Währungsfonds –, der »eine Schlüsselrolle« gespielt habe.

»Wird es ein dauerndes Freikaufen der großen Banken geben?« fragte ein Reporter.

Rockefeller wurde zornig und nannte »Freikaufen« einen abwertenden Ausdruck. Er sagte, die amerikanische Regierung habe »eine Schlüsselrolle gespielt, aber kein Geld für Argentinien zur Verfügung gestellt«.

Indem Rockefeller nicht auf die Frage reagierte, die von den dauernden Forderungen an amerikanische Steuerzahler handelte, Bankdarlehen an nicht kreditwürdige Staaten der dritten Welt und kommunistische Länder auszugleichen, während inländische Firmen wegen Mangel an Kapital ihre Betriebe schließen müßten, unterließ er es auch, darauf hinzuweisen, daß den Vereinigten Staaten 300 Millionen US-Dollar in der Kasse fehlen werden, wenn Argentinien nicht zahlt. Es war Argentiniens Drohung, eine überfällige Zinszahlung nicht zu leisten, was dann die Vereinigten Staaten zum Handeln und zum Aufbringen von 300 Millionen Dollar veranlaßte.



David Rockefeller: »Die Menschen müssen jemanden als Sündebock für das Schlechte auf dieser Welt finden. Und die Publicity dient dem Zweck, es weiter zu verbreiten.«

Die störende Frage nach den Bilderbergern

»Wird die Organisation der Bilderberger bei ihrem Treffen dasselbe Thema behandeln?« wurde dann Rockefeller gefragt. Der sich im Ruhestand befindende Vorsitzende der Chase Manhattan Bank schien über die Frage überrascht zu sein. Überrascht darum, daß überhaupt jemand von den Bilderbergern etwas wußte.

»Ich habe die Tagesordnung der Bilderberger noch nicht gesehen«, antwortete David Rockefeller. »Ich bezweifle, daß das Programm dasselbe sein wird, weil Japan nicht daran beteiligt ist. Die Bilderberger sind für das Zusammenbringen der Mitglieder der atlantischen Gemeinschaft von Nutzen«, fügte er hinzu und bemerkte, daß ein Unterschied zwischen den beiden Gruppen bestünde, da die Bilderberger »Regierungsmitglieder als Mitglieder hätten«, während die Trilateralen während ihrer Regierungszeit ihr Amt niederlegten und später wieder dazukämen. Präsident der Bilderberger-Konferenz ist übrigens der ehemalige deutsche Bundespräsident Walter Scheel.

Rockefeller wurde gebeten, zu der weitverbreiteten Auffassung über die Trilateralen als eine die Welt »regierende Klasse« Stellung zu nehmen. Rockefeller dazu: »Es handelt sich um eine Vielfalt von Gruppen ohne direkte Auswirkungen auf irgend jemanden.« Aber er hoffe, so sagte er, daß die trilateralen Schriftsätze »für die Regierungen eine Herausforderung darstellen, und daß sie allen an der Wirtschaftsgipfelkonferenz im Juni in London teilnehmenden Nationen zugänglich gemacht worden sind«.

Rockefeller äußerte sich auch dahin, daß die Trilaterale Kommission »den wachsenden Nationalismus durch ihre Existenz bekämpfe« und durch die Hervorhebung den Gedanken der »gegenseitigen Abhängigkeit« stärke.

Es gäbe nichts Schlimmeres, meinte der internationale Banker, als das weitere Anwachsen des Nationalismus und Protektionismus.

Rockefeller wurde gefragt, ob er mit der Behauptung des Berichts übereinstimme, daß kommunistische Länder »trotz all der Unzulänglichkeit ihrer Wirtschaft tatsächlich mehr Jobs für ihre Bürger hätten«.

Rockefeller drückte seine Zustimmung zu dieser Feststellung aus und wurde darauf über seine eigenen weitverbreiteten Geschäftsverbindungen mit kommunistischen Ländern befragt.

»Geschäftsbeziehungen sind ein natürlicher Weg für Kommunikation«, antwortete Rockefeller. »Ich traf regelmäßig mit den Sowjets zusammen, und die Treffen waren kultureller, nicht geschäftlicher Art.«

David Rockefeller schloß die Pressekonferenz mit der Ankündigung, daß die Trilateralen abgestimmt hätten, weitere drei Jahre »im Geschäft zu bleiben«. Diese Abstimmung erfolgt turnusgemäß alle drei Jahre. Rokkefeller kündigte das nächste Treffen für den 21. bis 23. April 1985 in Tokio an. □

One-World-Bewegung

Die Zahl des Tieres

Die totale Erfassung des Menschen durch ein unsichtbares Identifikationssystem planen amerikanische Banken und Konzerne. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft sollen nach gelungenem Test sofort angeschlossen werden. Unter dem Vorwand, ein bargeldloses Geldübermittlungssystem zu schaffen, sollen per Gesetz alle Bürger gezwungen werden, eine Laserkennzeichnung auf Stirn oder Hand zu tragen. Die vorgesehenen 18 tätowierten Code-Ziffern beinhalten alle wichtigen Lebensdaten. Der Plan wurde entdeckt, nachdem verschiedene Banken in den USA die neuen Formulare versehentlich in Umlauf brachten. Die Kennziffern beginnen mit der internationalen Code-Zahl 666.

Die ersten Informationen aus Amerika wirkten so unglaubwürdig, daß zunächst ein verspäteter Orwell-Gag vermutet wurde. Doch dann sickerten die Einzelheiten des neuen Identifizierungssystems durch: Der Geldumlauf in Amerika soll ersetzt werden durch ein Computersystem. Dies setzt voraus, daß alle Menschen durch einen Infrarotprüfer identifiziert werden können. Die 18 Ziffern sollen unsichtbar auf Stirn oder Hand eingeprägt werden. Die ersten drei Zahlen – 666 – sind der internationale Code, die nächsten drei der amerikanische, dann der lokale. Die übrigen Ziffern beinhalten die persönlichen Daten, einschließlich Ausweisnummer und Sozialversicherungsnummer.

Der Rechner heißt das »Tier«

Als der Plan aufgedeckt wurde, warnte Art Bushkin, Beamter des amerikanischen Handelsministeriums: »Dieses ganze elektronische ›Geldmittel-Übertragungssystem‹ ist ein Mittel zur massiven Überwachung der Bevölkerung.«

Auf weitere Fragen der »Chicago Tribune« fügte Bushkin hinzu: »Bis 1984 wird das System bekannt sein.« Das neue System soll in der ganzen westlichen Welt eingeführt werden. Dem Vernehmen nach ist in Brüssel die Einrichtung einer internationalen Großcomputer-Anlage vorgesehen, in der ein gigantischer Rechner stehen soll, der drei Stockwerke hoch ist. Das Projekt läuft unter dem Geheimtitel »La bête – das Tier« und wird geleitet von dem Computeranalytiker Dr. Hendrik Eldeman.

Die Hauptkennziffer 666 ist bereits eingeführt auf Kreditkarten der australischen Nationalbank, auf amerikanischen und indischen Kreditkarten. Auch das Olivetti-Computersystem 6060 beginnt mit dem Code 666. Die Croker National Bank California hat die 666 vor allen Konto-Nummern eingeführt. Die Produktziffern verschiedener Staaten lauten ebenfalls 666, zum Beispiel in Amerika (US Product Seal, Lear Siegler Inc.), in Rotchina (Kernan Scott Ltd.) und Europa.



Markierung auf Hand oder Stirn

In der Bundesrepublik Deutschland gab es einige Pannen mit neuen Formularen. So wurde in Hagen in Westfalen 1982 ein Antragsformular für einen Paß ausgeliefert, in dem eine Frage lautete: »Wo möchten Sie die Markierung bekommen – auf der rechten Hand oder auf der Stirn?« Auf Nachfragen nahm der Beamte das Formular zurück.

In den USA kursieren in sechs Bundesstaaten Regierungsschecks mit dem Aufdruck auf der Rückseite: »Zum Einlösen dieses Schecks muß die Person sich durch Markierung auf der rechten Hand oder der Stirn identifizieren«. Banken schickten die Schecks zurück, weil sie damit nichts anzufangen wußten, und verlangten in Washington Auskunft. Die Antwort lautete: »Diese Schecks kommen erst 1984 in Umlauf.«

Andere Beobachter vermuten, daß es sich nicht um Pannen, sondern um Testverfahren handelt. Da die Meldungen über die Zahl 666 aus allen Teilen der Welt kommen, kann von Zufall nicht mehr gesprochen werden. So wurde zum Beispiel in Kanada eine Bewerberin für eine höhere Position nach ihrer Meinung zur Zahl 666 gefragt und wurde nach negativer Antwort nicht eingestellt.

In der Offenbarung des Johannes (Apokalypse) heißt es unter 13, 16: »Und es (das Tier) bringt es fertig, daß alle, die Kleinen und die Großen, die Reichen und die Armen, die Freien und Sklaven, sich ein Malzeichen auf ihrer rechten Hand oder auf ihrer Stirn anbringen und daß niemand kaufen oder verkaufen kann, wenn er nicht das Malzeichen, nämlich den Namen des Tieres oder die Zahl seines Namens, hat. Hier ist die Weisheit vonnöten. Wer Verstand hat, rechne die Zahl des Tieres aus! Es ist nämlich die Zahl eines Menschen. Und seine Zahl ist 666.«

Um diesen Computer-Stempel der Haut des Menschen für immer eintätowieren zu können, bedarf es eines speziellen Apparates. Bereits am 31. Mai 1980 meldete ein öffentliches Bankinstitut über eine in Amerika führende unabhängige Fernsehstation: »Die Kopf-Hand-Raster-Maschine ist fertig. Sie ist eine lebende Realität.«

Wer die Körper-Markierung ablehnt, wird aller Existenz behoben sein und trotzdem: Wehe uns, wir lassen uns markieren! Es kristallisiert sich immer mehr heraus, daß dann die Weltmacht in der Hand derer sein wird, die die Menschheit mittels Computer-Zahlen problemlos kontrollieren können. Die Zahlen sind mit bloßem Auge unsichtbar und nur mit einem Infrarotprüfer zu erkennen, sie sind nicht fühlbar und doch genauso sicher für die Identifizierung eines Menschen, wie es bei einem Fingerabdruck bereits möglich ist. Alles Kaufen und Verkaufen wird nur mit dem »666«-Geldwirtschafts-System künftig möglich sein. □

Rex 84

KZs für verdächtige US-Bürger

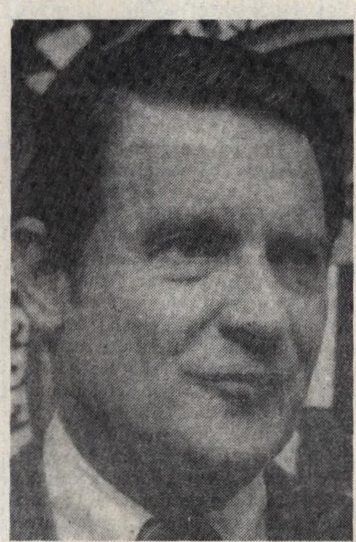
Massenverwahranstalten – auch als Konzentrationslager bekannt – werden in einer Reihe von wichtigen amerikanischen militärischen Anlagen auf geheimen Befehl von US-Präsident Ronald Reagan eingerichtet. Das Weiße Haus gab am 5. April 1984 eine äußerst geheime Entscheidungsdirektive für »Nationale Sicherheit« (NSDD) heraus, in der dringende Anweisungen für die »Mobilisierung« von zehn riesigen Gefangenenlagern an den wichtigsten Verteidigungsposten in allen US-Staaten dargelegt wurde.

Amerikanischen Journalisten wurden aus vertrauenswürdigen aber geheimen Quellen – zum Beispiel patriotische Offiziere der US-Army, die in Fort Benning, Georgia, und in Fort Chaffee, Arkansas, stationiert sind – informiert, daß Vorbereitungen für ein noch nie dagewesenes Zusammentreiben von Ausländern und »Sicherheitsverdächtigen« von Küste zu Küste in Bewegung gesetzt wurde. Nach diesen Quellen ist das wichtigste Ziel des umfassenden Polizeieinsatzes mit dem Decknamen »Rex 84« die Inhaftierung und Deportation illegaler Einwanderer.

Lager für je 25 000 Gefangene

Diese Quellen sagen aber auch, daß »Rex 84« ein weiteres, noch geheimeres und noch besser organisiertes Ziel verfolgt: die Anwendung von sogenannten »C & C«-Methoden (»capture and custody« – Gefangennahme und Haft) bei politischen Gegnern, Widerständlern oder selbst freimütigen Kritikern, die die Regierung als »gefährlich« betrachtet.

Nach in wesentlich bestätigten Informationen werden sich die vier Hauptkonzentrationslager für Zivilisten, die nach dem »Rex 84«-Programm eingerichtet werden, in Fort Chaffee, Arkansas, in Fort Drum, New York, in Fort Indian Gap, Pennsylvania, sowie in Camp A. P. Hill in Virginia befinden. Jedes dieser Lager wird so angelegt, daß jeweils 25 000 Zivilgefangene unter Bewachung von amerikanischen Truppen untergebracht werden können.



FBI-Direktor William H. Webster: »Wenn der FBI nicht mitspielt, muß 'Rex 84' abgeblasen werden.«

Weitere Haftanstalten für Notfälle werden in Oakdale, Kalifornien – wie verlautet für 15 000 Häftlinge –, und auf dem Luftwaffenstützpunkt Eglin im südlichen Florida, auf dem Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien, in Fort Mc Coy, Wisconsin, in Fort Benning, Georgia, in Fort Huachuca, Arizona und schließlich in dem südlichen Haft- und Verhörzentrum des Justizministeriums, bekannt als Camp Krome in der Nähe von Miami, Florida, bereitgestellt.

Eine größere nationale Spezialeinheit von Bundesgeheimdiensten und gesetzunterstützenden Diensten – unter anderem FBI, CIA, amerikanische Bezirkspolizeichefs, der Einwanderungs- und Einbürgerungsdienst, Zoll und Küstenwache – werden sich mit der örtlichen und staatlichen Polizei zusammentun, um Listen von Verdächtigen, die diese improvisierten, umzäunten Lager füllen werden, zusammenstellen.

Wer von den Bürokraten für gefährlich gehalten wird

»Das erste Zusammentreiben – das öffentlich bekanntgegeben wurde – wird illegale Ausländer und Flüchtlinge betreffen«, so informierte eine militärische Quelle. »Aber durch die geheimen Vorkehrungen von ›Rex 84‹ wird es auch umfassende Verhaftungen von Sicherheitsverdächtigen geben, die in diesen Zentren durch diese Notverordnung festgehalten werden können, ob sie nun amerikanische Staatsbürger sind oder nicht.«

Amerikaner, die die Regierung der Zugehörigkeit zu sogenannten »zu Gewalt neigenden« Gruppen verdächtigt, oder der »Unterstützung« solcher Gruppen – was bedeuten könnte, daß ein Bürger nur das falsche Informationsblatt bezieht – können sich unter Umständen unter den Massen der zusammengetriebenen illegalen Einwanderer befinden, wenn die Bürokraten sie für »gefährlich« halten.

Diesen Quellen zufolge können auch vermutete oder »potentielle« Terroristen, Umstürzler und Wehrdienstverweigerer in dem weitgespannten Netz von »Rex 84« gefangen werden.

Eine weitere Kategorie von antibürokratischen Aktivisten, die durch diese Direktive in administrativer Haft landen könnten, ist die Gruppe der »großen, organisierten Steuerhinterzieher«, berichtet ein Informant. Dieser Informant – ein Analytiker der Pentagon-Politik, der in den Nationalen Sicherheitsrat (NSC) ins Weiße Haus berufen wurde – hat Kenneth de Graffenreid, einen Sonderassistenten Präsident Reagans, als den NSC-Funktionär bezeichnet, der vorübergehend die Koordinierung der vorbereiteten Phase von »Rex 84« leitet.

Bisher hat sich noch kein Politiker in den Vereinigten Staaten gefunden, der einen verfassungsmäßigen oder rechtlichen Präzedenzfall für ein solches umfassendes Massenzusammentreiben von Zivilisten durch die amerikanischen Behörden zu Friedenszeiten angeben kann.

Eine Parallele zu einem solchen Vorgehen gibt es allerdings von der österreichischen Regierung des Kanzlers Engelbert Dollfuss Ende der dreißiger Jahre. Diese Aktion wurde damals mit scharfem Durchgreifen offiziell nur auf »illegale Ausländer« gerichtet, das heißt, auf die vielen deutschstämmigen Bewohner Österreichs, die von der Regierung Dollfuss verdächtigt wurden, mit der nationalsozialistischen Regierung von Hitler zu sympathisieren

Allerdings beschränkten sich die Österreicher bald nicht mehr nur auf Ausländer. Sie begannen viele Tausende Österreicher, die von der Regierung als Gegner oder »Umstürzler«, das heißt, Anhänger der verbotenen nationalsozialistischen Partei, betrachtet wurden, in Lager wie zum Beispiel das riesige Mollersdorf-Zentrum zu werfen.

Wer gehört zur Haß-Gruppe?

Welche Kriterien werden bei der Entscheidung in den USA benutzt, wer ist danach gefährlich und wer nicht? Wird die »Haßliste« zugrunde gelegt, die von der Anti-Diffamierungsliga (ADL) oder von B'nai B'rith zusammengestellt wurde?

1980 unterzeichnete die Bürgerrechtskommission der Vereinigten Staaten (USCCR) einen Vertrag mit der ADL zwecks Erstellung eines Berichts für die USCCR über »Haß«-Gruppen in den USA. Für Steuergelder in Höhe von 20 000 US-Dollar erstellte die ADL einen Bericht. Der Bericht wurde abgeschlossen und von der USCCR geprüft und akzeptiert.

Der üblichen Verfahrensweise folgend schickte die Kommission Teile des Berichts an die verschiedenen genannten Gruppen und bat um Stellungnahme. Die Antworten waren verheerend, und die Gruppen informierten nicht nur die USCCR über das,

was sie dachten und empfanden, sondern schrieben auch an ihre gewählten Abgeordneten.

Als Folge der Antworten von den genannten Gruppen und von Nachfragen vom Kapitol entschied sich die USCCR gegen eine Veröffentlichung und Vebreitung des von der ADL geschriebenen Berichts. Aber Anfang 1983 brachte die ADL einen eigenen Bericht heraus, der ein Neuaufguß des von der



Reagans Plan sorgt für Bestürzung in der Bevölkerung und für Unruhe unter den eigenen Funktionären.

USCCR geprüften Berichtes war.

Als Antwort auf Fragen von Journalisten gab Robert Blair, ein Sprecher des US-Bundesdienstes für Notstandsmanagement (FEMA), zu, daß »Rex 84« die Bezeichnung eines »Geheimprojektes« sei, das erst vor wenigen Wochen initiiert worden sei.

Blair leugnete jedoch jegliches Wissen über geplante Massenverhaftungen. »Ich bin mir dessen sicher, daß bis jetzt niemand in Haft genommen wurde«, sagte er zu Journalisten. »Was Sie gehört haben, ist vielleicht auf niedrigem Niveau oder von Mitarbeitern verbreitet worden – es ist alles verdreht.«

Aber andere Quellen bestätigen, daß »Rex 84« der »geheime Anhang« bei einer Reihe von Exekutiv-Befehlen für Notfallbereitschaft und nationale Sicherheit sei, die vom Weißen Haus ausgegeben wurden. Die erste Phase dessen, was als vollständige Überarbeitung der Notstands- und Sicherheitsvorbereitungen von der Regierung Reagan beschrieben wird, wurde am 3. April 1984 durch die Verkündigung des Exekutiv-Befehls 12 473 gekennzeichnet, in dem die Umorganisation und die Bundeskontrolle über das nationale System des Fernmeldewesens im Falle einer größeren nationalen Notlage in Einzelheiten aufgeführt werden.

FBI distanziert sich vom Zusammentreiben

Wegen der wachsenden Kontroversen in der Regierungsspitze, geplagt von den Erkundigungen äußerst neugieriger amerikanischer Journalisten sowie der Opposition von ranghohen Funktionären für die nationale Sicherheit, hat die Regierung Reagan begonnen, sich langsam etwas von »Rex 84« zu distanzieren.

Der FBI-Direktor William H. Webster teilte dem Leiter für nationale Sicherheit im Weißen Haus, Robert McFarlane, mit, daß der »FBI« jedem Vorschlag ablehnend gegenüberstehen würde, der die Teilnahme an Säuberungsaktionen gegen Bürger erforderlich machte, die im Verdacht stünden, keine Gesetzesbrecher zu sein, sondern nur eine andere Meinung über zweifelhafte Verbände hätten.«

Aus seriösen Polizeiquellen wurde von der Entschlossenheit von Richter Webster berichtet, dem FBI die Beteiligung an »Rex 84« oder irgendeinem anderen Durchführungsprogramm von zweifelhafter Rechtmäßigkeit oder Verfasssungsmäßigkeit zu untersagen. Diesen Quellen zufolge unterstrich Webster seine Opposition gegenüber »Rex 84« und damit zusammenhängenden nationalen Sicherheitsvorbereitungen für den Notfall, indem er McFarlane mitteilte, daß der FBI seinen Anteil eines besonderen Fonds zur Ausweitung von Bundescomputerdaten über »Sicherheitsverdächtige« zurückgeben würde.

Zur Erklärung seiner ungewöhnlichen Geste – es ist sehr selten, daß oberste Chefs von solchen Organisationen ihre Zuweisungen nicht annehmen –

Rex 84

KZs für verdächtige US-Bürger

sagte Webster gegenüber dem Leiter für nationale Sicherheit im Weißen Haus, daß er, obwohl er immer bestrebt sei, die Fähigkeiten des FBI zu verbessern, es »ablehne, den FBI bei der Zusammenstellung von Beobachtungslisten von Leuten mitarbeiten zu lassen, die nur deshalb als Opfer ausgewählt wurden, weil sie die falschen Freunde haben.«

Ein altgedienter US-Spionageabwehrexperte, der im Augenblick mit für die persönliche Sicherheit von US-Präsident Ronald Reagan verantwortlich ist, meinte lakonisch: »Wenn der FBI nicht mitspielt, muß ›Rex 84‹ abgeblasen werden.«

Aber es gibt auch andere Stimmen im Weißen Haus, die meinten, daß sich ein starker Präsident über solch eine Opposition hinwegsetzen kann. »Reagan kann Webster feuern«, versicherten sie, »oder er kann einfach den FBI von dem Programm ausschließen und andere computerisierte Daten über Verdächtige benutzen.«

Die umstrittenen Ernannten

Aus dem US-Verteidigungsministerium ist zu vernehmen, daß General John Vessey, der das Kommando über die vereinigten Stabschefs hat, auch große persönliche Bedenken über »Rex 84« und andere geplante nationale Sicherheitsmaßnahmen für den Notfall in privaten Gesprächen mit Reagan und McFarlane geäußert hat. Angeblich warnte Vessey Reagan, daß jegliche Teilnahme an Säuberungsaktionen und willkürlichen Verhaftungen durch die amerikanischen Truppen die breite, für den Kampf der Streitkräfte gegen äußere Feinde notwendige Unterstützung des Volkes untergraben würde.

Das Weiße Haus wurde auch von Bundespolizeifunktionären wegen der Ernennung des stellvertretenden Assistenzsekretärs für Verteidigung, Noel C. Koch, als Hauptkoordinator für seinen Kreuzzug gegen unsichtbare Feinde angegriffen. Selbst von General Richard G. Stilwell, der als stellvertretender Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium einer von Kochs Vorgesetzten im Pentagon ist, wurde berichtet, daß er privat an der Entscheidung des Weißen Hauses Kritik übte, einem unerfahrenen Verwalter für nationale Sicherheit mit einem fragwürdigen Background, die Verantwortung für solch einen empfindlichen Befehlsbereich zu übertragen.

Oberste FBI-Funktionäre waren sogar noch direkter in ihrer Zurückhaltung gegenüber Kochs Ernennung. »Die Wahl Kochs durch den Präsidenten ist das schlimmste seit Hugel für einen Tag zum DDCI ernannt wurde«, sagte ein erfahrener Polizeibeamter, der eines der größten Landesämter des FBI leitet. Die Bemerkung bezog sich auf Max Hugel, einen Aktienspekulanten mit zweifelhaften Background, der Anfang 1981 zum stellvertretenden Leiter von CIA-Operationen von William Casey, dem neuen CIA-Leiter der neuen Regierung Reagan, ernannt wurde. Hugels Ernennung erregte einen solchen Sturm der Kritik, daß er nur zwei Monate als oberster »Meisterspion« in der Regierung Reagan diente.

Obwohl Reagan die Beförderung Kochs auf den obersten anti-terroristischen Posten bis jetzt noch nicht rückgängig gemacht hat, nimmt man an, daß das Weiße Haus in Erwägung zieht, Koch für einen qualifizierten und weniger umstrittenen Mann fallenzulassen.

Da »Rex 84« unter wachsendem Beschuß in der amerikanischen Öffentlichkeit steht, hat Reagan sich Berichten zufolge entschlossen, das Projekt noch einmal zu »überdenken«. Kenneth de Graffenreid, Sonderassistent des US-Präsidenten und für die Koordinierung des Massenverhaftungsprogrammes verantwortlich, gab inzwischen eine äußerst geheime Direktive heraus, in der die Einstellung der »gegenwärtigen finanziellen Unterstützung« für die »Rex 84«-Operation angeordnet wurde.

Die Bestürzung der Bevölkerung wächst

Inzwischen hat das Weiße Haus dem Kongreß vier hastig entworfene Gesetzesvorlagen, die ein rechtliches Grundgerüst für die Inhaftierung und Verfolgung von internationalen Terroristen und ihren »Befürwortern« geben soll, vorgelegt. Die Geiselnahme und das Festhalten von Geiseln würde diesen umfassenden Vorschlägen zufolge ein Staatsverbrechen sein, genau wie der Versuch »Hilfs- und Unterstützungsdienste sowie Fertigkeiten« anderen Regierungen zur Verfügung zu stellen, die offiziell vom US-Außenministerium als »mit dem Terrorismus in Verbindung stehend« angeprangert wurden.

Andere Vorkehrungen der umfassenden Anti-Terroristen-Gesetzesvorlagen der amerikanischen Regierung wären die Bewilligung von riesigen Belohnungen – bis zu 500 000 US-Dollar pro Person – für Informanten, die Nachrichten über vermutliche Terroristen liefern. Es gibt außerdem Vorschläge für härtere Sanktionen gegen Flugzeugentführer und härteres Vorgehen der Polizei in Verbindung mit »zu Gewalt neigenden« Tätern.

In einer vom Weißen Haus herausgegebenen schriftlichen Stellungnahme erklärte Reagan, daß diese vorgeschlagenen Maßnahmen im wesentlichen zur Bestrafung und zur Abschreckung für jene, die »Hilfe und Unterstützung den Ländern gewähren, die den Terrorismus unterstützen und Terrorismus als außenpolitisches Werkzeug benutzen«, gedacht seien.

Aber obwohl der Kommentar des amerikanischen Präsidenten den durch »Rex 84« und andere geplante anti-terroristische Maßnahmen entstandenen Sturm der Kontroversen beruhigen sollte, wuchsen die Bestürzungen und die Besorgnis unter den eigenen Funktionären für nationale Sicherheit der Regierung weiterhin. □

Dollar

Das Spiel mit Billionen

Macht es etwas aus, wenn Staatsausgaben ständig größer sind als die Staatseinnahmen? Diese Frage beantworten viele Wirtschaftswissenschaftler, die den US-Präsidenten Ronald Reagan beraten, mit einem entschiedenen »Nein«. Aber diese Antwort paßt in keiner Weise zu den Fakten: Der Etat der Vereinigten Staaten für 1985 wird über 930 Milliarden US-Dollar betragen; darin sind bereits 10 bis 16 Milliarden Dollar für versteckte Ausgaben außerhalb des Etats berücksichtigt. Das nächste Jahr wird also wieder ein Haushalts-Defizit von mehr als 200 Milliarden US-Dollar bringen. Die Regierung plant außerdem, daß alle ihre Etats in den Jahren von 1985 bis 1989 im Schnitt ein Volumen von 1,1 Billionen US-Dollar jährlich haben werden. Damit wird jeder Etat in dieser Zeitspanne ein Defizit um die 200-Milliarden-US-Dollar-Grenze aufweisen.

Es gibt wenige Bürger in den Vereinigten Staaten, die das Wachstumspotential für den Zinseszins verstehen. Wenn man wirklich zuläßt, daß Amerikas von Jahr zu Jahr größer werdende Staatsausgaben sich gegenüber stets geringer bleibenden Einnahmen unkontrolliert weiterentwickeln, wird das Ergebnis eine Katastrophe sein. Nimmt man an, daß das jährliche Regierungsdefizit bis zum Ende dieses Jahrhunderts im Durchschnitt zehn Prozent der gesamten Bundesschuld – bis heute etwa 1,5 Billionen US-Dollar – beträgt und die Zinssätze zur Finanzierung dieser Schuld im Durchschnitt zehn Prozent betragen werden, liefern die ermittelten Werte eine exakte Definition der kommenden Katastrophe.

Benutzt man die gerade genannten sehr vorsichtigen Zahlen, werden die amerikanischen Staatsschulden von den 1,5 Billionen Dollar von 1984 auf 38 Billionen Dollar im Jahr 1999 anwachsen. Die jährlichen Zinsen dieser Schulden werden auf 4,2 Billionen Dollar ansteigen, und die neuen jährlichen Defizite betragen dann 4 Billionen US-Dollar.

Zur Belegung dieser Zahlen genügt ein Blick auf einige Angaben der Peter-Grace-Kommission, die im Auftrag des amerikanischen Präsidenten ein Gutachten über die Kostenkontrolle im Privatbereich erstellte. Grace warnte darin Reagan, daß die unfundierte Belastung des Sozialunterstützungsprogramms 1989 sieben Billionen Dollar und 1999 27 Billionen Dollar erreichen würde. Um beide Zahlen in die richtige Perspektive zu setzen, bedeutet das: 16 000 US-Dollar für eine Unze Gold, 100 Dollar für eine Gallone Benzin und 50 Dollar für ein Dutzend Eier.

Der verstorbene Dr. Emanuel Josephson schrieb 1964 das Buch »Die Wahrheit über Rokkefeller, Staatsfeind Nr. 1« (Chedney Press Verlag, New York). In diesem Buch sagte dieser währungspolitische Analytiker etwas, was vor ihm Wenige geschafft haben: er sagte der Wirtschaft der USA für die siebziger Jahre die richtigen Dinge voraus.

Josephson war damit so genau, daß die Massenmedien ihn bei seinem Tod zu einer »Non-Person« machten. Heute, zehn Jahre später, kann sich kaum noch jemand an seinen Namen erinnern.

Der erste »Fedologe«

Josephson war Amerikas erster Beobachter und Kritiker des Federal-Reserve-Systems. Lange bevor die meisten Amerikaner wußten, worum es sich bei dieser Art Bundesbank im Besitz einiger weniger ganz großer Bankers handelt, wurde sich Josephson dessen bewußt, daß sie nicht nur die US-Wirtschaft kontrolliert, sondern auch eine Rolle bei der Bestimmung der amerikanischen politischen Ziele spielte.

Um ein erfolgreicher Beobachter und Kritiker des Federal-Reserve-Systems zu sein, muß man zuerst vorgefaßte Vorstellungen über diese »private Bundesbank« und die entsprechenden Desinformationen durchschauen. Man muß begreifen, daß es sich um Märchen handelt, wenn behauptet wird, die USA hätten ein unabhängiges Zwei-Parteien-System in der Politik, die Amerikaner hätten eine nationalistische Regierung, eine freie Presse, eine Wirtschaft mit freiem Unternehmertum und ein Währungssystem, das von der Regierung in Washington betrieben und kontrolliert wird.

Im allgemeinen muß man glauben, daß Politiker keine Proble-



me lösen: sie schaffen Probleme! Die Politiker versichern ihren Wählern ständig, daß sie die Inflation in den USA bezwungen haben und daß sie, zumindest für dieses Jahrhundert, überhaupt keine Rolle mehr spielt. Die Medien unterstützen dieses Denken, indem sie Berichte drucken, die andeuten, daß die Goldpreise noch weiter fallen. Das »Wall Street Journal« zitiert führende Wirtschaftswissenschaftler: »Der starke Dollar macht Gold zu einer überholten Sache«. Und: »Riesige Defizite sind eigentlich nicht schädlich«.

Um die ganze Tragweite zu verstehen, muß eigentlich begriffen werden, daß das amerikanische Federal-Reserve-System »der Schwanz ist, der den Hund wedelt«. Das heißt, der amerikanische Kongreß »geht dem Geld nach«, anstatt es zu führen. Deswegen hat man in Washington eine Reihe von Gesetzesentwürfen in die parlamentarischen Mühlen gegeben, die der Regierung bei der Regulierung und der Kontrolle des Verkaufs und der Gewinne von Edelmetallen helfen sollen.

Bereits 1982 billigte der Kongreß in Washington ein neues Steuerpaket. Teil 6045 dieses Gesetzes besagt, daß Münzhändler Abschlüsse mit Kunden auf dem Formular 1099 B mit einer offiziellen Steuerinformationsnummer (Sozialhilfenummer) und dem Nachweis der richtigen Anschrift angeben müssen. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1984 in Kraft.

Verdoppelung der Steuer für Gold

Eine zweite Gesetzesvorlage, H. R. 1693, würde, um es ganz einfach auszudrücken, den Verkauf von Krügerrand-Münzen in den Vereinigten Staaten verbieten.

Die meisten Kapitalanleger in den USA, die Gold gekauft haben, besitzen keine Quittung über ihren Kauf. Bei der Bewertung dieses Goldes ohne entsprechenden Nachweis seines Wertes, wird der tiefstmögliche Preis angesetzt: 35 US-Dollar pro Unze. Dies bedeutet für die amerikanischen Kapitalanleger einen Verlust von Milliarden Dollar.

Auf diese Weise zwingt man die Bürger sich von ihren »Goldschätzen« zu trennen. Bei dieser Art von Bewertung des Goldes ist für den einfachen Mann uninteressant, seine Ersparnisse vor Inflation oder Beschlagnahme weiter sicher in Gold angelegt zu halten.

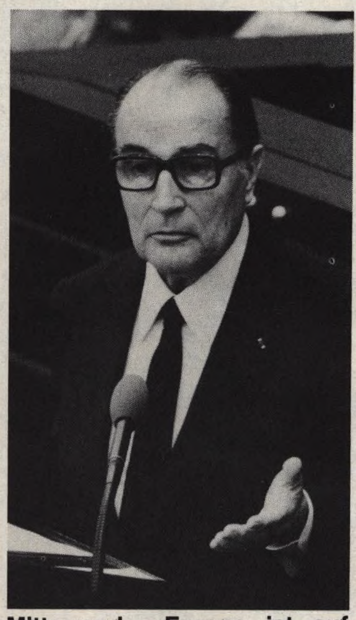
Auf diese Weise saniert sich das amerikanische Federal-Reserve-System. Mit nagelneuen, rosagetönten elektronisch sensibilisierten US-Dollar-Noten lockt es die Goldreserven der amerikanischen Bürger auf den Markt und kauft sie zum tiefstmöglichen Preis auf. Nach gelungenem Abschluß des Coups wird der Goldpreis dann wieder in astronomische Höhen hinauf manipuliert. □

Nato

Zur Lage Europas

Technische oder menschliche Fehler haben in den USA im Verlauf von 18 Monaten 151 gravierende Falschalarme ausgelöst. Fünfmal wurde dadurch höchste Alarmstufe für die Mannschaften der Atom-Bomber und an die ballistischen Interkontinentalraketen ausgegeben. Westeuropa bleibt, nach dem Urteil des französischen Staatschefs François Mitterrand, »auf unabsehbare Zeit zur Verteidigung aus eigener Kraft unfähig, doch dürfe diese Feststellung niemand in Europa hindern, eine möglichst schnelle Veränderung dieses Zustandes anzustreben«.

Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl teilt diese Feststellung des französischen Staatschefs »weitestgehend.« Der französische Luftwaffengeneral Copel faßte die militärische Lage in Europa zusammen und meinte: »Die westlichen Armeen sind nach meiner Ansicht nicht genügend für einen wirksamen Verteidigungskampf organisiert. Da der Westen nukleare Waffen nicht als erster einsetzen will, können die Sowjets das Risiko eines klassischen und chemischen Angriffs eingehen. Die Überlegenheit der Roten Armee, was konventionelle und chemische Waffen anbetrifft, ist derartig, daß sie eine kolossale Panik unter der Bevölkerung wie auch unter den alliierten Truppen auslösen kann.«



Mitterrand: »Europa ist auf unabsehbare Zeit zur Verteidigung aus eigener Kraft unfähig.«

Eine Nato ohne USA?

Der französische General Copel befürwortete in weiteren Gesprächen, daß die Bundeswehr mit Neutronenwaffen ausgestattet werden müßte, und bis zu diesem Zeitpunkt sollten französische Truppen an der ersten Verteidigungslinie mit Neutronenwaffen stationiert werden. Eine Nato ohne die USA als »Führungsmacht« und als »Schiedsrichter« würde dazu führen, daß die Streitigkeiten innerhalb der Nato noch in wesentlich schärferer Form ausbrächen als bisher.

Kohl und Mitterrand sind derzeit intensiv bemüht, den WEU-Vertrag, der immer noch gültig ist, allseits in Erinnerung zu bringen. Dieser Vertrag verpflichtet alle Vertragspartner sofort und ohne große Nato-Konferenz automatisch zur gegenseitigen Unterstützung. Frankreich, England und die Beneluxstaaten sind also sofort automatisch verpflichtet, die Bundesrepublik zu verteidigen, sobald die westdeutsche Regierung den Einmarsch fremder Truppen meldet und um Hilfe bittet. Ein Einverständnis der USA ist nicht erforderlich.

Aus Nachrichtenquellen wird berichtet, Mitterrand hätte der amerikanischen Ansicht zugestimmt, auch Europa müsse sich unter einen Strahlenwaffen-Schutzschild begeben. Bis zur Installierung dieses Strahlenwaffen-Schutzschildes müsse das atomare Gleichgewicht aufrecht erhalten bleiben. Mitterrand meinte weiter, Moskau könne es zwar wagen militärische Blitzaktionen mit begrenzten Zielen durchzuführen, doch würde es nicht wagen, bis zu den Standorten der Pershing II zu marschieren.

Innerhalb vier Wochen bis zum Rhein

Innerhalb der Nato hatte sich im Herbst Kissinger, Lord Carrington und Wörner gegen die Strahlenwaffen ausgesprochen, während Weinberger und damals noch Kießling den Plan des amerikanischen Präsidenten Reagan unterstützten. Hauptbegründung Weinbergers war: Die Sowjets arbeiten seit 1967 an einem solchen System und haben bereits erheblichen Vorsprung.

Die Deutschen können wohl davon ausgehen, daß Reagan und Weinberger für die Vereinigten Staaten dieses Strahlenwaffen-Konzept durchsetzen wird und zwar ohne Rücksicht auf die Europäer. Allerdings gibt es bis heute noch keine Untersuchungen, wie die Bundesrepublik und andere UdSSR-Anrainer mit kurzer Distanz zur Grenze durch einen Strahlenwaffen-Schild geschützt werden könnten. Bei aller Präzisionstechnik des Westens könnten heute noch immer Transporthubschrauber, die auch Atombomben geladen haben könnten, im Tiefflug über die Zonengrenze fliegen ohne auf dem Radarschirm bemerkt zu werden.

In übereinstimmenden Erkenntnissen aller westlichen Nachrichtendienste geht der Ostblock davon aus, die Bundesrepublik bis zum Rhein, sowie Belgien und die Niederlande innerhalb von vier Wochen besetzen zu können und zwar alles mit konventionellen Waffen. Man geht sogar weiter, daß es möglich sei, das Einfliegen von Verstärkung aus den USA und England zu verhindern. Es ist nicht daran gedacht, Österreich oder die Schweiz in einem solchen Fall in die Kämpfe mit einzubeziehen.

Dänemark und Norwegen könnte man in dieser Frist ebenfalls gleichzeitig besetzen. Die schwedische Neutralität könnte man dagegen nicht achten. Finnland wird jedoch in diese kriegerischen Vorbereitungspläne nicht einbezogen, also auch nicht besetzt.

In der DDR hat in der Mitte des Monats Februar ein Manöver mitteldeutscher und sowjetischer Truppen stattgefunden, das wegen seines Umfangs von über 60 000 Mann nach den Vereinbarungen der KSZE-Schlußakte anmeldepflichtig gewesen wäre. Die gestellte Manöver-Aufgabe war, daß zwei Divisionen gleichzeitig und parallel unter Kampfbedingungen die Elbe zu überschreiten hätten. Die Aktion begann auf den Truppenübungsplätzen Lieberose und Jüterbog und endete auf der Letzlinger Heide zwischen Magdeburg und der Zonengrenze.

Als Frachtgut in die UdSSR

Die Streitkräfte aller kleineren Staaten des Warschauer Paktes, also auch der DDR und Polens, mit Ausnahme jedoch Rumäniens, sind zuverlässig im Sinne der sowjetischen Führung. Das Offizierskorps dieser Länder ist voll mit überzeugten Kommunisten durchsetzt, wobei auch die Stellung der Sowjetunion als »großer Bruder« beziehungsweise »Vaterland aller Werktätigen« voll anerkannt wird. Über diese Tatsache besteht Einigkeit bei der Auswertung und Erkundigungen aller westlichen Nachrichtendienste.

In den Monaten August, September und Oktober 1983 fanden im sowjetischen Militärbezirk Fernost, im Baltikum und im türkisch-iranisch-afghanischen Grenzgebiet große Zivilschutzübungen statt. Dabei wurde jeweils ein gegnerischer Atomangriff simuliert. Der Zivilschutz untersteht in der Sowjetunion direkt dem Verteidigungsministerium und wird von einem General geleitet.

Die Rakete, mit der im letzten Herbst die koreanische Boeing abgeschossen wurde, war ein Nachbau einer US-Sidewinder-Rakete, deren Suchkopf auf Wärmeausstrahlung anspricht. Raketen dieser Art waren mehrfach in amerikanischen Depots gestohlen, zerlegt und als Maschinenteile getarnt, als Frachtgut in die UdSSR geschickt worden. □

UdSSR

Ölproduktion geht zurück

Die Sowjetunion ist die führende ölproduzierende Macht der welt. Aber die UdSSR erlebt einen Rückgang ihrer Ölproduktion, was verheerende Folgen für die sowjetische Wirtschaft haben könnte und damit auch neue Gefahren für den Westen birgt. Der Rückgang der sowetischen Ölproduktion begann im Oktober 1983 und dauerte über den Winter an. Früher zeigten die Produktionsleistungen eines bestimmten Monats eine Verbesserung gegenüber demselben Monat des vorangegangenen Jahres. Heute jedoch ist die Produktion jeden Monat seit Oktober 1983 bis zum Frühjahr 1984 zurückgegangen.

Dieses Nachlassen in der Ölproduktion passiert zum ersten Mal seit die Sowjetunion 1974 weltführend in der Ölproduktion wurde, was hauptsächlich der Erschließung neuer Ölquellen im westlichen Sibirien zuzuschreiben war.

Das größte sowjetische Ölfeld Samotlor in der Nähe der neuen Stadt Nizhnevartovsk produzierte allein etwa drei Millionen Barrel hochwertiges Rohöl pro Tag, was etwa ein Viertel der gesamten sowjetischen Produktion darstellt. Im letzten Jahr erreichte das Feld jedoch zum ersten Mal seit seiner Erschließung nicht das Jahresplanziel.

Die Sowjetunion exportiert etwa ein Viertel des von ihr produzierten Öls, besonders in ihre Satellitenstaaten in Mitteleuropa und die westlichen Industriestaaten Westeuropas.

Der Ölexport in die westlichen Länder bringt den Sowjets etwa 50 Prozent ihrer harten Währung, die sie zum Kauf von hochentwickelter Technologie und von Getreide brauchen. 1980 betrugen die Einnahmen aus dem Ölverkauf an den Westen insgesamt 20 Milliarden US-Dollar.



Die kommunistischen Satellitenstaaten Mitteleuropas werden die ersten sein, die unter dem Rückgang der sowjetischen Ölproduktion leiden werden. Die Menschen in diesen Ländern sehen sich schon jetzt gezwungen, ihren Ölverbrauch zu reduzieren. Das kommunistische Rumänien, das einen großen Teil seines Öls von den Sowjets importiert, war 1982 und 1983 von einer schweren Energiekrise betroffen, die fast die ganze Nation ins Dunkel stürzte.

Die Sowjets werden die Exporte nach Mitteleuropa einschränken und versuchen, die Exporte auf hoher Ebene nach Westeuropa weiterhin aufrechtzuerhalten, um die harte Währung auch in Zukunft in ihre Kassen fließen zu lassen. Ohne die harte Währung würde der Import von hochentwickelten technologischen Produkten, die so wichtig für die sowjetische Rüstung und von höchster Priorität sind, gekürzt werden.

Im allgemeinen fängt jedes Jahr die sowjetische Ölproduktion in den ersten Monaten langsam an und steigert sich im Laufe des Jahres. Der Höhepunkt der Ölproduktion liegt jeweils im letzten Vierteljahr, wenn durch besondere Propaganda und politischen Druck, die äußersten Anstrengungen unternommen werden, um den Jahresplan der Wirtschaftsfunktionäre zu erfüllen. 1983 lag jedoch das vierte Quartal weit unter den Produktionszahlen des zweiten und dritten Quartals.

Ein anderer Hemmschuh ist die veraltete sowjetische Technologie für Probebohrungen und Produktion, die 10 bis 30 Jahre hinter den westlichen Einrichtungen hinterhinken. Es dauert zum Beispiel etwa nur sechs Monate oder sogar weniger, ein 15 000-Fuß-tiefes Bohrloch im Westen zu bohren. In der Sowjetunion dauert das drei bis vier Jahre. Das bedeutet, daß die Sowjets über 10 Jahre oder mehr brauchen würden, um genügend 15 000-Fuß-Bohrlöcher zu bohren, um die Produktion auf einem Feld zu beginnen.

Tatsache ist also, daß die Sowjetunion zwar genügende Mengen an Ölvorräten besitzt, sie jedoch über eine unzulängliche Technologie verfügt diese Vorräte zu erschließen.

Die Sowjets sind mit der Entwicklung der vor der Küste des Schwarzen Meeres und des Kaspischen Meeres liegenden Ölvorräte im Verzug. Ein Mangel an moderner Ausrüstung stellt das große Problem bei ihrer Erschließung dar. Die US-Regierung hat darum dem Verkauf von versenkbaren Bohrungspumpen im Wert von 40 Millionen US-Dollar an die Sowjets zugestimmt, obwohl das US-Verteidigungsministerium dagegen Bedenken anmeldete.

Unter der vorangegangenen Regierung Carter konnte die Firma Dresser Industries aus Dallas den Sowjets eine Anlage für 146 Millionen US-Dollar verkaufen, die jährlich 100 000 qualitativ hochstehende Bohrer produzieren soll. Die Anlage wurde in der Stadt Kuibyshew an der Wolga gebaut.

US-Geheimdienstexperten befürchten, daß der Rückgang der sowjetischen Ölproduktion die Sowjets dazu veranlassen wird, neue Unternehmungen im ölreichen Nahen Osten zu starten, wo der Krieg zwischen Iran und Irak den Persischen Golf zu schließen droht.

Angesichts der gegenwärtigen Instabilität im Iran ist es nicht schwer, sich eine sowjetische Invasion und Einnahme dieses Landes vorzustellen. Irans Ölvorräte könnten den Verlust der sowjetischen Ölproduktion ausgleichen. □

Presse

Ein Marxist als Medienbaron

Dan McMahon

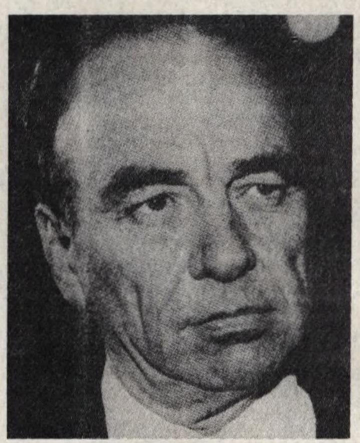
Rupert Murdoch, der Medienbaron, der Australien und Großbritannien erobert hat und der stark in die europäische Medienlandschaft eingedrungen ist, hat jetzt sein Interesse auf die Vereinigten Staaten gerichtet. Seine hier geführte Kampagne erregte die amerikanische Öffentlichkeit durch eine ständig wachsende Zahl von Zeitungskäufen. Murdoch erwarb die New Yorker »Post«, den Bostoner »Herald«, den »Express« von San Antonio, die Chicagoer »Sun-Times«, die Zeitschrift »New York« und »Village Voice«.

Amerikanische Medienanalytiker sehen Rupert Murdochs jüngstes Gebot auf einen 49,9-Prozent-Anteil an den Warner Communications, der Welt größtem Multimedien-Unterhaltungskonzern (Filme, Fernsehen, Videospiele), als besonders bedrohlich an. Die Manager von Warner Communications sind zu dem unterbreiteten Murdoch-Angebot in Opposition gegangen. Murdoch hat daraufhin bekanntgegeben, einen scharfen Kampf zu betreiben, der zur Absetzung des Warner-Managements führen wird.

Wer ist Rupert Murdoch?

Wenn es Murdoch gelingt einen Platz in Warners Management zu bekommen, wird er damit Zugang zu Warners riesigem Filmarchiv bekommen. Diesen Film-Fundus braucht er dringend, um »Produkte« zur Verfügung zu haben für ein europäisches Fernseh-Satellitensystem, das Programme für Kabelfernsehen liefert und die amerikanische Firma Skybank Inc. mit Unterhaltungsbeiträgen versorgt. Skybank sendet Fernsehprogramme direkt an die empfangenden Heim-Parabolreflektoren.

Wer ist Rupert Murdoch? Wie konnte er ein internationales Medienimperium aus zwei kleinen südaustralischen Zeitungen aufbauen, mit denen er seine Laufbahn begonnen hatte? Von wem erhält er bei seinen Unternehmungen finanzielle Unterstützung, und welche Ziele verfolgt er mit seinen Unternehmungen? Warum stellt er als selbsterklärter Konservativer eine Büste von Wladimir Lenin in sein Büro? Und dann stellt sich noch die Frage: Welche Auswirkungen könnte Murdochs Einfluß auf die amerikanischen Medien in den Vereinigten Staaten und in der Weltöffentlichkeit haben?



Der »Rote Rupert« Murdoch begann mit »zwei müden Zeitungen« und wurde Liebling der Superreichen.

Biographische Einzelheiten aus Murdochs Vergangenheit sind bruchstückhaft und oft widerspruchsvoll. Man liest, daß sein Großvater ein verarmter presbyterianischer Pfarrer gewesen sei, der von England nach Australien emigrierte, daß sein Vater ein schlecht bezahlter Reporter einer britischen Zeitung in Australien war, und doch verbrachte der junge Rupert seine Zeit entweder in dem komfortablen Heim der Familie in einem Vorort von Melbourne, oder auf der Schafranch der Familie auf dem Land. Er ging zunächst auf die vornehme Geelonger Privatschule und besuchte später die elitäre und aristokratische Universität Oxford in England.

Genug Geld für einen Rittertitel

Ruperts Vater Sir Keith Murdoch erreichte seine einflußreiche Position in der Gesellschaft Australiens durch seine Heirat mit der Tochter einer wohlhabenden jüdischen Familie: Elisabeth Joy Greene. Durch die Beziehungen seiner Frau avancierte Keith Murdoch vom Reporter zum Vorsitzenden der sich im britischen Besitz befindlichen Zeitung, für die er arbeitete. Er hatte genug Geld, sich einen Titel in der Ritterschaft des britischen Reiches zu kaufen, sowie zwei Zeitungen in Adelaide, Südaustralien, und einen Radiosender in einer entfernten Bergarbeiterstadt.

Aus irgendeinem Grund hat Murdoch immer die Tatsache zu verbergen versucht, daß seine fromme Mutter ihn als Juden erzogen hat. Dies ist angesichts seiner pro-israelischen Ausrichtung paradox. Das Wissen um diese Einzelheiten, sowie der Rest seines Backgrounds erklärt viele Aspekte seiner Persönlichkeit, seiner Vorurteile und der redaktionellen Stellungen seiner Zeitungen.

Sein Haß auf die Iren, der in seinen Veröffentlichungen ganz deutlich immer wieder zum Ausdruck kommt, ist ein Ergebnis des von ihm erlittenen Spotts durch junge Iren in Melbourne wegen seiner Herkunft. Viele der Iren in Australien waren Nachkommen von Menschen, die gewaltsam von den britischen Inseln auf den fünften Kontinent transportiert worden waren. Sie sollten als Diener der englischen Kolonisten arbeiten, sie waren sozusagen die Neger Australiens und wurden wie zweitklassige Bürger behandelt.

Murdoch betrachtete die Iren nicht nur als »dienende Klasse«, sondern empfand sie auch als illoyal dem britischen Königreich gegenüber. Sie wollten nicht in Englands Kriegen in Südafrika und in Deutschland kämpfen. Sie mußten als Soldaten zu diesen Kriegen gezwungen werden, damit sie sich für König und Empire töten ließen. Auch die streng verfolgte Neutralität der jungen Republik Irland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verfehlte auf Murdoch nicht ihre Wirkung.

Murdoch zählte aber nicht nur die Iren zu seinen Feinden, sondern auch die Deutschen, die Palästinenser, die Araber, freie Unternehmer aller Rassen und vor allem alle Anti-Zionisten. Wegen all dieser Feinde beschäftigte Murdoch ein Heer von Leibwächtern, die ihn vor »den Schlägertypen, die mich und meine Familie umbringen wollen«, beschützen sollen.

Murdoch propagierte den Marxismus

Während seiner College-Zeit in London knüpfte Murdoch die Kontakte, die ihm in seiner Karriere so sehr nützen sollten. Murdochs Vater bat Lord Beaverbrook, den britischen Pressebaron, der eine Kette von Zeitungen für den Massenmarkt in England und Kanada besaß, den jungen Rupert im Zeitungsgeschäft auszubilden. Durch Beaverbrook wurde Murdoch mit reichen und mächtigen Persönlichkeiten zusammengebracht, wie zum Beispiel Edgar Bronfman (kanadischer Spirituosenmagnat, der den Zionismus in Nordamerika finanziert) und Harry Oppenheimer, dem Vorsitzenden des anglo-amerikanischen und DeBeers Diamanten- und Goldkartells. Oppenheimer gehören praktisch alle englischsprachigen Zeitungen in Südafrika.

Mit der finanziellen und moralischen Unterstützung dieser mächtigen Männer sollte Murdoch seine ersten Angriffe auf die Weltpresse starten, indem er Zeitungen und später auch Fernsehprogramm-Absatzmärkte in Ländern auf der ganzen Erde erwarb.

Als sein Vater starb, war Murdoch für 40 US-Dollar pro Woche bei dem Londoner »Daily

Express« angestellt. Murdoch kehrte nach Australien zurück, da er, wie die Zeitschrift »Time« es nannte, »zwei müde Zeitungen« geerbt hatte. Er übernahm die Kontrolle über diese beiden Zeitungen und begann die von ihm an der Universität in Oxford erworbenen marxistischen Vorstellungen unter die Bevölkerung von Adelaide zu bringen.

Murdoch war bei der örtlichen Bevölkerung als der »Rote Rupert« bekannt, ein Spitzname, den er in seiner Zeit als Campus-Radikaler und durch die späteren pro-marxistischen Leitartikel bekommen hatte. Er radikalisierte seine Zeitungen gründlichst, war jedoch damit nicht so erfolgreich, um aus ihnen große Gewinne herauszuquetschen. Sowohl die relativ geringe Bevölkerungszahl der Stadt als auch die Konkurrenz der anderen Zeitungen konnten Murdoch nicht das nötige Kapital zum Kauf der großen City-Tageszeitungen geben.

1965 kaufte Murdoch dennoch plötzlich eine große Sonntagszeitung für 400 000 US-Dollar in Perth, der Hauptstadt Westaustraliens. Da der finanzielle Background seiner Zeitungen in Adelaide bekannt war, fragten sich viele Leute, woher Murdoch das Geld bekommen hatte. Es wurde damals vor Ort angedeutet, daß die Sowjetunion Murdoch finanziell unterstützte.

Als Murdoch jedoch begann, Millionen für den Kauf von Tageszeitungen in Sydney, Melbourne und Brisbane wie auch für eine Reihe von Radio- und Fernsehsender hinzuwerfen, wußten Finanzanalytiker, daß Murdoch eine reichere Quelle angezapft hatte, als sie die normalerweise geizigen Sowjets zur Verfügung gestellt hätten.

Vom Schäbigen zum Prestige

Bis 1968 hatte sich Murdoch ein Medienimperium im Wert von schätzungsweise 65 Millionen US-Dollar erkauft. Er hatte eine nationale Zeitung, den »Australian«, gegründet, der mit einer roten Landkarte Australiens links vom Impressum geschmückt war. Als Murdoch einmal gebeten wurde, die Symbolik des »Firmenzeichens« zu erklären, antwortete er ungerührt: »Das steht für ein rotes Australien.«

Murdoch kaufte die Anteile des harten Pressebarons Sir Frank Packer auf und teilte sich so das Medienmonopol Australiens mit Lady Simon-Fairfax, einer linksgerichteten Zeitungsverlegerin, die gleichzeitig Präsidentin der »Internationalen Zionistischen Organisation der Frauen« war.



Beaverbrook: »Rupert hat schottische Stärke von seinem Vater und jüdische Intelligenz von der Mutter.«

In den siebziger Jahren kaufte Murdoch dann die größten Tageszeitungen in England und zog weiter in die Vereinigten Staaten, wo er gegenwärtig auf dem besten Weg ist, ein beachtenswertes Zeitungsimperium und andere Medienmärkte zusammenzutragen. Die Anteile belaufen sich bereits jetzt auf Hunderte Millionen von US-Dollar. Murdochs gesamte Anteile erreichten im letzten Finanzjahr Einnahmen in Höhe von 1,73 Milliarden US-Dollar. Sein Nettowert wird auf 460 Millionen US-Dollar geschätzt.

Sein erstaunlicher Erfolg bei seinen Unternehmungen im Verlagswesen hat jedoch auch einen Sturm der Kontroversen hervorgerufen. Niemand bestreitet ihm sein geschäftliches Know-how, und noch nie hat ihm irgend jemand vorgeworfen, nicht zu wissen, was sich an die breite Masse verkaufen läßt. Die am häufigsten gegen Murdoch erhobenen Beschuldigungen lassen sich nur schwer anfechten, und er versucht es auch erst gar nicht. Man wirft ihm vor, seine Zeitungen seien oft sensationell auf eine primitive Art. In England wird seine Entscheidung, Fotos von barbusigen Frauen auf Seite drei des Boulevardblattes »The Sun« zu veröffentlichen, als sein größter »Beitrag« zum Journalismus angesehen.

Murdoch hat eine Vorliebe, an die niedrigsten Regungen der Öffentlichkeit zu appellieren. Diese Eigenart hat ihm einen schlechten Ruf in der freien Gesellschaft eingebracht. Und doch ist die Macht seines Geldes so stark, daß sein Ruf ihm beim Kauf einer Zeitung kaum im Wege steht. Die Erfolge seines Vorgehens beweisen es. Er erwarb in England die Zeitung mit dem größten Prestige »Times« und ihre Verbundorgane »Financial Times« und »Sunday Times«. In den USA kaufte er die Zeitung »New York«, »Village Voice« und die »Sun-Times«.

Einige Medienexperten kommentieren Murdochs Vorgehen und meinen, auf der einen Seite versucht er persönliches Ansehen als Verleger zu kaufen, indem er solche Zeitungen mit Prestige ersteht, aber gleichzeitig genieße er die Früchte seiner geistig äußerst anspruchslosen Zeitungen.

Der Liebling der Superreichen

Wenn Murdoch das Ruder einer Zeitung in die Hand nimmt, benutzt die Zeitung nicht nur den billigen Sensationsstil zur Steigerung des Zeitungsverkaufs, sondern verwendet diesen reißerischen Stil als Aufhänger, der lesenden Öffentlichkeit propagandistische Botschaften zu liefern. Murdochs Leitartikel haben eine starke einseitige Ausrichtung für Israel und gegen die Araber. Dies kann man am deutlichsten in der New Yorker »Post«, einer der ersten Anschaffungen von Murdoch in den USA, lesen.

Die in seinen Zeitungen vertretenen Ausrichtungen und politischen Einstellungen können am besten durch eine Überprüfung der finanziellen Unterstützung, die Murdoch bei seinen Geschäftsunternehmungen und bei seinem schnellen Aufstieg als internationaler Medienbaron erhielt, erklärt werden. Überall wurde über seine Geschäftserfolge berichtet; was aber ganz offensichtlich aus den Nachrichten über Murdoch weggelassen wurde, ist seine unerschöpfliche Geldquelle und der Zweck seiner Unternehmungen.

Rupert Murdoch gehört als Mitglied zu einer Elitegruppe von Millionär-Marxisten. Zu dieser Elite zählt unter anderem Armand Hammer, Michel Fribourg, die Rothschilds, Edgar Bronfman, Harry Oppenheimer und Rupert Anton. So seltsam es auch klingt, reich sein und Marxist sein sind nicht zwei sich gegenseitig ausschließende Beschäftigungen.

Murdoch selbst erhellte in seinen freimütigeren Tagen als Student an der Universität Oxford die Umstände, wie Marxisten und Kapitalisten in der Welt des anderen wachsen und gedeihen: »Es gibt keinen ideologischen Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus, außer daß letzterer kontrollierter und zentralisierter werden sollte. Die beiden ergänzen sich.«

»Aber der wirkliche Feind der Gesellschaft ist wucherndes freies Unternehmertum. Es führt zur Dezentralisation und zu einer unkontrollierbaren Wirtschaft. Es verteilt die abgeschwächte Macht in die Hände der Unverantwortlichen«, sagte Murdoch zu seinen Kommilitonen.

Murdochs Aufstieg vom Besitz »zweier müder Zeitungen« zum Besitzer eines Milliarden-Dollar-umfassenden internationalen Medienimperiums war ein außerordentliches Kunststück, das bemerkenswerten Geschäftsscharfsinn erforderte. Jedoch können Murdochs geschäftliche Fähigkeiten allein nicht der Grund für solch einen Erfolg sein.

Ohne die finanzielle und moralische Unterstützung von multinationalen Mega-Geld-Monguln – eine Milliardärs- »Gruppe der Vier«, die aus Bronfman, Rothschild, Oppenheimer und Hammer besteht – ist es wahrscheinlich, daß niemand außerhalb Australiens jemals etwas von Murdoch gehört haben würde.

Geschäft mit Rassen-Konflikten

Während Murdoch am Worcester College in Oxford studierte, wurde er der Liebling einer gewissen Gruppe von elitären Su-

Presse

Ein Marxist als Medienbaron

perreichen. Er unterstand der Führung des ersten Barons William Maxwell Aitken Beaverbrook. Lord Beaverbrook, ursprünglich aus Kanada, machte sein Glück in der Zementbranche, bevor er nach England auswanderte, wo er ein Zeitungskonglomerat gründete, Mitglied des Parlaments wurde und später großen Einfluß auf die britische Politik hatte.

Beaverbrook hatte viele Phobien mit Murdoch gemeinsam – Antipathien gegen Iren, Deutsche und Araber – und hielt es darum für angebracht, ihn Bronfman vorzustellen, dem milliardenschweren kanadischen Schnapskönig und Finanzier des Zionismus in Nordamerika.

»Rupert hat schottische Stärke (von seinem Vater) und jüdische Intelligenz (von seiner Mutter). Paß gut auf ihn auf«, sagte Beaverbrook Berichten zufolge zu Bronfman.

Bronfman war natürlich fasziniert von Australien – einer Nation von ungewöhnlich vielen kräftigen Trinkern – und hörte Murdochs Erzählungen über die irischen Arbeiter dort, die fast ihren gesamten Lohn für Alkohol ausgaben, mit besonders großem Interesse.

Beaverbrook stellte Murdoch auch Oppenheimer vor, den Vorsitzenden des DeBeers Vereinigte Bergwerke Ltd.-Diamantenkartells. Wie Bronfman betrachtete Oppenheimer Australien ebenfalls mit großem Interesse, aber auch mit einer gewissen Besorgnis. Er war davon unterrichtet worden, daß Australien so große Diamantenfelder besaß, daß es, falls diese erschlossen würden, das von ihm überwachte vereinigte südafrikanisch-sowjetische Kartell in Gefahr bringen könnte. Obwohl die südafrikanische Republik keine Beziehungen mit der Sowjetunion hat, kontrolliert Oppenheimer das Marketing aller sowjetischen Diamanten.

Sowohl Bronfman als auch Oppenheimer bestätigten ihre Überzeugung vom marxistischen Kapitalismus, und der junge Murdoch erkannte seine neue Geldquelle, als sie ihm sagten, daß er sich an sie wenden solle, wenn er jemals Hilfe benötige.

Murdoch machte sofort bei seiner Rückkehr nach Australien von Oppenheimers Sachkenntnis Gebrauch. Um die nach dem Tode seines Vaters ererbten Zeitungen zu leiten, benutzte er sogar eine der Taktiken, die Oppenheimer mit großem Nutzen bei der Führung seines Diamantenkartells einsetzte. Oppenheimer besaß daneben auch ein ziemlich großes und einflußreiches Zeitungssyndikat in Südafrika. Um seine Kartelle zu schützen, hat sein Flagschiff, die »Rand Daily Mail«, in den letzten 30 Jahren unerbittlich auf Rassenkonflikte gedrängt.



Edgar Bronfman, der milliardenschwere kanadische Schnapskönig und Finanzier des Zionismus in Nordamerika.

Oppenheimer glaubte, daß »inszenierter Antagonismus« zwischen Schwarzen und Weißen die Aufmerksamkeit von den Tatsachen ablenken würde, daß er Südafrikas Reichtum ausräumte und davon sehr viel in seine eigene Tasche gelangen ließ, so schilderte ein amerikanischer Bergbauingenieur die Verhältnisse in Südafrika.

Murdoch als Ersatzverleger

Murdoch war neidisch auf solche Leistungen und lernte aus Oppenheimers Beispiel. Als er nach Australien zurückgekehrt war, begann Murdoch sofort, Antagonismus zwischen der Bevölkerung der australischen Ureinwohner und den weißen Nachkommen der europäischen Siedler zu erzeugen. Später gab Murdoch zu, daß niemand anders einen Nutzen daraus gezogen hätte, aber daß die »Auflagenziffer auf jeden Fall gestiegen seien.«

Nachdem er seine Zeitungen in Australien einige Jahre geleitet hatte, entschied sich Murdoch für die Annahme des Unterstützungsangebots von Oppenheimer und Bronfman. Zufällig hatten die beiden zur gleichen Zeit schon beschlossen, Murdoch als Ersatzverleger unter ihrer eigenen Kontrolle zu benutzen, nachdem sie die Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen Untersuchung über die australische Presse bekommen hatten. In dieser Untersuchung wurde deutlich, daß Murdochs Art von Journalismus sich gut verkaufen lassen würde.

Zunächst hatte es noch einige Diskussion gegeben, ob Mary Simon besser für ihre Zwecke geeignet wäre. Sie hatte gerade Warick Fairfac, den Chef von Australiens größtem Zeitungssyndikat, geheiratet. Aber man hielt sie am Ende doch für zu unerfahren. Murdoch war ihre endgültige Wahl. Er sollte aufgebaut und unterstützt werden, um die Nachfolge Beaverbrooks in bezug auf die Vorherrschaft über die britische Presse anzutreten.

Es wurden geheime Treffen zwischen Murdoch und Vertretern des Milliardärsduos abgehalten. Murdoch würde mit jeder erforderlichen Menge Geld unterstützt werden, die notwendig war, um die australischen Medien zu monopolisieren. Er sollte seine Taktiken mit denen von Bronfman und Oppenheimer koordinieren und den Einfluß seiner Zeitungen zur Sicherstellung der »Ernennung geeigneter Politiker« benutzen. Wenn diese Formel erfolgreich sei, würde sie in England und den Vereinigten Staaten wiederholt werden.

Murdoch stimmte eifrig zu. Eine Flut von pro-Alkohol-Berichten erschien in allen neuerstandenen Zeitungen Murdochs. Bronfman war darüber besorgt, daß gewisse australische Ärzte Berichte über einige ethnische Gruppen veröffentlichten, die eine ihnen eigene Schwäche für Alkoholabhängigkeit hatten, während andere offensichtlich unzugänglich dafür waren.

Bronfman, der auf diese Schilderungen beim weltweiten Verkauf von Alkohol von etwa 30 Milliarden US-Dollar an jene zur Abhängigkeit neigenden Menschen angewiesen ist – zehn Prozent der Bevölkerung trinkt 50 Prozent des verkauften Alkohols –, geriet darüber in Panik, daß diese Art von Information außerhalb von Australien Allgemeinwissen werden und einige seiner einträglichen Märkte einschränken könnte.

Australien war das Versuchsfeld

Ein unter seiner Kontrolle stehendes Pressemonopol war eine Möglichkeit, solch »gefährliche« Informationen in Grenzen zu halten. Also übernahm Murdoch Bronfmans Kampf und veröffentlichte die ganze Ansammlung von Alkohol-Falschinformationen, die aus der von Bronfman kontrollierten Lizenz-Getränkeindustrie (LCI), bekannt in den USA unter dem Namen Alkohol-Lobby, stammten.

Oppenheimer wiederum war bestrebt, unkontrollierbare Politiker in Australien außer Gefecht zu setzen, die die großen unberührten Diamantvorkommen zum Wohl Australiens nutzen wollten. Murdoch sollte leugnen, daß es überhaupt Diamanten gab, und über jeden Politiker, der ihm zuwider sprechen wagte, in seinen Zeitungen schweigen.

Die Murdoch finanziell unterstützenden Milliardäre benutzten Australien als Versuchsfeld. Murdoch, der von kriecherischen Journalisten ohne Kenntnis des finanziellen Hintergrundes als »Wunderknabe« bezeichnet wurde, ließ seine Muskeln spielen und brach sogar einmal das Gesetz, nur um zu sehen, ob die Macht der Presse ihn vor straflicher Verfolgung schützen könnte.

Murdoch versuchte, eine Abmachung zwischen den Zeitungen Frank Packers mit Sitz in Sidney und der anglikanischen Presse

über den Kauf der Druckereianlage der letzteren zu brechen. Es gelang Murdoch, die anglikanische Presse durch seine gewohnten Taktiken zu überzeugen, ihre Übereinkunft mit Packer zu brechen. Packer nahm das Gebäude in Besitz, weil der Kauf bereits vollzogen war, und weil er dieses »Sich-Drücken« nicht als rechtmäßig anerkannte.

Murdoch wurde so wütend, daß er gar nicht erst vor Gericht gehen wollte. Er organisierte stattdessen eine Gruppe von Schlägern, die mit Eisenstangen, Spitzhacken und Beilen bewaffnet waren, um das Gebäude zu stürmen und zu besetzen.

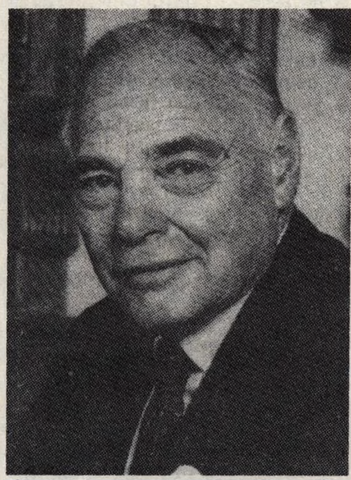
Murdoch wurde trotz vieler Versuche, ihn vor Gericht zu bringen, niemals angeklagt, wodurch der Satz, daß das britische Justizsystem »dem Reichen wohlgesinnt ist und den Reicheren noch besser«, sich wieder einmal bewahrheitete.

Murdochs Besitz in Australien vergrößerte sich um zwei Fernsehsender, eine Speditionsfirma und eine Luftfahrtgesellschaft. Der nächste Schritt war die Ausdehnung seines Imperiums bis nach England, wo sein reißerischer journalistischer Stil genau in die sehr beliebte, althergebrachte und lukrative Tradition der geschmacklosen Boulevardzeitungen paßte. Er kaufte die «News of the World« und die »Sun«, zwei für ihre schreienden Überschriften und aufreizenden Fotos bekannte nationale Tageszeitungen.

Der Weg in die USA

Murdoch unternahm in England auch einen neuen Schritt in Richtung auf gekaufte journalistische Angesehenheit. Er bat seine Geldgeber, die »Times« in London, eine Zeitung mit Prestige, die aber ein Verlustgeschäft war, zu kaufen, sowie ihre hochangesehenen literarischen und finanziellen Ergänzungen »Sunday Times« und »Financial Times«. Der Kauf wurde von vielen Versprechungen seinerseits begleitet, ihre traditionell seriöse, ehrwürdige und angesehene redaktionelle Linie nicht zu verändern.

Harold Evans, der frühere Herausgeber der »Times«, der die Zeitung nach dem Scheitern seines Versuchs, ihr früheres Niveau zu halten, verließ, soll dabei gesagt haben, daß Murdoch »Versprechen so vorsichtig gegeben habe, wie die Weimarer Republik das Geld ausgegeben hat.«



Oppenheimer, Vorsitzender des DeBeers Diamantenkartells, kontrolliert auch das Marketing sowjetischer Diamanten.

Die finanzielle Seite von Murdochs Unternehmungen in England war ein voller Erfolg. Es wurde Zeit, seinen Blick auf Amerika zu richten. Murdochs erstes Eindringen in die Vereinigten Staaten fand 1973 in San Antonio in Texas statt. Er erschien aus dem Nichts, stürmte in die Stadt mit einer riesigen Menge Geld und sagte, er wolle der Presse in San Antonio helfen. Er warf 19 Millionen US-Dollar auf den Schreibtisch von Charles Kilpatrick, dem Verleger des »Express« und der »News«.

Genau wie es gerade in Chicago passiert war, als Murdoch dort die »Sun-Times« kaufte, versuchten einige durch Murdochs Ruf als Verleger von Sex und Gewalt alarmierte Persönlichkeiten der Stadt, Kilpatrick ein Gegenangebot zu machen. Die San Antonier konnten jedoch Murdochs Angebot nicht übertreffen, und ihre schlimmsten Befürchtungen wurden prompt wahr.

Obwohl Murdoch versprochen hatte, die Qualität der Berichterstattung in dieser Stadt zu verbessern, wurden Sex und Gewalt täglich routinemäßig und unerbittlich auf allen Seiten der beiden Zeitungen groß gebracht. Der Polizeichef Emil Peters meinte, die Zeitungen stellten die Stadt so hin, als ob dort »die meisten Verbrechen Amerikas« geschähen.

Eine Gruppe besorgter Eltern überprüfte Berichte auf ihre Genauigkeit und kam zu der unerfreulichen Schlußfolgerung: Fast jede Geschichte war entweder erfunden oder gefärbt, um in Murdochs redaktionelle Formel zu passen. Ein entrüstetes Elternpaar meinte: »Seine Zeitungen setzen alles auf ein tieferes Niveau herab, auf den gleichen Nenner der Obszönität und Mittelmäßigkeit. Es ist abscheulich und vulgär und verlogen. Murdoch hat keinen Respekt vor der Anständigkeit. Er spricht die niedrigsten Instinkte an.«

Obwohl die Beschwerden weitverbreitet waren, erhöhten sich trotzdem die Auflagenziffern. Warum kauften die Leute?

Ein Psychologe bot folgende Erklärung an: »Das gedruckte Wort ist immer noch magisch. Man wühlt im Schmutz, und etwas bleibt hängen. Murdochs Journalismus stillt ein dunkles Bedürfnis der Menschen, über die Kreuzigung, Erniedrigung, Diffamierung und Enthüllung anderer zu lesen. Es könnte sie selbst treffen. Aber heute sind sie noch einmal davongekommen, deshalb ist es für sie ein Nervenkitzel. Murdoch ist ein Moloch. Jeden Tag werden Menschen auf dem Pressealtar geopfert und die Leute bekommen, was sie brauchen.«

Manhattans Medienmessias

Vier Monate nach seinem texanischen »Überfall« brachte Murdoch die wöchentliche Boulevardzeitung, den »Star«, eine Imitation des »National Enquirer«, heraus. Dieser Schritt war von Katharina Meyer Graham, der Besitzerin und Verlegerin der Washingtoner »Post« vorgeschlagen worden, die Murdoch als ihren Schützling angenommen hatte. »Kay« Graham fungiert als inoffizielle Sprecherin für die liberale Presse und in dieser Eigenschaft hieß sie Murdoch willkommen. Aber da steckte mehr dahinter.

Die Presse des amerikanischen Establishments hatte beschlossen, daß Generoso Pope, der einzelgängerische Verleger des immens erfolgreichen »National Enquirer«, einen Dämpfer erhalten sollte, weil er nicht »dazugehörte«. In den höheren Ämtern des Establishments kann diese Einschätzung mit dem Todesstoß gleichgesetzt werden.

Murdoch wurde losgelassen, Pope und dem »Enquirer« das Leben schwer zu machen. Pope wehrte sich mit allen Mitteln und überlebte die gemeinsame Attacke von Murdochs Konkurrenz und den vom Establishment angestrengten Prozessen. Insider behaupten, daß, obwohl Popes journalistisches Unternehmen niemals Unruhe in das Establishment zu bringen drohte, einflußreiche Leute wie zum Beispiel Mrs. Graham das Gefühl hatten, jemanden, der dort nicht »hineinpaßte«, nicht einfach mit einer Auflage von fünf Millionen herumlaufen lassen zu können.

Obwohl Murdoch es nicht geschafft hatte, Pope vom Thron seines Schundimperiums zu vertreiben, war der »Star« selbst ein Erfolg, und Murdochs Status begann in der Achtung anderer Koryphäen des Establishments zu steigen. Von Mrs. Grahams Besitz in Virginia war er bald in der New Yorker Residenz von Dolly Schiff, der Besitzerin der New Yorker »Post«, gern gesehen. Ein Zeuge ihres ersten Zusammentreffens beschrieb es als »Liebe auf den ersten Blick, bei der die Habgier die Schläue anstarrte«.

Murdoch wurde der Liebling der New Yorker Elite und wurde der finanziellen Gesellschaft als Messias diskret vorgestellt, der sie in das gelobte Land führen sollte.

Ein New Yorker Finanzier erinnert sich an die zwei Jahre, in denen Murdoch in Manhattan wohnte: »Er hatte Zugang zu den Mächtigen, und sie liebten ihn abgöttisch, als wenn er für etwas aufgebaut werden würde. Damals begriffen wir nicht, wofür. Seine finanzielle Angesehenheit war ausgezeichnet. Er wurde von Rothschild und Oppenheimer und Bronfman und Hammer weitergereicht. Was will man mehr?«

Ein Marxist als Medienbaron

Es gab Haß, Schreie und Tränen

1976 wurde Murdoch für die Öffentlichkeit »ausgepackt«, als er die New Yorker »Post« von Dolly Schiff für 30 Millionen US-Dollar und das Magazin »New York« sowie die »Village Voice« und »New West« für 15 Millionen US-Dollar von Clay Felker kaufte.

Der zuletzt genannte Erwerb war ein unschönes turbulentes Melodrama unter Beteiligung von Felix Rohatyn von Lazard Freres internationale Bankers sowie Bronfman, Mrs. Graham, John Loeb von Loeb Rhoades, dem Playboy Carter Burden und einer Reihe von Unbedeutenden: Milton Glaser, Alan Patricof, George Hirsch, Stan Shuman.

Ein an dem Tumult beteiligter Anwalt erinnert sich mit Begeisterung: »Es war die New Yorker Version eines unmoralischen Theaterstücks, das reichlich mit Betrügereien und hinterhältigen Gemeinheiten ausgestattet war. Es gab Haß, Schreie und Tränen. Es war wie im Irrenhaus. Es war hochdramatisch. Es war wunderbar.«

Wenn das Ereignis zur Unterhaltung der übersättigten New Yorker Elite diente, so gab es Amerika doch auch einen ersten Eindruck von Murdochs Methoden und davon, wie weit Murdochs superreiche Geldgeber gehen würden, um ihren Willen durchzusetzen.

Murdoch hatte sich in den letzten drei Jahren bei Clay Schuette Felker angebiedert, dem Gründer des »New York Magazine« (einer liberalen richtungsweisenden Wochenzeitschrift für die Möchtegern-Elite) und Verleger der radikal-schicken linksgerichteten »Village Voice« und des ziemlich geistlosen »New West« mit einer Auflage von insgesamt 450 000 Exemplaren. 1976 hatte Felkers Mini-Imperium 26,3 Millionen US-Dollar umgesetzt, und Erweiterungen waren geplant.

Felker war kein Teil des inneren Finanz-Allerheiligsten von New York, wurde aber als eine Art »Hofnarr« willkommen geheißen. Er steckte voll Beleidigungen, Paranoia und zweifelhafter Eskapaden und war verschlagen und habgierig. Ein ehemaliger Partner sagte nicht ohne Bewunderung: »Für New York hatte er all die richtigen Eigenschaften. Er hat nie das große Geld verdient, aber er wurde als ›Neurosenspezialist‹ gut bezahlt.«

Felker fand in Murdoch einen aufnahmefähigen und mitfühlenden Zuhörer. Er vertraute ihm Firmenprobleme und Geheimnisse an, und Murdoch gab beruhigende Ratschläge. Felker war fasziniert von Murdochs Zugang zum Geld und fühlte sich in seiner Gegenwart sehr wohl.

Felker war offensichtlich zu beschäftigt, um sich näher mit Murdochs Modus operandi auseinanderzusetzen. Hätte er Erkundigungen eingezogen, dann hätte er auch herausgefunden, daß Murdoch in Wirklichkeit »sich den Laden schon ansieht«, wenn er »aufnahmefähig und mitfühlend« ist.



Katharina Graham, Verlegerin der Washingtoner »Post« betrachtete Medienmessias Murdoch als ihren Schützling.

Ein Coup nach dem anderen

Während Felker sich seine Probleme von der Seele redete, verfolgte Murdoch seinen Plan, indem er mit den Problemen persönlich Kontakt aufnahm, nämlich mit den Aktionären in Felkers Aufsichtsrat.

Während er Beichtvater für Felker spielte, vergrößerte Murdoch die Probleme, indem er Felkers Aktionäre entfremdete und sie genau vor seiner Nase auszahlte. Als Felker endlich klar wurde, daß er von seinem »guten Freund Rupert« von innen heraus gefressen worden war, rief er verzweifelt nach seinen New Yorker Freunden, die ihn retten sollten.

Rohatyn und Mrs. Graham gaben sich ganz den Anschein, auf Felkers Seite zu sein. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob das Establishment der Ansicht wäre, daß Murdoch zu weit gegangen sei. Immerhin war Felker ein Teil New Yorks. Er hatte der Presse Norman Mailer und Gloria Steinem »geschenkt«.

Ein Mitglied seines Aufsichtsrates erinnert sich: »Der arme Clay erkannte nicht, daß Rohatyn, Bronfman und Graham sich nur einen Spaß daraus machten. Er war wie eine Ratte, die von einem Wiesel verschlungen wurde, und sie hatten Spaß daran, dieses Festessen zu verlängern.«

Rohatyn, der Felker versprochen hatte, ihm als Zeuge bei einer gerichtlichen Verhandlung zu helfen, erschien nicht. Später war Felker fassungslos, als er bei einer Aufsichtsratssitzung Zeuge der Entlassung zweier loyaler Mitglieder durch die von Murdoch gekaufte Gruppe wurde. Der im Bad des Aufsichtsratsgebäude versteckte Murdoch leitete den Coup. Er tauchte nach dem Abgang der beiden auf und verkündete, daß er jetzt die Leitung übernehmen würde.

Dieser Coup beeindruckte die amerikanischen Medien so sehr, daß Murdoch die Ehre erhielt, auf den Titelseiten der beiden Magazine »Time« und Newsweek« gezeigt zu werden. Seine Gönner waren so beeindruckt, daß sie Murdoch grünes Licht gaben, alles in greifbarer Nähe aufzukaufen, und er hat seitdem den Bostoner »Herald«, die Chicagoer »Sun-Times« und die Ausrüstung für ein Satellitenfernsehprogramm namens Skyband Inc. gekauft. Murdoch hat vor kurzem seine Absicht bekannt gegeben, den bis jetzt größten Coup zuwege zu bringen, den Versuch, die Kontrolle über 49,9 Prozent der riesigen Firma Warner Communications an sich zu reißen.

Die Tatsachen über Murdochs Geschäftsunternehmen sind für die amerikanische Öffentlichkeit und erst recht für die Weltöffentlichkeit relativ zugänglich, da die Medien eifrig über Murdochs Aktivitäten berichten, obwohl allgemein ignoriert wird, wem er dient.

Um einen Einblick zu bekommen in die Motive und Ziele von Rupert Murdoch, der gegenwärtig auf dem Weg ist, sich selbst als Chef des Medienmonopols in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu etablieren, ist es hilfreich, einen Blick auf einige von Murdochs früheren Exkursen in die Politik zu werfen. Denn es ist die politische Macht, die zweifellos den Grund für den Aufbau von Murdochs Imperium darstellt, und die von seinem Medienimperium angestrebten politischen Ziele werden durch seine früheren Aktivitäten veranschaulicht.

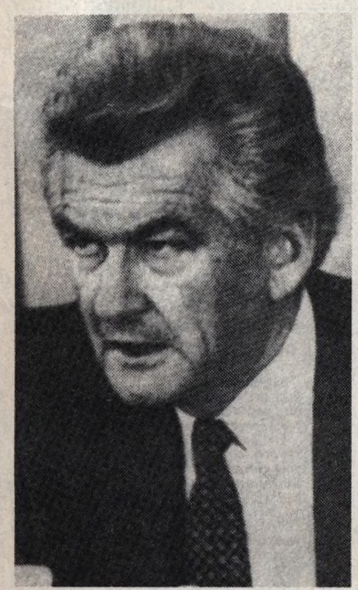
Die Iren ausgebootet

Bevor Murdoch sich England und den Vereinigten Staaten zuwandte, damals, als er sozusagen noch ein großer Frosch in dem kleinen Teich Australien war, ließ Murdoch seine politischen Muskeln zum ersten Mal spielen.

Murdochs »Finanzengel«, Harry Oppenheimer und Edgar Bronfman, hatten ihm auch eine gute Hilfstruppe von politischen Aktionsleuten, die von der Melbourner »Toorak Times« als »zionistische Mafia« bezeichnet wurde, zur Verfügung gestellt. Die Gruppe bestand aus einer merkwürdigen Mischung von Finanziers, Gangstern und Halsabschneidern mit internationalen Verbindungen. 1955 hatte es diese Gruppe geschafft, die Übernahme der australischen Labour Partei zu finanzieren – einer von unterdrückten irisch-australischen Arbeitern gegründeten Volkspartei.

Die irische Führung wurde rausgeworfen und von einer Ansammlung von cleveren linksgerichteten Anwälten ersetzt, unter denen sich als Boß auch Mur-

dochs alter Kumpel von der Universität Oxford, ebenso wie der ehemalige Campus-Radikale, Robert Hawke, befand. Die »zionistische Mafia« förderte Hawke auf seinem Weg, Führer der Gewerkschaftsbewegung zu werden und einen anderen Anwalt, Gough Whitlam, Führer der Labour Partei zu werden.



Robert Hawke wurde mit Hilfe des roten Medienbarons zum australischen Ministerpräsidenten gewählt.

Um den Schein zu wahren und um den Schlag von dem Coup abzuschwächen, ließ die Mafia den letzten irischen Führer alten Stils, Arthur Caldwell, als vorübergehende Gallionsfigur bestehen, versicherten sich aber der Tatsache, daß er niemals eine Wahl wieder gewinnen konnte.

Der Coup der Anwälte erzeugte jedoch eine Gegenreaktion oder so etwas ähnliches von den entfremdeten irischen Arbeitern, die unglücklich darüber waren, daß ein cleverer Haufen reicher, die Iren hassender Anwälte voller Verachtung für die traditionelle Labour-Politik ihnen ihre Partei gestohlen hatte.

Um sich für die Arbeiter, deren Wahlkreise immer noch von der Partei gebraucht wurden, attraktiver zu machen, täuschte Hawke das vor, was er als knurrenden Ton der Arbeiterklasse verstand, den er bis heute noch beibehalten hat. Alte Labour-Plattformen und Nationalismus wurden für eine etwas unklare internationale sozialistische Politik fallengelassen. Diese Launen stimmten mit denen Murdochs und seiner Gönner Bronfman und Oppenheimer überein.

Der politische Pate

1972 erhielt Murdoch seine erste Gelegenheit, den politischen Paten zu spielen. Er beschloß, Whitlam – Anwalt und Führer der Labour Partei – zum neuen Premierminister Australiens zu machen. Er hatte zuerst den »knurrenden Bob« Hawke ausgesucht, aber Murdochs Public Relations-Leute überzeugten ihn davon, daß der weltmännische und äußerst gepflegte Whitlaw sich besser verkaufen ließe. Von solch unattraktiven Schlägertypen wie dem »König des Lasters« Abe Saffron flankiert, teilte Murdoch Whitlaw mit, daß er ihn zum australischen Premierminister machen würde.

Whitlaw wurde eine politische Linie vorgelegt, sowie eine Liste von Gesetzen, die zum Nutzen seiner Manager, unter ihnen Oppenheimer, Bronfman und natürlich Murdoch, verabschiedet werden sollten. Whitlaw sollte eine hundertprozentige pro-israelische Politik verfolgen, riesige Geldsummen vom Internationalen Währungsfonds und den internationalen Banken leihen und Gesetze unterstützen, die Murdochs Medienmonopol garantierten und ihm und Oppenheimer in jedem Staat Australiens eine große Anzahl von Bergbaupachtrechten zusicherten. Whitlaw stimmte begeistert zu.

Murdoch, der mit seiner Kollegin Lady Fairfax – geborene Mary Simon –, ebenfalls Boss der australischen Medien, eng zusammenarbeitete, benutzte die Macht seines Radio-, Fernseh- und Pressemonopols, um eine überzeugende Kampagne für Whitlaw zu führen, und er konnte ihn, alles andere glattwalzend, an die Macht bringen, was eine ehrfurchtgebietende Demonstration des Machtfaktors der Medien darstellte.

Die Euphorie über Whitlaws Wahl war kaum verklungen, als Murdoch berichtet wurde, daß Whitlaw seinen eigenen Public Relations zu glauben begann; das heißt, er fing an, seine Macht als Premierminister unabhängig von jenen, denen er verpflichtet

Presse

Ein Marxist als Medienbaron

war, auszuüben. Sofort fielen Murdoch und seine Mannschaft über Whitlaw her und verlangten, was er ihnen schuldete. Whitlaw weigerte sich, ihnen Zusicherungen zu machen, daß er sich an seine Abmachungen halten würde.

Whitlaw begann, sich sogar noch weiter von dem Programm zu entfernen. Er machte Annäherungsversuche bei den Arabern und weigerte sich, Murdoch und Oppenheimer Bergbaurechte zu bewilligen.

Für jene, die Whitlaws Wahl organisiert hatten, war solch ein »Verrat« nicht zu erwarten gewesen, besonders nicht von jemandem mit solch tadellosen linksgerichteten Referenzen. Er durfte auch nicht toleriert werden. Von heute auf morgen wendete sich das Medienkartell mit einer Heftigkeit gegen Whitlaw, die bis jetzt nur für Leute wie den Vorkriegspremierminister Jack Lang reserviert war.

Murdoch zog bei seiner Medienkampagne gegen Whitlaw alle Register. Er ließ sich jede Woche Skandale einfallen, und Whitlaws Kabinettsmitglieder wurden unerbittlich als »ungeschickt und korrupt« angegriffen.

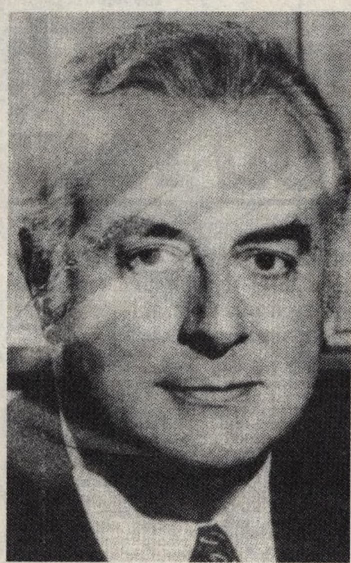
Die Muskeln der Geldmentoren

Als es durch die Medienkampagne nicht gelang, Whitlaw aus seiner Position zu verdrängen, organisierte Murdoch zusammen mit dem Oppositionsführer, Malcolm Fraser, dem Gewerkschaftsführer Hawke und dem königlichen Generalgouverneur, Whitlaw durch den Befehl »Ihrer Britannischen Majestät« hinauswerfen zu lassen.

Viele Australier hatten vergessen, daß der Monarch in England die Macht hat, gewählte Premierminister zu feuern. Das letzte Mal war das in den dreißiger Jahren geschehen, als die Presse und die internationalen Bankers Lang den Krieg erklärten. Wie Lang wurde auch Whitlaw von der Krone gefeuert.

Fraser wurde dann ernannt, als Premierminister in der Zwischenzeit bis zu der Wahl zu fungieren. Im letzten Jahr wurde Murdochs langjähriger Freund Hawke schließlich für dieses Amt gewählt.

Hawke, nach dem in Israel ein Waldgebiet benannt worden ist, hat seitdem Australiens Interessen der Milliardärs-»Vierergruppe« (Murdoch, Oppenheimer, Bronfman und Rothschild) untergeordnet. Das Medienkartell hat für ihn als eine Art sozialistischen Churchill geworben.



Gough Whitlam vergaß als Ministerpräsident seine Versprechungen an Murdoch und Oppenheimer und mußte gehen.

Murdochs erstes Eindringen in die amerikanische Politik geschah 1980 durch seine Unterstützung für Jimmy Carters erneuten Versuch der Nominierung. Die Bedingungen für diese Unterstützung sollten bei einem Lunch im Weißen Haus geregelt werden. Es wurde von Carter erwartet, daß er ein 290-Millionen-US-Dollar-Darlehen mit niedrigen Zinsen von der US-Export-Import-Bank zusicherte, um Murdoch beim Kauf von 21 Boeing-Flugzeugen für seine australische Fluggesellschaft, Ansett Transport Industrien, der größten privaten Luftfahrtgesellschaft, zu helfen.

Das Darlehen wurde neun Tage nach dem Lunch im Weißen Haus garantiert. Eine spätere Untersuchung des Senats kritisierte die Bank, daß sie dem Druck nachgegeben hatte, dieses unkonventionelle Darlehen zu geben. Der Senat unternahm jedoch nichts gegen die Beteiligten.

Nachdem ihm das Darlehen zugesichert worden war, kniff Murdoch in Bezug auf die Abmachung mit Carter und gab anstatt dessen Reagan seine Unterstützung. Wegen Mordochs sozialistischem Engagement erzeugte die Unterstützung des anti-kommunistischen Reagan einige Verwunderung: »Wie konnte ein Mann, der eine Büste von Wladimir Lenin in seinem Büro stehen hat, seine Überzeugungen durch diese Unterstützung eines solchen Kandidaten miteinander in Einklang bringen?«

Murdoch beantwortete diese Frage, indem er Menachem Begins Feststellung vor einer Gruppe von Anhängern in New York umschrieb: »Kommunismus ist schlecht, wenn wir ihn nicht leiten, aber er ist gut, wenn wir ihn leiten. Dasselbe gilt für Anti-Kommunismus.«

Hetzen zum dritten Durchgang

Murdochs Verwandlung in einen fahnenschwenkenden Konservativen, die durch die redaktionelle Einstellung seiner Zeitungen zum Ausdruck kommt, zeigt eine tiefe und weitverbreitete, von seinen Gönnern Oppenheimer, Bronfman und Rothschild geteilte Angst: der allmähliche Machtverlust ihrer Gruppe, der alten bolschewistischen »guten Kommunisten«, in der UdSSR.

Diese »guten Kommunisten«, wie zum Beispiel Jurij Andropow – ehemaliger KGB-Chef, der sich zum unsichtbaren Vorsitzenden wandelte –, Außenminister Andrej Gromyko, Viktor Grischin (Chef des Politbüros), Gregori Goldman (weißrussischer Kommissar für Landwirtschaft) und Ven Dymschits (Kommissar für Schwerindustrie), führen einen erbitterten Untergrundkampf gegen die »schlechten Kommunisten«.

»Schlechte Kommunisten« sind jene, die sich weigern, Befehle von den internationalen Banken, von Oppenheimer und von Lenins altem Gönner, Armand Hammer, anzunehmen.

Der Kampf verläuft für die mit dem Westen verbundenen Kommunisten, die jetzt in der UdSSR praktisch im Belagerungszustand regieren, nicht sehr gut. Die internationalen Banken und ihre Verbündeten in Washington und anderen Hauptstädten haben die nationalistischen Elemente in der sowjetischen Regierung schon davor gewarnt, daß es zum Krieg kommen würde, wenn sie weiterhin an Macht gewönnen. Die Internationalisten befürchten schon lange solch eine Eventualität und sind darauf vorbereitet.

Das Murdoch-Phänomen ist ein wichtiger Teil dieser Vorbereitungen. Wie sein Mentor, der kriegshetzerische Lord Beaverbrook, dessen Medienmanipulationen dazu beitrugen, die englische öffentliche Meinung umzustimmen und in den Krieg einzutreten, der zum Zweiten Weltkrieg wurde, hatte auch Murdoch die Rolle übernommen, die öffentliche Meinung auf drei Kontinenten in Richtung eines dritten Weltkrieges aufzuhetzen, wenn die Internationalisten es für notwendig halten, die widerspenstigen Sowjets auf die gleiche Linie zu bringen.

Ein in Moskau arbeitender amerikanischer Diplomat sagt: »Es ist hier bekannt, daß bei einer Übernahme des Kremls durch die russischen Nationalisten die Murdoch-Presse und andere kontrollierte Medien alles tun werden, um den Westen in einen Krieg gegen dieses Land (die UdSSR) zu treiben.«

Murdoch, dessen vereinigte Medienunternehmen sozusagen jeden in Amerika, Kanada, Europa und Australien erreichen können – seine Zeitungen haben allein eine jährliche Auflage von 3,5 Milliarden Exemplaren –, erwartet die Befehle seiner Chefs.

Ein bekannter US-Politiker soll gesagt haben: »Es ist höchst ironisch, daß der Marxist Murdoch ausgewählt wurde, all die äußerst begeisterten Anti-Kommunisten endlich zum ›Kampf gegen die Kommunisten‹ zusammenzurufen, außer, daß natürlich in diesem Fall die ›Kommunisten‹ zufällig Nationalisten sind.« □

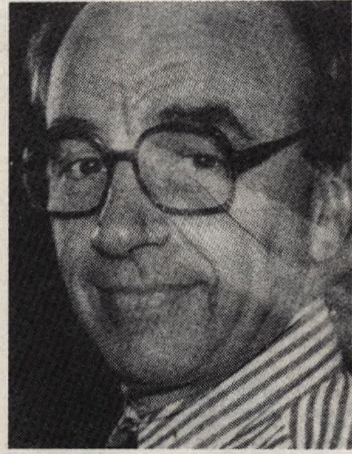
Die Drahtzieher bei der Continental Bank

Mitarbeiter des Federal Reserve Systems besuchten die siebentgrößte Bank der Vereinigten Staaten, die Continental Illinois Bank, und versiegelten den Sicherheitstresor der Bank. Der Handel mit Aktien der Continental Illinois Corporation wurde auf diese Weise gestoppt. Das Vorgehen der Mitarbeiter der US-Bundesbank, dem Federal Reserve System, ist ein Alarmzeichen für die Amerikaner, aber auch für die anderen westlichen Industriestaaten, wie Teile des US-Banksystems vor unseren Augen zusammenbrechen.

Ein Machtkampf zwischen zwei Hauptakteuren des internationalen Bankwesens scheint zur Zeit ausgetragen zu werden. Dabei ist die Continental Illinois Bank, die größte Bank des amerikanischen Mittelwestens, an den Rand des Zusammenbruchs gekommen. Die kämpferischen Parteien sind der Vatikan und die Rockefellers, während die Rothschild-Interessen zufällig mitlaufen.

Bereits in den sechziger Jahren haben Journalisten bis zum Fundament der Continental Illinois Bank recherchiert. Sie wollten herausbekommen, wer in Wirklichkeit diese oder andere Banken besitzt.

Der Vatikan kontrolliert drei der wichtigsten amerikanischen Banken, von denen jede in geographisch strategischen Punkten liegt. Die Eastern Bank war früher die Franklin National Bank, die 1974 zusammenbrach. Das Zentrum im Mittelwesten für katholische und Vatikan-Bankgeschäfte ist die Continental Illinois Bank. Die vom Vatikan kontrollierte Bank im fernen Westen ist die Bank of America, die besonders im Mexiko-Geschäft engagiert ist. Sollte einmal Mexiko finanziell ins Schwanken geraten, was jeden Tag passieren kann, dann wäre auch die Bank of America am Ende.



Murdochs Nachrichtenagentur Reuter half bei der Verbreitung von Gerüchten über die Continental Illinois Bank.

Die Schwierigkeiten der Continental Illinois Bank wurden bereits 1975 vorausgesagt, und seit dieser Zeit schwankte der Riese des Mittelwestens mehrere Male und wurde aber stets genauso oft finanziell gestützt und damit über die Runden gebracht. Aber der totale Zusammenbruch der Bank bleibt unvermeidlich.

Insider meinen: »Die Continental Illinois hat eine lange und wechselvolle Geschichte hinter sich und zugleich Bindungen zum US-Justizministerium, dem CIA und zum Vatikan.«

Der Sturm auf die Bank

Der kürzliche Sturm auf die Bankschalter der Continental Illinois und ihr plötzlicher finanzieller Kollaps begannen am 8. Mai 1984 in einer hinter verschlossenen Türen abgehaltenen Sitzung der New Yorker Federal Reserve Bank unter Vorsitz von Anthony Solomon und David Rockefeller.

»Anscheinend«, informierte einer der Teilnehmer dieser Sitzung den Hauptteilhaber einer der größten Maklerfirmen der Vereinigten Staaten, »will man die Continental Illinois Corporation, die über der Continental Illinois Bank stehende Holding-Gesellschaft, Bankrott machen lassen.«

Diesbezügliche Gerüchte hielten sich hartnäckig in der Wall Street und an der New Yorker Börse. Die Aktien der Continental Illinois Corporation fielen in dramatischer Weise während der darauffolgenden Geschäftstage von 15 Dollar je Aktie auf 8 Dollar je Aktie. Am 17. Mai mußte der Börsenhandel der Aktien dieser Bank sogar gestoppt werden.

Ein Börsenfachmann meinte lakonisch: »Ich finde es merkwürdig, aber nicht unbedingt zufällig, daß der Nachrichtendienst, der die Gerüchte aufnahm und verbreitete und so die Möglichkeit eines Ansturms auf die Bank erhöhte – ein Vorgehen, das eigentlich ungesetzlich ist –, die britische Nachrichtenagentur Reuter war, die sich zum Großteil im Besitz von Rupert Murdoch befindet, der vor kurzem auch die Chicagoer ›Sun Times‹, die zweitgrößte Zeitung der Stadt, kaufte.«

Hinter Rupert Murdoch stehen – wie an anderer Stelle berichtet wird – die Rothschilds und H. F. Oppenheimer.

David G. Taylor, erster geschäftsführender Direktor der Continental Illinois, bezeichnete die Verbreitung der Meldungen durch die Reuter-Nachrichtenagentur als unverantwortlich. Die Furcht in der Öffentlichkeit wurde auf diese Weise so angeheizt, daß viele Schlüsselgesellschaften und Privatpersonen zu ahnen begannen, daß das lang vorausgesagte Ende der Bank erschreckend näher kam.

Banken in Japan, London und anderswo stoppten plötzlich bestimmte Arten von Transaktionen mit der Continental Illinois. Der Verkauf von Depositenzertifikaten, die das Herzblut vieler Banken sind und ganz besonders in der schwierigen Lage der Continental Illinois, wurde eingeschränkt.

Am 11. Mai 1984 kündigte die Federal Reserve Bank von Chicago an, daß sie der Continental Illinois ein 3,6-Milliarden-Dollar-Darlehen gewähre. Am 15. Mai verpflichtete sich ein Konsortium, bestehend aus 16 Banken und unter Leitung der New Yorker Morgan Guaranty & Trust, zur Bereitstellung eines Bürgschaftsfonds in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar.

Schönfärberei statt Hilfe

Am Dienstag, dem 16. Mai, eine Woche nach Beginn der Gerüchte, zirkulierten Nachrichten, daß der 30-Tage-Bürgschaftsplan nicht zustande käme. Offensichtlich war der Ansturm auf die Continental Illinois, der nach Schätzungen während des 9. bis 11. Mai ungefähr 20 Millionen Dollar an Depositenforderungen ausmachte, zu groß.

Insider meinten daraufhin, daß die Bürgschaftsmaßnahmen des Konsortiums bloße »Schönfärberei« wären. Bis zum 17. Mai war die Bürgschaft auf über 7 Milliarden Dollar und die Teilnehmerzahl auf 24 Banken angewachsen. Trotzdem wurde die Bank von den Bankers des Federal Reserve Systems kontrolliert. Diese Tatsache wurde jedoch der amerikanischen Öffentlichkeit nicht mitgeteilt.

Der Fastzusammenbruch der Continental Illinois Bank war ein Machtspiel, das Rockefeller aufgrund der durch Reuter verbreiteten Gerüchte beschleunigte. Letzten Endes hatte die Bank seit Jahren schwierige Darlehensprobleme. So hätte die Bank jederzeit zusammenbrechen können. Oder der Zusammenbruch hätte durch eine besonnene Bürgschaft vermieden werden können. □

Der Teufel heißt Zins

Ernst van Loen

Ohne Zweifel bewegen viele Mitglieder der Kirche heute bange Fragen, mehrfache Rückfragen, verursacht durch die Streichung zweier Kanones aus dem alten im neuen Kirchengesetzbuch. Warum wurde sowohl die Zins- wie die Freimaurer-Frage nicht zum Anlaß genommen, sie mit dem Mut der Wahrheit endgültig, verbindlich und abschließend zu entscheiden statt sie durch Streichung ihrer bisherigen Regelungen völlig zu verwirren und damit die Kirche den Kräften und Mächten des Götzen Mammon mit unabsehbaren Folgen für das historische Schicksal des Christentums im Atomzeitalter auszuliefern? Das erneute Versäumnis der Kirche in der seit langem überfälligen Klärung ihrer Stellung zur Kapitalzins-Frage scheint der wahre Schlüssel für ihre verhängnisvolle Fehlentscheidung auch in der Freimaurer-Frage zu sein.

Christus wurde von seinen Jüngern um vieles gefragt, wenn sie seine Worte nicht verstanden. Und wir fragen die federführenden Kirchenjuristen, die wir ohnedies nicht für unfehlbar und allwissend halten dürfen. Warum wollen sie das Kirchenvolk zu einer totalen Kapitulation vor dem sich gerade in diesen gesellschaftlichen Erscheinungs-Bereichen heute geradezu allmächtig darstellenden Götzen Mammon verpflichten?

Der Weltmoloch Kapitalismus

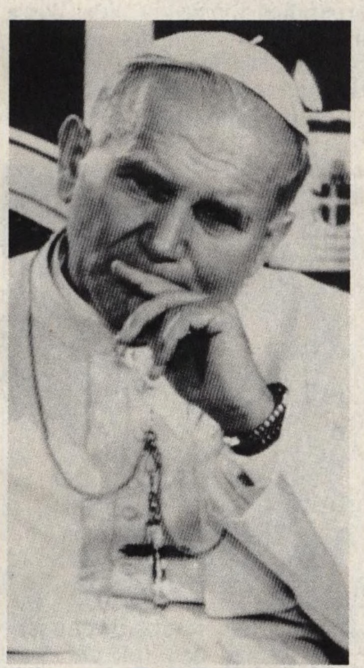
Ein altes Sprichwort sagt: »Nur wenn man den Teufel beim Namen ruft, fällt er tot um auf der Stelle.« Der bedrohliche Satan von heute ist für alle Völker der Zins. Und man soll ihn nicht nennen, seinen Namen verschweigen? An ihm vorbeischauen, obwohl er heute über Tod und Leben der gesamten Menschheit entscheidet. Er bestimmt doch in unserer Zeit durch eine Macht- und Gewalttotalität, die schlechthin zur Weltkrise der Gegenwart wurde. Der würgende Zins und die drohende Atombombe sind die sichtbaren Zeichen der Satansmacht unserer Tage. Der Weltmoloch Kapitalismus in westlicher, aber auch in östlicher Form als kollektiver »Staatskapitalismus« hat seine Gewaltherrschaft über die gesamte Welt aufgerichtet. Als wahrer Weltparasit ist er allmächtig und fordert die Unterwerfung aller Völker unter seine Gewalt.

In den Sozialenzykliken der Päpste von »Rerum novarum« des Papstes Leo XIII. (1891) bis »Laborem exercens« von Papst Johannes Paul II. (1982) wurde wohl Rühmliches zum Ausdruck gebracht, jedoch das Zinsproblem weder behandelt noch geklärt. Zur Arbeits- und Kapital-Frage wurden definitive Aussagen gemacht, obwohl diese ohne Berücksichtigung der Grundwahrheiten der Wirtschaftsethik über Zins und Wucher weder geklärt noch beantwortet werden kann. Denn das Kapital, mit dem wir es im System des modernen Kapitalismus allein zu tun haben, versteht sich nur als Zinseszins-Kapital.

»Solche Finanzer heißt man Gurgelstecher«

Wenige Jahre vor seinem Tod und vor Erscheinen der Arbeiterenzyklika »Rerum novarum« von Papst Leo XIII. bekannte Karl von Vogelsang in seinem »Separatvotum Zins und Wucher« (1884), daß nur die Rückkehr der Welt zur naturgesetzlichen Wahrheit in dieser Frage den sonst unvermeidlichen Zusammenbruch der modernen Kultur und Gesellschaft verhindern könne. Er schrieb: »Es wird das hochwichtige Thema von berufener Seite noch weit eingehender und gründlicher erörtert werden müssen, um die Behandlung der Frage wieder auf den Boden wissenschaftlichen Ernstes zurückzuführen, von dem sie zur Zeit fast gänzlich durch den Wunsch, mit der herrschenden Meinung nicht in Widerspruch zu treten, abgedrängt worden ist.

Wenn sich an jene zu erwartende erschöpfende Arbeit eine gediegene Diskussion der Gelehrten anknüpfen wird, so ist zu hoffen, daß die jetzt verbreitete Unklarheit in der Zins- und Wucherfrage allmählich verschwinden wird. Dann wird man auch erkennen, daß es keine echte Kultur geben kann als diejenige, welche sich auf dem von Gott gegebenen natürlichen und geoffenbarten Recht aufbaut. Und die hohle Phrase von der ›Zinsfeindlichkeit niedriger Kulturstufen‹ wird vor der Einsicht verschwinden, daß die niedrigste



Johannes Paul II. lieferte die Kirche den Kräften des Götzen Mammon mit unabsehbaren Folgen aus.

Kulturstufe diejenige ist, in welcher die Menschheit vom Gesetz Gottes losgerissen, das laisser aller – laisser passer (Gehenlassen; Nichteinmischung des Staates in die Volkswirtschaft) zu ihrem Gesetz macht und damit von Rechtswegen in die geistige und materielle Knechtschaft einer mammonistischen Plutokratie fällt.«

Aber alle Warnungen haben nichts genützt. Sie wurden in den Wind geschlagen und die von dem klarsichtigen Vogelsang für diesen Fall vorausgesagten »großen Ereignisse« sind längst eingetreten. Wir erleben sie als Katastrophen, deren mammonistische Ursachen zwar offen zu Tage liegen, aber ohne von den Opfern derselben bis heute zur Kenntnis genommen zu werden. Und so sind es nur wenige, die die Wahrheit über den Zins offen auszusprechen wagen, obwohl fast alle unter den Symptomen seines Wahn- und Irrweges leiden. Nach Erlösung und Befreiung von den großen Übeln unserer Tage schreien wohl viele. Auf die Worte des alten Propheten wollen sie nicht hören, obwohl seine starke Rede heute noch ihre Gültigkeit hat:

»Herr, wer darf weilen in deinem Zelt? Wer wohnen auf deinem Berge? Der makellos lebt und Gerechtigkeit übt, der Wahrheit sinnt in seinem Herzen, der seinem Freunde nichts Böses tut, der sein Geld nicht ausleiht auf Zinsen. Wer solches tut, wird nicht wanken in Ewigkeit.«

Die Ungläubigen von heute wollen auch nicht auf Martin Luther hören, der einmal ausrief: »Solche Finanzer heißt man Gurgel- und Kehlstecher. Diese Leute sind nicht wert, daß sie Menschen heißen oder unter Leuten wohnen.«

Die Kirche verzichtet auf eigene Zinslehre

Von den beiden eingangs genannten Streichungen sei zunächst hier jene des alten Zinskanon besprochen. Sie wird, obwohl vorläufig nur von wenigen beachtet, für die Zukunft von Kirche und Welt von allergrößter Bedeutung sein. In dem am 25. November 1983 in Kraft getretenen neuen Kirchengesetzbuch, das an die Stelle des bis dahin gegoltenen vom Jahre 1918 trat, sind zwei wichtige Änderungen vorgenommen worden, die in Ursache und Folge ihrer Abweichung von den bisherigen Regelungen nicht voneinander getrennt werden können.

Gestrichen wurde zum ersten der berühmt berüchtigte Zinskanon 1543. Nach diesem war »es nicht unerlaubt, sich bei einem Geschäft den gesetzlichen Gewinn oder einen noch höheren auszubedingen.«

Dieser alte Kanon bestätigte im Absatz 1 die alte Zinsverbotslehre der Kirche, hob diese jedoch in Absatz 2 durch Berufung auf den titulus legalis der staatlichen Zinsgesetzgebung wieder auf. Es wurde somit ein in sich selbst bestehender Widerspruch im neuen Kirchengesetzbuch gestrichen, dessen Absatz 1 trotz alledem, wenn auch widersprüchlich, die alte Zinswucherlehre wenigstens erwähnt und scheinbar sogar bestätigt, in Wirklichkeit aber praktisch aufgehoben hatte.

Eine erste Durchsicht des bereits erschienenen Kommentars von Hugo Schwendewein »Das neue Kirchenrecht« führt zu der Annahme, daß gemäß der Darstellung seiner Bestimmungen über die »kirchliche Vermögensverwaltung« von Haus aus die Absicht bestand, die Kapitalzinsfrage überhaupt nicht mehr zu erörtern. Die Kirche zieht sich somit völlig auf die staatliche Zinsgesetzgebung zurück, ohne auf ihre eigene Zinslehre noch irgendeinen Bezug zu nehmen. Nicht einmal mehr in der bisherigen widersprüchlichen Weise!

So heißt es zum Beispiel nur noch: »Die dauernde Anlage soll in sicherer und fruchtbringender Weise nach dem klugen Ermessen der Oberhirten erfolgen.« – »Natürlich wird auch für Miet- und Pachtverträge im kanonischen Bereich das, was diesbezüglich das Zivilrecht bestimmt, anzuwenden sein.« Ausdrücklich heißt es im Kommentar unter »Übernahme des staatlichen Rechts«:

»Die Kirche ist darauf angewiesen, daß die von ihren Einrichtungen abgeschlossenen Rechtsgeschäfte vermögensrechtlicher Art auch im Staat Anerkennung finden. Sie begnügt sich mit der Aufstellung von ganz wenigen Vorschriften in diesem Rechtsgebiet und übernimmt grundsätzlich mit den noch zu nennenden Einschränkungen die im jeweiligen Territorium geltenden staatlichen Vorschriften in den kirchlichen Bereich. Dies allerdings nur insoweit, als die staatlichen Normen nicht dem göttlichen Recht widersprechen oder im kanonischen Recht anders bestimmt sind.«

Insbesondere gilt für die »kirchliche Vermögensverwaltung«:

»Sie müssen dafür Sorge tragen, daß das Eigentum an kirchlichen Vermögen in zivilrechtlich-gültiger Form sichergestellt wird.« – »Geldmittel, die nutzbringend angelegt werden können, sind für die Ziele der Kirche oder des Instituts anzulegen.« Die Zahlung von »Zinsen für Darlehen oder Hypotheken« ist eindeutig geregelt, woraus sich ergibt, daß die »Sicherstellung von kirchlichen Vermögen und ihre nutzbringende Anlage« in »zivilrechtlich gültiger Form im Sinne der Gepflogenheiten des zinskapitalistischen Geld- und Kreditverkehrs verstanden wird«.

Zweifellos kann sich heute niemand – keine Institution und keine Privatperson – den Gepflogenheiten und Auswirkungen des alle Staaten, ja die gesamte Welt beherrschenden zinskapitalistischen Wirtschaftssystems entziehen. Aber der grundsätzliche Protest des Christen beziehungsweise der Christenheit gegen das Zinsübel darf deshalb kein Ende nehmen.

Im neuen Kirchengesetzbuch heißt es weiter: »Im Hinblick auf Canon 1290 hat man es nicht für notwendig erachtet, eigene canonische Bestimmungen über Pacht- und Mietverträge aufzustellen, weil für diese eben das jeweilige staatliche Recht gilt.« Da jede Bezugnahme auf die Zinslehre vermieden wird, ist sie auch nicht in den Vorbehalt des »göttlichen Rechts« vor den staatlichen Normen aufgenommen worden. Sollte diese Lehre aber dennoch als geheimer Vorbehalt darin einbeschlossen sein, so könnte hier vielleicht der Ansatzpunkt für eine Wiedererweckung der Zinslehre gesehen werden. Nur die Zukunft kann Klarheit darüber schaffen, welche Auslegung zutrifft. Jedenfalls unterblieb im neuen Kirchengesetzbuch jede ausdrückliche Bezugnahme auf die alte kirchliche Zinslehre.

Es lohnt sich nicht mehr, darüber hinaus noch den alten Kanon zu betrachten, nachdem seine schwerwiegenden Widersprüche von unserer Seite immer wieder zur Genüge aufgezeigt und widerlegt wurden. Mit dem neuen Kirchengesetzbuch hat Rom sich nunmehr sichtbar dem alles beherrschenden »Weltmacht-Mechanismus des Zinses-

Der Teufel heißt Zins

zinskapitals« vorläufig unterworfen.

Die offensichtlich demonstrativ vorgenommene Ignorierung des Kapitalzins-Problems kann gar nicht anders aufgefaßt werden. Sie bedeutet ebenso wie die Sanktionierung der mit den Weltfinanzmächten identischen Weltfreimaurerei eine Kapitulation vor dem Diktat des Götzen Mammon. So ganz anders erscheint die vorhergehende Verdammung der »Diktatur des internationalen Finanzkapitals« durch Papst Paul VI. in Ziffer 26 von »Populorum progressio« (1967).

»Wer schweigt, stimmt zu!«

Kirchliche Vertreter erklären wohl, daß das Kirchengesetzbuch zur Zinsfrage deshalb nicht Stellung genommen hat, weil es nur für die Regierung der Geld- und Geschäftsgebarung im innerkirchlichen Bereich bestimmt sei und zu den Fragen der Welt keine Stellung beziehen wolle.

Aber diesen Worten wurde die Aussagekraft genommen durch die vorherige begründungslose Bindung der kirchlichen Vermögenshaltungs-Praxis an die herrschenden kapitalistischen Gewohnheiten.

Obendrein bedeutet die neue Regelung eine Verschlechterung gegenüber der früher dekretierten Praxis, weil der seinerzeitige Kanon 1543.im Absatz 2 für einen über den gesetzlichen Zinsfuß hinausgehenden »höheren Gewinn« wenigstens noch eine, wenn auch vage gehaltene, Grenze nannte, während von nun an eine Zinsgrenze nach oben hin überhaupt nicht mehr angegeben ist, mithin auch für die kirchliche Praxis nicht mehr besteht, geschweige denn für den Christen draußen in der Welt.

Es gilt für diese ganze Vorgangsweise der alte Auslegungs-Grundsatz: »Wer schweigt, stimmt zu!« Nämlich dort, wo eine Pflicht zur prinzipiellen Aussage in der Sache, wie hier von seiten der Kirche als moralischer Instanz in der moralisch höchst bedeutsamen Wucher-Frage, besteht. Davon ist sie weder als oberstes Lehramt nach außen, noch als Gesetzgeberin nach innen entbunden.

Die vorliegende Unterlassung führt derzeit so nebenbei auch zur Erinnerung an den Milliarden-Finanzskandal, der sich mit



Wie weit reichen die Kräfte des Erzbischofs Paul Marzinkus und der internationalen Finanz-Mafia?

dem Namen Marzinkus verbindet und bis heute nicht völlig geklärt und bereinigt ist. Wie weit reichen die Hände der internationalen Finanz-Mafia wirklich? Kann sich der Vatikan ihrer erwehren? Nach neuesten Meldungen hat sich der Vatikan bereit erklären müssen, »einen Teil der von der Ambrosiano-Bank verursachten Schulden in der Höhe von 250 Millionen Dollar zu bezahlen.«

Im Herbst 1983 tagten 200 Bischöfe aus aller Welt vier Wochen lang in Rom, um in einem Abschlußdokument einen »Katalog des Unheils« zu erstellen. Es heißt in diesem:

»Besonders beklagen und verurteilen wir: 1. die Beraubung von Menschenrechten und die Übergriffe gegen die Würde und die Freiheit des einzelnen, gegen das Leben und die Freiheit von Wehrlosen. 2. die Behinderung der Glaubensfreiheit, der Gläubigen in der Erfüllung ihrer Pflichten und in der Ausübung ihrer Aufgaben. 3. jede Art von Rassendiskriminierung. 4. den kriegerischen Angriff, die Gewaltanwendung und den Terrorismus. 5. das Anhäufen von Waffen, besonders der nuklearen, und den skandalösen Handel mit Kriegsrüstungen aller Art. 6. sowie die ungerechte Verteilung der Naturschätze der Welt und jede Art von Strukturen, durch die der Reiche immer reicher und der Arme ärmer wird.«

Von 1 bis 5 werden in dem Dokument Übel genannt, deren wirkliche Ursache allein in demjenigen Grundübel liegt, das in Nr. 6 seinen Namen findet. Der Anfang allen Übels von heute, die wahre Ursache großer Leiden und Bedrohungen von Menschen und Völkern, Übergriffen gegenüber Wehrlosen, massiven Menschenrechts-Verletzungen liegt in dem Machtanspruch zu schrankenloser Besitz- und Machtanhäufung jenseits der Grenzen von Gewissen und Rechtsempfinden. Schon das II. Vatikanum brandmarkte diese Ursache als eine massive Verletzung der Gebote der Gerechtigkeit in der Welt.

Die Kirche der Reichen ist am Ende

Es wäre angesichts der heutigen Weltlage eine große Tat gewesen, wenn sich die genannte Bischofskonferenz an den Papst mit dem Ersuchen gewendet hätte, endlich die seit dem 19. Jahrhundert versprochene Klarstellung der kirchlichen Zinswucherlehre zu bewirken und diese wieder ins wache Bewußtsein der Christen zu rufen.

Noch im I. Vatikanum 1870/1871 hatten 22 Bischöfe und Erzbischöfe den damaligen Papst Pius IX. aufgefordert, die Zinslehre der Kirche zu klären. Es kam nicht dazu, zum Teil wegen Behinderung des Konzils durch den damaligen deutsch-französischen Krieg.

An das II. Vatikanum von 1962 bis 1965 wurde von Laiengruppen aus Deutschland und Österreich das Ersuchen herangetragen, die Zinsfrage endlich zu behandeln. Es blieb erfolglos aus Gründen, die heute nach einem mehr als zwanzigjährigen Bemühen klar zu Tage liegen. Kapitalistisch-freimaurerische Kräfte innerhalb und außerhalb der Kirche waren es, die eine Behandlung dieser Schicksalsfrage der Menschheit verhindern konnten. Bis heute merkt man keine Absicht, dieses »Rührmichnichtan« auch nur anzufassen.

Tag und Nacht wird an allen Börsen mit dem Werk der Hände aller werteschaffenden Menschen in der Welt um wucherischen Gewinn ohne eigene Arbeit gespielt. Wie lange noch wird sich die Menschheit diesen Gigantbetrug an ihrer leibhaftigen Schaffenskraft noch gefallen lassen? Verantwortlich dafür sind jene 300, die nach Walter Rathenau »die Welt regieren und von denen ein jeder einen jeden kennt«.

Die Welt ist längst in den Händen jener Weltmoloche, die sich als macht- und wahnbesessene Statthalter des Götzen Mammon über sie aufgeschwungen haben. Sie haben ihre schmutzigen Finger am kreditgewährenden Geldhahn und heute obendrein am Auslöseknopf der Atombombe. Ihre Drohung ist vollkommen!

Noch nie hat sich in den Händen einiger Weniger Raub- und Zerstörungs-Allmacht in solchen Ausmaßen angesammelt wie heute. Über Weitergang und Untergang der irdischen Evolution kann die besagte Welt-Hochfinanz-Clique nach eigenem Gutdünken entscheiden. Sie hat förmlich nicht nur den Menschen in seiner Welt, sondern Gott selbst in seiner Schöpfung abgesetzt, um sich an seine Stelle zu setzen.

Dies ist das Ende der Kirche der Reichen. Alle Hoffnung ruht auf der kommenden Kirche der Armen. In dem Buch »Theologie hört aufs Volks«, Patmos-Verlag Düsseldorf, schreibt Leonardo Boff:

»Es gibt keine heiligen Reichen. Alle Reichen, die Heilige geworden sind, bekehrten sich zu den Armen. Es kommt der Tag, an dem auf den Altären die Zerlumpten verehrt werden. Sie werden die Zeichen ihres Elends nicht unter glänzendem Reichtum verbergen, mit dem wir heute noch den armen heiligen Franziskus beleidigen. Sondern: Sie werden sie herausstellen an die wahren Zeichen des Evangeliums!« □

Vatikan

Die Taten der Jesuiten

Die Gesellschaft Jesu – kurz genannt, die Jesuiten – ist ein fast 27 000 Mitglieder umfassender Orden. Für ihre Aufgaben in der Welt beziehen sich die Jesuiten vor allem auf die verschiedenen Appelle der Päpste, aus denen hervorgeht, daß die wahrhaftige Verkündigung der christlichen Botschaft »die Förderung der Gerechtigkeit einschließen muß«. Ausdrücklich ermahnt die Generalkongregation »die Jesuiten zu einem tieferen Sinn des Gehorsams gegenüber dem Papst und den Ortsbischöfen und zu einer Zusammenarbeit mit ihnen«.

Papst Paul Johannes II. kritisierte anläßlich des neuen Ordensoberen, Pater Peter-Hans Kolvenbach, die Arbeiten der Jesuiten und verfügte bei einer Audienz: »Für Abweichungen ist kein Raum mehr!« Der Papst verurteilte alles »psycho-soziologische« Theoretisieren. Der Dienst der Jesuiten sei essentiell geistlicher Art, »nicht der des Arztes, des Sozialhelfers, des Politikers oder des Gewerkschafters.«

Der Kritik des Papstes waren immer wieder Ermahnungen und Verdächtigungen des Ungehorsams vorausgegangen. Dies ist kein Wunder, wenn man sich die Taten der letzten Monate des Ordens ansieht, der an vielen Fronten tätig ist.

Mai 1983: Die Jesuiten öffnen sich den Freimaurern. Pater Franco Molinari, Mitglied der Gesellschaft Jesu (SJ) und Geschichtslehrer an der katholischen Universität in Mailand, erklärte: »Die Freimaurer sind keine verwünschten Brüder mehr: Sie sind gesegnet, weil sie an der siebten Seligpreisung teilnehmen. Der langsame, aber unabwendbare Weg auf den Punkt ›Omega‹ der allgemeinen Bruderschaft hin, stellt auch die leuchtende Linie dar, die sich durch die gesamte Bibel zieht, von der sowohl die Freimaurerei als auch die Kirche ihren Auftrag erhalten hat.«

Mai 1983: Die Jesuiten kritisierten US-Präsident Ronald Reagan und seine Verteidigungspolitik, die ein Beispiel eines wahnsinnigen Wettrüstens sei.

Juli 1983: Pater Francesco Giunchedi bittet in der Zeitschrift des Jesuitenordens »Civiltà Cattolica«, Homosexuelle nicht aus der Kirche auszuschließen, weil ihr dramatischer Zustand »ein Ausdruck des Geheimnisses menschlichen Schmerzes« sei.



Peter-Hans Kolvenbach, seit September 1983 neuer Ordensoberer der Gesellschaft Jesu, des größten Priesterordens der katholischen Kirche.

In der folgenden Ausgabe von »Civiltà Cattolica« vertritt Pater Enrico Baraglia die Notwendigkeit zur Abschaffung der Filmzensur und schlägt vor, daß das öffentliche Zeigen von Filmen für »Erwachsene« selbst im Fernsehen keinerlei Art von Zensur – um eventuell junge Fernsehzuschauer zu schützen – unterworfen werden sollte. Pater Baraglia schlägt statt dessen »ein Verbot vor, solche Filme vor 22 Uhr zu senden«, sowie »die Verbreitung dieses Verbots in allen öffentlichen Informationsschriften«.

Oktober 1983: Kurz vor der Eröffnung der bischöflichen Synode in Rom kritisierte »Civiltà Cattolica« die Liturgie der Konfession heftig und stellt eine »gesellschaftliche« Konzeption der Sünde dagegen, in der das Individuum keine Schuld mehr habe, da ja die Gesellschaft es zur Sünde bewegt. Diese Äußerung war der Auftakt zu dem berühmten Aufruf, reumütige Terroristen in die Reihen der Gesellschaft Jesu aufzunehmen, der von der Zeitschrift »Civiltà Cattolica« in der Ausgabe vom 7. Januar 1984 veröffentlicht wurde.

Oktober 1983: Klaus Dammer, Professor an der jesuitischen Gregorianischen Universität, schlägt die Verpflanzung von Köpfen auf neue menschliche Körper vor.

Die Organisation des Ordens

Der Orden der Gesellschaft Jesu zählt 27 027 Mitglieder, von denen 1160 in Afrika sind, 5751 in den Vereinigten Staaten, 1874 in Mittelamerika, 2806 in Lateinamerika, 4551 in Asien, 348 in Ozeanien und 10 527 in West- und Osteuropa. In Europa ist die größte Konzentration der Jesuiten in Spanien, hier gibt es 2646. Es folgen die Länder Italien mit 1915 und Belgien mit 862. Diese Zahlen geben jedoch kein genaues Bild und unterschätzen die wahre Größe des Ordens, da es viele Jesuiten ohne kirchliches Gewand gibt.

Die Zentrale des Ordens ist in Rom in der Borgo S. Spirito in der Nähe der Basilika S. Pietro. Dort werden die Konklaven des »Schwarzen Papstes« abgehalten. Dem Generaloberen stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung: ein Haus der Patres in Grottaferrata in der Nähe Roms; die päpstliche Gregorianische Universität; die Zeitschrift »Civiltà Cattolica«; die Zentren »Für eine bessere Welt« und die »Bewegung Oase« in Rocca di Papa; das päpstliche Lateinamerikanische-College; das päpstliche Institut für kirchliche Studien für Polen; das päpstliche »Biblische Institut«; das päpstliche Institut für Orientalische Studien; das Roberto-Bellarmino-College; das päpstliche Russicum-College; Radio Vatikan; das päpstliche Observatorium in Castelgandolfo; das Brasilianische-College; das internationale College der Gesù sowie weitere römische Gebäude, die den italienischen Sektionen der Gesellschaft Jesu gehören.

An der Spitze des Ordens steht der Jesuitenpater Peter-Hans Kolvenbach, der am 13. September 1983 zum Ordensoberen der »Gesellschaft Jesu«, des größten Priesterordens der katholischen Kirche gewählt wurde. Kolvenbach: »Ich habe danach in den Zeitungen gelesen, daß diese Entscheidung sehr geschickt war und sehr ›jesuitisch‹. Nichtsahnend hatte ich vorher ausgezeichnet geschlafen.«

Am 30. November 1928 in Druten bei Nijmengen geboren, war er früh von den Sprachen fasziniert. Er spricht heute zehn Sprachen. Seine Erfahrungen im Libanon – 23 Jahre lang arbeitete Kolvenbach in Beirut – waren wohl ausschlagend für seine Wahl zum Generaloberen. Bewegungen in der Kirche zeigen sich häufig zuerst in der Gesellschaft Jesu an. Kolvenbach gilt als Fachmann für dieses weltpolitische Krisengebiet. □

Warnung vor Johannes Paul II.

Vieles spricht dafür, daß sich der große Glaubensabfall, den der Apostel Paulus im zweiten Thessalonicherbrief vorausgesehen hat, jetzt vollzieht. Das Reich des Antichristen formiert sich. Wachsamkeit ist also geboten. In diesem Zusammenhang taucht auch die Frage auf, wer Johannes Paul II. ist!

Etliche Priester und Laien haben in ausführlichen Untersuchungen festgestellt, daß Johannes Paul II. eine Vielzahl von Irrlehren, ja von Häresien vertritt. Das ist ein Ereignis, das die meisten Katholiken und die Christenheit überhaupt bisher nicht zur Kenntnis genommen haben. Die wichtigsten Irrlehren, die Johannes Paul II. vertritt, sind folgende.

Der Papst ein Irrlehrer?

Die Lehre über die Religionsfreiheit ist streng zu unterscheiden von der selbstverständlichen Norm, daß niemand zum Glauben gezwungen werden darf, was sogar im kirchlichen Gesetzbuch von 1917 festgelegt ist. Darum geht es nicht.

Die Religionsfreiheit, wie sie vom zweiten Vatikanischen Konzil und von Johannes Paul II. verstanden wird, ist ein Grundprinzip des religiösen Liberalismus und der Freimaurerei. Sie richtet sich gegen die Glaubenspflicht jedes Menschen.

In der Bibel steht, daß wer nicht glaubt, verdammt werden wird.

Jeder ist somit auf strengste zum Glauben verpflichtet. Wenn man nun aber sagt, wie das mit der Lehre der Religionsfreiheit geschieht, jeder könne seine Religion wählen, wie er wolle, dann ist dies ein klarer Gegensatz zu diesem göttlichen Gebot. Die von Gott erlassene Glaubensverpflichtung wird also bestritten.

Johannes Paul II. vertritt im weiteren die Allerlösungslehre des sogenannten Origenismus, gemäß der alle Menschen von Natur aus bereits gerettet sind. Er stellt fest, daß Christus mit jedem Menschen vereint und deshalb jeder Mensch im vollen Sinne erlöst sei.

Diese unbiblische Lehre liegt als Leitidee der gesamten Lehraussage Johannes Pauls II. zugrunde. Sie ist gegen die Notwendigkeit der katholischen Kirche als einzige Arche des Heils gerichtet.

Johannes Paul II. vertritt sogar die Ansicht, daß die feste religiöse Überzeugung der Anhänger der nicht-christlichen Religionen aus dem Heiligen Geist hervorgeht. Durch diese offensichtliche Häresie wird der Heilige Geist mit dem Vater der Lüge gleichgesetzt, denn der Glaube der Nichtchristen bezieht sich ja auf falsche Glaubenslehren. Damit ist die Idee der einen wahren Religion aufgegeben.



Der Papst eine Gefahr für die Christen

Mit diesen Irrlehren stellt Johannes Paul II. nicht nur eine große Gefahr für die katholische Kirche dar, vielmehr wird das Christentum insgesamt gefährdet. Denn wenn alle Menschen bereits gerettet sind, dann brauchte man sich um das Heil nicht mehr zu bemühen. Ja, dann brauchte man nicht einmal mehr zu glauben. Die Bibel sagt aber ganz eindeutig:

»Ohne Glauben ist es unmöglich, Gott zu gefallen.« An anderer Stelle heißt es: »Wer nicht glaubt, der wird verdammt werden.«

Nach der Idee der Allerlösungslehre (Neo-Origenismus) ist der christliche Glaube auch deshalb in seinem Kern betroffen, weil es dann kein letztes Gericht, ja überhaupt kein Gericht Gottes geben kann. Aber der Glaube umfaßt notwendigerweise Gott als Richter, der die Schafe von den Böcken trennt.

Zugleich ist die Gottesfurcht, die ja der Anfang der Weisheit ist, aufgehoben. Im Besitz des Garantiescheines für das ewige Leben braucht man in diesem Leben Gott eigentlich nicht mehr. Wenn aber noch ein Christentum verbleibt, das Seelen retten will, dann muß dieses – da doch alle angeblich bereits gerettet sind – schließlich als das kurzsichtigste Sektierertum erscheinen.

So müssen notwendigerweise aus den Lehren Johannes Pauls II. Gleichgültigkeit, Indifferentismus und Bekenntnisscheu wachsen; Glauben, Gebet und Opfer werden zurückgehen.

Bei der von Johannes Paul II. ausgehenden Verkündigung handelt es sich um den schwersten Angriff gegen den Glauben, den die Kirche je in ihrer Geschichte gesehen hat. Die Verantwortlichen schlafen oder wollen es nicht wahrhaben, weil es ein »Papst« ist, der spricht. Die Christen aber müssen den Aufruf Petri ernst nehmen: »Seid nüchtern und wachsam.«

Verführer sind heute in großer Zahl in der Christenheit, um ihre Irrlehren zu verbreiten. Deshalb sind alle Christen erneut und dringender denn je aufgefordert, sich der Verteidigung des Glaubens gegen die Flut von Irrlehren nicht mehr zu entziehen, sondern den Kampf aufzunehmen. Irrlehrer besitzen keine Autorität in der Kirche, und ein Häretiker kann nicht Papst sein. Franz von Sales schreibt: »Es ist Liebe, den Wolf zu verschreien, wenn er in die Schafherde eingedrungen ist.«

Ein Exponent des neuen Roms

Der ständig zunehmende politische Einfluß von Johannes Paul II auf die Welt, seine ungeheuer große Popularität bei Christen wie bei Nichtchristen ist ein schwerwiegender Grund, mißtrauisch zu sein. Denn die Kirche ist immer der Stein des Anstoßes gewesen und hat den Widerspruch der Welt herausgefordert.

In dem mit Johannes Paul II. Zustimmung verlegten Comic-Heft über sein Leben, das in allen Weltsprachen herausgekommen ist, wird die Schlüsselidee nicht in der Vertretung der religiösen Idee der katholischen Kirche oder des Christentums gesehen. Vielmehr wird in der entscheidenden Aussage gesagt:

Das alles hat »nichts mit Religion zu tun! Papst Johannes Paul

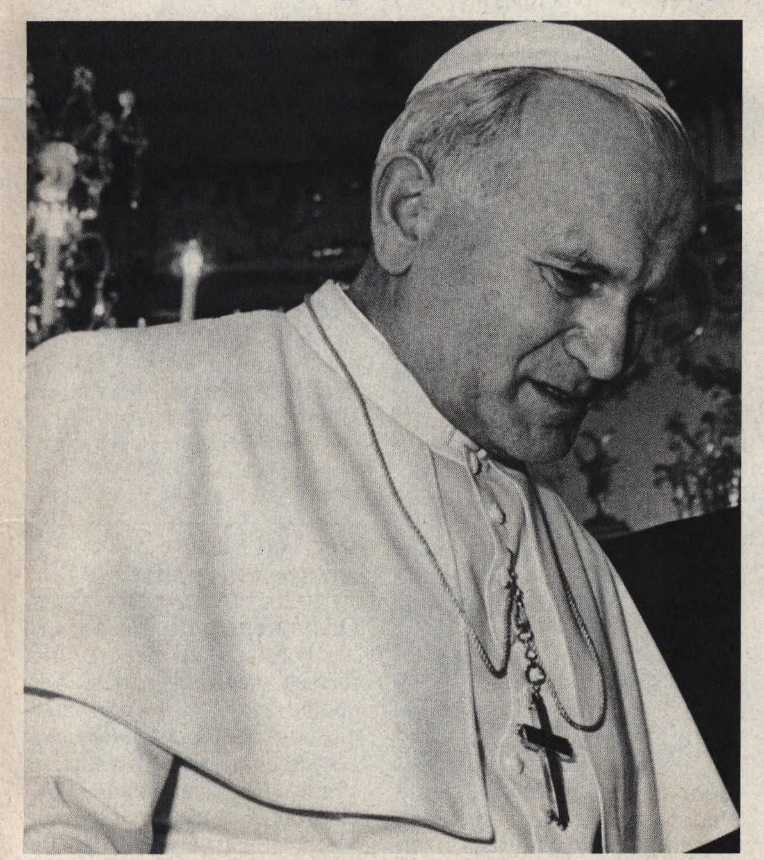
II. ist eine Stimme für Gerechtigkeit und Weisheit in der Welt, eine Stimme der Hoffnung! Und so viel Hoffnung gibt es nicht auf der Welt, daß wir es uns leisten könnten, auch nur eine einzige ihrer Quellen zu verlieren.«

Die Bibel hat vor Babylon, dem Rom der Endzeit, gewarnt. Desgleichen die Muttergottes in La Salette: »Rom wird den Glauben verlieren und Sitz des Antichrist werden.«

So muß vor dem neuen Rom auf das eindringlichste gewarnt werden. Nur mit tiefer Sorge kann man die weitere Entwicklung betrachten. Sind nicht große Teile des Protestantismus bereit, den Weg nach Rom in eine Ökumene ohne Wahrheit zu gehen? Kann denn eine solche Bewegung einen anderen Zweck haben, als die Menschen für das Reich des Antichristen zu sammeln?

Christus warnt uns: »Hütet euch vor den falschen Propheten! Sie kommen in Schafskleidern zu euch, innen aber sind sie reißende Wölfe.«

Auch der Apostel Paulus warnt vor dem Verführer: »Widersteht ihm fest im Glauben!« □



Papst Paul Johannes II. scheint eine Geisel der Politik und der römischen Kurie geworden zu sein.

Vatikan

Struktur der römischen Kurie

Die römische Kurie ist die älteste noch existierende Bürokratie der Welt, die schon seit fast 2000 Jahren arbeitet. Mehr als 3000 Funktionäre, Laien und Geistliche arbeiten in den Palästen der Vatikanstadt. An der Spitze dieser Regierung, die in der ganzen Welt ihre Bürger hat, ist das Staatssekretariat, das alle Abteilungen der römischen Kurie beaufsichtigt. Unter den wichtigsten sind die neun »Heiligen Kurien-Kongregationen«, die eigentlich Ministerien sind.

Der Leiter des Staatssekretariats ist seit 1979 Kardinal Agostino Casaroli, der auch den Rat für öffentliche Angelegenheiten der Kirche, das eigentliche Auswärtige Amt des Vatikans, leitet. Monsignore Achille Silvestrini ist sein Sekretär.

Die wichtigsten Kongregationen

Die Kongregation für die Glaubenslehre wurde 1542 von Papst Paul III. zur Verteidigung der Kirche gegen Ketzereien gegründet. Papst Pius X. nannte sie 1908 die »Kongregation des Heiligen Amtes«, von der ein besonderer Teil der »Index Librorum Proibitorum« (Liste verbotener Schriften) stammte. 1965 reformierte sie Papst Paul VI. Die Kongregation fungierte jetzt wie ein Gericht, wo konkrete Prozesse über Vergehen gegen den Glauben durchgeführt werden. Der Vorsitzende ist Kardinal Joseph Ratzinger, der Erzbischof von München, ein Konservativer. Es wird behauptet, daß er einer der großen Wahlmänner des Papstes gewesen sei.

Die Kongregation für die Ostkirchen ist für Bischöfe, den Klerus und die religiösen Orden und die Gläubigen der orientalischen Riten in den folgenden Gebieten verantwortlich: Ägypten, Sinai, Erythrea und Nord-Äthiopien, Südalbanien, Bulgarien, Zypern, Griechenland, Iran, Irak, Libanon, Palästina, Syrien, Jordanien, Türkei, Thrakien unter türkischer Herrschaft und Afghanistan. Der Vorsitzende ist Kardinal Wladislaw Rubin, der auch Präsident der Kyrill- und Methodius-Stiftung ist. Zusammen mit den Kardinälen wird die Kongregation von den Patriarchen in Verbundenheit mit der römisch-katholischen Kirche geleitet.

Unter den Sekretariaten ist eins der aktivsten das für »Förderung der Einheit der Christen«. Es wurde in den sechziger Jahren von Papst Johannes XXIII. gegründet, der zu dem Ökumenismus den Anstoß gab. Der Vorsitzende ist Kardinal Johannes Willebrands, ein bekannter Vertreter der holländischen Streiter gegen Ketzerei und ihrer okkulten Wurzeln. Er verließ Utrecht, um sich ganz der Aufgabe zu widmen, die in der Vereinigung mit den anderen Kirchen auf Kosten der augustinischen Tradition besteht.

Für das Wachstum von Sekten und Kulten

Unter den Ausschüssen ist die »Päpstliche Kommission für Justitia et Pax« am stärksten unter dem Einfluß des Club of Romes. Sie wurde 1967 von Papst Paul VI. mit dem Ziel gegründet, sich mit Fragen der Entwicklung, des Friedens und der Gerechtigkeit zu befassen.

Vorsitzender dieser Kommission ist Kadrinal Bernardin Gantin, ein für die Öffnung der Kommission gegenüber malthusischer Unterwanderung und dem Club of Rome verantwortlicher Afrikaner. Bis vor einem Jahr arbeitete Eleonora Masini, die rechte Hand von Aurelio Peccei im Club of Rom und fanatische Verfechterin der Bevölkerungsreduzierung, in dieser Kommission als Beraterin mit.

Weiter arbeitet in dieser Kommission ein Inder, Dr. Anthony Chullikal, mit, der nicht nur dieselben Vorstellungen wie Frau Masini hat, sondern auch das Wachstum von Sekten und Kulten unterstützt. Eine andere Mitarbeiterin der Kommission war die verstorbene Barbara Ward, eine heftige Wiedersacherin der industriellen Entwicklung.

Mit dieser »Päpstlichen Kommission für Justitia et Pax« verbunden ist der »Päpstliche Rat Cor Unum«. Diese Gruppierung wurde 1971 gegründet. Der Rat sollte sich mit der Entwicklung in der dritten Welt beschäftigen. Er entwickelte sich jedoch hauptsächlich zu einem Befürworter des »Null-Wachstums«, das in Programmen zur Reduzierung der Bevölkerung der dritten Welt seinen Ausdruck fand. Zu seinen Beratern gehört Caritas International, Katholische Hilfsdienste, Misereor und der »Souveräne Militärische Orden von Malta«. □

Vatikan

Auf dem Weg zum neuen Babylon

Am 27. Dezember 1983 um 12.10 Uhr traf Papst Johannes Paul II. im römischen Gefängnis Rebibbia den Mann, der zweieinhalb Jahre zuvor einen Mordanschlag auf ihn verübt hatte und ihn fast getötet hätte: Ali Agca. Diese Begegnung signalisierte einen Wandel der Vatikanpolitik. In den informierten Kreisen war es klar, daß der Papst Agca keinen seelsorgerischen Besuch abstattete. Den Gefangenen in Rebibbia hatte der Papst ein Neujahrsgeschenk überbracht, die Botschaft des »Internationalen Tages des Friedens«, ein Aufruf, die Politik der Gewalt und der hegemonischen Blöcke zu überwinden und den Ost-West-Dialog neu zu beginnen. Aus diesem Grunde wollte er Ali Agca treffen und seine Begnadigung erneuern. Es hieß, der Papst habe eine Taube von der Zelle der Person, die fast zu seinem Mörder geworden wäre, zum Kreml abgeschickt.

Papst Johannes Paul II. hatte dem Türken schon mehrmals seine Tat vergeben. Das Treffen in Rebibbia konnte nur eine Bedeutung haben, ausgedrückt von dem Opfer selbst, das gleichzeitig die höchste Autorität der katholischen Kirche ist: daß nämlich der Vatikan die sogenannten »Bulgarian Connection« abbrechen würde.

Die Wandlung des Papstes

Dem Treffen gingen gewisse verdächtige und sehr bezeichnende Ereignisse in der Prozeßentwicklung der Schlüsselpersonen der »Bulgarian Connection« im Zusammenhang mit dem versuchten Mordanschlag voraus. Der Syrer Arsan, eine wichtige Schachfigur in den Ermittlungen und in der Mitte des Scheidewegs des Waffenschmuggels zwischen Bulgarian, Italien und dem Nahen Osten, war plötzlich gestorben. Ein ähnliches Schicksal schien den Türken Bekir Celenk, einen Abenteurer mit Sitz in Sofia und wichtiger Bestandteil der Spur der »Bulgarien Connection«, ereilt zu haben. Außerdem war der Angestellte der Bulgarischen Luftfahrtgesellschaft, Sergej Antonow, Agcas vermuteter Komplize, aus dem Gefängnis und dem Hausarrest entlassen worden. Es blieb nichts übrig von der »Bulgarian Connection«.

Das Gesicht Johannes Paul II. zeigt auf den wenigen von diesem Treffen mit Agca freigegebenen Fotos einen Ausdruck, der von großer Qual gezeichnet war. Was war mit dem Papst geschehen?

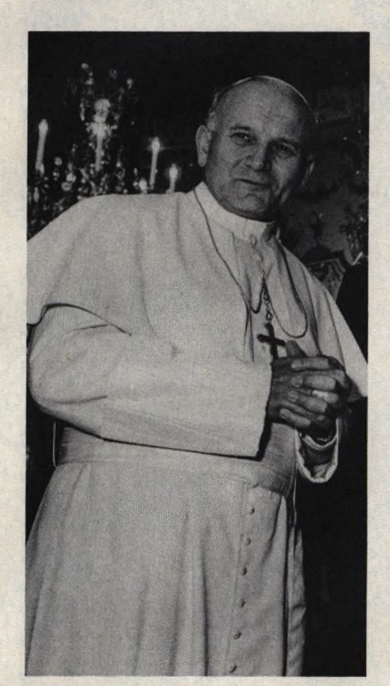
Eine Analyse seines dreijährigen Pontifikats wirft die Frage auf, was die Gründe für die Verwandlung des doktrinell festen Papstes des »Laborem Exercens« und des »Familiaris Consortio« in eine Geisel der Politik der Kurie und der religiösen Orden waren.

Malthuser auf dem Kriegspfad

Um die Bedeutung des von Papst Johannes Paul II. erlebten Wandels zu verstehen, ist es notwendig sich an die Zeit des Winters 1981 zu erinnern. Es war im Februar 1981, daß die in der römisch-katholischen Kirche vornehmlich im Jesuiten-Orden sich befindende Clique der Malthuser, die sich in der nichtkatholischen Welt vorwiegend unter den Anglikanern und der heidnischen Gruppierung »Humanist International« findet, mit ihrer Absicht, die Kirche zu zerstören, an die Öffentlichkeit trat. Der strittige Punkt war die Bevölkerungspolitik, der vom Club of Rome entwickelte Deckname zur Vernichtung von Milliarden farbiger Menschen bis zum Jahr 2000, um »Naturschätze zu retten«.

In einem Bericht des Magazins »Humanist« von Januar-Februar 1981 mit dem Titel »Bevölkerungswachstum und Weltsicherheit in Richtung eines amerikanischen strategischen Engagements« schreibt Dr. Steven Mumford:

»Die geburtenfreundlichen Kräfte, die Geburten fördern, müssen gestoppt werden. Wir müssen zu einer Geburten kontrollierenden Politik kommen, die wir schnell wachsenden Entwicklungsländern vorschlagen. Die Linie der Regierung und alle geburtenfreundlichen Gesetze müssen geändert werden. Man kann mit Recht sagen, daß der Vatikan durch die Lehre der Kirche effektiv die Entwicklung und die erfolgreiche Durchführung von Bevölkerungspolitik in der ganzen Welt – mit Ausnahme der Volksrepublik China – vereitelt hat.



Beobachter schildern den Papst als einen einsamen Mann, gequält von der Unvermeidbarkeit eines neuen Krieges.

Die einzige Hoffnung für die amerikanische katholische Kirche und das amerikanische Volk ist die Trennung der amerikanischen von der römischen Kirche.«

Als Mumford diese Worte schrieb, arbeitete er an einem Projekt, das von dem Georgetown Zentrum für »Strategische und Internationale Studien«, dem weltberühmten »Think-Tank« von Amerikas wichtigster Jesuiten-Universität in Auftrag gegeben worden war. Er arbeitete auch eng mit Cyrus Vance vom »Episcopalian Establishment« zusammen, das einer der wichtigsten Förderer der Entvölkerungspolitikthesen von »Global 2000« der Carter-Regierung gewesen war, sowie mit Vances Truppe in der amerikanischen Organisation des »Club of Romes«.

Innerhalb weniger Monate nach der Veröffentlichung von Mumfords Bericht wurden die ernstzunehmenden Schüsse in der Kampagne der Malthuser abgefeuert: Ein bekannter türkischer terroristischer Attentäter feuerte am 13. Mai auf dem Petersplatz mehrere Schüse auf Papst Johannes Paul II. Wie durch ein Wunder überlebte der Papst das Attentat.

Nach dem Attentatsversuch gingen die Bemühungen der Verschwörer weiter. Der anglikanische Erzbischof Robert Runcie unternahm eine internationale Kampagne für den Völkermord-Plan von »Global 2000«. Er steckte mit den Jesuiten und dem Club of Rome unter einer Decke. Die Anglikaner wußten zu dieser Zeit sehr genau, daß der Mord an Papst Johannes Paul II. zu dem Schisma führen könnte, das sie zur Ausführung der Entvölkerung dringend brauchten.

Der Tod ist die einzige Alternative

Offen wurde zugegeben, »daß der Papst viel zu stark ist. Wir müssen die Kirchenpolitik verändern«, meinte George Ball, der führende Sprecher des amerikanischen Establishments der Insider, als er im Sommer 1981 über die Notwendigkeit zur drastischen Verringerung der Bevölkerung der dritten Welt sprach.

»Bei dem bestehenden System gibt es keine Möglichkeiten, mit dem Problem (Red.: die geburtenfreundliche Haltung des Papstes) fertigzuwerden. Der Tod ist die einzige Alternative«, meinte der ranghöchste Bischof der Vereinigten Staaten, Edward West, im Oktober 1981.

Papst Johannes Paul II. versetzte der Lobby der Geburtenkontrolle einen noch größeren Schock, als er im September 1981 die Enzyklika »Laborem Exercens« veröffentlichte. Diese Enzyklika traf die malthusische Verschwörung mitten ins Herz. Durch die Betonung der Rolle des Menschen als Beteiligter an der fortwährenden Schöpfung Gottes, machte »Laborem Exercens« den Kern des christlichen Engagements für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden wieder geltend.

Die Enzyklika war eine klare Antwort des Papstes auf die liberalen, umweltschützenden Lehren des Gründers der Club of Romes, Aurelio Peccei, wie auch eine Ablehnung der rechtsorientierten Theorien von Professor Milton Friedman. Papst Johannes Paul II. begann, die Perspektiven der Enzyklika auf vielen Gebieten der Politik in die Tat umzusetzen.

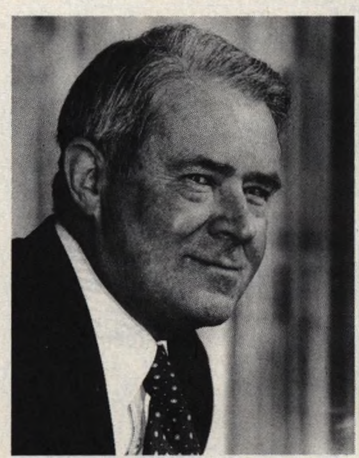
Johannes Paul II. ernannte im Oktober 1981 einen Stellvertreter für den kränkelnden Jesuiten-General Pedro Arrupe, der ein eindeutiger Befürworter der »Befreiungstheologie« und anderer Formen der Opposition der liberalen Umweltschützer gegen den industriellen Fortschritt war. Das Vorgehen des Papstes wurde allgemein als eine Entscheidung gefeiert, den abtrünnigen Orden wieder unter seine persönliche Führung zu stellen.

Im Dezember 1981 ließ Papst Johannes Paul II. eine apostolische Ermahnung ergehen, in der er die »Studien der Ökologen und Futurologen« anprangerte, »die manchmal die Gefahr der demographischen Steigerung für die Lebensqualität übertreiben«, sowie alle Versuche, »Bevölkerungspolitik« durch Verordnungen und Gesetze aufzuzwingen. Das war ein eindeutiger Angriff auf die Malthuser im Club of Rome und die damit verbundenen Internationalisten und Bankers.

Im Dezember 1981 ließ der Papst auch die Päpstliche Akademie der Wissenschaften wieder aufleben, die sich eindeutig für die Durchsetzung der Atomenergie engagierte.

Die Hexenjagd des Club of Rome

Die Bemühungen des Club of Romes, den vatikanischen Widerstand gegen die Entvölkerungs-Politik zu entkräften, wurden immer intensiver. Mit Hilfe der oligarchischen und jesuitischen Kräfte innerhalb der Kurie wurde der in »Laborem Exercens« und »Familiaris Consortio« ausgedrückte Optimismus des Papstes ständig weiter untergraben.



Cyrus Vance, einer der wichtigsten Förderer der Thesen der Entvölkerungspolitik der Carter-Regierung.

Der Club of Rome benutze die von den Internationalisten erzeugte wachsende Gefahr eines Atomkrieges, um eine wahre Hexenjagd gegen die Enzyklen zu inszenieren, in denen gefordert wird, daß der Mensch seinen Auftrag zur Beherrschung der Erde erfüllen solle.

Der Höhepunkt in diesem Zusammenhang war die Herausgabe des Hirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe im Mai 1983, in dem ein Atomstopp gefordert wurde. Danach begann der Vatikan selbst Erklärungen herauszugeben, in denen die Wissenschaftler auf dem Gebiet der militärischen Forschung und der Rüstungsindustrie angeregt wurden, ihre Arbeitsgebiete aufzugeben.

In diesem Rahmen muß auch das Erscheinen des päpstlichen Nuntius für Kolumbien auf dem Podium der Abschlußsitzung der Konferenz für Frieden und Entwicklung des Club of Rome im Dezember 1983 in Bogota, Kolumbien, gesehen werden. Er konnte seine Freude kaum unterdrücken, als Alexander King, einer der Gründer des Club of Rome, die amerikanische Entwicklung von Strahlenwaffen kritisierte.

Als King auf dieser Konferenz gefragt wurde, ob er nicht glaube, daß das fortdauernde Engagement des Vatikans für eine geburtenfreundliche Politik nicht ein Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen dem Club of Rome und dem Papst sehe, meinte er: »Das wäre möglich, aber wir arbeiten mit dem Vatikan zusammen. Zum Beispiel schickten wir dem Papst vor zwei Monaten ein Dokument und innerhalb von zwei Wochen erhielten wir eine Deklaration mit fast demselben Wortlaut wie unser Vorschlag.«

Nach diesen Tatsachen ist es nicht verwunderlich, daß langsam im Vatikan die Fronten für eine geburtenfreundliche Politik aufweichten. Unter dem Vorwand der Versöhnung mit dem Osten würde eine Weigerung der Übernahme malthusischer Gedanken der Bevölkerungspolitik eine Spaltung in der römisch-katholischen Kirche hervorrufen. Eine solche Spaltung wäre ganz im Sinne der Anglikaner, Jesuiten und der protestantischen Verbündeten.

Pflicht aller Gegner der Malthuser wäre es jetzt, ihre Unterstützung den beiden Enzyklen des Papstes zuteil werden zu lassen, in der Hoffnung das zu verhindern, was nicht nur für die katholische Kirche eine Tragödie wäre, sondern für die ganze Menschheit.

Gewalt als Motive eines Frömmlertums

Vom Standpunkt der Kirchenpolitik stellt das Öffnen den Terroristen in Rebibbia – der Papst traf nicht nur Agca dort, sondern auch den Chef der Roten Brigaden, Moretti, und andere – eine wichtige Phase des besonders durch die Jesuiten aufgeprägten Wandels in Richtung eines Frömmlertums dar, das fundamentalistisch und fanatisch ist und östliche Züge trägt.

Pater Gianni Baget Bozzo, der Theologe der katholischen »Neuen Linken«, schreibt, daß »politische Gewalttätigkeit in Italien nicht aus banalen Motiven besteht, sie hat einen Impuls des absoluten und daher starken Frömmlertums. Es ist eine religiöse Möglichkeit, die zu den Wurzeln der Existenz geführt hat. Und gerade, weil es sich um ein völliges Aufgehen der Person in eine Aufgabe handelt, können diese Männer heute eine objektive Tortur, wie zum Beispiel Spezialgefängnisse, ertragen. Und aus diesem Grund können sie einen qualitativen Sprung ausführen, um eine sehr seltene Erfahrung zu machen: eine Erfahrung des Göttlichen«.

Damit beschwört Bozzo den Mordfanatismus von Dostojewskis Helden Raskolnikow herauf, der »Glauben« durch die völlige Vernichtung seiner eigenen Menschlichkeit und durch Verbrechen findet.

Und auch die Jesuiten äußern sich in diese Richtung. Pater H. Lombardi, der Herausgeber der mit hohem Prestigewert versehenen Zeitschrift der Jesuiten »La Civilta Cattolica«, schreibt in der Ausgabe vom 7. Januar 1984, daß eine Zusammenarbeit mit den vielen in den Gefängnissen anwesenden Terroristen, »Personengruppen eines nicht mittelmäßigen kulturellen Backgrounds, die sich auf dem Pfad der Selbstkritik und Nachforschungen befinden, beginnen müsse«.

In Wirklichkeit führte der Briefwechsel zwischen dem Mitglied der Roten Brigaden, Enrico Fenzi, und dem Jesuiten Adolfo Bachelet, Bruder des von den Roten Brigaden in Rom getöteten Friedensrichters, zu der »Bekehrung« zum Katholizismus der Vertreter der harten Linie um den ursprünglichen Führer der Roten Brigaden, Renato Curcio. Zu den »Bekehrten« gehören Alberto Franceschini, Rocco Micaletto, Franco Bonisoli und Roberto Ognibene.

Wie verlautet vertraute Franceschini seinem Kaplan an: »Die einzige Institution, die ernsthaft über das Friedensproblem redet,

Vatikan

Auf dem Weg zum neuen Babylon

ist die Katholische Kirche und besonders Papst Wojtyla.«

An der Spitze des Pro-Raskolnikow-Wandels steht der frühere Pater des Biblischen Instituts, der Jesuitenkardinal und Erzbischof von Mailand Carlo Maria Martini. Der Vorbote dieser neuen Richtung in der Kirche wurde in dem Öffnen gegenüber den gnostischen Kulten und heidnischen Sekten gesehen, das Anfang 1983 von einer besonderen Diözesankommission für Ökumenismus und Dialog angeführt wurde. Der Vorsitzende dieser Kommission, Monsignore Clemente Riva, der beim vatikanischen Staatssekretariat gut angesehen ist, wurde kürzlich auch zum Sekretär der ökumenischen Kommission der italienischen Konferenz der Bischöfe ernannt.

Von der Sekte des Pfarrers Moon zu den Baha'i, dem Krischna-Bewußtsein bis hin zur Kirche der Scientology wurden alle unter dem allgemeinen Dach »religiöser Erfahrung« willkommen geheißen. In diesem Zusammenhang steht auch der Besuch Papst Johannes Paul II. bei der evangelisch-lutherischen Christuskirche in Rom am 11. Dezember 1983.

Die römische Kurie und das neue Babylon

Papst Johannes Paul II. hat offensichtlich in den letzten beiden Jahren eine Persönlichkeitsveränderung durchgemacht. Die römische Kurie hat inzwischen unter Verwendung seines Hangs zum slawischen Mystizismus ihm erfolgreich alle Initiativen genommen. Der Papst von »Laborem Exercens«, der gegen den Club of Rome und eine Reihe von Futurologen wetterte und der von der Kolonisation des Alls als der neuen Grenze menschlicher Arbeit sprach, scheint nun ein Fatalist geworden zu sein, bereit, den Märtyrertod zu sterben.

Beobachter schildern den Papst als einen traurigen, einsamen Mann, gequält von der Unvermeidbarkeit eines Dritten Weltkrieges. Er liest keine Zeitung. Er glaubt, die Weltnachrichten seien eine so große Quelle des Schmerzes für ihn, daß er davon nichts hören möchte. Der Papst wird mit Audienzen beschäftigt, die manchmal sogar unwichtig sind und oft ohne sein Wissen veranlaßt werden. Er schreibt seine Reden nicht selbst, sondern beschränkt sich darauf, von anderen verfaßte Texte zu verlesen. Die Texte stammen dann auch von jenen, die in Wirklichkeit den Vatikan leiten: Kardinal Agostino Casaroli und die römische Kurie.

Die Kurie ist die Basis der päpstlichen Regierung, die Struktur, in der die Römische Kirche organisiert und regiert wird. Am 6. August 1967 reformierte Papst Paul VI. die Kurie mit der apostolischen Verfassung »Regimini Ecclesiae Universae«, die im wesentlichen den Staatssekretär an die Spitze der Kurie stellte und sie in einen Organismus der Führung und Kontrolle mit direkter Verbindung zum Papst umwandelte. Es ist zum Beispiel Vorschrift, daß jedes Exemplar des »Osservatore Romano« vor der Veröffentlichung von dem Staatssekretariat, genau wie alle päpstlichen Audienzen, genehmigt werden muß.

Eine der wichtigen Motivationen für die Reform durch Paul VI. war die Beschränkung der Macht der Oligarchie über den Vatikan. Der Adel rühmte sich nämlich sehr alter, erblicher Vorrechte: Die Familie Massimo, die ihr Geschlecht bis zum Römischen Reich zurückverfolgen kann, hat den erblichen Titel der Superintendanten der vatikanischen Post. Das Amt des »Prinzbegleiters« für den päpstlichen Thron – die Persönlichkeit, die während päpstlicher Zeremonien zur Rechten des Papstes steht, mit schwarzen Samthosen, Schnallenschuhen und einem Schwert – wird aus Tradition einem Mitglied der Familien Torlonia und Colonna anvertraut. Überdies ist der »schwarze Adel« – Familien, deren Titel aus der Zeit vor der Gründung des italienischen Staates stammen – zur Kontrolle der Finanzlage des Vatikans berechtigt.



Paul VI. reformierte die Kurie als Basis der päpstlichen Regierung, um die Macht der Oligarchie einzuschränken.

Jeder Ort ein Spionagenest

Aber selbst die Reform Paul VI. änderte nichts an der Situation. Im Februar 1975 sah sich der Papst gezwungen, seinen Appell an die im Lateran für das Heilige Jahr versammelte Kurie zu erneuern, »in unserem tiefsten Gewissen zu überprüfen, ob unser Verhalten auch wirklich der uns anvertrauten Aufgabe entspricht. Und wie sehr das uns betrifft, die wir doch ganz sicher die Erben einer langen und glorreichen Geschichte sind, wenn auch in vielen Punkten kritisierbar«!

Seit Jahrhunderten hat die Kurie die Angewohnheit, überhaupt nicht zu denken und diese Eigenschaft auch noch hinter »Ammenmärchen« zu verbergen. Ein alter Kardinal formulierte diese Tatsache mit den Worten: »Das Klima in der Kurie ist so statisch, daß wir leider nur zu dem Schluß kommen können, daß es gar nicht mehr nötig wäre, den Papst zu töten; sie haben ihn schon in der Faust.«

Will der Papst eine Ernennung vornehmen, so bekommt er vom Staatssekretär jedes Mal eine Liste mit Kandidaten, die oft schlechter sind als die zu ersetzende Person. Ein Prälat, der Experte in Vatikanangelegenheiten ist, meinte dazu: »Hier ist jeder Ort ein Spionagenest; die Bücherläden in der Via della Concilliazione, die zum St. Petersplatz hinaufführt, und der Bücherladen Leoniana in der Nähe der Porta Angelica sind zum Beispiel Standorte zur Sammlung von Informationen für das Staatssekretariat.«

Ein Mitglied eines östlichen religiösen Ordens, das jeden Tag mit dem Sekretariat zu tun hat, hält sich dabei an das Motto: »Ich greife niemals an ohne sicher zu sein, den Gegner zu zerstören, anderenfalls würde ich selbst ausradiert werden.«

»Ich bin kein Anhänger Casarolis«, warnte der damalige Primas Polens, Kardinal Wyszynski, in

einer schroffen Rede auf der Synode der Bischöfe 1974 und griff die Ostpolitik Casarolis, des Kardinals von Piacenza, der an der Spitze der römischen Kurie stand, an. Casaroli, der vor 70 Jahren, in Castel San Giovanni in der Nähe der Industriestadt Piacenza in Norditalien geboren wurde, studierte am berühmten Kardinal-Giulio-Alberoni-College. Von dort aus wurde er nach Rom eingeladen, um Kurse in Diplomatie an der Akademie der Kirchlichen Adligen zu absolvieren.

In den vierziger Jahren arbeitete Casaroli im Archiv für außergewöhnliche kirchliche Angelegenheiten im Staatssekretariat, das jetzt der Rat für öffentliche Angelegenheiten der Kirche ist. Seine graue Karriere als Diplomat wurde unterbrochen, als Papst Johannes XXIII. ihn 1963 mit Sonderaufträgen für Osteuropa betraute, um die Kontakte zwischen dem Heiligen Stuhl und den kommunistischen Regierungen der Nachkriegszeit wiederaufzunehmen.



Johannes Paul I. wollte eine radikal andere Politik. Durch seinen merkwürdig frühen Tod blieb alles beim alten.

Arrangement mit dem Kommunismus

Casarolis Ostpolitik stieß auf scharfe Widersacher bei den Bischöfen der Kirche des Schweigens wie zum Beispiel Mindszenty und Wyszynski. Bis zum Pontifikat Pius des XII. war die von den Bischöfen hinter dem Eisernen Vorhang verfolgte Politik, selbst wenn sie dadurch ihr Leben riskierten, die Auferlegung der religiösen Isolation Rußlands und die Erhaltung einer Kirche des Schweigens, ohne neue Bischöfe zu weihen, sowie die Entsendung von Untergrundleuten, um heimlich zu arbeiten.

Die Ostpolitik dagegen verfolgte die Linie, das Abkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und kommunistischen Regierungen zu schließen und die Kirchen vor Ort zu umgehen, oft auf Kosten der Bekehrungsarbeit. Im Fall Jugoslawiens gibt es Gerüchte, daß Casaroli nach dem mit der Regierung vereinbarten Abkommen nicht mehr das Land betreten kann ohne das Risiko einzugehen, von den dortigen Priestern gelyncht zu werden.

Was ist die wirkliche philosophische Bühne der Ostpolitik? Ein erfahrener Verleger in der italienischen Hauptstadt erzählte dazu eine aufschlußreiche Anekdote: »Es geschah 1957, einige Monate nachdem der ungarische Aufstand von den Russen abgewürgt worden war. Der Chefredakteur für Auslandsangelegenheiten meiner Zeitung, der heute ein berühmter Journalist ist, rief mich an und machte Andeutungen über merkwürdige Vorgänge in bezug auf die Haltung der römischen Kirche zu dem Aufstand. Als er wieder nach Rom zurückkehrte, teilte mir der Journalist mit, daß ein Abkommen zwischen dem Amt für Außergewöhnliche Angelegenheiten und den Streitkräften der sowjetischen Besatzung getroffen worden war. Ich war sprachlos über diese Nachricht und beschloß, um eine Audienz im Vatikan zu bitten. Ich wurde von einem Experten für ungarische Angelegenheiten empfangen, der mir sagte: ›Lieber Freund, der Kommunismus wird uns auf der Welt schlagen, und daher muß die Kirche, die über der Politik steht, eine Übereinstimmung anstreben.‹«

Der Verleger meinte weiter: »Der Experte war der damalige Monsignore Agostino Casaroli.«

Mit den Ereignissen in Ungarn entfaltete sich das Segel der vatikanischen Ostpolitik. Die jüngste Phase ist die heutige von Monsignore Silvestrini in Stockholm, in der auf »moralische Vermittlung des Vatikans« zur Rüstungskontrolle gedrängt wird.

In der zweiten Hälfte des Novembers 1983 reiste Kardinal Casaroli in die Vereinigten Staaten zu einem Treffen mit Präsident Reagan, und sie diskutierten die Anhebung der Abteilung für »Präsidenteninteressen« im Vatikan zum Status einer Botschaft. Aber zweifellos präsentierte der clevere Staatssekretär sein eigenes Projekt. Es wurde offensichtlich, als er bei seiner Ankunft auf Roms Flughafen Fiumicino auf dem Rückweg von Washington eine Moskaumission ankündigte.

Das Abkommen zwischen Moskau und dem Vatikan

Am 17. Dezember 1983 wurde der sowjetische Botschafter in Rom, Nikolai Lunkow, vor seiner Abreise in die UdSSR von Casaroli empfangen, und die Diskussion zwischen beiden muß fruchtbar gewesen sein. Informierte Kreise berichten dazu, daß »der Parteiführer der italienischen kommunistischen Partei, Gerardo Chiaromonto, der sich zur gleichen Zeit in Moskau aufhielt, ungewöhnliche Worte der Wertschätzung an Johannes Paul II. für seine Friedensinitiativen übermittelte, als er nach Rom zurückkehrte. Die Nachricht war von Boris Ponomarew, der für die Beziehungen mit den westlichen kommunistischen Parteien verantwortlich ist«.

Daß man etwas Konkretes diskutierte, wird durch die Tatsache enthüllt, daß Kardinal Glemp, der Primas von Polen – eine dem Papst nahestehende Person, die niemand verdächtigen würde, pro-Moskau zu sein – Gerüchten zufolge eine Reise nach Moskau plant, die von dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Pimen, organisiert werden würde. Glemp griff kürzlich übrigens in einer Rede die NATO-Aufstellung der US-Euroraketen an ohne die sowjetischen SS-20-Raketen zu erwähnen.

Ist Kardinal Glemp als Gegenleistung vielleicht »normalisiert« worden? Geschah dies in Erwartung einer bevorstehenden Öffnung der offiziellen Beziehungen zwischen Moskau und dem Heiligen Stuhl?

»Der Vatikan hat ein Abkommen mit Moskau geschlossen«, berichtete ein Experte für Ost-West-Beziehungen. »Diesem Abkommen zufolge müssen die Vereinigten Staaten vom Erdboden verschwinden; wenn erst einmal die amerikanische strategisch-militärische Macht nicht mehr besteht, so sagt man im Staatssekretariat, kann die Gefahr eines Atomkrieges ausgeschlossen werden. Die Überlegungen dieses strategischen Wandels in Moskau würden sich mit einem immer größeren Schwinden des militärischen Einflusses decken, und das sich ohnehin schon in einer Krise befindende kommunistische Regime würde ins Wanken geraten und dem wirklichen Rußland der Samoware, Holzhäuser und der russisch-orthodoxen Kirche Platz machen.«

Vatikan

Auf dem Weg zum neuen Babylon

Das würde im Grunde ein »neues Jalta« bedeuten. In einen solchen Zusammenhang würde die unilaterale »Friedenskampagne« von Kardinal Bernardin von Chicago gehören, die das Ziel hat, die katholischen Stimmen von Präsident Reagan abzuziehen und auf Walter Mondale zu verlagern. Wie ist es möglich, daß ein so unübertrefflicher Diplomat wie Kardinal Casaroli wirklich glauben kann, daß die Sowjetunion mit strategischer Überlegenheit Verträge zum Beispiel mit Lord Carrington oder mit Hans-Dietrich Genscher respektieren würde?

Casaroli ist in Jahrzehnten pragmatischer Realpolitik ohne neue Ideen groß geworden. Es war eine Schule, die daran glaubt, daß die katholische Kirche all die anderen Barbaren überleben und sie bekehren wird. Er hat einen zynischen Geist und ist ein Mann, der aus seiner eigenen Macht großes Kapital geschlagen hat. Es ist kein Zufall, daß sein Protegé, Monsignore Achille Silvestrini, Sekretär des Rats für öffentliche Angelegenheiten der Kirche, der »Kissinger des Heiligen Stuhls« genannt wird.

Das dritte Rom und die Fatima-Prophezeiung

Im März 1983 fand in Rom ein internationales Seminar mit dem Thema »Von Rom zum dritten Rom« statt, in dem über die Rolle Moskaus als drittes und endgültiges Rom diskutiert wurde. Offenbar handelt es sich dabei nicht um rein akademische Überlegungen, sondern um die gegenwärtig vorherrschende Philosophie der Kreml-Führung, die sich der Erfüllung der jahrhundertealten Prophezeiung widmet, daß Moskau als Hauptstadt des dritten und letzten Weltreiches Rom und Konstantinopel folgen würde.

Nach der von vielen geteilten Interpretation von Pater Ennio Innocenti in seinem Buch »Messaggio della Madonna di Fatima« erschien die Madonna drei Kindern im Laufe des Jahres 1917 in der Nähe von Fatima in Portugal. Sie übermittelte ihnen eine Reihe von Botschaften für die Welt und die katholische Hierarchie. Die Jungfrau prophezeite große Katastrophen für die Welt wegen der Degeneration, in die die katholische Kirche gefallen ist. Rußland würde die Geißel sein, das Instrument Gottes zur Bestrafung der sündigenden Menschheit.

Wie Pater Innocenti schreibt, brach einige Monate nach der ersten Erscheinung der Madonna die russische Revolution aus. Aber da weder die Menschheit noch die katholische Kirche Reue empfanden, machte sich das kommunistische Rußland selbst für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verantwortlich. Dieses ist in groben Zügen der Inhalt der ersten beiden Geheimnisse, die angeblich den Kindern von der Madonna anvertraut wurden.

Die dritte geheime Botschaft, die zwar wohlbekannt ist, aber niemals offiziell enthüllt wurde, lautet: »Ein großer Krieg wird in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausbrechen. Feuer und Rauch werden vom Himmel fallen, das Wasser der Ozeane wird sich zum Dampf verwandeln, und die Gischt wird hochwogen und alles ertränken. Millionen und Abermillionen Menschen werden von Stunde zu Stunde umkommen, und die Überlebenden werden die Toten beneiden. Wohin man auch schaut, wird man Qualen und Kummer und Ruin in allen Ländern finden. Verstehen Sie? Der Zeitpunkt kommt immer näher, und der Abgrund vergrößert sich hoffnungslos. Die Guten werden mit den Bösen umkommen, die Großartigen mit den Unbedeutenden, die Prinzen der Kirchen mit ihren Gläubigen, und die Regierenden mit ihren Völkern. Der Tod wird überall sein, wegen der von den Dummen begangenen Fehler und wegen der Partisanen des Teufels, der dann erst die Welt regieren wird. Dann endlich werden die Überlebenden, falls sie immer noch leben, Gott und seine Ehre proklamieren und werden ihm dienen wie vor langer Zeit, als die Welt noch nicht so verdorben war. Geh, meine Tochter, und verkünde dieses. Zu diesem Zweck werde ich immer an deiner Seite sein, um dir zu helfen.«

Die Jesuiten wählen den Osten

Rußland spielt in der Fatima-Prophezeiung eine wichtige Doppelrolle. Auf der einen Seite ist es die von Gott gewählte Geißel zur Bestrafung der Menschheit (Ausdehnung des Kommunismus, Verfolgung der katholischen Kirche, der Antichrist), und andererseits ist es das zu bekehrende Land, das Zentrum der neuen Evangelisation und der neuen Kirche. Das Attentat auf den Papst, das am 13. Mai 1981, dem Tag der ersten Erscheinung der Madonna von Fatima, geschah, wird innerhalb solch einer apokalyptischen Vision als wichtige Bestätigung angesehen, daß der Zeitpunkt des Endes sich naht. Im wesentlichen sagen sowohl die Prophezeiung des dritten Roms als auch die von Fatima – wenn auch auf zwei verschiedenen Ebenen – einen Aufruf zum Supremat Rußlands über einen verdorbenen und degenerierten Westen voraus. Ist dieses nicht vielleicht die Ostpolitik Casarolis?

Mit der Wahl des neuen Generals des Jesuitenordens, Pater Peter Hans Kolvenbach, im Oktober 1983 in Rom, haben die Jesuiten wieder einmal gezeigt, daß sie der Zeit voraus sind. Der Hauptgrund für seine Wahl war die Entscheidung der Gesellschaft, einen Mann des Ostens als ihren »schwarzen Papst« zu wählen.

Pater Kolvenbach wurde vor 55 Jahren als Sohn kalvinistischer Eltern in Holland geboren, aber er ist sowohl von seinen Studien her als auch von seiner Berufung mehr orientalisch als europäisch.

Er verbrachte nämlich den größten Teil seines Lebens in seiner Wahlheimatstadt Beirut, wo er sein Studium beendete und zum ländlichen Oberhaupt der dortigen Gesellschaft Jesu gewählt wurde. Als Folge seiner Leidenschaft für den Osten bat er um die Erlaubnis, während seiner kirchlichen Studien in Beirut, in den armenischen Ritus aufgenommen zu werden, die er auch erhielt. Er ist somit der erste Jesuitengeneral in der Geschichte des Ordens, der zu einem östlichen Ritus gehört.

Pater Kolvenbach war niemals ein Mann der Kurie oder mit der Gruppe der »römischen« Jesuiten verbunden, wie zum Beispiel Pater Dezza und Pater Pittan, die von Johannes Paul II. 1981 vorübergehend mit der Leitung des Ordens betraut wurden. Seine wichtigste Qualifikation für den Posten ist eindeutig seine östliche Verbindung. Er ist eine graue Eminenz, Berater für Politiker, Kleriker, Patriarchen und für das Staatssekretariat selbst. Bis zu seiner Wahl war Pater Kolvenbach Rektor des berühmten Orientalischen Instituts, des von Jesuiten geleiteten Zentrums der Studien und Initiativen der katholischen Kirche gegenüber dem Osten.


Johannes XXIII. schickte Casaroli mit Sonderaufträgen nach Osteuropa, um Kontakte mit den Kommunisten aufzunehmen.

Der nächste Papst ein Patriarch?

Der armenische Ritus, in dem Pater Kolvenbach die Messe zelebriert und der die Ordnung des offiziellen Gebets darstellt – die Regel der von der kirchlichen Behörde festgelegten liturgischen Handlung –, ist eine Mischung der byzantinischen und antiochenischen Liturgien und zum Teil ein Originalerzeugnis der armenischen ethnischen Gemeinschaft. Die benutzte Sprache ist das alte Armenisch vom 5. Jahrhundert. Die armenische Kirche glaubt an ein einziges Wesen in Christus und erkennt das allgemein gültige Konzept der Kirche nicht an, sondern findet ihre eigene Identität in der Vorstellung der dortigen Kirche, das heißt, es gibt genauso viele Kirchen wie Patriarchen. Obwohl sie der Vereinigung mit der lateinischen Kirche bei der Beratung in Florenz zugestimmt hatte, betrachtet die armenische Kirche die Vorrangstellung des Papstes in Rom als rein ehrenhalber.

Tatsächlich planen die Jesuiten jetzt offen »eine Umkehrung der Beratung von Florenz«, wo östliche und westliche Kirchen sich durch eine Übereinstimmung von beiden Seiten, das »Filioque« aus dem Glaubensbekenntnis wegfallen zu lassen, wiedervereinigen würden. Die Beratung von Florenz von 1439 bis 1441 war das Treffen, bei dem die auf die Idee des Fortschritts basierende »goldene Renaissance« als eine internationale Bewegung begonnen wurde, gerade deshalb, weil bei jener Beratung der große Kardinal Nikolaus von Cusa und seine Mitdenker der augustinischen Tradition den östlichen orthodoxen Kirchen und anderen östlichen Kirchen als Vorbedingungen für die Vereinigung des Glaubens das »Filioque« auferlegten.

Die zunehmende östliche Tendenz ist auch durch die Aufnahme in den letzten Jahrzehnten von vielen Patriarchen der östlichen Kirchen in Verbindung mit der römischen Kirche als Mitglieder des Kardinalkollegiums – aber ohne Stimmrecht – offensichtlich. Es wäre nicht undenkbar, wenn einer dieser Patriarchen in nächster Zukunft zum Papst gewählt werden würde, als ein Schritt in Richtung Einigung der westlichen und östlichen Kirchen – aber unter Moskaus Herrschaft.

Ein Mitglied eines östlichen religiösen Ordens drückte es nach der Begegnung zwischen Papst und Agca so aus: »Ich befand mich in der dritten Loggia des Vatikanpalastes, in dem Flügel des Korridors, von dem aus man ein phantastisches Panorama von Rom sieht, und ich sagte zu meinem Gesprächspartner: ›Es wird keine Hoffnung für die Kirche geben, bis all dieses dem Erdboden gleichgemacht ist und die St.-Peter-Basilika zur Ruine verfällt, bis auch die gesamte Geschichte der westlichen katholischen Kirche im Westen und ihre Erinnerung ausgelöscht worden ist. Wir müssen dieses neue Babylon zerstören und zu den Wurzeln des christlichen Europas zurückkehren‹.«

Ein Kult mit orientalischen Merkmalen

Diese anti-westlichen geistigen »Wurzeln« waren jene, gegen die die Erben St. Augustinus kämpften, als sie die Einführung des »Filioque« in das Glaubensbekenntnis herstellten. Daß dieses die gegenwärtige Tendenz der römischen Kurie ist, wird durch die augenblickliche Aufgabe des »Filioque« gezeigt. Einer der führenden Experten über die Beratungen von Florenz stritt vor kurzem in einer Diskussion über die Faktoren kultureller Vielfalt zwischen West und Ost ab, daß das »Filioque« irgendeine Rolle gespielt hatte, obwohl er ein katholischer Priester war.

Während seiner Reise nach Wien im September 1983 hielt Johannes Paul II. mehrere Reden, in denen er zum ersten Mal die Lieblingsthemen der Ideologie Mitteleuropas vorstellte:

Erstens die Konzeption eines Europas der Kathedralen mit seinem eigenen Ursprung und Zusammenhalt, mit einer autonomen und geeinigten kulturellen Tradition von Ost nach West, ohne Schranken.

Zweitens, eine zutiefst theokratische politische Konzeption, in der Konflikte zwischen Staaten und Blöcken zu Religionskriegen werden. »Dieses sind Fälle«, sagte der Papst, »in denen der bewaffnete Kampf ein unabwendbares Übel ist, von dessen tragischen Umständen noch nicht einmal Christen verschont bleiben. Aber auch in diesem Fall ist der Befehl, den Feind zu lieben, verpflichtend.«

Ein extremer Fall dieser Haltung wird durch die traditionsgebundene »Lepanto«-Gruppe dargestellt, mit der Professor Jerome Lejeune von der päpstlichen Akademie der Wissenschaft in Verbindung steht. Gegen den islamischen Fundamentalismus eines Ben Bella oder eines Khomeini, so sagen die Lepanto-Fanatiker, werden wir einen neuen christlichen fundamentalistischen Kreuzzug entfesseln.

Drittens, eine mehr oder weniger offene Aversion gegen die Industrialisation, ein Thema, das dem Kardinal Erzbischof von Wien, Franz König, einem dem Club of Rome sehr nahestehenden Mann, sehr am Herzen liegt. In diesem Zusammenhang präsentierte der Papst den Dichter Mitteleuropas, Rainer Maria Rilke, als Modell.

Das Wiederaufleben dieser mitteleuropäischen Habsburger-Tendenz ist ein Anzeichen dafür, daß die Kirche von Rom in diese Übereinstimmung zwischen Großbritanniens Lord Carrington, Außenminister Genscher, Italiens Außenminister Andreotti und den Männern im Kreml miteinbezogen wird, Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen und die bestehenden europäischen Nationen aufzulösen.

Was überleben würde, wären nur die religiös definierten geographischen Ausdrücke – lutherische, katholische und orthodoxe Kirchen –, verbunden mit einem »Europa vom Atlantik bis zum Ural« ohne nationale Grenzen und mit einer wilden Geistlichkeit und ständigen Religionskriegen, die charakteristisch für das Europa vom fünften bis achten Jahrhundert waren.

Keine Verbindung Gott zum Menschen

Der Pater Jiri Maria Vesely, einer der führenden pro-östlichen Persönlichkeiten im Vatikan, meint: »Erst in allerjüngster Zeit sind wir uns dessen bewußt geworden, wie das westliche katholische Christentum in seiner menschlichen, sichtbaren Struktur doch im wesentlichen lateinisch, romanisch blieb. Eine der Folgen war, daß die slawische Welt niemals existiert zu haben schien. Nur Johannes XXIII. sprach Bulgarisch und zelebrierte in dem byzantinisch-slawischen Ritus. Die Liturgie wurde, in ihrer endgültigen ausschließlich römischen Gestalt, auf einen gebieterischen menschlichen Dialog beschränkt: ›Da nobis, Domine, quaesumus‹ (Gib uns, Herr, wir erflehen), wohingegen in der Liturgie der östlichen Kirchen es immer das Gefühl der liebenden Unterwerfung unter das Göttliche, unter das Geheimnis, gab.«

Es ist schwer, nicht von der jahrhundertealten Feindseligkeit gegenüber der lateinischen Kirche beeindruckt zu sein, die schuldig ist, allzu »menschliche« Formen der Liturgie entwickelt zu haben, wenn Vesely bei der Beschreibung des Wirkens der westlichen katholischen Kirche schreibt, daß der »rechtliche Mechanismus christlicher Nächstenliebe, Liebe und Brüderlichkeit ersetzt. Der Kodex des kanonischen Rechts ersetzte das Evangelium. So stellte sich Dostojewskij seinen großen Inquisitor vor.«

Nachdem so die Verbindung zwischen Gott und Mensch abgeschafft wurde, ist nur »eine Frau, eine Mutter, und in erster Linie«, wie Vesely schreibt, »unsere Mutter« als Vermittler zwischen uns und Gott übrig. »Für jeden Christen ist diese Frau Mutter Maria. Zu Maria zurückzugehen bedeutet daher eine Rückkehr zu den Wurzeln: zu der einen heiligen, universalen und apostolischen Kirche des Sohnes«.

Die katholische Kirche ist daher nicht mehr »römisch« wie in der korrekten Interpretation; wenn Petrus also nicht mehr in Rom ist, muß er im dritten Rom, in Moskau, sein. 1980 schrieb Johannes Paul II. zum 150. Jahrestag des europäischen Schutzheiligen St. Benedikt den apostolischen Brief »Egregiae Virtutis«, in dem er die slawischen Mönche Kyrill und Methodius, die Osteuropa zur Christenheit bekehrten, auch Schutzheilige Europas nannte. □

Politischer Hintergrund

Iran

Wird es für die USA ein Korea?

Der Iran weiß, wenn es jetzt nicht bald gelingt, den Irak wirtschaftlich zur Kapitulation zu zwingen, dann wird er selber keine Chance mehr haben, sein Ziel zu erreichen. Alle bisherigen iranischen Großangriffe auf irakische Stellungen waren zwecklos, wenn man von Geländegewinnen von wenigen Dutzend Kilometern absieht. Wenn nun die völkerrechtswidrigen Angriffe auf Schiffe von Drittländern im Golf durch den Iran ihm die Wendung des Kriegsglückes bringen sollen, so ist eher mit dem Eingreifen der USA zu rechnen. Die bisherige kühle Zurückhaltung der Golfstaaten weicht angesichts der iranischen Luftangriffe auf saudische Tanker. Sollten die Golfstaaten die USA gar zum Eingreifen auffordern, dann ist eine explosive Lage zu befürchten, wie sie seit Korea nicht mehr gegeben war. □

Syrien

Schnelle Hilfe der Sowjets

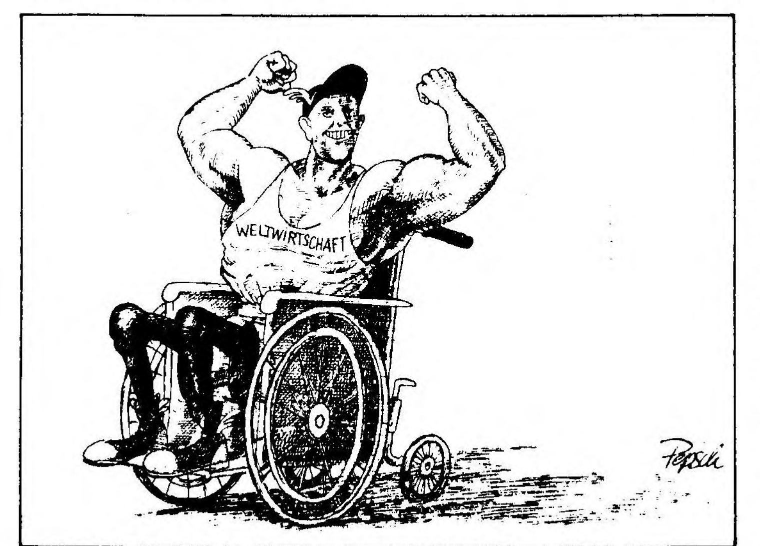
Innerhalb von acht Stunden können zwei komplette sowjetische Divisionen auf dem Luftweg nach Syrien gebracht werden. Die gesamte Ausrüstung ist bereits in Syrien vorhanden. Welche Möglichkeiten damit im Falle einer Eskalierung des irakisch-iranischen Krieges gegeben sind, ist bekannt. Syrien will die Golanhöhen wieder haben. Greifen die USA im Golf gegen den Iran ein, glaubt Damaskus mit Israel leichtes Spiel zu haben. □

Bundesrepublik

Steuergelder für Revolutionäre

Das Umfeld der revolutionären Linken ist größer, als allgemein angenommen wird. So bewahrheitete sich jetzt der Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegen das »Arbeiterjugendzentrum AJZ« in Bielefeld. Bei der Durchsuchung von deren Druckerei wurden Druckvorlagen gefunden, in denen es heißt: »Wir grüßen die Genossen aus der RAF und dem Widerstand. Wir grüßen Bernd Rössner, Gefangener aus der RAF, seit dem 18. April 1984 im Schmutzstreik für seine Verlegung nach Celle in die bestehende Gruppe von Gefangenen. Wir wünschen ihnen Mut und Kraft für ihren Kampf in den Vernichtungsknästen!«

Auch türkische revolutionäre Schriften wurden dort gedruckt. Das Kollektivhaus, zu dem auch das Arbeiterjugendzentrum gehört, wird jährlich mit 100 000 DM aus Staatsmitteln gefördert. □



England

Militarisierung der Polizei

In England wurde die neue »Police and Criminal Evidence Bill« verabschiedet, wonach die Polizei aus ihrer bisherigen, ziemlich hilflosen Lage befreit und zu einem Werkzeug gemacht wurde, mit dem sich auch Terrorismus und organisiertes Gangstertum bekämpfen lassen. Künftig können Verdächtige bis zu vier Tagen inhaftiert werden, sie können erkennungsdienstlich behandelt, und ihre Wohnungen können jederzeit durchsucht werden. Maschinenpistolen, Gummigeschosse und CS-Gas gehören jetzt zur Ausrüstung.

Die leidvolle Erfahrung mit der IRA und jetzt mit den Libyern hat das Maß voll gemacht. Selbstverständlich melden sich sofort die Linksextremisten, die eine »Campaigne against Police Bill« gegründet haben. Dort heißt es: »Nicht die Faschisten sind das Hauptproblem, sondern die Polizisten.«

Ein von linker Seite in Auftrag gegebenes Gutachten attestiert der Londoner Polizei: Rassismus, Sexismus, Trunkenheit im Dienst, wahllose Prügeleien und Verhaftungen. □

Philippinen

Stützpunkt für US-Elitetruppen

Unberührt von dem Wahlausgang auf den Philippinen sind und bleiben die beiden US-Basen der Schlüsselpunkt für die Sicherheit in Südostasien. Clark-Air-Base ist Stützpunkt der 13. US-Luftflotte und hat die Größe von West-Berlin. Dazu gehört ein Übungsgelände, auf dem mit scharfer Munition geübt wird. Subic-Bay ist der Heimathafen der 7. US-Flotte und groß genug, um alle 55 dort stationierten US-Schiffe einschließlich der beiden Flugzeugträger aufzunehmen. Die Elite-Antiguerilla-Einheit Seals hat dort auch ihr Trainingsgebiet. Bei beiden Stützpunkten sind auch Cruise Missiles stationiert, deren Radius bis in die UdSSR reicht. Zusammen sind über 16 000 Mann in den beiden Gebieten im Einsatz. Die Basen sind vertraglich bis 1991 gesichert, man kann jedoch davon ausgehen, daß sie auch anschließend noch fortbestehen werden. □

El Fatah

Es geht wieder los

Neue Aktivitäten der El Fatah gegen Israel sind innerhalb von zwei Monaten zu erwarten. Arafats Truppe, die von den Kämpfen in Beirut und dann in Tripoli erheblich dezimiert wurde, will wieder in den aktiven Kampf gegen Israel einsteigen. Wesentliche Gründe sind wohl die Attentate in Israel, für die sich Habbaschs »Pelp« und Hawathmehs »Delp« verantwortlich erklären, wodurch sich Yassir Arafats El Fatah in den Hintergrund gedrängt sieht. □

Pakistan

Auf dem Weg zur Atommacht

Die Regierung der Volksrepublik China hat Pakistan ein Testgelände am Lop Nor in der Provinz Singkiang zur Erprobung atomarer Sprengladungen zur Verfügung gestellt. Dieser Teil der Wüste Gobi am Ostrand des Tarimbeckens gehört zu den einsamsten und unwirtlichsten Gegenden der Erde. Auch sind hier die Möglichkeiten für absolute Geheimhaltung optimal und Spionage ist kaum zu befürchten. Es kann also damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit die erste pakistanische Atombombe probeweise detoniert. Chinesische Hilfe ist sicher mit im Spiel. Der Club der Atommächte vergrößert sich unaufhaltsam. □

Afghanistan

Sinnloses Sterben

Die sowjetische Offensive im Panschirtal hat die Rote Armee bisher 500 Tote gekostet. Den

15 000 sowjetischen und etwa 3000 afghanischen Soldaten ist zwar mit riesiger materieller Übermacht ein tiefer Einbruch gelungen, aber gesiegt haben sie damit noch nicht. Die hohen Verluste wurden ihnen durch geschickte Anlagen von Minen beigebracht, über die die Aufständischen in zunehmendem Umfang verfügen. □

China

Gut gerüstet

Die Volksrepublik China hat zur Zeit vier Millionen Mann in Heer, Marine und Luftwaffe unter Waffen stehen. Daneben 6050 Militärflugzeuge, 106 U-Boote, 10 Zerstörer, 1713 andere Kriegsschiffe sowie 1568 Hilfs- und Begleitschiffe und inzwischen 114 Raketen mit Atomsprengköpfen, ein Teil davon sind Interkontinentalraketen. □

Iran

Vor der Entscheidungsschlacht

Wieder erklären hohe islamische Würdenträger in Teheran, daß die letzte, entscheidende – und wie immer siegreiche – Schlacht gegen den Irak bevorstünde. Die Truppen im Südabschnitt sind wieder auf über 500 000 Mann aufgefüllt worden. Ihre Zusammensetzung entspricht der vor zwei Monaten: etwa 250 000 Mann regulärer Truppen, der Rest: Freiwillige, Schüler, alte Männer und schlecht ausgebildete Milizen. Die Waffenzufuhr aus der Sowjetunion über Jordanien nach dem Irak verbessert sich von Monat zu Monat. Moskau macht den Iran für die Verlängerung des Krieges verantwortlich. □

Irak

Druck auf die USA

Der Irak versucht, mit den inzwischen verstärkten sowjetischen Waffenlieferungen indirekten Druck auf die USA zu massiverer Unterstützung als bisher auszuüben. Sehr wichtig wäre für den Irak eine neue Erdölpipeline, die entlang der alten Kirkuk-Haifa-Pipeline verlaufen sollte, dann aber nach Süden zum Golf von Akaba führen müßte, um Iraks Ölexport trotz des Golfkrieges zu sichern. Diese Pipeline würde rund eine Milliarde Dollar kosten und an den Grenzen Israels verlaufen und somit deren Zugriff ausgesetzt sein. Der Irak möchte deshalb von den USA außer der Hilfe für den Bau dieser Ölleitung die Garantie, daß Israel diese Leitung nicht stören wird, und diese Garantie kann nur aus Washington kommen. □

Taiwan

Gerüstet gegen Landungsversuche

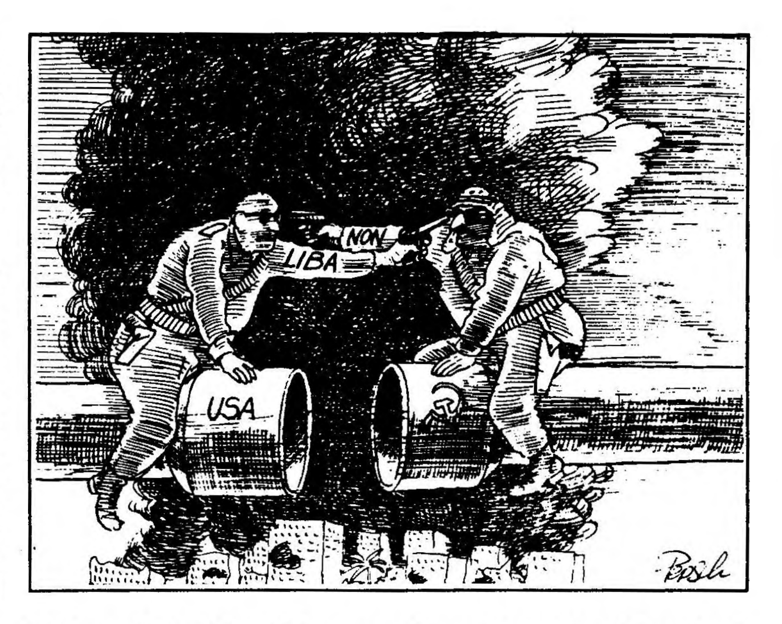
Die Streitkräfte Taiwans sind – im Vergleich zur Größe des Landes – durchaus respektabel: 464 000 Mann stehendes Heer, 23 Zerstörer, 175 Kriegsschiffe, 2 U-Boote, 141 Hilfsschiffe und 485 Flugzeuge. Daneben besitzt Taiwan eine ausgezeichnete Küstenbefestigung mit hervorragender Artillerie. Landungsversuche dürften kaum Erfolg haben können. □

UdSSR

Zeichen der Unsicherheit

Deutliche Zeichen der Unsicherheit sind der sowjetischen Führung und auch dem Staats- und Parteichef Tschernenko anzumerken. Gemessen an dem weltklugen, bestens informierten, Überlegenheit und Selbstbewußtsein ausstrahlenden Jurij Andropow ist Tschernenko von Selbstzweifeln gequält. Er will keine Fehler machen, zumal er sich selbst inzwischen wohl auch gelegentlich als Kompromißkandidaten empfindet. Damit bremst er jede Handlungs- und erst recht jede Risikobereitschaft.

So wollte Moskau selbstverständlich verhindern, daß die



Volksrepublik China sich von ihm ab-, den Amerikanern aber zuwendet. Man hat das mit Drohungen an die Adresse Pekings zu bewerkstelligen versucht, was kontraproduktiv wirken mußte. Als der Besuch Reagans in Chinas Hauptstadt erkennen ließ, daß Teng Hsiao-ping der Öffnung nach dem Westen nachdrücklich Vorrang einräumte, hätte auch der geplante Besuch des ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten I. W. Archipow (77) in Peking keinen Erfolg mehr für den Kreml bringen können. In der dafür typischen Trotzreaktion hat das Politbüro deshalb diese Reise abrupt abgesagt und nur schwach bemäntelt mit dem Hinweis: »In beiderseitigem Einverständnis verschoben.«

Niemand übersieht auch, daß die Kämpfe an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, die mit unverminderter Härte toben, Moskau verunsichert haben. □

NATO

Demonstration gegen größtes Nachkriegs-Manöver

Die NATO bereitet zur Zeit die größten Nachkriegsmanöver in der Bundesrepublik vor. Insgesamt sollen rund 130 000 Mann aus England, USA, Kanada, den Niederlanden und der Bundesrepublik vom 17. bis 23. September 1984 an dem Manöver »Lion Heart 84« (Löwenherz) teilnehmen. Die US-Truppen, von denen 3400 Mann direkt aus den Staaten eingeflogen werden, sollen erstmalig mit dem neuen Abrams-Panzer auftreten.

Die Linken in Deutschland und Holland planen bereits große Aktionen der Manöverbehinderung, die bis zu Sabotagen gehen sollen. Beim Hauptquartier der Manövertruppen in Hildesheim soll eine Großdemonstration stattfinden. □

Schweden

Kein Respekt vor der Neutralität

Die Neutralitätspolitik Schwedens ist nutzlos. Auf 16 Flugplätzen der Halbinsel Kola sind mehrere hundert Jagdbomber stationiert. Die Zahl der Panzer- und Infanterieverbände ist so groß, daß Schweden ohnehin keinen langen Widerstand leisten könnte. Es ist militärisch nicht in der Lage, seine Neutralität ohne einen Bundesgenossen mit Erfolg zu verteidigen.

Gleichzeitig glaubt die Sowjetunion den Schweden ihre Neutralität nicht, und sie respektiert sie darum auch nicht, wie die ständige Anwesenheit von sowjetischen Spionage-U-Booten in schwedischen Gewässern beweist. Moskau will Schweden mit diesen Brüskierungen klarmachen, daß es im Kriegsfalle sofort auf schwedisches Gebiet übergreifen wird. □

USA

Roosevelts Präsidentschaft

Erster Teil

David L. Hoggan

Der Sieg Franklin D. Roosevelts bei den Präsidentschaftswahlen von 1932 führte zu einer unberechenbaren Politik, zu öffentlicher Verschwendung, einer ins Astronomische gehenden staatlichen Verschuldung und zu radikalen Experimenten in der Außenpolitik. Roosevelt praktizierte 1932 dieselbe Irreführung wie Wilson zwanzig Jahre zuvor im Jahre 1912: Für den Fall seiner Wahl gab er das bindende Versprechen ab, weniger Geld auszugeben als Hoover und in der Außenpolitik unwiderruflich, wenn auch verspätet, das Ergebnis des amerikanischen Volksentscheids von 1920 zu akzeptieren. Er stimmte zu, den Völkerbund und das System von Versailles zu meiden, das in Europa noch immer – dank der Unnachgiebigkeit der ehemaligen Alliierten und der Servilität Weimar-Deutschlands – intakt war, und ebenso wollte er sich von allen Verstrickungen in Bündnisse mit dem Ausland fernhalten.

Wie schon Teddy Roosevelt und Woody Wilson, hielt Franklin D. Roosevelt (FDR) nie seine Versprechen, die er einzelnen amerikanischen Politikern, wie Al Smith oder Jim Farley, gegeben hatte, oder auch amerikanischen plutokratischen Übeltätern, die er zu beeinflussen suchte, wie Randolph Hearst sen. oder Joseph Kennedy sen. Auf diesem Gebiet war FDR äußerst skrupellos und zynisch. Auch machte es ihm Spaß, der gesamten amerikanischen Bevölkerung ungeschminkte Lügen über lebenswichtige Fragen, wie etwa die nationale Sicherheit der USA, aufzutischen.

Roosevelt und Hopkins

Was die absichtsvolle Täuschung angeht, kann man ihn am besten mit Stalin vergleichen, einem ausländischen Führer, den er jahrelang unendlich bewunderte. Von 1905 bis 1913, nach seiner Graduierung in Harvard und einem einjährigen Rechts-Kursus an der Columbia-University, verbrachte er seine Zeit als Grundbesitzer, als nomineller Anwalt in der Wall Street und als aktiver Spekulant. Dasselbe noch einmal von 1921 bis 1928, nach seinen acht Jahren im US-Marineministerium. Im Jahr 1928 benützte er Al Smith, den Vorsitzenden der Demokraten im Staat New York, um zwei zweijährige Amtszeiten als Gouverneur von New York in Albany zu erlangen.

Erst im Jahr 1928 begegnete er Harry Hopkins, dem Mann, der auf dem Gipfel seiner Laufbahn sein engster Freund werden sollte. Hopkins war englischer Abstammung, war in Sioux City, Iowa, geboren und starb im Alter von 55 Jahren im Januar 1946.

Hopkins wurde während des Ersten Weltkrieges vom Militärdienst freigestellt, weil er für das Rote Kreuz im Süden der USA arbeitete. Während der zwanziger Jahre setzte er mit Dr. Jacob Goldberg und dem Milbank Fund seine Sozialarbeit in New York City fort. Dabei traf er auf Franklin Roosevelt und unterstützte dessen ersen New Yorker Gouverneurs-Wahlkampf im Jahr 1928.

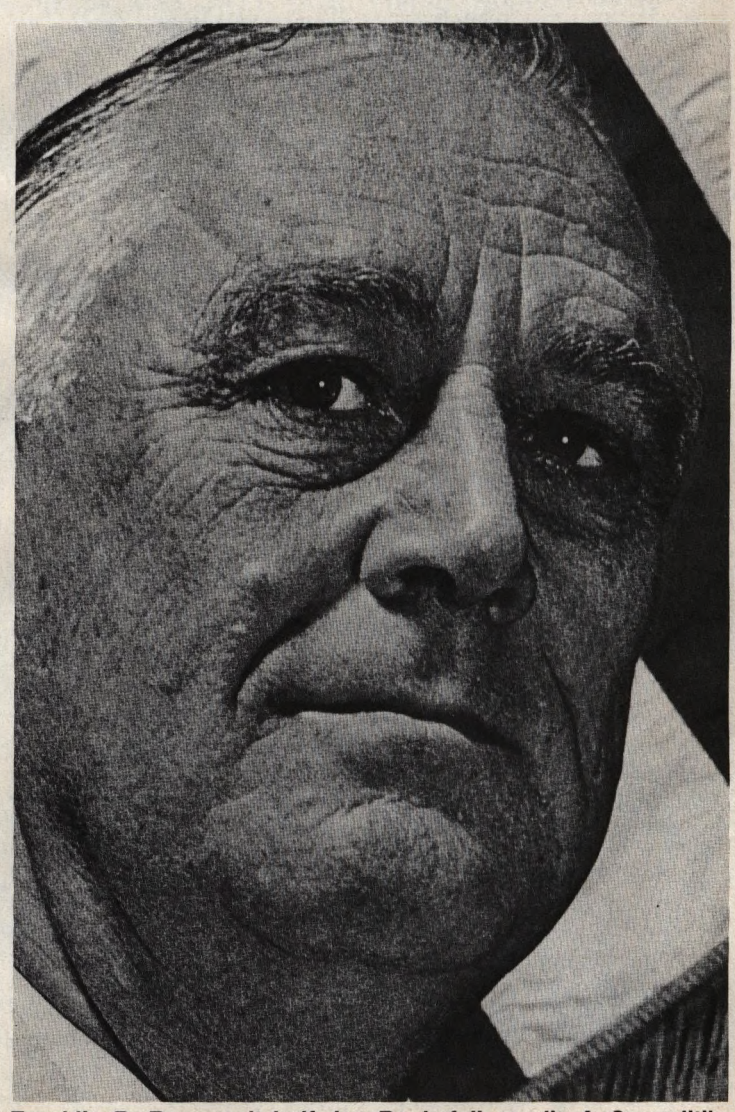
Nach dem amerikanischen Börsenkrach überredete der Gouverneur Roosevelt die Legislative in Albany, die New York State Temporary Emergency Relief Administration ins Leben zu rufen (zeitweilige Nothilfe-Verwaltung). Jesse Isidor Strauss, der Präsident des Kaufhaus-Unternehmens Macy, wurde nominelles Haupt der neuen Behörde, doch Hopkins als sein erster Stellvertreter hatte in Wirklichkeit das Sagen. Hopkins kam FDR sehr nahe, und so wurde daraus eine ständige Zusammenarbeit.

Roosevelts erster Präsidentschafts-Wahlsieg am 8. November 1932 »erfüllte Hopkins mit Hoffnung«. FDR ernannte Hopkins am 22. Mai 1933 zum Vorsitzenden der Federal Emergency Relief Administration (US-Bundesanmt für Nothilfe) und leitete eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen Hopkins und Finanzminister Henry Morgenthau jun. in die Wege.

Enge Freundschaft mit Bernard Baruch

Obwohl Innenminister Harold Ickes über die Verschwendung und den Leichtsinn von Hopkins Programm entsetzt war, sorgten FDR und Morgenthau dafür, daß Ickes bei seinen Auseinandersetzungen mit Hopkins immer den kürzeren zog. FDR schickte Hopkins im Jahr 1934 auf eine offizielle Reise nach England, Deutschland, Österreich und Italien. Hopkins behauptete in einem seiner Berichte an FDR, daß Mussolini »Augen wie ein Affe habe«. Hopkins war nach seiner Rückkehr beim Schreiben der Roosevelt-Reden behilflich und war nur allzu bereit und begierig, den Platz von Roosevelts wichtigstem Berater, dem »kleinen Gnom Louis Howe«, einzunehmen, als dieser im Jahr 1935 starb.

Hopkins wurde zu Roosevelts



Franklin D. Roosevelt half den Rockefellers, die Außenpolitik der USA zugunsten der Sowjetunion zu verändern.

»alter ego«, und Roosevelts Frau Eleanor wußte nichts von seinen Ratschlägen. Der Aufschrei der Entrüstung nach FDRs Chicago-Bridge-Rede vom 5. Oktober 1937 über einen möglichen erneuten Kriegseintritt der USA ließ Roosevelt klagen: »Es ist schrecklich, wenn man zu führen versucht und sich dabei umblickt – und da ist keiner.«

Zukünftige amerikanische Kriegsoperationen wurden von Roosevelt und Hopkins im Jahr 1938 erörtert und geplant, zu einer Zeit, als Hopkins bereits heimlich Gelder aus sozialen Hilfsfonds an militärische Programme weiterleitete. FDR ernannte Hopkins im Januar 1939 zum Handelsminister. Hopkins schloß auch mit Bernard Baruch die engste Freundschaft neben jener mit Churchill in England, den dieser bereits seit Wilsons Tod kannte.

Annäherung an die Sowjetunion

Hopkins erste Rede als Handelsminister in Des Moines, Iowa, am 24. Februar 1939 war typisch für seine ständige Kriegshetzerei in der Öffentlichkeit: »Wir befinden uns in einer Welt, die anscheinend schon fast verrückt geworden ist in einem Chaos von Haß und Angst.«

Churchill hatte 1938 an Baruch geschrieben: »Sehr bald wird es Krieg geben. Wir werden daran beteiligt sein und ihr auch. Ihr werdet drüben die Hauptrolle spielen.«

Hopkins war zusammen mit Baruch auf dessen Gutbesitz Hobcaw Barony in South Carolina, als Chamberlain seine kriegshetzerische Rede in Birmingham am 17. März 1939 hielt. Hopkins versicherte Baruch, daß er sich für baldestmögliche amerikanische Militäroperationen in Europa einsetze.

»Von Anfang an« war Hopkins »in die Entwicklung der Atombombe eingeweiht«. Im Juni 1940 war diese zu einem Hauptpunkt aggressiver amerikanischer Militärplanung geworden. Hopkins kam im September 1940 mit FDR überein, »daß es heutzutage auf der Welt nichts Wichtigeres gibt, als Hitler zu besiegen«. Im Monat darauf war Hopkins dagegen, daß für Roosevelts Präsidentschafts-Wahlkampf das Versprechen nötig sei: »Eure Söhne werden nicht in irgendwelche ausländische Kriege geschickt werden.«

Es kann gut sein, daß die gemeinsame Bewunderung Stalins es war, was die ständige Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen Hopkins und FDR zementierte. Doch gab es auch andere amerikanische Radikale, kultiviertere und gebildetere als Hopkins, die diesen Standpunkt teilten. Eine eingehende Durchsicht von Hopkins Korrespondenz enthüllt eine Ignoranz, Unreife und Niedrigkeit des Denkens, wie sie für einen Mann in dieser Position fast unvorstellbar sind. Daß ein solcher Mensch Roosevelts erwählter Favorit werden konnte, ist die beste Offenbarung über FDR selbst. Ihre Zusammenarbeit wurde ein klassisches Beispiel für grenzenlose Macht in ihrem tiefsten Abgrund.

John D. Rockefeller sen. starb erst im Jahr 1937 im Alter von 98 Jahren, hatte aber seinem einzigen Sohn, John D. Rockefeller jun., der wiederum fünf eigene Söhne hatte, bereits 1914 einen großen Teil der Unternehmensführung übertragen, dann im Jahr 1923 die Gesamtleitung. FDR wußte, daß in den zwanziger Jahren der Rockefeller-Clan unter dem Vorsitz von John D. jun. und seinem Assistenten Abraham Flexner den Ivy Lee, brillantesten aller anonymen Lobbysten und Public Relations-Spezialisten, beauftragt hatte, die amerkanische diplomatische Anerkennung der Sowjetunion herbeizuführen, die im darniederliegenden Rußland durch den Bolschewismus mit Hilfe von Woody Wilson und dem englischen Imperialismus errichtet worden war.

Wilson zögerte die diplomatische Anerkennung der UdSSR hinaus, denn er war darauf bedacht, vor dem amerikanischen Volk seine führende Rolle im Jahr 1917 bei der Schaffung des bolschewistischen Regimes zu verbergen. Wilson hatte zusammen mit Lloyd George und Clemenceau die kümmerliche militärische Unterstützung für die weißen Russen im Russischen Bürgerkrieg 1917 bis 1920 sabotiert – einem Krieg, der doppelt so viele russische Leben kostete wie die katastrophale Teilnahme der Russen am Ersten Weltkrieg. Die Hilfe der Alliierten reichte gerade aus, die Roten in die Lage zu versetzen, die Weißen in einer weltweiten Propagandakampagne anzuschwärzen, während viele echte Hilfe der westlichen Führer den Roten zukam, entweder weil sie wie Wilson an den Bolschewismus glaubten, oder weil sie wie Lloyd George denselben Fehler machten wie bei der Französischen Revolution von 1789 und annahmen, daß ein revolutionäres Regime Rußland schwach und so gut wie hilflos machen würde.

Der heimliche Verbündete von Stalin

Obwohl Wilsons Nachfolger Harding, Coolidge und Hoover echte Gegner des Bolschewismus waren und nichts zu verbergen hatten, was mit Wilsons heimlicher Unterstützung der Bolschewiken zu vergleichen war, dachten sie doch nicht an eine diplomatische Anerkennung, auch wenn sie wußten, daß es nach internationalem Recht üblich war, ideologische Regime, die man verabscheute, anzuerkennen, sobald sie de facto die Macht besaßen – wie es bei der UdSSR nach dem Ende des Bürgerkriegs 1921 klar der Fall war.

Trotzdem kamen Wilsons Nachfolger zu dem Schluß, daß der offen verkündete ideologische Krieg der Sowjetunion und der Komintern – Exekutivorgan der III. Internationale – gegen alle nicht-kommunistischen Regierungen der Erde der Sowjetunion den Status eines Mitgliedes der Völkergemeinschaft verwehrte. Es schreckte Harding, Coolidge und Hoover nicht im geringsten ab, daß England, Japan, Deutschland, Frankreich und Italien, also die übrigen Großmächte der Welt, ihre Ansicht nicht teilten. Die amerikanische diplomatische Haltung vor 1933, die UdSSR nicht anzuerkennen, war daher äußerst kontrovers.

Roosevelt war sich dieses wichtigen Problems voll bewußt, ebenso der Bemühung der Rokkefeller, die amerikanische Außenpolitik zugunsten der UdSSR zu verändern, sowie der Tatsache, daß er seinen eigenen Neigungen nicht nachgeben konnte, offen für eine Mitwirkung der USA beim Genfer Völkerbund einzutreten, wie er es schon 1919 bis 1932 getan hatte, da er innenpolitisch auf die Unterstützung von Bill Hearst, Jack Garner und Jim Farley angewiesen war. Deshalb konzentrierte er sich zunächst auf die Frage der diplomatischen Anerkennung der UdSSR. Hinter der Fassade bloßer Anerkennung verbarg sich seine Absicht, schnellstens noch vor Ende 1933 der heimliche Verbündete von Josef Stalin und der Sowjetunion zu werden.

Das enge Verhältnis zwischen dem ehemaligen Lenin-Anhänger Bill Bullitt und Roosevelt zerbrach, als Bullitt zuletzt erkannte, welche Torheit diese sowjetisch-amerikanische Bündnispolitik war. Noch im Jahr 1933 war Bill Bullitt das willige Werkzeug bei Roosevelts pro-Stalinischer Verschwörung. Folglich wurde Bullitt – das Modell für den Lanny Budd der Romane des pro-sowjetischen US-Autors Upton Sinclair – von 1933 bis 1936 Roosevelts erster US-Botschafter in der Sowjetunion.

Der mandschurische Krieg von 1929

Kurz gesagt, im Jahr 1933 nützte FDR den Vorteil für sich aus, daß die USA der Sowjetunion sechzehn Jahre lang die volle diplomatische Anerkennung versagt hatten. Während er aber 1933 vorgab, lediglich die reaktionäre diplomatische Politik seiner Vorgänger zu beenden, die im Gegensatz zur diplomatischen Praxis der anderen Großmächte gestanden hatte, benützte er die intensiven diplomatischen Verhandlungen im Zusammenhang mit der Anerkennung – darunter die heikle Frage der alten russichen Schulden gegenüber den USA, die Lenin und Stalin nicht hatten bezahlen wollen –, um gleich in einem Schritt von der Nicht-Anerkennung der Sowjetunion zu einem vollen Geheim-Bündnis mit Stalin überzugehen. Er unterstützte ebenfalls – und dies um so wirkungsvoller, weil es so geheim geschah – die Kampagne des sowjetischen Außenkommissars Litwinow-Finkelstein zur Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund, in der Absicht, diesen sowjetischen Zwecken unterzuordnen. Litwinow konnte

USA

Roosezelts Präsidentschaft

diese Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund wenige Wochen nach dem amerikanisch-sowjetischen Anerkennungs-Vertrag und dem geheimen Bündnis vom November 1933 erreichen.

Für das Verständnis dieses Zusammenspiels zwischen Roosevelt und Stalin und des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund ist der Hintergrund der Ereignisse im Fernen Osten bedeutsam. Die Sowjetunion hatte 1929 der kurzen Illusion ein Ende bereitet, daß sich in der Ära nach dem Ersten Weltkrieg irgendeine Art internationaler kollektiver Sicherheit entwikkeln könnte. Diese Illusion begann 1923 nach dem Fehlschlag des zweiten großen kommunistischen Putschversuchs in Deutschland.

Im ersten großen internationalen Krieg seit dem Ersten Weltkrieg kämpften die Sowjets im Jahr 1929 acht Monate lang siegreich gegen Nationalchina in der Mandschurei. Als Hoovers Außenminister Henry Stimson versuchte, den gerade erst im Jahr 1928 abgeschlossenen Kellog-Briand-Pakt gegen Moskau anzuwenden – ein Pakt, der 1946 in Nürnberg inkorrekterweise dazu benutzt wurde, die deutsche Führung des Zweiten Weltkrieges zu verurteilen –, da wies der sowjetische Außenkommissar Tschitscherin (Litwinows Vorgänger) auf einige grundlegende Tatsachen hin.

Die UdSSR hatte den Kellogg-Briand-Pakt nicht mitunterzeichnet. Stimson habe überhaupt kein Recht, sich an die Sowjetunion zu wenden, da die USA das Regime der UdSSR nicht anerkannt hatte. Die Sowjetunion bestand darauf, daß ihre Operationen in der Mandschurei Verteidigungsmaßnahmen waren, um alte Rechte zu wahren, die das zaristische Rußland in der Mandschurei erworben hatte. Diese Rechte habe die UdSSR vom zaristischen Regime geerbt. Der Kellogg-Briand-Pakt würde den Krieg nur als ein Instrument nationaler Politik ächten. Obwohl Tschitscherin keine Beispiele dafür gab, so meinte er doch Krieg in jenem Sinn, wie ihn später Lord Halifax 1938 bis 1939 als Instrument nationaler Politik anwandte. Der Pakt ächtete den Krieg nicht, wenn es sich um eine Verteidigungsmaßnahme handelte.

Hoovers Handelspolitik

Tatsächlich hatten die USA ganz Lateinamerika vom Geltungsbereich des Kellogg-Briand-Paktes ausgenommen, das britische Empire seine ganze sogenannte äußere Einflußsphäre – womit Länder gemeint waren, die nicht formell vom Empire annektiert, aber unter britischer Kontrolle waren. Frankreich hatte alle seine europäischen Bündnis-Verpflichtungen von der Wirksamkeit des Paktes ausgenommen.

Nach Tschitscherins Ansicht war es deshalb maßvoll von der Sowjetunion, ihren Krieg auf die Mandschurei zu beschränken, den Schauplatz russischen Vordringens während des Boxer-Aufstands 1900, Haupt-Operationsgebiet des Russisch-Japanischen Krieges 1904 bis 1905 und vor allem eine Region, die in Verträgen von 1907 und 1910 in japanische und russische Interessensphären endgültig aufgeteilt worden war.

Da der Sieg der Sowjets in der Mandschurei von 1929 die Japaner zwei Jahre später veranlaßte, eigene Feldzüge in der Mandschurei zu unternehmen, und weil nach FDRs Mythologie im Zweiten Weltkrieg nur die angeblichen politisch rechten Aggressoren Japan, Deutschland und Italien den vermeintlich glanzvollen Frieden und die kollektive Sicherheit nach dem Ersten Weltkrieg zerstörten, wurde seit 1945 der Chinesisch-Sowjetische Krieg von 1929 in den amerikanischen Geschichtsbüchern für die Sekundarschulen, Colleges und Universitäten allgemein nicht erwähnt. So konnte ein Krieg, der der amerikanischen Bevölkerung von 1929 lebhaft gegenwärtig war, in akademische Vergessenheit geraten, weil er nicht in das Bild von FDRs Weltkrieg-II-Propaganda paßte.

Das japanische Kaiserreich hatte eine gemäßigte und liberale Führung, als im Jahr 1929 die in USA fabrizierte Weltwirtschaftskrise hereinbrach. Premierminister Yuko Hamaguchi überredete Kaiser Hirohito dazu, den Londoner Seeabrüstungs-Vertrag von 1930 zu ratifizieren, der die Kreuzer-Tonnage der größten Flotte der Welt beschränkte, obwohl der Vertrag England und die USA mit Abstand gegenüber Japan begünstigte und Admiral Kato, der mächtige Stabschef der japanischen Marine, gegen ihn war.

Außenminister Schidehara wies auf dieses liberale Verhalten Japans hin, als er mit den USA um Handelserleichterungen verhandelte, doch Präsident Hoover und Außenminister Stimson begingen einen großen Fehler, als sie sich nicht dem Smoor-Hawley-Zollgesetz von 1931 widersetzten, das die USA in eine regelrechte Autarkie verwandelte und derart hohe amerikanische Schutzzollmauern errichtete, daß nur ganz wenige europäische und japanische Importe sie erklettern konnten. Ausländische Erzeugnisse hatten preislich keinerlei Chancen mehr auf dem amerikanischen Markt.

Zusätzliche Dollar für Churchill

Dieser Fehler des US-Kongresses hätte durch Hoovers Präsidenten-Veto gestoppt werden können. Der amerikanische Farm-Block, der sich aus der American Farm Bureau Federation und der National Farmers Union zusammensetzte, war gegen den Zoll, da man wußte, daß das Ausland sich für eine amerikanische Wirtschaftspolitik, die gegen den internationalen Handel gerichtet war, rächen würde, indem es amerikanische Agrar-Importe zurückwies, gerade dann, wenn es in den USA enorme Überschüsse gab. Die amerikanischen Farmer erhielten, im Gegensatz zu der Zeit nach 1933, keine Hilfen oder Preissubventionen von der Regierung.

Hoover wußte, daß die Smoot-Hawley-Zollgesetzgebung ein Geschöpf der mächtigen National Association of Manufacturers war, einer Lobby, die den industriellen und finanz-plutokratischen Übeltätern verpflichtet war, deren Haltung gegenüber dem amerikanischen Farmer von Calvin Coolidge, Hoovers republikanischem Vorgänger, ungeschminkt so ausgedrückt wurde: Die Bauern auf der ganzen Welt waren schon immer arme Leute, von denen man nicht erwartet, daß sie viel Geld verdienen.

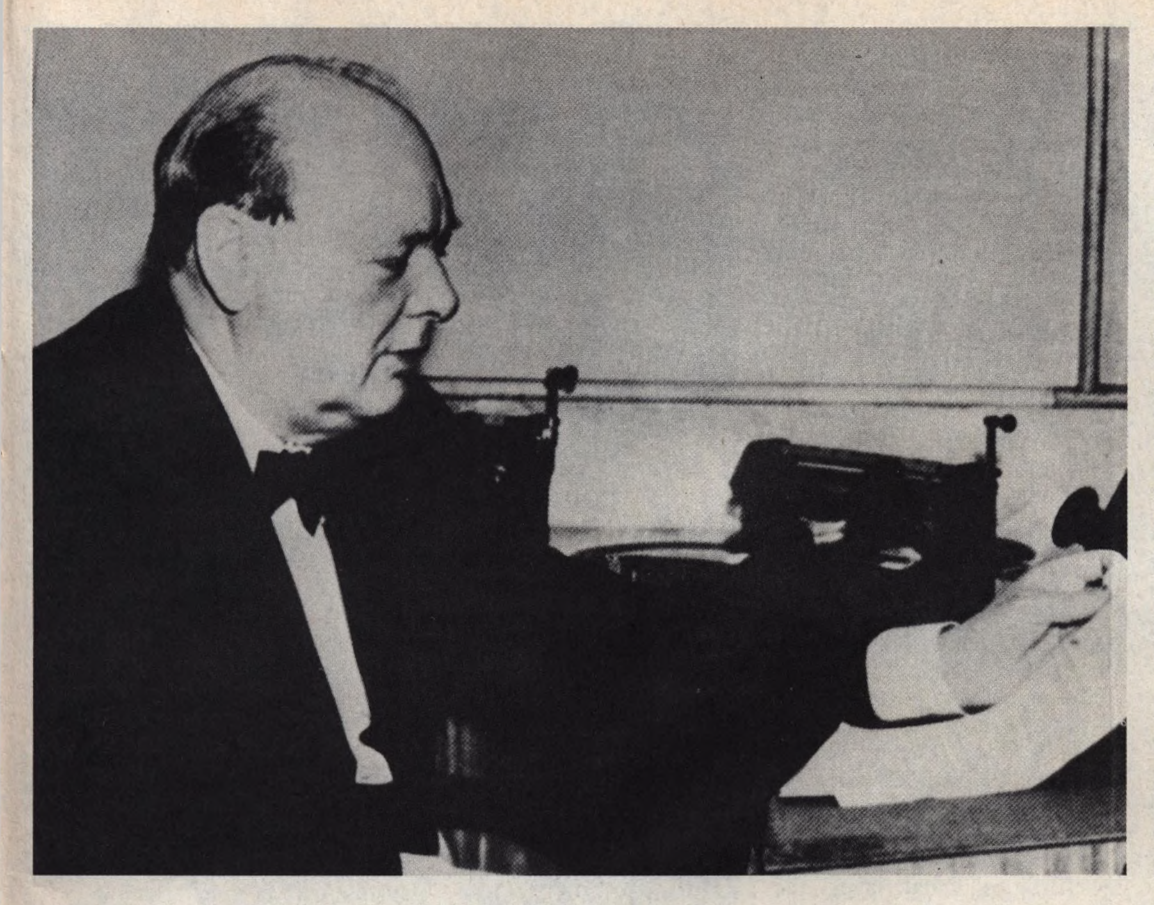
Kurz gesagt, der Smoot-Hawley-Zoll, der die wirtschaftliche Depression in Europa und Japan verschlimmerte, war eine Art Zwangs-Steuer für die unterdrückten Massen der USA und für das Ausland, ausschließlich zum Vorteil der winzigen plutokratischen Oligarchie der USA. Der enorme Verlust für den kleinen Anleger, als der amerikanische Aktienmarkt zusammenbrach, ließ die Oligarchen zumeist kalt. Ab und zu stützten sie dieses oder jenes Papier vorübergehend, um ohne Verlust ihre eigenen Geldanlagen zu retten, und Bernard Baruch sahnte sogar zusätzliche Dollars ab und steckte sie Winston Churchill zu.

Hoover stellte sich vor, daß sein Veto, das die Lobby der National Association of Manufacturers gestoppt hätte – weil gegen die Opposition des Farm-Blocks nicht die nötige Zweidrittelmehrheit im Kongreß zusammenzubringen war, um das Veto zu überstimmen –, dieses sein Veto also, glaubte Hoover, würde seine Wiederwahl 1932 verhindern. Auch war er überzeugt, daß das Programm öffentlicher Ausgaben seiner Reconstruction Finance Corporation, das in staatlicher Hilfe für kleine und große Unternehmen in den USA zur Schaffung von Arbeitsplätzen bestand, der Depression Herr werden könnte, ohne daß man eine radikalere Politik anwenden mußte, wie sie von vielen Demokraten befürwortet wurde.

Wäre Hoover in der amerikanischen Politik so geschickt gewesen wie als Bauingenieur und in der öffentlichen Verwaltung, so hätte er erkannt, daß seine Niederlage im Jahr 1932 ohnehin unabwendbar war seit dem Augenblick, als in seinem ersten Jahr als Präsident die Wirtschaftskrise eingesetzt hatte. Die amerikanische Geschichte ist voll von Parallel-Beispielen, die diesen Schluß nahelegten.

Pech in der Politik, Glück in der Liebe

Wenn Hoover politischen Scharfsinn besessen hätte, so



Winston Churchill erhielt Dollars von der plutokratischen Oligarchie der USA für seine Kriegsvorbereitungen.

hätte er bereits 1931 gewußt, daß die Zeit vorbei war, da es ihm nützte, den klugen Politiker zu spielen, und er hätte sich statt dessen darauf konzentriert, staatsmännische Entschlüsse zu fassen, egal welche Auswirkung diese auf seine Popularität gehabt hätten.

Indem Hoover den Smoot-Hawley-Zoll durchgehen ließ, spielte er wider besseres Wissen den cleveren Politiker, aber ohne Erfolg. Kritik knüpfte sich an die Tatsache, daß Hitler nach seiner langen Privat-Unterredung mit Herbert Hoover am 8. März 1938 negativ über Hoovers Fähigkeiten urteilte, obwohl Roosevelts Vorgänger das genaue Gegenteil von FDR in seiner ausgesprochenen Deutschfreundlichkeit war.

Oft wird die Tatsache übersehen, daß Herbert Hoover der erste US-Präsident deutscher Abstammung war. Als Staatsmann konnte Hitler gar keine andere private Meinung von Hoover gewinnen. Wie sogar der westdeutsche Historiker und Verteidiger der Nürnberger Prozesse, Werner Maser zugibt, war Hitler über historische und politische Tatsachen ebenso glänzend informiert wie über Hoovers Spezialgebiet der Technologie und Verwaltung. Nach dem Zeugnis des Harvard-Graduierten Ernst Hanfstaengl kannte sich Hitler wahrscheinlich in der amerikanischen Geschichte besser aus als Hoover.

Die Krise, die sich im Jahr 1931 in den amerikanisch-japanischen Beziehungen abzuzeichnen begann, war nicht auf eine plötzliche Abirrung der japanischen Politik zurückzuführen – wie es die Propaganda von Außenminister Henry Stimson behauptete, mit der die Schuld der USA verdeckt werden sollte – die Krise war vielmehr ausschließlich das Ergebnis der amerikanischen Zollpolitik, die die USA mit einem Schlag in eine totale Autarkie verwandelt und für Japan jede Chance vernichtet hatte, am amerikanischen Markt besser Fuß zu fassen, und dies trotz der Tatsache, daß die USA vor 1931 Japans wichtigster Handelspartner gewesen waren.

Später, als FDR Präsident wurde, durfte der Smoot-Hawley-Zoll in Kraft bleiben. FDR torpedierte absichtlich die Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933, die der Verbesserung des Welthandels dienen sollte. Was Roosevelt nach 1933 mit den Zöllen anstellte, war typisch: Er ließ es zu, daß sein Außenminister Cordell Hull und sein Finanzminister Morgenthau den Zoll als politischen Fußball benutzten.

Ausnahmen von dessen strengen Bestimmungen gab es nur bei sogenannten bilateralen Handelsabkommen mit begünstigten Staaten. Im Austausch für das, was in diesen Abkommen gewährt wurde, verlangten die USA immer politische und wirtschaftliche Zugeständnisse, und die amerikanische Zollbegünstigungs-Politik wurde zu einem System imperialistischen Zwangs und ideologischen Boykotts, wie im Fall von FDRs Zolldiskriminierung gegenüber Japan, Deutschland, Italien, Spanien und vielen anderen Ländern.

Japan hatte keine andere Wahl

Kurz, Roosevelt behielt ein schlechtes Zollsystem bei, das Hoover aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit hatte durchgehen lassen, und verschlimmerte es sogar noch. Tatsächlich holte er den Zoll aus seiner ökonomischen Sphäre heraus und machte ihn zu einem gefügigen Werkzeug seiner Außenpolitik.

Geradeso wie Richard Hofstadter bewiesen hatte, daß der Zoll und nicht die Negersklaverei die Ursache für die Aggression des amerikanischen Nordens gegen den Süden im amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 gewesen war, so kann man mit derselben Gewißheit behaupten, daß eine exzessive Schutzpolitik der USA nach 1931 der Grund für die Spannung in den amerikanisch-japanischen Beziehungen war, die Roosevelt ein Jahrzehnt später dazu ausnutzte, Japan ganz gegen seinen Willen in einen verzweifelten Überlebenskrieg gegen die USA zu treiben.

Die japanische Intervention in der Mandschurei im September 1931 hatte ihre Wurzeln in Moskau – im Chinesisch-Sowjetischen Krieg von 1929 – und in Washington – in dem anti-japanischen Smoot-Hawley-Zoll von 1931. Weder diese Intervention von 1931 noch der Angriff auf Pearl Harbor zehn Jahre darauf lassen irgendwelche besonderen Prioritäten oder Vorsätze auf seiten Japans erkennen.

Die Japaner folgten 1931 den USA nicht freiwillig in die Autarkie, sondern taten dies, weil es die USA praktisch von ihnen verlangten. Auch griffen sie Pearl Harbor 1941 nicht aus freien Stücken an, sondern FDR ließ ihnen keine andere Wahl, außer man nennt die bedingungslose Kapitulation einer stolzen Nation, ohne einen Schuß abgegeben zu haben – das war es, was eine japanische Annahme des White-Morgenthau-Ultimatums vom 26. November 1941 bedeutet hätte – eine Wahl.

Japan mußte sich 1931 auf seinen eigenen kleinen Binnenmarkt zurückziehen, um zu überleben. Seit 1929 hatten die Sowjets ihre eigene imperialistische Position in der Mandschurei gefestigt, doch wurde der freie Zugang zu den Bodenschätzen und anderen industriellen Hilfsquellen der Mandschurei für das Überleben der schnell wachsenden japanischen Bevölkerung unverzichtbar, nachdem der Smoot-Hawley-Zoll von 1931 Japan die Hoffnung genommen hatte, der Welthandel

USA

Roosevelts Präsidentschaft

würde sich in absehbarer Zukunft wieder beleben, auf den Japans Prosperität und seine versöhnliche Außenpolitik in den zwanziger Jahren gegründet worden waren.

Die Lage war voll Ironie angesichts von Roosevelts bösartig anti-japanischer und sowjetfreundlicher Propaganda nach dem März 1933. Als Japan im Fernen Osten freiwillig die Rolle des von den Engländern gekauften Banditen gespielt hatte – während der Jahre, ehe die englisch-japanische Allianz auf Verlangen der USA bei der Washingtoner Konferenz von 1921 formell beendet wurde – da hat man in den USA dies alles und auch den Überraschungsangriff auf Port Arthur im Februar 1904 in den Himmel hinauf gepriesen.

Als jedoch Japan 1931, ohne eine andere Wahl zu haben, sich wieder zu einer unabhängigen Politik gezwungen sah – was nur als Reaktion auf die anti-japanische Autarkiepolitik der USA geschah – da konnte zuerst Hoovers Außenminister Stimson und dann Franklin Roosevelt selbst nicht genug böse Worte finden, um Japan die Schuld an einer Entwicklung im Fernen Osten zu geben, die ausschließlich durch eine falsche Politik in Washington und nicht in Tokio ausgelöst worden war.

FDR trägt Verantwortung für den Krieg im Pazifik

Joseph Grew, FDRs Botschafter in Tokio, war ein brillanter Karrierediplomat, aber zu ängstlich, um FDR öffentlich seiner Infamie anzuklagen, die im Jahr 1941 Pearl Harbor hervorbrachte. Unmittelbar nachdem die Japaner Grew und seinen Stab aus der luxuriösen Internierung freigelassen hatten – im Gegenzug für Roosevelts Freilassung der japanischen Gesandten Nomura und Kurusu –, gab Grew im Jahr 1942 in Portland, Oregon, vor einer Gruppe von Gelehrten des Reed College folgendes offen zu:

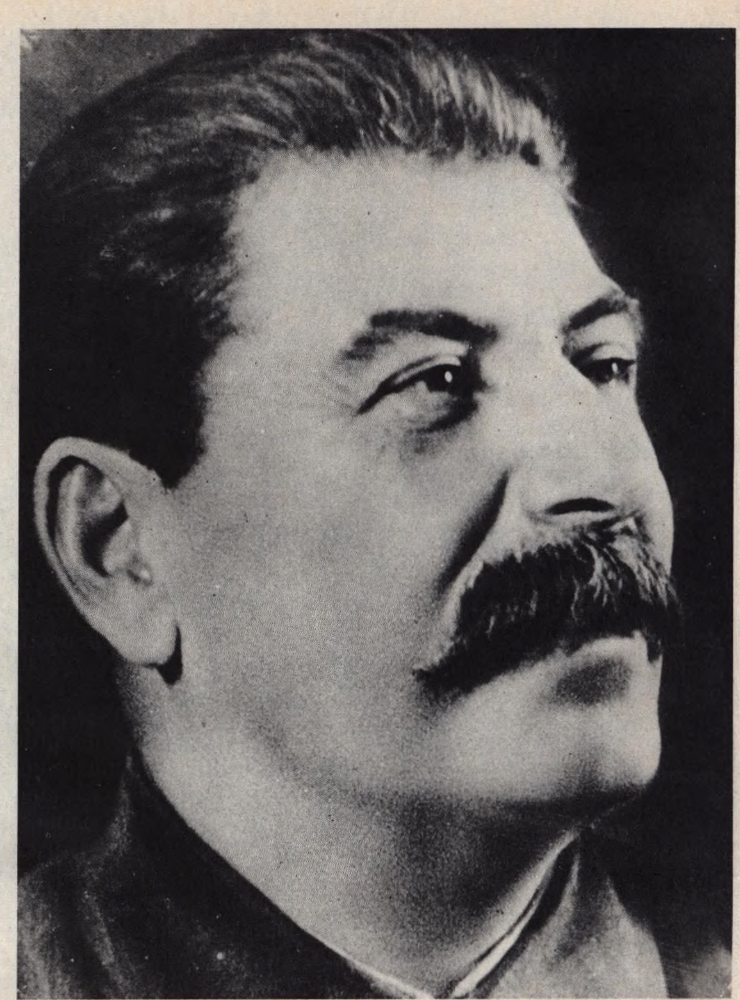
Er, als diplomatischer Fachmann, könne keinerlei Mängel an Japans Außenpolitik von 1931 bis 1941 entdecken. Weiter bestätigte er, daß kein führender japanischer Politiker je einen Krieg mit den USA beginnen wollte. Es sei Japans Recht gewesen, sich in den Jahren von 1931 bis 1933 den mandschurischen Markt zu sichern. Tschiang-Kai-schek und nicht Japan hätte den langen chinesich-japanischen Krieg 1937 angefangen. Japan hätte die ehrliche Absicht gehabt, 1938 diesen Konflikt mit deutscher Vermittlung zu beenden, im selben Jahr, in dem Deutschland seine militärischen Berater von Tschiang zurückzog.

Der Beweis dafür, daß Japan nie zusätzliche Gebiete in China selbst annektieren wollte, liegt darin, daß Japan das chinesische Regime Wang Tsching-weis in Nanking 1940 anerkannte, als Tschungking – das heißt Tschiang-Kai-schek – sich weigerte, zu verhandeln. Die blutigen örtlichen Niederlagen, die die Japaner in den Jahren 1938 und 1939 durch die Sowjetunion erlitten, zeigten Tokio ganz richtig, daß Stalin für Japan eine tödliche Gefahr bedeutete.

Das Angebot von Premierminister Fürst Konoye im August 1941, nach der Atlantik-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill in Kanada, Roosevelt in Alaska zu treffen, um Friedensbedingungen zu diskutieren – darunter die Anerkennung der territorialen Integrität des chinesischen Hauptlandes von seiten Japans – bekundete den aufrichtigen Wunsch der Japaner nach Frieden, und dies trotz der illegalen Blockade Roosevelts im Juli 1941 gegen Japan, die angeblich eine Vergeltungsmaßnahme für die friedlichen französisch-japanischen Verhandlungen über Französisch-Indochina war – eine Sache, die Roosevelt nicht das geringste anging.

Roosevelts Hauptschuld

Daß Hideki Tojo im Oktober 1941 japanischer Ministerpräsident wurde, nachdem Roosevelt sich geweigert hatte, Konoye in Alaska zu treffen, bedeutete in keiner Weise, daß sich die Japaner endgültig zu einer kriegerischen Politik entschieden hatten. Denn Tojo ermächtigte Kurusu und Nomura in Washington, FDR und Hull mehr Zugeständnisse anzubieten, als Konoye es bei seinem letzten, aufrichtigen Versuch für einen Friedensschluß getan hatte, der den USA mehr gebracht hätte als Japan.



Josef Stalin war seit 1933 der heimliche Verbündete von Franklin D. Roosevelt.

Diese Analyse Grews aus dem Jahr 1942 wurde 1945 in einer öffentlichen Rede in Stanford von Payson Treat bestätigt, dem ersten professionellen Sinologen an einer amerikanischen Universität, der sich ausschließlich mit der modernen diplomatischen Geschichte und den sozioökonomischen Entwicklungen in China und Japan befassen konnte.

Treat, der während des Russisch-Japanischen Krieges von 1904/1905 im Auftrag der Harvard-Universität aus dem Fernen Osten berichtet hatte, und der jeden bedeutenden national-chinesischen Politiker von Tschiang Kai-schek an abwärts persönlich kannte, schloß seine Rede mit der folgenden Bemerkung: Wenn die führenden amerikanischen Politiker nur mit dem Inhalt von einem Dutzend Spezialwerken über den Fernen Osten aus seiner Privatbibliothek vertraut gewesen wären, dann hätten sich die Kriegsverbrechen der USA im Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhindern lassen.

Der führende amerikanische Experte für amerikanische Geschichte der Diplomatie, Thomas Aldrich Bailey, der auch japanische Studenten darin unterrichtet hatte, bestätigte Grews Analyse und Treats Stanforder Erläuterungen dazu. Bailey leugnete nicht seine eigene Vorliebe für die Japaner. Er gab offen zu, daß er zwar Chinesen wie Japaner mochte, die Japaner ihm aber noch lieber wären. Er forderte auch jeden Kritiker auf, Treats Analyse allein aufgrund des Tatsachenbestandes zu widerlegen.

So wurde das wahre Bild der amerikanisch-japanischen Be-

ziehungen zwischen 1931 und 1941 im Jahr 1945 vollkommen klar, noch bevor eine Reihe wissenschaftlicher Werke von Morgenstern, Beard, Tansill, Kimmel, Theobald, Greaves, Barnes und Neumann erschien, die unwiderleglich bewiesen, daß Roosevelt die Hauptschuld am Kriegsausbruch mit Japan im Jahr 1941 trägt, der es ihm ermöglichte, als Alliierter des sowjetischen Woschd Stalin im Zweiten Weltkrieg Deutschland und den größten Teil Europas offen anzugreifen.

Aus demselben Grund waren Grew, Treat und Bailey wie auch die erwähnten Autoren der dokumentierten historischen Darstellungen einstimmig der Meinung, daß weder Hitler noch der deutsche Außenminister Ribbentrop zu irgendeiner Zeit Japan zum Krieg gegen die USA gedrängt hätten. Nie sah sich FDR einem unprovozierten Angriff oder auch nur der Möglichkeit eines solchen Angriffs ausgesetzt, er war vielmehr immer das, was er sich am glühendsten gewünscht hatte zu sein: der Aggressor, der sich unter dem Propaganda-Deckmantel des glamourösen Kriegs-Präsidenten verbarg.

Japan und der Völkerbund

Am selben Tag im Jahr 1931, als England den Goldstandard aufgab und sich von Winston Churchills grandiosen finanzpolitischen Ambitionen von 1925 verabschiedete, begannen die japanischen Sicherungskräfte über ihre militärischen Besatzungszonen in der Mandschurei hinaus vorzudringen, die in internationalen Verträgen nach dem Friedensschluß von Portsmouth unter Teddy Roosevelts Auspizien 1905 vorgesehen worden waren. Der Tag dieses einseitigen Vorgehens der Japaner, wobei die anderen Mitunterzeichner des Vertrages von Washington von 1922 nicht gefragt wurden, war der 19. September 1931.

Henry Stimson verurteilte sofort diese neue Politik Japans. Dieses selbstgerechte Produkt Grotons und Harvards und alter Freund FDRs – trotz Stimsons Mitgliedschaft bei den Republikanern und seinen Diensten in Hoovers Kabinett – hoffte, daß er die mandschurische Frage als Vorwand benutzen könnte, um die USA an die Verhandlungstische des Völkerbundes in Genf zu schleppen.

Der Völkerbund verhandelte natürlich nur auf Befehl Londons, und die Engländer hatten unter Premierminister MacDonald nicht die leiseste Absicht, sich Japans Verteidungsmaßnahmen gegen den sowjetischen Koloß entgegenzustellen, der auch die Nord-Mandschurei umklammerte. Die Geste des Völkerbundes vom 22. September 1931, womit von China und Japan verlangt wurde, von Feindseligkeiten abzusehen, war gänzlich platonisch. Der kampfeslustige Stimson, der sein Leben lang unermüdlich für einen Krieg um jeden Preis plädierte, war erstaunt darüber, daß die englische Botschaft in Washington ablehnend reagierte, als er die Möglichkeit eines englisch-amerikanischen Vorgehens gegen Japan zur Sprache brachte.

Aufgrund von Stalins Politik, eine endgültige Auseinandersetzung im Fernen Osten zu vermeiden, bevor nicht Europa in Flammen stand, beschlossen die Sowjets, nicht selber den Japanern in der Nord-Mandschurei entgegenzutreten, sich vielmehr einer Politik permanenten nichterklärten Krieges im gesamten Fernen Osten zu bedienen, in der Hoffnung, daß England und die USA und nicht die UdSSR die ersten sein würden, die mit Japan in einen großen Konflikt gerieten. Diese Hoffnung erfüllte sich schließlich 1941, als sich die USA und England mit Japan im Krieg befanden, während Stalin an der Nichtkriegführung festhielt – bis zu dem Augenblick seines plötzlichen Angriffs auf Japan im August 1945.

Roosevelts persönliche Kriegserklärung

Nachdem es Stimson mißlungen war, die Engländer zu überreden, bedrängte er Hoover, eine Politik moralischer und wirtschaftlicher Sanktionen gegen Japan zu beginnen. Hoovers sarkastische Kritik an diesem Vorschlag Stimsons zerstörte für immer das Verhältnis zwischen den beiden republikanischen Führern und ebnete für Stimson den Weg, 1940 in Roosevelts Kabinett einzutreten.

Obwohl Hoover keine Taube war und im Jahr 1900 persönlich auf den Barrikaden von Tientsin während des chinesischen Boxeraufstandes gekämpft hatte, konnte er mit einem chauvinistischen Falken von Stimsons Schlag nichts anfangen. Er erkannte, daß er einen Fehler gemacht hatte, als er im Jahr 1928 – als die internationale Wetterlage günstig gewesen war – Stimson den Posten des Außenministers angeboten hatte, im Tausch gegen Stimsons Hilfe im Präsidentschafts-Wahlkampf von 1928. Stimson seinerseits entwickelte lebenslange Haßgefühle gegenüber Hoover.

Stimson waren die Hände gebunden, denn im Gegensatz zu England kann in den USA das Kabinettsmitglied, das mit der Außenpolitik betraut ist, nichts ohne die Zustimmung des Präsidenten unternehmen. Auch hatte Stimson nicht wie Grey im Jahr 1914 und Halifax im Jahr 1939 ein Foreign Office zur Verfügung, das von Wahlen unabhängig war und auf das er sich verlassen konnte. Deshalb beseitigte Hoovers feste Absage an Stimson 1931 jede Gefahr einer amerikanischen Verwicklung gegen Japan im Fernen Osten für die ganze verbleibende Regierungszeit Hoovers bis zum März 1933, zu welchem Zeitpunkt dann Japan bereits seine neue Position gefestigt hatte, die ganze Mandschurei beherrschte und China verhandlungswillig gemacht hatte. Die Gefahr einer Verwicklung der USA in eine Krise im Fernen Osten ergab sich erst wieder 1937, als FDR in Chicago seine persönliche Kriegserklärung an Deutschland, Italien und Japan abgab. □

Professor David L. Hoggan »Das blinde Jahrhundert«, Grabert-Verlag, Tübingen. Hoggan zählt in den USA zum sogenannten Revisionismus, einer in Europa noch kaum vertretenen wissenschaftlichen Schule, die sich nicht scheut, weitverbreitete Auffassungen in Frage zu stellen, Tabus zu brechen, historische Meinungen aufgrund verbesserter Quelleneinsicht schonungslos zu revidieren. Für Hoggan gilt: Über nichts, aber auch gar nichts in der jüngeren Vergangenheit sind die historischen Akten bereits geschlossen.

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir einen weiteren Beitrag von David L. Hoggan zum Thema »Roosevelts Präsidentschaft«.

Illuminaten

Der Orden des Herrn Weishaupt

3. Folge

Adolf Rossberg

Als Adolf Freiherr von Knigge in Heidelberg verkündete, daß die Illuminaten dereinst die ganze Welt beherrschen würden, schwebte ihm als Ziel vor, alle anderen maurerischen Systeme zu unterwerfen. Die Situation in der deutschen Maurerei am Ende des 18. Jahrhunderts war der Verwirklichung des Projektes günstig. Die deutsche Freimaurerei hatte sich nach dem Siebenjährigen Krieg in den zwei Heersäulen der Großen Landesloge der Freimaurer von Deutschland zu Berlin unter der Führung des Militärarztes von Zinnendorf und derjenigen der Strikten Observanz unter der Heermeisterschaft von Hund glanzvoll entfaltet. Aber nach der äußeren Ausdehnung seit dem Siebenjährigen Krieg setzte in den achtziger Jahren ein Streben nach innerer Vertiefung ein.

Besonders in der Strikten Observanz wurde der Widerspruch zwischen dem glänzenden Ritual und dem Mangel an geistigem Gehalt stark empfunden. Die Ritter dieses Systems begannen immer mehr an dem geschichtlichen Geheimnis zu zweifeln, das der Orden von den Tempelherren übernommen haben sollte, und versuchten vergeblich, das Geheimnis der unbekannten Oberen zu ergründen, über das der Heermeister keine Rechenschaft zu geben vermochte.

Es war kein Zweifel mehr, daß der Freiherr von Hund selbst einem Betrug zum Opfer gefallen war. Zur Überwindung der Krise hatten die Protektoren der Strikten Observanz, der Herzog Ferdinand von Braunschweig und der Prinz Karl von Hessen, nach dem Tode Hunds ein Maurerparlament nach Wilhelmsbad bei Hanau berufen, das die Frage klären sollte, ob man die Freimaurerei von einer älteren Gesellschaft herleiten könne und welches diese Gesellschaft sei.

Der Konvent, der im Jahre 1782 abgehalten wurde, stellte einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der gesamten Freimaurerei dar. Er führte zu einer völligen Abkehr vom Templertum und gab der bisher in Europa vorherrschenden Strikten Observanz den Todesstoß.



Der Illuminat Karl Theodor Freiherr von Dalberg, ein aufgeklärter Staatsmann und Fürstprimas des Rheinbundes.

Auf dem Konvent waren nicht nur die führenden Freimaurer aus Deutschland, sondern ebenso aus Ungarn, der Schweiz, Polen, Frankreich und Rußland vertreten. Obwohl sie den verschiedensten Nationen entstammten, so stimmten sie doch in der Ablehnung der Staats- und Gesellschaftsverhältnisse der absolutistischen Staaten überein und waren für politische Reformideen empfänglich. Sie waren ohne Zweifel ein Kreis von ehrgeizigen und tatendurstigen Persönlichkeiten. Einer von ihnen war der Herzog von Chartres, der Großmeister des Großorients von Frankreich und später Bürger Egalité.

Die Maurerei als politisches Mittel

Der Illuminatenorden war durch zwei seiner fähigsten Köpfe, Knigge und Ditfurth, vertreten.

Knigge hatte es schon vor der Eröffnung des Konvents durchgesetzt, daß in den Verhandlungen kein Schritt gegen den Illuminatenorden unternommen wurde. Ditfurth griff die Strikte Observanz in der Diskussion heftig an. Die Beweise der Abstammung vom Templerorden seien »so beschaffen, daß wir damit in jedem Gerichtshofe in der Welt, worin wir damit auftreten, ausgepfiffen werden müßten.«

In seiner den Frankfurter Illuminaten in einem Geheimbericht mitgeteilten Rede vom 29. Juli 1782 deutete er vorsichtig die politischen Ziele des Illuminatenordens an:

»Meine Behauptung, daß die Regenten der Untertanen halber, und diese nicht den Regenten halber geschaffen und da sind, und daß es daher ihre Pflicht sei, sie glücklich zu machen, ist nichts weniger als Aufruhr. Der weiseste Monarch auf Erden, Joseph II., weiß dieses; ihm darf man es nicht vorpredigen; ob sie es aber alle wissen, und welche es wissen, oder nicht wissen, und welches die wirksamsten Mittel sind, es ihnen ans Herz zu legen, darüber kann ich mich in dieser Gesellschaft, Sie nehmen es mir hoffentlich nicht übel, nicht erklären.«

Während Ditfurth Andeutungen machte, die richtig verstanden wurden, hielt sich Knigge völlig zurück. Er war über die glänzende Chance, die sich dem Illuminatenorden bot, nicht im Zweifel. Die Stunde war gekommen, wo der Illuminatismus der gesamten Freimaurerei ein neues Prinzip einpflanzen und dadurch seinen Einfluß gewaltig steigern konnte.

Da das System der Strikten Observanz ohne äußeren Anstoß auseinanderfiel, hielt es Knigge für geboten, ein offenes Heraustreten zu meiden und den Schwerpunkt in private Abmachungen zu legen. Er beobachtete mit Freuden, wie die Verwirrung und Ratlosigkeit des Konvents immer schlimmer wurde und die unzufriedenen Mitglieder der anderen Systeme hilfesuchend zu ihm kamen und ihn anflehten, sie in den Illuminatenorden einzuführen.

In seinem offiziellen Bericht über den Konvent von Wilhelmsbad schrieb er: »Die Deputierten in Wilhelmsbad aber kamen fast alle zu mir, und da sie – ich weiß nicht woher – Nachricht von der Existenz unserer Verbindung hatten: so baten sie mich alle, auch der – von H –, um Aufnahme.«

Der ergebnislose Ausgang des Kongresses hatte den Illuminaten Tür und Tor ins Freimaurerlager geöffnet. Der Illuminatenorden hatte eine Reihe bedeutender Logenbrüder aus Deutschland und den angrenzenden Staaten gewonnen. Die Methode des Illuminatenordens, die Freimaurerei als politisches Mittel einzusetzen, machte Schule.

Die Oberen der Freimaurerei

Die bedeutendste Neuerwerbung des Ordens war Bode, der vom Programm des Ordens so begeistert war, daß er Knigge versprach, für den Orden zu leben und zu sterben und ihm die Oberherrschaft in der Strikten Observanz zu erringen. Knigge schrieb, Amelius (Bode) wolle »treu an uns halten, für uns wirken und uns nach der Vorschrift des Rittergrads die Oberhand in dem neuen System zu verschaffen suchen. Er will dafür sorgen, daß Illuminaten – so viel er dazu beitragen kann – bei den Directorien angesetzt werden, und daß die Logen der Strikten Observanz mit den unsrigen fraternisieren.«

Dieses Versprechen bedeutete, daß die Strikte Observanz von jetzt ab ins Schlepptau des Illuminatenordens aufgenommen wurde. Dieses Ergebnis hatte eine ungeheure Machtsteigerung des Ordens zur Folge und leitete

die Durchdringung einer großen Zahl von Logen mit dem Illuminatismus ein. Die Oberen des Illuminatenordens treten uns nunmehr als die sogenannten echten unbekannten Oberen der gesamten Freimaurerei entgegen.

Auf Knigges Befehl setzte Bode den Protektoren der Strikten Observanz, dem Herzog Ferdinand von Braunschweig und dem Landgrafen Karl von Hessen-Kassel, solange zu, bis sie in den Orden eintraten, und legte die Hand auf die Akten des Konventes von Wilhelmsbad. Knigge hatte gewaltige Pläne. Er beabsichtigte einen neuen Konvent einzuberufen, der das Werk von Wilhelmsbad vollenden sollte, und kündigte an, daß der Orden bald Könige und Fürsten nach seinem Willen leiten werde.

Eine höchst wertvolle Quelle über den Siegeszug des Illuminatismus sind die Denkwürdigkeiten, die Landgraf Karl von Hessen-Kassel, der Protektor der Strikten Observanz, 1817 niederschrieb, als er schon einigen Abstand von den Dingen hatte.

»Zu dieser Zeit«, schrieb der Landgraf, »hatte sich in Deutschland, besonders in Bayern, eine neue Gesellschaft gebildet, welche sich die Erleuchteten (Illuminaten) nannte. Einige ihrer Stifter hielten sich in Frankfurt auf, oder zeigten sich auch, ohne daß man sie als solche erkannte, in Hanau. Sie suchten mehrere Abgeordnete des Konvents von Wilhelmsbad für diese verderblichen Grundsätze zu gewinnen, welche in ihrem Wesen viele Ähnlichkeit mit dem Jesuitismus und besonders mit dem Jakobinismus hatten.

Im folgenden Jahr kam einer von ihnen, ein Herr Bode, zu mir nach Kassel, um mit mir über diesen neuen Orden zu reden, welcher sich unter den ersten Graden der Freimaurerei verbarg. Die nächsten Zwecke schienen zum Guten zu führen, das Endziel aber war der Umsturz der Kirche und der Throne. Herr Bode war ein sehr rechtlicher und wohlgesinnter Mann. Er übergab mir die betreffenden Papiere, indem er sagte: ›Dies ist ein Plan, welcher das Unglück der Menschheit herbeiführen kann, wenn er in schlechte Hände fällt, aber wenn er durch einen wohldenkenden Mann geleitet wird, kann er auch viel Gutes bewirken. Ich lege ihn in Ihre Hände, da ich dazu die Vollmacht des Ordens besitze, und Sie werden sich hoffentlich entschließen, einer seiner Vorsteher zu werden. Namentlich soll Norddeutschland, Dänemark, Schweden und Rußland gänzlich von Ihnen regiert werden‹.«

Die Schuld für das Unglück

Der Landgraf schrieb, daß er die Gefährlichkeit des Ordensprogramms schon damals erkannt und sein Mißfallen über die »Greuel«, die sich darin fänden, zum Ausdruck gebracht habe. Wenn er sich schließlich doch dazu bereit erklärte, das Amt des Nationals des Ordens anzunehmen, so hätte er es deshalb getan, weil die Machtfülle des Amtes in den Händen eines Ehrgeizigen noch gefährlicher hätte werden können.

»Bald fühlte ich, wie Bode, was für Unheil in ehrgeizigen und selbstsüchtigen Händen daraus



Friedrich Ludwig Schroeder war Direktor des Hamburger Schauspielhauses, Freimaurer und Illuminat.

erwachsen könnte, wenn man sich über die Gesetze der Religion und Moral hinaussetzen würde. Ich schwankte nicht länger.« Er wurde in das Amt eines »Nationals des Nordens« eingesetzt und wollte die schlimmsten Ausartungen des Ordenssystems verhindert haben, das »ein vollständiger Plan zur Einführung des Jakobinismus« gewesen sei.

Nach dem Ausbruch der Französischen Revolution war er der dänischen Prinzessin Luise Augusta gegenüber so weit gegangen, daß er den Illuminaten die Schuld für das Unglück der Französischen Revolution zusprach.

Die Zerstörung der Strikten Observanz zog eine zweite Maßnahme nach sich. Die ehemals der Strikten Observanz angegliederten Logen mußten in einem neuen System zusammengefaßt werden. Diesem Zweck diente der 1783 neu errichtete Eklektische Bund. Dieser Bund wurde eine Auffangorganisation für die Trümmer überlebter Systeme.

Während dieser Zusammenschluß dem äußeren Anschein nach nur eine Vereinigung von Johannislogen war, welche die ihnen gemäße Form der Freimaurerei wählen konnten, stellte er in Wirklichkeit die Vorhoforganisation des Illuminatenordens dar, die den Illuminaten die Möglichkeit gab, die niederen Grade durch ihre Hochgrade zu leiten und sich selbst unter dem Deckmantel des größeren Bundes zu verbergen, der den Anschein der politischen Neutralität erweckte.

Die Gründer dieses neuen Logenbundes waren die beiden Wilhelmsbader Abgeordneten Knigge und Ditfurth. Knigge wurde jedoch durch seinen Bruch mit Weishaupt daran gehindert, die neue Organisation auszubauen. Er drohte Zwackh einmal damit, »daß er fähig sein könnte die deutschen Logen aufmerksam zu machen, daß hinter der Assoziation die Illuminaten steckten«. Sein Werk wurde von Ditfurth fortgeführt, der dem Illuminaten Dresser (Pomponius), dem Großoffizianten des Herzogs Karl von Södermanland, in einem Privatbrief zugestand, daß der Illuminatenorden die »bewegende Ursache« der neuen Logenassoziation sei.

»Wir suchten nun weiter Licht«

Die im März 1783 erlassene Aufforderung des Eklektischen Bundes an die ehemaligen Logen der Strikten Observanz in den europäischen Ländern verlangte von den Logen die Wiederherstellung der echten Freimaurerei, als deren Grundpfeiler sie die Begriffe der »Freiheit und Gleichheit« bezeichnete. Diese maurerischen Ideale seien in dem Urzustand der Menschheit verwirklicht gewesen und sollten wiederum zum Allgemeingut des Menschengeschlechts werden. Es ist nicht schwer, in diesem Programm das Manifest des Illuminatenordens zu erkennen. Der Illuminatenorden gab den Logen die neue richtungsweisende Auffassung von der Freimaurerei.

Der neuen Assoziation schlossen sich besonders solche Logen an, die unter ihren führenden Beamten Illuminaten hatten. So erklärte die dem Illuminatismus völlig ergebene Münchener Loge »Theodor zum guten Rath« am 18. November 1782 ihren Beitritt zum Eklektischen Bund, weil dieser die »alte, echte Maurerei« bewahre. »Wir suchten nun weiter Licht, und waren so glücklich, uns an die zur Aufrechterhaltung der k. K. der alten echten Freimaurerei in Deutschland verbundenen Logen anschließen zu können. Nach diesem System arbeiten wir jetzt.«

Der Eklektische Bund war auch ein geeignetes Mittel, den Illuminatismus in die Nachbarstaaten zu verpflanzen, in denen noch keine Ordenssiedlungen bestanden, wie zum Beispiel in Polen. In diesem politisch hin und her geworfenen Land hatten verschiedene freimaurerische Systeme, wie die Strikte Observanz, die Rosenkreuzer und der Großorient von Frankreich, Fuß zu fassen versucht.

Um dem Durcheinander der Systeme ein Ende zu machen, wurde nach der ersten polnischen Teilung im Jahre 1772 ein Konkordat geschlossen und einer der bedeutendsten Männer des Landes, Graf Ignaz Potocki, zum Großmeister aller Logen in Polen und Litauen gewählt. Potocki reiste unmittelbar nach der Niederlegung dieses Amtes im Jahre 1783 nach München, »um sich«, wie Morawski mitteilt, »mit den dortigen Illuminaten der allerextremsten politsch-sozialen Freimaurer-Richtung, die in die Loge ›Théodore au Bon Conseil‹ Aufnahme gefunden hatte, zu beraten.«

Diese Verhandlungen Potockis dienten vermutlich der Verkopplung der polnischen Logen mit dem Eklektischen Bund.

Illuminaten

Der Orden des Herrn Weishaupt

Weishaupt ging auf das Projekt ein, weil er hier die Möglichkeit erblickte, den Einfluß der Strikten Observanz in Polen zu brechen und ihre führenden Häupter für den Illuminatenorden zu gewinnen.

Ohne Rücksicht auf Vaterland und Verfassung

Die Unterwerfung der in Frankreich weit verbreiteten Strikten Observanz unter die Herrschaft des Illuminatenordens war deshalb sehr schwierig, weil sich der Gedanke einer nationalen Einigung der Logen in Frankreich, der zu der Idee einer kosmopolitischen Weltfreimaurerei im Gegensatz stand, immer stärker durchsetzte.

Trotzdem haben die Illuminaten bis zum Ausbruch der Französischen Revolution immer neue Versuche gemacht, »sich den Grand Orient anzugliedern und mit den so zahlreichen Maurern der französischen Logen eine Armee zu bilden, deren Kern sie geliefert hätten«. Bei diesen Versuchen spielte außer Bode auch der Neapolitaner Joseph Balsamo, genannt Graf Cagliostro, eine Rolle.

Die auf dem Konvent von Wilhelmsbad angeknüpften Fäden zwischen den Illuminaten und den französischen Logen wurden namentlich auf dem Konvent der Philalethen weitergesponnen. Das System der Philalethen war von Savalette de Langes, einem Mitbegründer des Großorients von Frankreich, und Cour de Gebelin, dem Schriftführer der Enzyklopädistenloge »Les Neuf Sœurs«, errichtet worden. Dieses Hochgradsystem, das in der Pariser Loge »Les Amis Réunis« sein Zentrum hatte, war anscheinend ein zur Verbindung mit dem Ausland bestimmtes System.

Das Einladungsschreiben lud die Maurer aller Länder und aller vereinigten Systeme dazu ein, ihre Vertreter zu einem 1785 in Paris abzuhaltenden Freimaurerkongreß zu entsenden. Das gegenwärtige Jahrhundert schiene von der göttlichen Weisheit dazu bestimmt zu sein, »die Epoche einer allgemeinen und wichtigen Veränderung im Reiche der menschlichen Kenntnisse zu werden«. Sogar das politische System der Staaten habe »äußerst unerwartete Veränderungen« erlitten. Der Briefwechsel mit verschiedenen auswärtigen Logen habe die Philalethen von den Bemühungen der deutschen Freimaurerei um das wahre Wesen der Königlichen Kunst unterrichtet. Das war offensichtlich eine Verbeugung vor den Illuminaten. Die Philalethen wollten mit ihren ausländischen Korrespondenten persönlich Fühlung aufnehmen und ihre Beratungen »ohne Rücksicht auf Vaterland und Verfassung« durchführen.

Ein zweites Einladungsschreiben kündigte an, daß die maurerische Wissenschaft keineswegs der einzige Diskussionsgegenstand des Kongresses sein werde, und ließ durchblicken, daß im engsten Kreise auch politische Fragen besprochen würden. Die Beratungen sollten nicht nur in der Zerstörung von Irrtümern, sondern ebenso in der Entdeckung »maurerischer oder in der Maurerei verwandter Wahrheiten« bestehen; darunter waren offensichtlich politische Fragen zu verstehen.

Die vornehmste Pflicht des Maurers bestünde darin, sich mit alledem zu versehen, was ihm zur Mitwirkung auf diesem oder jenem Gebiete dienlich erscheine. Die französischen Freimaurer ließen keinen Zweifel, daß sie sich als politische Reformatoren fühlten.

Vernichtung des Despotismus

Der einzige Teilnehmer an dem Konvent, der Andeutungen über den Zusammenhang zwischen Freimaurerei und revolutionären Umsturzplänen machte, war Cagliostro. Nachdem er wegen der Halsbandgeschichte aus Frankreich ausgewiesen worden war und in England Zuflucht gesucht hatte, veröffentlichte er ein Sendschreiben an die französische Nation, in dem er voraussagte, daß die Bastille »niedergerissen und zu einem Spazierplatze werden« würde; »daß in Frankreich ein Fürst regieren werde, der die Lettres de cachet abschaffen, die General-Staaten zusammenberufen, und die wahre Religion wieder einsetzen werde«.

Nach seiner Übersiedlung nach Italien wurde er in Rom verhaftet und 1790 vor ein päpstliches Inquisitionsgericht gestellt. In den Gerichtsverhandlungen sagte er aus, daß er ein bis in die höchsten Grade eingeweihter Freimaurer sei und es bestätigen könne, daß der Zweck und das Ziel der Maurerei die Vernichtung des Despotismus sei. Deshalb suchten auch die europäischen Logen Anschluß an die Machthaber der französischen Republik zu gewinnen.

Der zweite Philalethenkongreß fand 1787 in Paris statt. An diesem Kongreß nahm Johann Joachim Bode als Vertreter des Illuminatenordens teil. Über dessen Reise nach Paris besitzen wir eine wertvolle Quelle in seinem eigenhändigen Reisetagebuch. Die bisher unbekannten Aufzeichnungen enthalten auch eine Menge Beweise für das Fortwirken des Illuminatismus nach dem Zerschlagen der äußeren Organisation.

Zur Bestreitung seiner Unkosten hatte Bode vor dem Illuminaten Willemer in Frankfurt einen Kreditbrief von 2000 Livres erhalten. Auf der Reise besuchte er seine Ordensfreunde. Am 4. Mai 1787 suchte er in Fulda den Regierungspräsidenten von Bibra auf, der ihm die soeben im Buchhandel erschienenen Originalschriften des Illuminatenordens schenkte, welche die bayrische Regierung aus den beschlagnahmten Ordenspapieren ausgewählt und gedruckt hatte. Er vermerkte in seinem Tagebuch, daß es leider nicht gelungen sei, die Hefte von dem Schlimmsten zu reinigen, und daß eine »gänzliche Umschmelzung« des Ordens vorgenommen werden müsse.

Am 7. Mai traf er mit dem Illuminaten Leuchsenring zusammen, der nach Berlin reiste, wo er 1792 wegen jakobinischer Propaganda ausgewiesen wurde. Große Freude bereitete ihm der Besuch des demokratisch gesinnten Hofrats Jung aus Homburg. Am 12. Juni machte Bode in Heidelberg Station, wo er den Kirchenrat Mieg, den Verbindungsmann zu Pestalozzi, besuchte. Sie sprachen über die Gründung des Ordens. Weishaupt könne doch die »Maschine« nicht mutwillig zerstören, da er ihren Gebrauch auch anderen gestattet habe.

Statthalter des Illuminatismus

Bode schien sich nach der Flucht Weishaupts als Statthalter des Illuminatismus zu fühlen. Er dachte nicht im geringsten daran, die Idee preiszugeben, und hielt es für seine Pflicht, das Gewissen seiner Anhänger und Freunde zu schärfen. Nachdem er in Straßburg den Buchhändler Rudolf Salzmann besucht hatte, traf er am 26. Juni in Paris ein und wurde von dem Gesandten Graf Karl Ludolf empfangen. Dieser teilte ihm mit, daß der Kongreß wegen zu geringer Beteiligung aufgehoben sei.

Aber die Anwesenheit von Bode allein sei so bedeutungsvoll wie ein Konvent. Bode las daraufhin in der Loge »Les Amis Réunis« eine Abhandlung über die Geschichte der Freimaurerei vor, die er dem Konvent schon vor Antritt seiner Reise gesandt hatte. Dieser programmatische Aufsatz fand bei den französischen Logenbrüdern weitgehende Zustimmung.

Anläßlich einer Einladung bei Herrn de Bondy, an der auch der Meister der Loge »Les Amis Réunis«, Savalette de Langes, teilnahm, schrieb Bode: »Diese Männer waren mehr als höflich; sie waren brüderlich cordial. Ich habe das Vergnügen zu sehen, daß ich nicht vergebens gearbeitet habe. Man hält meine Geschichte für wahr, und hat meine übrige Ideen und Vorschläge so wichtig gefunden, daß sie sehr wünschten, ich möchte auf ihre Kosten hierbleiben, bis den Winter über, um mit ihnen zu arbeiten.«

Die »Geschichte« war offenbar nicht bloß ein Rückblick auf die Entstehung der Freimaurerei, sondern enthielt vermutlich ebenfalls Vorschläge über die Neuausrichtung eben in der Form, wie sie im Priestergrad vorgetragen wurde; denn Bode fügte hinzu: »Wir haben Korrespondenz abgeredet, besonders über Illuminaten-Ideen.«

Nach Bodes Rückkehr nach Weimar schrieb Schiller an Kör-

Einige

Originalschriften

des

Illuminatenordens,

welche bey dem gewesenen

Regierungsrath Zwack

durch vorgenommene Hausvisitation
zu Landshut den 11. und 12. Oktob. ꝛc.
1786.
vorgefunden worden.

Auf höchsten Befehl
Seiner Churfürstlichen Durchleucht
zum Druck befördert.

München,
gedruckt bey Anton Franz, Churfl. Hofbuchdrucker,
und
zu haben in den drey Buchhandlungen.

Die Original-Titelseite einer offiziellen Schrift gegen die Illuminaten aus dem Jahr 1786.

ner in Dresden, daß Bode »eine schlechte Idee« von Paris mitgebracht habe. Bode war von der revolutionären Stimmung der Pariser Logen am Vorabend der Revolution erfaßt worden. Er hatte in Weimar geäußert:

»Die Nation habe alle Energie verloren und nähere sich mit schnellen Schritten ihrem Verfall. Die Einführung der Notables selbst wäre nur ein Kniff der Regierung – sie hätte ihn aber fünf Jahre zu früh gebraucht und noch etwas unerwarteten Gegendruck gefunden. Fünf Jahre später hätte sie diesen nicht mehr riskiert. Das Parlament wolle nichts bedeuten.«

Körner erkannte die Zusammenhänge sofort und antwortete Schiller. Bode scheine eine »ziemlich einseitige Schilderung« von Frankreich mitgebracht zu haben, die er vermutlich seinen französischen Logenbrüdern verdanke.

Die Gleichrichtung der französischen Philalethen und der deutschen Illuminaten war angebahnt. Der mystische Gehalt sowohl in der französischen als der deutschen Maurerei trat hinter der Propaganda der Aufklärungsideen zurück.

Die Wiener Polizei, die die Logen seit dem Edikt Josephs II. vom Jahre 1785 überwachte, hat die Situation innerhalb der Freimaurerei um 1790 treffend beurteilt. In den Akten des Polizeiministers Graf Pergen befindet sich ein zeitgenössisches Gutachten, das den Illuminatismus als das neue wirkungsvolle Prinzip der Freimaurerei bezeichnete.

Am Ende des 18. Jahrhunderts hätten es zuerst die Rosenkreuzer und danach die Illuminaten versucht, sich zu den geheimen Oberen der gesamten Freimaurerei aufzuwerfen. Von den Logen aus hätte sich das zerstörende Gift des Illuminatismus in alle Volksklassen ausgebreitet.

»Ich übergehe hier die Grundsätze, Absichten und Lehren derselben, nachdem in mehreren öffentlichen Schriften dieses schon vielfach geschehen ist; nur glaube ich dabei die Bemerkung noch machen zu müssen: da nach dem gewöhnlichen Gang der Dinge zu urteilen, am Ende und zwar in nicht gar langer Zeit die Illuminaten überall allein herrschen, und alle übrigen Maurer, den größten Teil der Rosenkreuzer selbst nicht ausgenommen an sich gezogen haben werden. Der Grund davon liegt darin: daß die Lehren der Illuminaten sehr faßlich, für den größeren Haufen anlockend, und für alles was unter den Namen von Aufklärung und Freiheit für Irreligion, Freigeisterei und Zügellosigkeit nur den mindesten Hang hat, im höchsten Grade reizend sind.«

Der unbekannte Verfasser dieses Gutachtens hatte geradezu einen prophetischen Blick. Er sah voraus, daß der Illuminatismus nach dem Untergang des Templertums und der Rosenkreuzerei zum richtungsgebenden Faktor der modernen Freimaurerei werden würde. Ja, er sah seine Parolen zu den Schlagworten der Massen werden. Seine Prophezeiung ging leider in Erfüllung.

Im Jahre 1848 jubelte die führende Freimaurerzeitschrift »Latomia« darüber, daß die Ideen des Illuminatismus, die »Weishaupt, Ditfurth, Bode und andere Koriphäen des Illuminaten-Ordens« verkündeten, in der Revolution von 1848 schließlich doch zum Ideengut der gesamten deutschen Freimaurerei, ja zum Ideengut des gesamten deutschen Volkes geworden seien, wie es ihre Propagandisten 50 Jahre zuvor verhießen hatten.

Die Verfassung der Paulskirche war die erste deutsche Reichsverfassung, die auf dem liberalen Begriff der »Grundrechte« der Menschen aufgebaut war. ☐

In der nächsten Ausgabe wird die Serie über die Geschichte des Illuminaten-Ordens mit einem Beitrag über die Illuminaten-Presse fortgesetzt.

Schutz des Eichenbestandes

Die Gesundheit unserer Eichen bereitet dem britischen Europa-Abgeordneten Lord O'Hagan (Mitglied der Gruppe der europäischen Demokraten) große Sorgen. Hauptfeind der Eichen ist eine Krankheit mit dem Namen Eichenwelke, die vermutlich nach Europa durch Holzlieferungen aus den USA eingeschleppt wurde. Seit 1976 hat die EG-Kommission mit Hilfe einer im Rahmen ihrer Agrarforschungsprogramme finanzierten Forschungsarbeit Maßnahmen ergriffen, die die Verbreitung dieser Krankheiten verhindern sollen. Dabei wird sichergestellt, daß das Holz, das aus verseuchten Regionen stammt, nach einem besonderen Verfahren begast wird.

Daneben gibt es noch eine weitere Gefahrenquelle: die Eichengallwespe. Sie befällt die auf dem Boden liegenden Eicheln. Dadurch wird die natürliche Regenerationsfähigkeit der Eichen beeinträchtigt. □

Teure Eier aus Käfighaltung

Das Oberlandesgericht Frankfurt hat jetzt auch in der zweiten Instanz dem Deutschen Verbraucherschutzverband in Wiesbaden bestätigt, daß dieser im Rahmen seines Rechts auf freie Meinungsäußerung auch weiterhin drastisch auf Mißstände bei der Käfighaltung von Legehennen hinweisen darf. Dies erklärte die Vorsitzende des Verbandes, Frau Ingeborg Malz, unter Hinweis auf das von der Eier-Lobby mit großem Aufwand organisierte Gerichtsverfahren zu ihren Äußerungen insbesondere über die Verabreichung von Tierpharmaka und der Umgehung des Tierarztes. Frau Malz forderte die Verbraucher erneut auf, nur Eier aus Freiland- oder Bodenhaltung zu kaufen und Eier aus Massentierhaltung möglichst zu meiden.

Der Verbraucher sollte sich beim Kauf von Eiern genau darüber informieren, ob auf der Verpackung auch der Hühnerhalter angegeben ist. Im Zweifel soll der Name und die Anschrift bei dem Lebensmittelhändler erfragt werden. Nur so könne Betrügern das Handwerk gelegt werden, die minderwertige und billige Batterieeier als teure Auslaufeier vermarkten. Auf diese Art und Weise versuchten einige Erzeuger und Vertreiber, den normalen Gewinn zu vervielfachen.

Frau Malz forderte die Verbraucher auf, genau darauf zu achten, ob sich auf den Eiern Abrollspuren des Käfiggitters befänden. In diesem Falle sollte umgehend Strafanzeige beim zuständigen Staatsanwalt erstattet werden. Auch sollte sich der Verbraucher wehren, wenn billige Batterie-Eier mit irreführender Werbung, wie zum Beispiel mit Bildern von glücklichen Hühnern auf der Wiese oder Bezeichnungen wie »frische Landeier« angeboten würden. Hierbei handele es sich um eine gemeine Verbrauchertäuschung im Sinne des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb. □

Krebsgefahr durch Textilien

Auf die Gefährlichkeit von Formaldehyd in sogenannten »Textilausrüstungsmitteln« hat der Bundesgesundheitsminister jetzt die Verbände der Textilwirtschaft, der Textilhersteller und des Textilhandels hingewiesen. Der Bundesgesundheitsminister folgt damit in vorsichtiger Form einer Empfehlung des Bundesgesundheitsamtes.

Formaldehyd, das besonders von neuen Textilien abgegeben werden kann, gilt in hohem Grad als krebsauslösender Stoff, der besonders Lunge und Atemwege schädigen kann. Über Hautkontakte, wie sie bei Textilien besonders häufig sind, kann er in die Blutbahn eindringen und Allergien auslösen.

Das Bundesgesundheitsamt hält es für erforderlich, den Formaldehydgehalt neuer Textilien soweit wie möglich zu senken. Ferner sollte der Verbraucher zumindest auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, neue Textilien vor der ersten Benutzung zu waschen.

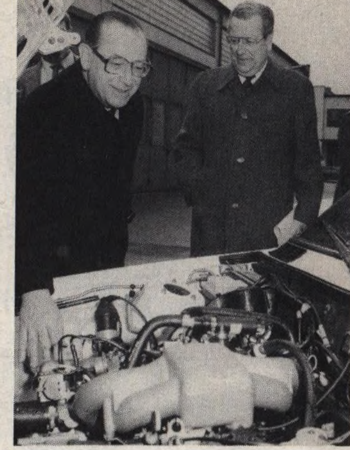
Der Deutsche Verbraucherschutzverband kritisierte die Haltung des Bundesgesundheitsministers, der der Textilwirtschaft lediglich empfehle, »sich des Problems anzunehmen« und ihm die Auffassung der Wirtschaft dazu mitzuteilen.

Der Verbraucherschutzverband fordert statt dessen vom Bundesgesundheitsminister eindeutig gesetzliche Regelungen zur Verwendung von Formaldehyd. Außer in zum Beispiel knitterfreien Textilien werde dieser chemische Stoff unter anderem auch in Leder, Papierwaren, Kosmetika, Kunststoffen, Haushaltsreinigern, Holzschutzmitteln und Schuhcremes verwendet. Der Verbraucher müsse zweifelsfrei erkennen können, ob er durch formaldehydhaltige Substanzen oder Gegenstände seine Gesundheit gefährde.

Nur durch gesetzliche Regelungen könne die Industrie veranlaßt werden, unter Umständen teurere Ersatzstoffe zu verwenden oder zu entwickeln. Der Bundesgesundheitsminister handle im Falle Formaldehyd aber offensichtlich mehr mit Blick auf wirtschaftliche Interessen als auf die menschliche Gesundheit. □



Griffbereit aufgeräumt sind die Gartengeräte in diesem wetterfesten Häuschen aus verzinktem und grünbeschichtetem Stahl. Von der Stiftung Warentest erhielt es das Testergebnis »gut« (Normstahl, D-8052 Moosburg).



Durch den Einbau eines Katalysators können nach dem heutigen Stand der Technik bis zu 90 Prozent der schädlichen Abgase bei Kraftfahrzeugen entgiftet werden. Der Katalysator wird mit bleifreiem Benzin betrieben.

Förderung alternativer Klärsysteme

Das Land Niedersachsen muß verstärkt Anstrengungen unternehmen, alternative Klärverfahren zu entwickeln und zu erproben. Dabei müssen neben den unbelüfteten und belüfteten Klärteichen, die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik laut Runderlaß des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums errichtet werden dürfen, auch das Wurzelraumverfahren und Pflanzenkläranlagen gefördert werden. Zu diesem Ergebnis kamen Vertreter

des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz und des Bundes für Umwelt und Naturschutz.

»In Niedersachsen ist mit der Errichtung der Wurzelraumkläranlage in Othfresen im Landkreis Goslar, der größten Anlage dieser Art in der Bundesrepublik, Pionierarbeit geleistet worden«, sagte Kurt Binneweis, Sprecher des Landesverbandes Bürgerinitiativen. »Die damit gesammelten Erfahrungen sollten genutzt werden. Deshalb müssen weitere Wurzelraumkläranlagen gebaut werden, in denen die noch offenen Fragen, zum Beispiel der Flächenbedarf einer solchen Anlage, geklärt und die Bedenken der Kritiker ausgeräumt werden können.«

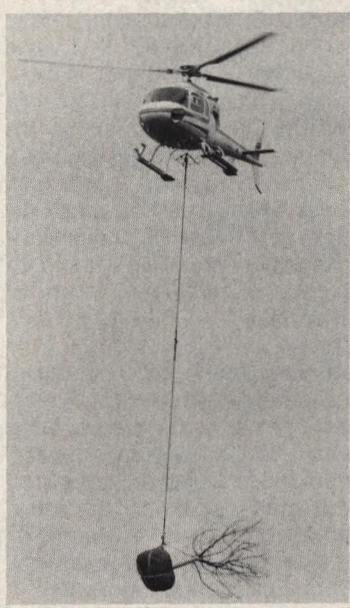
Bisher wird die Anwendung des Wurzelraumverfahrens durch einen Erlaß des Landwirtschaftsministeriums unterbunden. Wurzelraumentsorgungsanlagen bieten gegenüber konventionellen Anlagen und Abwasserteichen mehrere Vorteile für die Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum. Insbesondere der Entzug und die Rückhaltung von Phosphat und Stickstoff aus dem Abwasser zeichnen dieses Verfahren gegenüber den anderen aus.

Darüber hinaus stellt die Wurzelraumentsorgung eine kostengünstige Klärung für kleinere Einheiten dar, da der Bau großer Kanalnetze entfällt. Als naturnahes Klärsystem bietet es neben den finanziellen noch ökologische Vorteile. Insbesondere wird das gereinigte Abwasser auf kürzestem Wege in den natürlichen Wasserkreislauf zurückgeführt, und es entstehen keine Probleme mit der Verwertung des Klärschlamms. □

Gesundheitliche Nachteile bei Fußbodenheizung

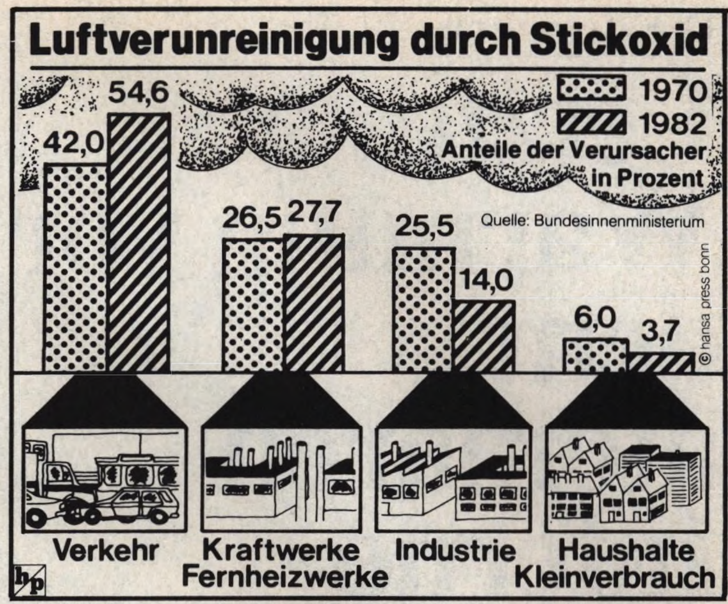
Fußbodenheizungen sollten auf Räume mit geringem Staubvorkommen, wie etwa Küche, Badezimmer oder Flure beschränkt bleiben, da durch die entstehende, vom Boden ausgehende Luftbewegung und Wirbelbildung, ein wesentlich erhöhter Staubanteil der Raumluft festzustellen ist, und es bei Empfindlichkeit der Atemwege zu Hustenreiz, Trockenheit des Rachens oder gar zu chronischer Bronchitis und allergischen Abwehrreaktionen der Atemwege wie Asthma oder Heuschnupfen kommen kann.

Nach neuesten allergologischen Untersuchungen wird die Hausstauballergie als die häufigste Allergieform überhaupt bezeichnet. Festgestellt wurden auch Auswirkungen auf den Kreislauf empfindlicher Personen bei Fußbodenoberflächen-Temperaturen über 23 Grad. Dies bedeutet eine maximale Heizleistung von 30 Watt pro Quadratmeter, womit nur bestisolierte Häuser zu beheizen sind. Die besten Ergebnisse wurden mit kombinierten warmluftbeheizten Fußboden- und Wand-Heizungen erzielt. Hierbei wird ein Teil der bisher üblicherweise in den Fußboden gelegten Heizfläche im unteren Wandbereich untergebracht. □



Der Optiker Günther Fielman stiftete seinem Geburtsort Stafstedt 500 Bäume. Er ließ sie per Helikopter in das vorbereitete Pflanzenloch einschweben. »So stelle ich mir aktiven Umweltschutz vor«, meinte der Spender.

Überwiegend aus Verbrennungsprozessen beim Auto entsteht Stickoxid, das mitverantwortlich ist für die Verunreinigung der Luft und damit mittelbar für Waldschäden. Darum kommt es zur Einführung der Katalysatoren.



Hormonstörungen durch Änderung des Magnetfeldes

Änderungen des natürlichen Magnetfeldes beeinflussen die Sehschärfe in der Dämmerung. Darüber berichtete Dr. Kunibert Krause von der Universitäts-Augenklinik Münster. Eine Abschwächung des Magnetfeldes etwa um 50 Prozent führe zu einer Verringerung der Melatonin-Produktion und damit zu einem stark herabgesetzten Sehvermögen in der Dämmerung. Damit ist erstmals erwiesen, daß Änderungen des Erdmagnetfeldes auch die hormonellen Steuerungsmechanismen des Menschen beeinflussen.

Eine Arbeitsgruppe des Instituts für Baubiologie in Rosenheim untersucht zur Zeit, inwieweit diese Erkenntnisse auch bei der Gestaltung der Wohnumwelt berücksichtigt werden müssen, wo zum Beispiel Stahlbetondecken, Betten und Matratzen sowie Elektrogeräte und Elektro-Installationen erhebliche Veränderungen des natürlichen Magnetfeldes verursachen können. □

Nationalpark statt Großkraftwerk

Die Donau, einer der bedeutendsten Flüsse Europas, hat ihren Charakter als urwüchsige Flußlandschaft, durch Umwandlung in Schiffahrtskanäle oder Laufstauseen längst verloren. Die Staaten, gerade auch die Bundesrepublik Deutschland, haben als Verursacher der Großbaumaßnahmen die ökologische Entwertung dieses einmaligen Lebensraumes zu verantworten.

Nur östlich von Wien ist ein letzter Rest natürlicher Donaulandschaft mit riesigen Auwaldkomplexen, stillen Altwasserarmen und der für den Auenbereich typischen und vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt in unsere Tage hinein erhalten geblieben. Eine Landschaft also, in der zahlreiche vom Aussterben bedrohte Arten Lebensraum finden. Allein 245 Wirbeltierarten, darunter Seeadler, Schwarzstorch, aber auch Biber und Sumpfschildkröte, wurden hier festgestellt.

Mit vollem Recht hat daher die Republik Österreich die Donau-Thaya-Aue als international bedeutsames Feuchtgebiet gemeldet und sich durch Vertrag verpflichtet, das Gebiet für alle Zeit zu sichern und zu erhalten. Verträge und internationale Abkommen sollen plötzlich Makulatur sein, nicht mehr gelten und in den Papierkorb wandern, nur weil die österreichischen Donaukraftwerke Anspruch auf die Donauauen erheben und in das Herz dieses fantastischen Schutzgebietes ein Laufkraftwerk bauen wollen.

Der Überschuß der österreichischen Elektrizitätswirtschaft würde noch weiter steigen, das wichtigste Flußaugebiet Mitteleuropas würde für immer zerstört. □

Waldsterben

Letzte Warnung vor dem atomaren Inferno

Ernst Jäckel

Seit Jahren demonstriert die Jugend vergeblich gegen den Atomkraftwerkstod. Nun stirbt der Wald daran. Er stirbt vor uns. Die Generation mittleren Alters aber ist zu umerzogen und zu feige, etwas dagegen zu tun. Es läßt sich so bequem von anderen Ursachen schwatzen. Wir schlucken und atmen wirtschaftlich lieber den Atomtod, als daß wir die in ihn investierten Milliarden zur Rettung des Lebens nutzen. Wir sind zu dumm offenbar zum Leben. Wir schlukken und atmen trotz des Sterbens der Wälder deren Atomkraftwerkstod. Wir haben zur Zeit 16 betriebene Atomkraftwerke als Pulverfässer von 55 bis 155 Tonnen atomaren Sprengmaterials ins Land gesetzt. Wir können uns nur selbst damit in die Luft sprengen oder sprengen lassen, wie es die Russen im Winter 1957/58 im Ural-Industriegebiet vorgemacht haben. Hiroshima war harmlos dagegen. Die damalige Bombe hatte nur etwa fünf Kilogramm atomaren Sprengstoffes.

»Es gibt nur die Atome und den leeren Raum«, hat Demokrit von Abdera gelehrt. Zertrümmert der Mensch die Atome, schafft er leeren Raum, vernichtet er die gesamte Schöpfung. Das ist die logische Folgerung aus dieser Erkenntnis schon der alten Griechen.

Bei der Kernspaltung des Atoms, bei der der Mensch seine Mutter, die Erde, heimtückisch in den kleinsten Teilen ihres mütterlichen Urstoffes, ihrer Materie, vernichtet, entsteht als Antimaterie eine gespaltene Masse fester, flüssiger und gasförmiger Spaltprodukte. Die Uranspaltmasse der 1300 Megawatt-Atomkraftwerke von 155 Tonnen verwandelt sich also beispielsweise in etwa 52 Tonnen feste Antimaterie und ebensoviele Tonnen flüssige und gasförmige Antimaterie. Die feste Antimaterie, zu der das Unterweltsmetall Plutonium gehört, kann noch immer nirgends auf der Erde unschädlich gelagert werden. Sie strahlt praktisch ewig nichts als Tod aus.

Nach dem Wald das Grundwasser

Da die Einatmung eines Milligramm-Partikelchens Plutonium bereits tödlich ist, reicht die Kernladung eines einzigen großen Atomkraftwerkes bereits zur vielfachen Tötung aller Menschen der Erde aus. Alle Lagerstätten dieser festen Antimaterie können auf die Dauer nicht verhindern, daß der Tod über die Verseuchung des Grundwassers und der aus diesem aufsteigenden Nebel mit der Zeit in den Wasserhaushalt und die Lufthülle der Erde dringt und mit dem aus dieser Lufthülle fallenden Regen auch den Mutterboden Erde lebensvernichtend macht.

Viel schneller geht dieser Vorgang aber bei den flüssigen und gasförmigen Spaltprodukten, der ewig tödlich bleibenden flüssigen und gasförmigen Antimaterie. Die flüssige Antimaterie gelangt während des Kernspaltungsvorganges aus den niemals dichten Hüllen der Hüllrohre der Brennstäbe in das Kühlmittel und wird mit dem Abwasser der Atomkraftwerke in den anliegenden Fluß geleitet.

Das derartig radioaktiv verseuchte Flußwasser verseucht das Grundwasser der angrenzenden Tiefebene und vom Mündungsgebiet her das Meer. Fische und andere Meerestiere werden krank und für die sie verzehrenden Tiere und Menschen tödlich.

Die bundesdeutsche Atomhölle

So gibt es in der Unterelbe keinen gesunden Fisch mehr. So sind die Husumer Krabben im letzten Jahr nur noch zu fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr am Leben geblieben und gefischt worden. So sterben die Seehunde an der nordfriesischen Küste aus. So zanken sich die EG-Staaten um die letzten Fischgründe der Nordsee und des Nordatlantiks.

Die Abwasserjauche der Riesenatomkraftwerke Esenshamm, Brunsbüttel, Stade und Geesthacht-Krümmel pendelt mit Flut und Ebbe durch den Hamburger Hafen und verseucht die Schiffe. Schlimmer als in der Meerenge der Scylla und Charybdis der Odyssee müssen alle Hamburg anlaufenden Schiffe die Todesstrahlung der atomaren Ungeheuer Brunsbüttel und Stade passieren, nachdem sie zuvor schon durch die von der Weser her kommende Abwasserjauche des Atomkraftwerkes Esenshamm geschwommen sind.

Diese Beispiele der bundesdeutschen Atomkraftwerkshölle mögen genügen, damit der Leser sich seine eigene Hölle in anderen Teilen Deutschlands ausmalen kann, wie sie uns die Atomkraftwerke allein schon mit ihren festen und flüssigen Antimaterie-Spaltstoffen bereiten.

Jeder Tag, den wir die Stillegung aller Atomkraftwerke unterlassen, treibt uns unabhängig von allen anderen Bemühungen dem atomaren Inferno einer nicht mehr beatembaren Lufthülle der Erde zu. Die Schnelligkeit der Ausbreitung des heutigen Waldsterbens belehrt uns über die Schnelligkeit des Nahens auch unseres derartigen Atomkrafttodes.

Das Waldsterben hat die räumliche Ausdehnung sowohl der Abluftfahnen und Abwasserläufe als auch der von diesen unabhängigen Strahlungsfelder der Atomenergieanlagen. Meine Quelle hierfür ist die Bund-Information Nr. 29 »Der sterbende Wald in Südwestdeutschland und Ostfrankreich« von Günther Reichelt (Bund-Verlagsgesellschaft, Freiburg).

Es sind heute ganz klar die entstandenen Strahlungsfelder zwischen den Atomkraftwerken erkennbar, wie sie als jahrelang gleich gebliebene Einflüsse der Atomkraftwerke alle anderen Einwirkungsarten wie Abwinde und Abwässer überdecken. Das Gebiet des Waldsterbens in Südwestdeutschland und in Ostfrankreich an den Atomwerken umfaßt ein Gebiet, in welchem nur »noch 2 bis 5 Prozent der Nadelbäume als gesund, hingegen 10 bis 20 Prozent als leicht, 60 bis 70 Prozent als kritisch geschädigt gelten müssen«.

Transport über die Luft

Günther Reichelt schreibt in seiner Broschüre: »Über Korrelationsanalysen ließ sich ermitteln, daß dem Nadelwaldsterben Umweltfaktoren zugrunde liegen müssen. Weil sich die räumlichen Schadensmuster weitgehend mit dem Verteilungsmuster winterlicher Stauerscheinungen in den Höhen des Schwarzwaldes, der Alb und an den dazwischenliegenden Schichtstufen sowie in Muldenlagen mit Verweildauer eingeflossener Kaltluft und Nebelbildung decken, durfte der Schluß gezogen werden, daß die Schadensursache Stoffe sind, deren Transport über die Luft erfolgt. Der Befund aus den Muldenlagen führte zugleich zu dem Schluß, daß die Ausbildung der Schäden nicht allein mit den vertikalen Niederschlägen (›saurer Regen‹) und den horizontalen Niederschlägen (Wolkennebel, Strahlungsnebel) erklärbar ist, sondern, daß eine trockene Deposition, ein Transport über den gasförmigen Luftkörper vorausgesetzt werden muß.«

»Im gesamten Untersuchungsgebiet« von Reichelt »gibt es keine gesunden Wälder mehr. Auch in keiner einzigen der über 1000 Aufnahmen fanden sich mittlere Schadstufenwerte unter 1,0. Allerdings sind die Schäden regional beträchtlich differenziert.«

Diese Differenzierung ermöglicht die Erkennung der Windstreifen und Strahlungssprünge, die von den Atomkraftwerken ausgehen. Die Zahl der Zonen und Beziehungen ist so groß, daß ein zufälliges Zusammentreffen nicht kausal verknüpfter Zusammenhänge ausgeschlossen werden kann.

Reichelts Karte des Waldsterbens an den Atomkraftwerken zeigt im ganzen die Lage der begutachteten Waldgebiete Südwestdeutschlands und Ostfrankreichs innerhalb eines riesigen Strahlungsfeldes zwischen den Strahlungsfeldern Cattenom – Biblis und Biblis – Grafenrheinfeld in Norden von Nordwesten bis Nordosten und dem riesigen Winkel Fessenheim – Mühleberg – Grundremmingen im Süden, dessen östlicher Schenkel in seiner Strahlung durch die Atomkraftwerke Gösgen und Beznau verstärkt wird.

Innerhalb dieses Riesenstrahlungsfeldes liegt im Norden das Atomkrafterks-Viereck aus Philippsburg und Karlsruhe im Westen und Obrigheim und Nekkarwestheim im Osten. Dieses von dem Kraichgau mit Pfinzgau gebildete und vom Odenwald begrenzte Strahlungsviereck hat als besonderer Bestrahlungsraum innerhalb des Riesenstrahlungsfeldes Cattenom – Biblis – Grafenrheinfeld mit dem Winkel Fessenheim – Mühleberg – Grundremmingen auch die höchsten Schadstufen seiner Waldgebiete.

Nun auch die Laubwälder

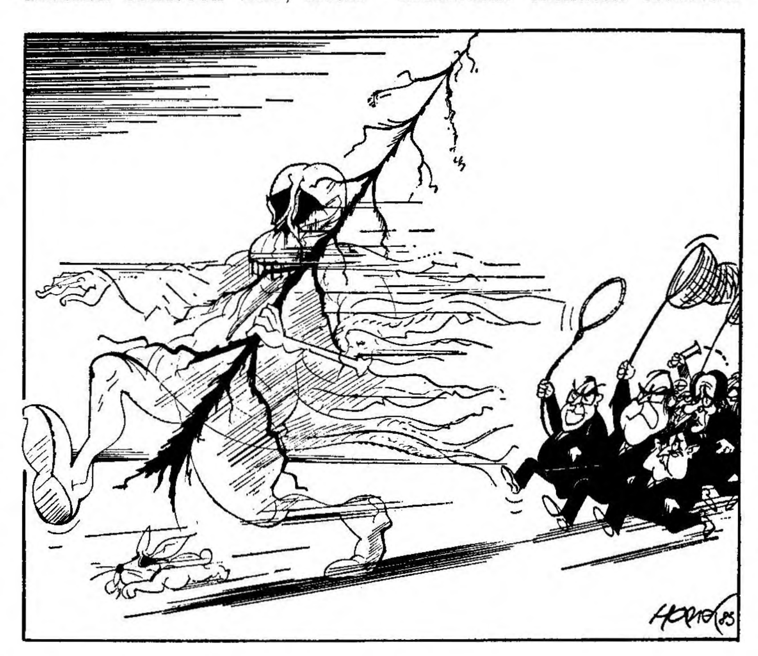
Das Strahlungsfeld Biblis – Grafenrheinfeld hat den von ihm überdeckten Wald des Spessarts und Unterfrankens bereits so stark geschädigt, daß nicht nur die Nadel-, sondern auch die Laubbäume sterben, die durch ihr jährliches Abstoßen verseuchten Laubes an und für sich bessere Überlebenschancen haben als Nadelwälder. So sind in diesem Teil Nordbayerns und des Spessarts nicht nur alle Fichten, sondern bereits auch alle Buchen erkrankt, und das schon in dem Strahlungsfeld zwischen dem mit zwei 1300 Megawatt-Blöcken betriebenen Biblis und dem 1300 Megawatt-Atomkraftwerk Grafenrheinfeld.

Schlimmer muß es deshalb noch in dem anderen Strahlungsfeld Cattenom–Biblis über das Saarland und das Nordpfälzer Bergland hinweg aussehen, da Cattenom mit vier 1300 Megawatt-Blöcken betrieben wird, dieser westliche Teil Cattenom–Biblis der nördlichen Strahlungspollinie Cattenom–Biblis–Grafenrheinfeld also von sechs 1300 Megawatt-Atomkraftwerksblöcken überstrahlt wird, der östliche Teil Biblis–Grafenrheinfeld dagegen nur von drei:

Bevor der Atomgigant Cattenom in Betrieb kam, war das Saargebiet noch gesund. Es hatte die niedrigste Säuglingssterblichkeit unter allen Ländern der Bundesrepublik. Die Säuglingssterblichkeit ist nach Professor Ernest Sternglass, USA, der sicherste Gradmesser für die Atomverseuchung eines Lebensbereiches.

Über die Schäden im Pfälzer Wald schreibt Günther Reichelt, »daß der Umfang des Waldsterbens im Pfälzer Wald bedrohlich ist. Nochmals sei betont, daß sich die Schäden auch auf Waldkiefer, Douglasie und Rotbuche ausgedehnt haben. Letztere zeigten im Mai 1983 nicht nur durchweg hohen Befall mit Gallen von Mikiola fagi und Blattminierern, sondern häufig absterbende Blattränder ohne erkennbare Ursache.«

Die aus der genauen Beobachtung der Waldbestände erwachsene forstwissenschaftlich exakte Feststellung der unterschiedlichen Sterbensbereiche der Wälder, zur genauen Unterschiedsbeurteilung vorerst auf die Fichten beschränkt, sind eigentlich mit den unterschiedlichen Schädigungsbereichen der Atomkraftwerke identisch erwiesen.



Die Wirkungsbereiche des durch die Atomenergie entfesselten Atomkrafttodes sind die Todesbereiche unserer Wälder. Und diese Todesbereiche der Wälder sind auch diejenigen von uns Menschen und diejenigen allen Lebens der Erde. Jede Atomenergieentfesselung bringt also nichts als Tod, oder, wie es Einstein gelehrt hat: die Atomenergie kann immer nur zur Zerstörung dienen. Damit ist dieser Satz Einsteins nach wie vor als der modernste Stand unserer Wissenschaft und Technik erwiesen.

Größtes Verbrechen der Menschheit

Damit ist jegliche Nutzung der Atomenergie zu wirtschaftlichen Zwecken als eine verruchte Bereicherung auf Kosten einer unübersehbaren Zahl von Menschenleben und auf Kosten allen Lebens der Erde erwiesen, also als Völkermord größten Stils mit dem Tatmotiv des Raubmordes und mit den Tatbestandsmerkmalen der Brunnenvergiftung, sind doch die von den gasförmigen, flüssigen und festen Spaltprodukten der Atomenergieentfesselung verseuchte Lufthülle wie der Wasserhaushalt wie der Mutterboden unserer Erde der große Lebensborn, aus welchem wir mit allen Lebewesen der Erde zwangsläufig und unentrinnbar atmen, trinken und Nahrung finden müssen.

Das sichtbare mit rasanter Geschwindigkeit fortschreitende Waldsterben dürfte den Nachweis des mit der Atomenergieentfesselung begangenen größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte erbracht haben. Niemand kann sich mehr dieser Erkenntnis entziehen.

Sittlich ist damit als der modernste Stand unserer Wissenschaft und Technik die Erkenntnis des Seniors der deutschen Wissenschaft, des Professors und Vaters der Weltraumfahrt, Hermann Oberth, erwiesen, den dieser schon mitten im Zweiten Weltkrieg in hoher Verantwortung für alles Leben auf unserem blühenden Planeten Erde in die Worte gekleidet hat: »Wir können in der Atomentwicklung nicht weitermachen. Wir sind auf Gott gestoßen.«

Wir sind in der Tat auf die Heiligkeit des fünften und siebten Gebotes Gottes gestoßen, der Gebote, die jegliche die Mitmenschen um die Sicherheit und Erfüllung ihres Lebens bestehlende Bereicherung um Macht oder Geld als schlimmste ruchlose Tat verdammen und diese gegen alles Leben der Erde gerichtete Tat für den zum Ebenbilde Gottes berufenen, zum Nocheinmaldenken des großen Gedankens der Schöpfung befähigten Menschen mit der Todesstrafe belegen. Dieses den Raubmord an allem Leben der Erde verfluchende Schöpfungsgesetz kann kein irdischer Richter unwirksam machen. □

Ernst Jäckel hat seine Arbeiten über die Zusammenhänge von Waldsterben und Atomkraftwerken in verschiedenen Dokumentationen ausführlichst dargestellt. Gegen einen Unkostenbeitrag erhalten Sie diese Schriften direkt von ihm zugeschickt: Ernst Jäckel, D–2392 Glücksburg.

Feuer des Lebens

Das Elektromagnetische Erdfeld

Josef Oberbach

Vor rund 7000 Jahren wußten bereits Menschen am Himalaja aufgrund von Beobachtungen der Natur und Erfahrungen um die Lebens-Energie. Ob die tibetischen Buddhisten aus Überlieferungen jener alten Weisen deshalb den Himalaja mit »Göttin-Mutter der Erde« ansprechen hinsichtlich dieser Ernährungs-Energie? Es wäre treffend.

Es ist das Gebiet der Erde, in dem die Ur-Energiekräfte seit dem »Ur-Knall« als Schöpfungsakt sich ständig präsentieren. Wo an dem sogenannten »Gipfel über den Ozeanen«, am höchsten Berg unseres Planeten, die stärksten Erdbeben die Gewalt der atomaren Urkraft demonstrieren – 1934 forderte sie mehr als 10 000 Menschenleben als Opfergabe in Nepal und Bihar –. Wo in 8848 Meter Höhe der Jetstrom seine Schneefahne über das fruchtbare Schwemmland des Ganges, Indus und des Brahmaputra wehen läßt.

Alles besteht aus Strahlung

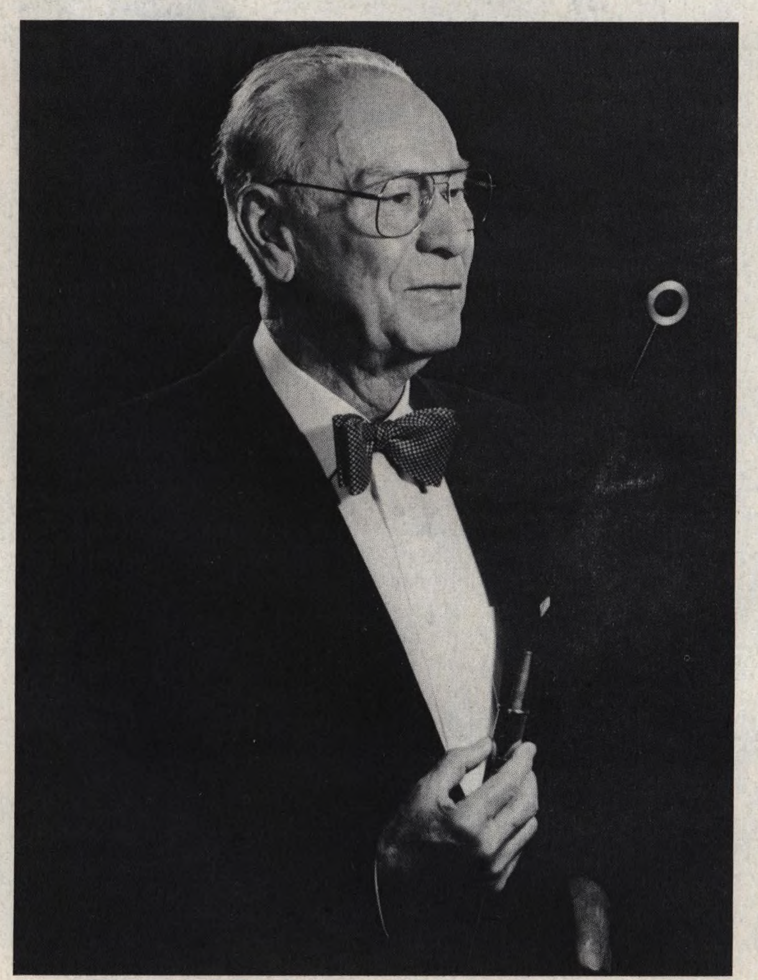
Im ältesten medizinischen Lehrbuch der Welt und Geheimschriften aus jener Zeit wird immer wieder von dieser kosmischen Lebens-Energie gesprochen. Man nannte sie »Prana«.

Der »Prana« ist der Ursprung jeglicher Kraft für jegliches Leben. Er ist der »Große Atem«, die unendliche Macht, die kein stoffliches Hindernis kennt. Wenn der Nobelpreisträger Max Planck sagt: »Tatsächlich gibt es überhaupt keine Materie«, denn alles besteht aus Strahlung, so bestätigt er heute im Atomzeitalter diese alten fernöstlichen Erkenntnisse, daß alles in der Welt aus Energie geformt ist und durch Energie lebt.

Es ist nicht auszuschließen, daß man damals schon von Höhenstrahlungen und von der Existenz des »Elektrischen Erdfeldes« und des »Magnetischen Kraftfeldes der Erde« gewußt hat. Wir wissen erst von der Existenz der Höhenstrahlungen seit 1913, die V. F. Hess entdeckte und als sehr energiereiche Teilchenstrahlung erkannte. Diese von der Sonne auf die Erde einfallende Ultrastrahlung hat eine gnadenlose Durchdringungskraft. Man hat sie noch unter einer 100 Meter tiefen Wasserschicht und in Bergwerken nachgewiesen.

Und noch später wurde erst in den fünfziger Jahren das »Elektromagnetische Erdfeld« entdeckt, und zwar bis heute lediglich seine Existenz und nicht seine Struktur. Geophysiker stellten dann auch fest, daß das Elektromagnetische Erdfeld eine Wellenstrahlung von 10 Hertz hat. Das ist die Frequenz, die wir im menschlichen Organismus als eine besonders günstige Wirkungs-Frequenz wiederfinden.

Ich stelle die Behauptung auf, daß die »Vital-Energie-Planen« über Leben und Tod entscheiden. Es ist wissenschaftlich bewiesen, daß ein hohes elektrisches Gleichfeld, wie es in Höhen von 1000 bis 1500 Meter und über dem Meer die Norm ist, sich günstig auf die Körperfunktionen auswirkt. Es ist statistisch nachgewiesen, daß in diesem Energiebereich Infektionskrankheiten gering sind.



Josef Oberbach: »Tatsächlich gibt es überhaupt keine Materie, denn alles besteht aus Strahlung.«

Mensch und kosmische Energie sind synchron

Wissenschaftliche Forschungsergebnisse haben gezeigt, daß ein niedriges elektrisches Gleichfeld mit einer hohen Krankheitsanfälligkeit gekuppelt ist, die sich in Kreislaufstörungen, Herzinsuffizienz, physischen und psychischen Schwächeanfällen unter anderem äußert. Dr. R. Wever vom Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie hat Experimente durchgeführt, um biorhythmische Beziehungen zwischen dem elektromagnetischen Feld und dem Menschen zu ermitteln. Er fand heraus, daß diese Systeme, der Mensch und die kosmische Energie, synchron arbeiten.

Wer sich intensiver mit diesbezüglicher Lektüre beschäftigt, dem wird klar, wieviele Lücken und Unklarheiten unser Wissen darüber noch aufweist. Mir kamen viele Ergebnisberichte nur wie Schlagzeilen der Bildzeitung vor, weil Ursachen und die Energieprobleme ausgeklammert bleiben. Da ich mich auf eine wissenschaftliche Einbahnstraße geleitet fühlte, verließ ich diesen Weg, auf dem man sich ja so sicher bewegen kann, ohne irgendwie gefährdet zu sein.

Weil bekanntlich der »Zweck die Mittel heiligt«, griff ich zu Rute und Biotensor, um auf radiästhetischem Weg eine Lösung verschiedener Rätsel zu finden.

Das »Elektromagnetische Erdfeld« ist ein Bestandteil dieser »Vital-Energie-Planen«. Das geoelektrische Feld und das magnetische Erdfeld sind getrennte Systeme und bilden zusammen betrachtet das »Elektromagnetische-Feld«. Obschon sie zusammen gehören, sind sie leicht voneinander zu unterscheiden und entsprechend meßbar.

Greifen wir zurück auf unsere physikalischen Kenntnisse. In der praktischen Physik nützt man die Elektrizität aus, um ein Magnetfeld zu erzeugen (Elektromagnet). Es ist die Umwandlung von elektrischer Energie in mechanische Energie. Andererseits benutzt man den Magneten, um Elektrizität zu erzeugen (Dynamo). Es findet eine Umwandlung von mechanischer Energie in elektrische Energie statt.

Das »Elektromagnetische Feld« wirkt genauso als Dualität auf den Menschen ein. Er hat die Elektrizität nötig und er bedarf der magnetischen Energie.

Die »magnetische Verzerrung«

Die Stärke der magnetischen Energie wird in »Gaußstärke« ausgedrückt, die beim magnetischen Erdfeld bis zu 0,7 Gauß beträgt. Ist die Gaußstärke an den beiden Polen unterschiedlich, so spricht man von einem unbalancierten Kraftfeld, von einer magnetischen Verzerrung.

Solche Verzerrungen des geomagnetischen Feldes übernimmt nach dem holographischen Prinzip der menschliche Körper.

Auf dem II. Internationalen Kongreß für Psychotronische Forschung in Monte Carlo 1975 stellte der Kanadier Dr. L. Bodgener fest: »Bis zur Erstellung eines unbalancierten magnetischen Feldes war es unmöglich, das Vorhandensein einer magnetischen Verzerrung festzustellen. Mit dem elektromagnetischen Apparat von Gordon und Brown wurde dies möglich und man stellte fest, daß eine magnetische Verzerrung im Körper stets einen Schmerz auslöste.«

Ich fand diese Situation immer wieder vor bei Ohrensausen. Zum Beispiel stellen sich diese Geräusche im Innenohr – als Singen, Rauschen, Dröhnen, Sausen allgemein bekannt – nur dann ein, wenn eine magnetische Verzerrung im elektro-magnetischen Erdfeld eine Balanceverzerrung im Kopf ausgelöst hat. Die Polungen der elektro-magnetischen Kopfachse sind jederzeit radiästhetisch meßbar. Hierbei äußert sich der Schmerz als störendes, unangenehmes Ohrensausen.

Aus diesen radiästhetischen Beobachtungen sollte der Arzt seine Rückschlüsse ziehen. Da diese Symptome die Folge einer unbeeinflußbaren kosmischen Energie-Störung sind, die einige Stunden bis zu wenigen Tagen anhalten kann, lassen sie sich nicht wie eine organische Krankheit mit üblichen Medikamenten behandeln.

Das Rauschen hört auf beziehungsweise stellt sich gar nicht ein, sobald der Tonus des Plus-Pols (Energiestärke des Plus-Pols, der mitten zwischen den Augenbrauen liegt) auf 6/7 = 6000 Angströmeinheiten angestiegen ist. Je mehr dieses Tonus von 6/7 bis zum 2/7-Wert absinkt, desto stärker werden die Ohrgeräusche. Bei 1/7 bis 0/7 spricht der Patient dies mit »Dröhnen« an. Dies wurde mir immer wieder von meinen Kontrollpersonen bestätigt. Ich habe oft versucht, mit Magnetbehandlungen den Zustand zu bessern, was aber ohne Wirkung blieb.

Derartige gesundheitlichen Störeffekte sind bereits in alten fernösten Heilwissenschaften und Geheimlehren erwähnt. In der »Tsching Hi-Yeng-Cina-Wetterlehre« macht man dafür die »Kosmische Andromeda-Strahlung« verantwortlich. Man sagt, es sei eine Induktions-Strahlung, die auf den Menschen und auf das Wetter störend einwirkt.

Paracelsus hat sich ebenfalls intensiv damit beschäftigt und stellte ein »Polarisations-Medikament« her. Er beschreibt die Herstellung des »Lilium Paracelsi« wie folgt:

Ein astrales Medikament

»Antimon 4 Teile
Zinn 1 Teil
Kupfer 1 Teil
Diese Teile vermengen und schmelzen, dann pulvern und schließlich noch hinzugeben: 6 Teile Salpeter und 6 Teile Weinsteinsalz. Alles im Schmelztiegel stark erhitzen und wieder pulverisieren. Das Ganze mit 90 Prozent Alkohol (32 Teile) in einer Retorte auf dem Feuer destillieren und filtrieren.«

Paracelsus dokumentiert: »Ein astrales Medikament erster Ordnung.«

Erst in letzter Zeit ist eine noch weitgehend unbekannte Behandlungsmethode zur Anwendung gekommen, die »Magnetfeld-Therapie«. Dr. M. A. Persinger (NASA-Auftrag). Dr. R. Steiner, Dr. G. Weissenborn, Dr. O. Gleichmann, Dr. W. Kraus und Dr. W. Schwarz haben sich damit sehr intensiv beschäftigt.

Geophysiker haben in bezug auf das »Elektromagnetische Erdfeld« eine Wellenlängen-Strahlung von 10 Hertz festgestellt. Es handelt sich also um sinusförmige Wellen mit einer Wellenlänge von 30 000 km, das heißt jede einzelne Welle dieser Strahlung ist so lang. Dr. R. Wever vom Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie in Erding-Andechs hat den Nachweis erbracht, daß der menschliche Organismus abhängig ist vom elektromagnetischen Erdfeld und er auf alle Veränderungen prompt reagiert, wobei die 10-Hertz-Frequenz eine Rolle spielt. Vor allem ist das menschliche Gehirn Empfänger und Sender solcher Frequenzen.

Der Jenaer Professor Hans Berger hatte die Existenz von Gehirnwellen entdeckt und 1924 meßtechnisch nachgewiesen, wobei er entsprechend der verschiedenartigen psychischen Verfassung bereits Wellenfrequenzen unterscheiden konnte als »Betawellen« und »Alphawellen«.

Vom Menschen abstrahlende elektro-magnetische Wellen von 10-Hertz-Frequenz (»Alpha«-Wellen liegen im Bereich von 8 bis 13 Hertz) zeigen einen Gemütszustand an, was Worte wie: entspannt, passiv, aufnahmebereit, ruhig, tolerant, wohlig und heiter zum Ausdruck bringen.

Veränderungen nach und durch Ausschalten dieser Frequenz müssen sich also auswirken. In den letzten Jahren sind vor allem in den USA und in der UdSSR eine ganze Reihe von Untersuchungen durchgeführt und Ergebnisse zusammengetragen worden.

Bei Anhebung der Frequenz von 8 Hertz auf 13 Hertz des Alphawellenbereichs hin steigert sich der letargische Gemütszustand allmählich in ein Stadium der Aktivität, um beim Eintritt in den »Beta-Wellen-Bereich« von 14 bis 18 Hertz in den Zustand ausgesprochen intellektueller Prägung zu gelangen wie: logisch-denkend, dichterisch, forschend, grüblerisch, ungeduldig und zweiflerisch.

Unglück durch Gamma-Wellen

In der zweiten Stufe von 14 bis 35 Hertz erfolgt eine Steigerung bis zur Aggressivität.

Dagegen im Thetawellenbereich unter 8 Hertz bis herab zu 4 Hertz sinkt der Gemütsstatus, als: gleichgültig, nachlässig, übermüde und träge tiefer und tiefer in den Strudel der Zerfahrenheit, Leere und Angst.

Die darunter liegende Frequenz der Deltawelle von 4 Hertz bis zu einem halben Hertz zeigt sich als Schlaf bis zur krankhaften Schwäche.

Die Gamma-Wellen haben Frequenzen oberhalb von 35 Hertz bis 90 Hertz mit aggressiven bis tief unglücklich depressiven Gemütsanwandlungen.

Eine Abschwächung des Energie-Potentials im »Elektromagnetischen Erdfeld« ist sehr oft die Ursache für Kreislauf-Beschwerden und Asthma-Anfälle. Jeder Gefährdete und Empfindliche sollte Tage mit seinen schwierigen Gesundheits-Situationen in einem Tageskalender für seine Kontrolle registrieren. Bei Überprüfung nach Monaten wird er zu überraschenden Ergebnissen kommen.

Ab vier Tage vor und bei Vollmond und Neumond besteht außer anderem allmonatlich diese Gefahr. Wenn man aber weiß, daß der Vollmond oder Neumond dafür verantwortlich zu machen ist, wird jedem Gefährdeten die übertriebene Besorgnis genommen. Die Angst vor dem Unbekannten (Zeit und Stärke des Anfalls) beschwört erst eine dramatische Situation herauf. Über die Nerven und Psyche nähert sich die eigentliche Gefahr.

Wir wissen auch, daß nicht in jedem Monat der Mond sich so häßlich verhält wie zur Vollmondzeit im August 1974 und vom 25. August bis zum 2. September 1977, als die einen nur mit unbeschreiblicher Müdigkeit, die anderen aber mit erheblichen Kreislaufbeschwerden bis zum Kollaps und EKG-Geräte in den Praxen mit Streik reagierten.

In solchen Situationen sollten Sie zur sicheren Selbsthilfe greifen, aber ohne Pillen, weil diese gegen kosmische Störungen nicht helfen. Nehmen Sie zum Beispiel ein Elektro-Akupunktur-Gerät zur Hand, und in drei Minuten sind sie wieder außer Gefahr und topfit! □

Endlich biologisch denken

Alfred Vogel

Biologie ist die Lehre von der Gesetzmäßigkeit alles Lebenden. Stellt sich dieser Gesetzmäßigkeit viel Feindliches gegenüber, dann nimmt diese ganz einfach den Kampf damit auf, um am Leben bleiben zu können. Dieses Bestreben erstreckt sich auf alle Lebensformen. Sieht sich das Leben zerstörenden Angriffen gegenüber, dann begegnet es mit Gegenmaßnahmen in Form einer Abwehr. So kommt es, daß weder Pflanzen, Tiere noch wir Menschen dazu neigen, sich kampflos einer Vernichtung oder dem Tod zu ergeben. Die tiefere Ursache dieser Einstellung liegt schon in jeder einzelnen Zelle begründet, bestätigt sich in ihr doch eine innenwohnende Abwehr- und Regenerationskraft.

Am deutlichsten zeigt sich dies im Kampf gegen Bazillen, gegen Viren und Parasiten. Wiederholte Erfahrung läßt uns aber dabei erkennen, daß jedes Kampfmittel mit der Zeit seine Wirksamkeit verliert. Dies betrifft sowohl pflanzliche als auch chemische Mittel und Serumgifte. Der Grund liegt in der Tatsache, daß alle Mikroorganismen dem Selbsterhaltungstrieb entsprechen, indem sie sich wehren und sich den Umständen anpassen.

Äußerungen körperlicher Abwehrfähigkeit

Noch ist das biologische Gesetz dieses Selbsterhaltungstriebes nicht völlig erforscht, was jedoch seine Wirksamkeit nicht beeinträchtigt. Immer wieder können wir beobachten, daß sich, wenn irgendeine Lebensform angegriffen wird, Widerstandskräfte entwickeln und eine gewisse Immunität sich zu entfalten beginnt. Das ist der Grund, warum die Kampfmittel, die als Insektizide, Fungizide und Pestizide zuerst erfolgreich waren, nachlassen und von Zeit zu Zeit Verstärkung oder eine andere Zusammensetzung benötigen, um gegen die verbesserten Abwehrmaßnahmen der Mikroorganismen erneut eingesetzt werden zu können.

Alle lebenden Zellen der Pflanzen, der Tiere oder des menschlichen Körpers, wehren sich, um nicht sterben zu müssen. Sie entwickeln deshalb wirksame, oft erfolgreiche, ja sogar bewundernswürdige Maßnahmen, um Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist deshalb von Biologen, Pharmakologen und Ärzten kurzsichtig, wenn sie diese kraftvolle Lebensäußerung übersehen oder einfach nicht wahrhaben wollen.

Wie vereinfacht würde doch die Behandlungsweise von Tier und Mensch durch Berücksichtigung der körperlichen Abwehrfähigkeit. Diese äußert sich bekanntlich durch Fieber, Ausschläge, Schweißausbrüche, durch Erbrechen, Durchfall und andere Reaktionen. Leider ist es zur Gewohnheit geworden, all diese Äußerungen bereits als Krankheitserscheinungen statt nur als körpereigene Abwehrmaßnahmen zu sehen und sie wegen einer verkehrten Schlußfolgerung energisch zu bekämpfen.

Verkennen biologischer Gesetze

Greift man zur rein symptomatischen Behandlungsweise, indem man der Selbsthilfe des Körpers in die Arme fällt, wird zu seinem Nachteil entschieden. Der Körper ist nun einmal so ausgerüstet, daß er zur Selbstheilung greifen kann. Wenn man ihn dabei nicht stört, sondern in seinen lebenswichtigen Bemühungen unterstützt. Wenn man die erwähnten Körperreaktionen jedoch falsch beurteilt, dann trägt man zur Schädigung des Zustandes bei, weil man die Hilfeleistung des Körpers durch starke Mittel unterbindet.

Als bedenkliche Folge treten dadurch die iatrogenen Krankheitsformen in Erscheinung. Statt eine Heilung zu erlangen, trägt man zur Verschlimmerung des Krankheitszustandes bei, und man kann damit sogar den Weg zum Tode bereiten. Leider fallen dem Irrtum, der sich im Verkennen biologischer Gesetze und Abwehrreaktionen äußert, jährlich Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen von Menschen zum Opfer. Das sollte eigentlich Beweis genug sein, daß es sich um eine verkehrte Auffassung handelt, wenn man die biologische Gesetzmäßigkeit im Kampf gegen Krankheiten verkennt. Durch falsches Vorgehen stört man das biologische Gleichgewicht und erzeugt einen Teufelskreis, aus dem man schwer wieder herausfinden kann.

Das heutige Dilemma auf sämtlichen Lebensgebieten hängt mit der irrtümlichen Auffassung zusammen, daß keine regenerierende Kraft der Natur bestehe und sich wirksam erweisen könne, um trotz ernstlicher Lage Abhilfe zu schaffen. Wer sich heute mit dem Gesundheitswesen befaßt, fußt in der Regel leider meist auf jenen beschränkten Schlußfolgerungen, die dem folgerichtigen Geschehen natürlicher Hilfsmöglichkeiten zu wenig Beachtung schenken.

Forscher und Ärzte, Gesundheitsbehörden und Verantwortliche der pharmazeutisch-chemischen Industrie belächeln höchstens die in uns wohnende Abwehr- und Regenerationskraft, muten ihr aber keine erfolgreichen Ergebnisse zu. Unterstützt werden sie von den Forderungen unserer Zeit, die nicht schnell genug zum Ziele gelangen können, weshalb sie weder Einsicht noch Geduld aufbringt, um natürliche Hilfskräfte wirksam walten zu lassen, wie dies früher der Fall war.

Kein Wunder, wenn deshalb viele bewährte Naturheilmethoden, einschließlich physikalisch-therapeutischem Erfahrungsgut, als überholt und altmodisch abgetan werden. Aber gerade dieses fal-



Wasser wirkt Wunder. Das Wissen um solche biologischen Vorgänge wird immer noch verkannt. (Foto: Marbert)

sche Vorgehen erhöht das Elend im oft aussichtslosen Kampf gegen Krankheiten bei Mensch, Tier und Pflanze.

Mißerfolge sollten belehren

Statt über Mißerfolge nachzudenken, kämpft man weiter gegen Symptome und Auswirkungen der Krankheiten mit den schärfsten Waffen. Dabei verpaßt man jedoch nur die Gelegenheit, die wahren Ursachen zu beseitigen. Statt die Natur in ihrer Heiltendenz und ihren Einrichtungen zur Selbsthilfe zu unterstützen, erdrosselt man sie mit Stahl und Strahl. Man begünstigt den operativen Weg und jenen der Bestrahlung, um gegen Krebsgeschwulste vorzugehen, übersieht aber die Hilfeleistung durch Einschaltung anticancerogener Einflüsse, Mittel und Therapien.

In doppeltem Sinn verlangt der geschwächte Organismus die Unterstützung seiner eigenen Regenerationskraft und Heiltendenz. Wie ein unheimlicher Würgengel der Menschheit kann sich gerade der Krebs auswirken, wenn man dem Körper nicht die richtigen Voraussetzungen zur Regeneration beschafft. Wenigstens nach operativer Beseitigung einer Geschwulst sollte man eine konsequente Therapie durchführen, denn die Geschwulst ist nur die Frucht der Krankheit, nicht der Baum, an dem sie wachsen konnte. Die tieferen Ursachen dieser schrecklichen Zivilisationskrankheit scheint in einem teilweisen Versagen des Blutes, der Lymphe und der Leber zu liegen. Es wäre deshalb logisch, alle Einflüsse und Stoffe, die krebsfördernd wirken, zu meiden, während man andererseits streng darauf bedacht sein sollte, alle Möglichkeiten, die gegen den Krebs steuern, einzuschalten.

Zu solch einer zweckmäßigen Therapie müssen wir unbedingt greifen, um eine Voraussetzung zu schaffen, die zur erfolgreichen Umstellung im Krankheitsgeschehen führen kann. Statt die innewohnenden Heilmöglichkeiten des Körpers zu mißachten, sollte man den folgerichtigen Vorgängen höchste Aufmerksamkeit zollen, denn auf diese Weise kann sich das natürliche Geschehen in uns gewissermaßen als Heilkünstler auswirken.

Die Unterstützung der Natur ist maßgebend bei jedem ärztlichen Hilfsbestreben sowie bei der Wahl der Mittel und der übrigen Therapien. Dies gilt für alle anderen Zivilisations- oder, besser gesagt, Wohlstandskrankheiten ebenso wie für den Krebs. Auch im Kampf gegen Bakterien, Viren und andere Feinde unseres Körpers muß diese Einsicht maßgebend sein. Unsere Leukozyten, Lymphozyten, Phagozyten und andere, noch nicht völlig erforschten Abwehrkräfte erweisen sich als schützende Polizeitruppe, die zum Angriff bereit sind. Wir dürfen sie auf keinen Fall schwächen, schädigen oder durch brutale Eingriffe kampfunfähig machen.

Leider scheint das Wissen solcher biologischer Vorgänge in unserem Körper unter Ärzten und Forschern auf zu starke Ablehnung zu stoßen, um entsprechend erkannt und verstanden zu werden. Es mag sein, daß sie durch das System, dem sie verbunden und zu sehr verpflichtet sind, nicht in der Lage sind, nach innerer Erkenntnis zu handeln. Ein Durchbruch einsichtiger Elemente stellt sich in der Regel erst nach einer Katastrophe ein. Die Lage ist für viele kritisch. Selbst der Landarzt darf die Gunst der Gesundheitsbehörden nicht aufs Spiel setzen.

Es ist, wie auf anderen Lebensgebieten, ein Seilziehen um Sein und Nichtsein, indem man sich gewissermaßen unbewußt wie von einer überirdischen Macht der Zerstörung stoßen läßt. Wie könnte sonst geschehen, was heute geschieht, indem man gutheißt, was vernichtend wirkt? □

Dr. Alfred Vogel, Naturarzt aus der Schweiz, wurde für seine Verdienste und Leistungen in der Naturheilkunde und Phytotherapie mit der Priesnitz-Medaille geehrt. Der 80jährige hat sein Wissen in einem neuen Buch zusammengefaßt: »Die Natur als biologischer Wegweiser«. Das Buch ist erhältlich über die Verlagsauslieferung A. Vogel, Postfach 5005, D-7750 Konstanz 12.

Blei im Blut

Der englische Wissenschaftler A. G. Schaper fand heraus, daß Menschen, die rauchen und Alkohol trinken, erheblich mehr Blei in ihrem Körper aufnehmen als Nichtraucher. Erklärt wird dieses Ergebnis einmal mit dem hohen Bleigehalt im Zigarettenrauch. Wird obendrein noch Alkohol getrunken, ist die Leber nicht in der Lage, die angeschwemmten Schadstoffe zu entgiften. □

Alkohol macht Zuckerkranke blind

Eine der gefürchteten Komplikationen bei der Zuckerkrankheit ist die sogenannte Retinopathie, ein Augenleiden, das unter Umständen zur Erblindung führen kann. Wie der schottische Wissenschaftler Dr. R. J. Young und seine Mitarbeiter aus Edinburgh in einer fünfjährigen Untersuchung herausfanden, scheint Alkohol bei dieser Augenkrankheit eine große Rolle zu spielen. Es zeigt sich nämlich, daß Zuckerkranke, die regelmäßig viel Alkohol tranken, dreimal so häufig von der gefährlichen Netzhaut-Erkrankung befallen wurden wie Diabetiker, die nie oder nur selten zum Glas griffen. Um der Retinopathie wirksam vorzubeugen, sollten Zuckerkranke also möglichst auf Alkohol verzichten. □

Nierensteine durch Zucker

Wissenschaftler der Universitätsklinik Manchester in England sind aufgrund einer Untersuchung der Meinung, daß ein hoher Zuckerkonsum das Entstehen von Nierensteinen begünstigt. Zucker erhöhe nämlich die Aufnahme von Kalzium über den Darm, was wiederum zu einer erhöhten Kalziumausscheidung über die Nieren führt. Insulin, jenes Hormon, das in erster Linie den Zuckerstoffwechsel regelt, scheint bei diesen Prozessen nach Auffassung der britischen Wissenschaftler eine zentrale Rolle zu spielen. Jedenfalls stellten sie fest, daß der Zuckerstoffwechsel bei Nierensteinträgern häufig gestört ist. □

Kaugummi gegen Karies

Galt bei den Zahnärzten das Kauen zuckerhaltiger Kaugummis bisher als schädliche, da kariesfördernde Unsitte, könnte die Zukunft für leidenschaftliche Kaugummi-Spezialisten rosiger aussehen.

Die deutschen Wissenschaftler Erich Schuh und Andreas Lembke testeten einen Kaugummi bei Kindern, der gerade der Bildung von Karies entgegenwirken soll. Dieser Kaugummi enthält zwei Enzyme, LDH (Laktat-Dehydrogenase) und β-Fruktosidase, die verhindern, daß die kariesbildenden Bakterien aus Zucker eine Art Leim herstellen können. Fehlt den Bakterien dieser »Leim«, so haben sie keine Möglichkeit, sich an den Zähnen festzusetzen. Sie bleiben wirkungslos.

Die deutschen Wissenschaftler erzielten mit ihrem »Antikaries-Kaugummi« jedenfalls beachtliche Erfolge bei den untersuchten Kindern: Die Karieshäufigkeit sank, der Spaß am Kauen war ungetrübt. □



Sonne ist schön, aber wer sich ihr ungeschützt aussetzt, lernt durch einen Sonnenbrand ihre Schattenseiten kennen. Deshalb Vorsicht. Das altbewährte Sonnenschutzmittel Tschamba-Fii hilft und lindert Sonnenschäden.

Mehr Pflanzennahrung, weniger Herzinfarkte

Herzinfarkte treten in China wesentlich seltener auf als in westlichen Ländern. Wissenschaftler der Universität Heidelberg und der Medizinischen Hochschule in Wuhan (China) haben jetzt in einer gemeinsamen Feldstudie eine Erklärung für dieses Phänomen gefunden. Die Cholesterinspiegel der untersuchten Chinesen sind, verglichen mit den deutschen Testpersonen, wesentlich niedriger. Grund dafür ist nach Meinung der Mediziner die gesündere chinesische Ernährung. Der Verzehr vegetarischer Nahrung mit einem hohen Anteil an Kohlenhydraten und pflanzlichen Fetten hält den Cholesterinspiegel so niedrig, daß Herzinfarkte und Arteriosklerose nur äußerst selten vorkommen. □

Epileptische Anfälle durch Alkohol

In einer großen Untersuchung an der Universitätsklinik Frankfurt am Main stellten Professor E. Schneider und seine Mitarbeiter fest, daß Alkohol häufig der Auslöser für epileptische Anfälle ist. So war bei 20 Prozent der Epilepsiekranken, die in einem Zeitraum von vier Jahren in der Universitätsklinik Frankfurt stationär behandelt wurden, Alkohol mit im Spiel. Damit erwies sich Alkohol nach den Hirntumoren als die häufigste Anfallursache bei Patienten nach dem 20. Lebensjahr.

Dabei kann es sowohl anläßlich eines Entzugs von Alkohol als auch unmittelbar nach oder während des Trinkens zu epileptischen Anfällen kommen, zumal Alkoholeinfluß oft kombiniert ist mit Schlafentzug, was wiederum die Anfalls-Wahrscheinlichkeit steigert. Auch bei den sogenannten vererbten Anfallsleiden diente der Alkohol in vielen Fällen als auslösendes Moment für Krampfanfälle. □



Mit Hilfe der vollwertigen Eiweiß-Diät »Regulin«, die sich ideal mit Obst und Gemüse der Saison kombinieren läßt, nehmen die Teilnehmer in drei Tagen bis zu vier Pfund ab. Die Eiweiß-Diät Regulin gibt es in Apotheken.

Pflaster gegen Bluthochdruck

Was für viele Patienten mit einer Herzkranzgefäß-Erkrankung bereits Alltag geworden ist, nämlich die Behandlung ihrer Beschwerden mittels eines Hautpflasters, das einen Wirkstoff gegen die gefürchteten Angina-pectoris-Anfälle enthält, läßt jetzt auch Bluthochdruckkranke hoffen.

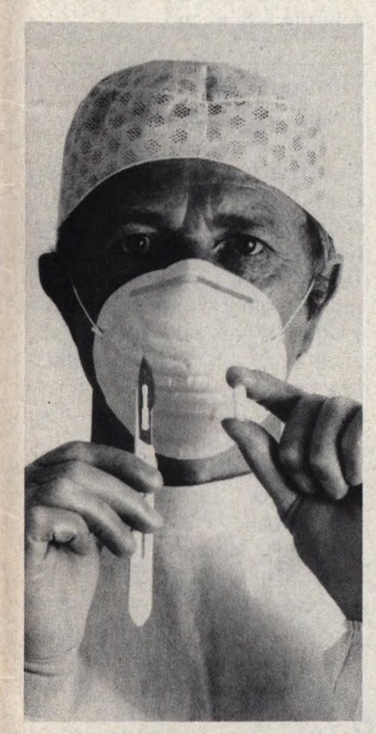
Diese sogenannten transdermalen therapeutischen Systeme, die ein Medikament durch die Haut in den Körper abgeben, haben den Vorteil, daß die Wirkspiegel des Medikaments im Blut über den ganzen Tag verteilt annähernd gleichbleiben. Nimmt man dagegen das gleiche Medikament als Tablette ein, werden davon zunächst hohe Konzentrationen im Blut angeschwemmt, die danach rasch wieder abfallen, was den Erfolg der Behandlung stark einschränkt.

Professor M. A. Weber und seine Mitarbeiter in Kalifornien prüften jetzt die Wirksamkeit eines Hautpflasters, das das Medikament Clonidin (bisher als Tablette oder Spritze im Handel) enthält, an 20 Hochdruckkranken. Dabei konnten sie bestätigen, daß es mit Hilfe dieses Clonidin-Pflasters zu einer gleichbleibenden Blutdrucksenkung kam, die nur mit geringen Nebenwirkungen belastet war. Obendrein hat dieses Pflaster den Vorteil, daß es nur einmal wöchentlich auf die Haut aufgetragen werden muß.

Es wäre im Interesse der vielen Hochdruckkranken zu wünschen, daß dieses »Hochdruck-Pflaster« möglichst bald auf den Markt kommt. □



Dieser Extensor hilft Kreuzlahmen. Mit diesem Gerät ist erstmals eine Selbsttherapie der gesamten Wirbelsäule möglich geworden. Die Extensor-Behandlung hilft auch bei Kopfschmerzen und Durchblutungsstörungen. (Bammert-Medizintechnik, D-7741 Vöhrenbach.)



Bei der Entfernung von Cholesterin-Gallensteinen bietet die medikamentöse Auflösung heute eine wirksame Alternative zur Operation. Die Hälfte aller Gallensteinträger kann auf diese Weise eine Operation vermeiden.

Salz ist Gift

Wer hohen Blutdruck hat, sollte salzreiche Speisen möglichst meiden. Zwar ist mittlerweile weithin bekannt, daß unser durchschnittlicher Salzkonsum weit über der erforderlichen Menge liegt, dennoch hat sich selbst bei Bluthochdruckkranken die Erkenntnis noch nicht vollends durchgesetzt, daß eine Verminderung des täglichen Kochsalzverbrauchs tatsächlich den Blutdruck senken hilft.

Österreichische Wissenschaftler von der Universitätsklinik Innsbruck belegten jüngst in einer eindrucksvollen Untersuchung, daß bei Hochdruckkranken, die auf eine kochsalzarme Diät umgestellt wurden, die Blutdruckwerte deutlich abfielen. Medikamente, die zuvor gegen den Hochdruck hatten verordnet werden müssen, konnten entweder ganz weggelassen oder doch deutlich vermindert werden.

Die heftig umstrittene These, eine zusätzliche Steigerung der täglichen Kaliumzufuhr mit Kaliumsalz wirke noch weitergehend blutdrucksenkend als eine alleinige Einschränkung des Kochsalzverbrauchs, ließ sich allerdings nicht bestätigen. □

Impotent durch Haarwasser

Männer, deren Haupthaar schwindet, greifen in ihrer Not oftmals zu allen möglichen Präparaten und scheuen selbst vor dem Gebrauch medizinischer Haarwasser nicht zurück, auf deren Beipackzetteln die Anwendung bei Männern ausdrücklich untersagt wird, da sie das weibliche Sexualhormon Östrogen enthalten.

Wissenschaftler der Universitätsklinik Heidelberg berichten von mehreren Männern, die nach dem Gebrauch östrogenhaltiger Haarwasser noch ganz andere Sorgen bekamen als schütteren Haarwuchs: Sie wurden impotent und verloren jegliche Lust am Sex. Statt der Haare wuchsen ihnen weibliche Brüste, aus deren Brustwarzen Flüssigkeit hervortrat.

In den meisten Fällen bildeten sich glücklicherweise die »Nebenwirkungen« nach Absetzen der Haarwasser wieder zurück; ein Mann jedoch mußte sich seinen »weiblichen Busen« operativ entfernen lassen. □

Raucherinnen gebären kleinere Kinder

Aus früheren Untersuchungen weiß man, daß Raucherinnen leichtere und kleinere Kinder zur Welt bringen als Nichtraucherinnen. Häufig haben die Kinder ein Geburtsgewicht unter 2500 Gramm und gehören somit zur Gruppe der sogenannten Risikogeburten, deren Todesrate hoch ist.

Wie die amerikanischen Wissenschaftler Mary Sexton und J. Richard Hebel aus Maryland jetzt nachweisen konnten, sind die Neugeborenen von Raucherinnen, die wenigstens vor der 18. Schwangerschaftswoche das Rauchen einstellten, bereits deutlich schwerer und größer als die Säuglinge jener Mütter, die während der ganzen Schwangerschaft rauchten.

Da ein zu niedriges Geburtsgewicht aber – wie bereits erwähnt – das Risiko für das Kind deutlich vergrößert und möglicherweise auch die frühkindliche Entwicklung beeinträchtigen kann, muß allen Frauen eindringlich geraten werden, während einer Schwangerschaft das Rauchen einzustellen. □

Volkskrankheit

Was ist Lärm?

In Japan kann man neuerdings für Lärmbelästigung ins Kittchen wandern. In der DDR stellten Wissenschaftler soeben fest, daß regelmäßiger Disco-Besuch zu Lärmschwerhörigkeit führen kann. Der Pariser Arzt Dr. I. Larger warnte jetzt vor dem Walkman, dessen stetiger Lärm sogar Taubheit zur Folge haben könne. Eine finnische Studie verkündet: Bei Zahnärzten, die dem Lärm schnelllaufender Bohrer ausgesetzt seien, habe sich das Hörvermögen um das 5,6fache verschlechtert. Weltweit machen sich immer mehr ernstzunehmende Institutionen und Forscher Sorgen wegen der »Phonopollution«, der Umweltverschmutzung durch Lärm. In der Bundesrepublik ist die Lärmschwerhörigkeit gleichzeitig die Berufskrankheit Nr. 1. Von 948 Bittschriften, die dem Petitionsausschuß des Düsseldorfer Landtages zum Thema Umweltschutz vorgelegt wurden, betrafen 215 Klagen den Straßenlärm in Nordrhein-Westfalen.

Was ist aber eigentlich Lärm, wie kann man ihn bekämpfen, welches sind die gesundheitlichen Folgen, und wie lassen sich diese beheben? »Lärm«, so behauptet ein renommiertes Lexikon aus dem Jahr 1966, »ist lästig empfundener Schall«. So einfach liegen die Dinge jedoch heute leider nicht. Die Geräusche in einer Disco beispielsweise empfinden Jugendliche durchaus nicht lästig. Und doch handelt es sich bei dieser lauten Musik um Lärm.

Ohren kann man nicht schließen

In Großbritannien, dem Land, das den Beat erfand, warnten dieser Tage gleich vier staatliche unterstützte Organisationen, die durch Aufklärung gegen die Schwerhörigkeit ankämpfen, vor dem Disco-Lärm. Jährlich handeln sich 2000 bis 3000 der heute 13- bis 23jährigen Engländer eine spätere Schwerhörigkeit ein, meinte Harry Clapton, der Sprecher der Organisation.

Ob ein Schall gleichzeitig Lärm ist, hängt von der Lautstärke ab, aber zum Beispiel auch von der Dauer der Berieselung. Die Lautstärke wird in Dezibel (dB) gemessen. Bei null dB liegt die Hörschwelle, bei 120 dB (Flugzeugmotoren aus drei Meter Entfernung) empfinden wir Lärm bereits als körperlichen Schmerz. Aber selbst das Geräusch eines Staubsaugers (60 dB) können wir unter Umständen schon als Nervensäge einstufen. Verkehrslärm gar, bei dem sich die aufgenommenen Geräusche summieren, macht regelrecht krank.

Wer nachts bei offenem Fenster einem ständigen Verkehrsgebrumm ausgesetzt ist, wird bald unter nervöser Erschöpfung leiden, unter vegetativen Verdauungsstörungen und überhöhtem Blutdruck. Lärm wirkt auch dann auf unser vegetatives Nervensystem, wenn wir schlafen, denn: Ohren kann man nicht schließen wie Augen. Auch bei jahrelanger Einwirkung von Lärm in einer Fabrik (zum Beispiel bei 100 dB) kann man schwerhörig werden.

Aus all dem folgt, daß man Lärm vor seiner Entstehung bekämpfen muß. Zwar bemüht sich die Industrie darum, Geräte und Maschinen mit Schalldämpfung herzustellen, aber ein Preßlufthammer bleibt eben ein Preßlufthammer. Und immer neue Aggregate und Geräuschentwickler entstehen.

Vor 100 Jahren kannte man dieses Problem noch nicht: Im 24bändigen Meyers Konversationslexikon von 1890 ist das Wort Lärm nicht enthalten. Heute errichtet man an Autobahnen schallschluckende Mauern, baut in Wohnungen geräuschundurchlässige Scheiben ein oder trägt im Ohr sogenannte Lärmkiller (Kunststoffstöpsel) oder, am Flughafen zum Beispiel, Lärmschützer über den Ohren. Und doch ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach, daß 50 Prozent aller Bundesbürger unter zuviel Lärm leiden, wobei der Verkehrslärm (Autos, Flugzeuge) mit 69 Prozent an der Spitze steht.

Viele Menschen sind bereits durch ständigen Lärm hörgeschädigt, in der Bundesrepublik schätzen die Allensbacher Demoskopen die Zahl der schlecht hörenden Menschen auf rund 5,7 Millionen, also hat jeder zehnte Bürger Hörprobleme. Viele von ihnen wissen das allerdings selbst nicht. Erst wenn man beginnt, den Fernseher gegen den Willen der restlichen Familie ständig lauter zu stellen, wird man stutzig.

Das Deutsche Grüne Kreuz ließ vor einem Jahr bundesweit einen Hörtest bei 141 510 Mitbürgern durchführen. Diesen Test bestanden 56,3 Prozent nicht. »Das schlechte Gehör«, meint Professor Dr. Günther Stange, »ist ein Problem unserer Volksgesundheit, dem viele Stellen, insbesondere aber die Betroffenen selbst, nicht genügend Beachtung schenken.«

UMWELTGIFT LÄRM * Vergleichsschall	Lautstärke in Dezibel	Musiksprache**
Flugzeug (3 m entfernt)	120	
Kesselschmiede	110	
Motorräder	100	
Preßlufthammer	90	
Lautes Rufen	80	ff
Straßenbahn (3–15 m entfernt)	70	f
Staubsauger	60	
Umgangssprache	50	mf
Leiser Rundfunk	40	p
Straße ohne Verkehr	30	pp
Uhrticken	20	
Blätterrauschen	10	
Hörschwelle	0	

** pp = pianissimo, p = piano, mf = mezzo forte, f = forte, ff = fortissimo

Hörzellen ersetzen keine Sinnesorgane

Tatsächlich bleibt dem einmal Hörgeschädigten nur der Gang zum Ohrenarzt und zum Hörgeräte-Akustiker. Die Hörgeräte-Industrie hat in den letzten Jahren kleine Wunderwerke an Hörhilfen herausgebracht, die auch noch von den Krankenkassen finanziert werden. Von den Hinter-dem-Ohr-Geräten über die Hörbrille bis zu den Im-Ohr-Geräten schreitet die Miniaturisierung fort, die Hörhilfen sind kaum noch sichtbar. Sie verhelfen in der Bundesrepublik rund einer Million Menschen wieder zu besserem Hören. Und doch ist klar, daß auch die besten Geräte die einmal »ermüdeten« Hörzellen unserer beiden Sinnesorgane, denen wir das Hören verdanken, nicht vollgültig ersetzen können.

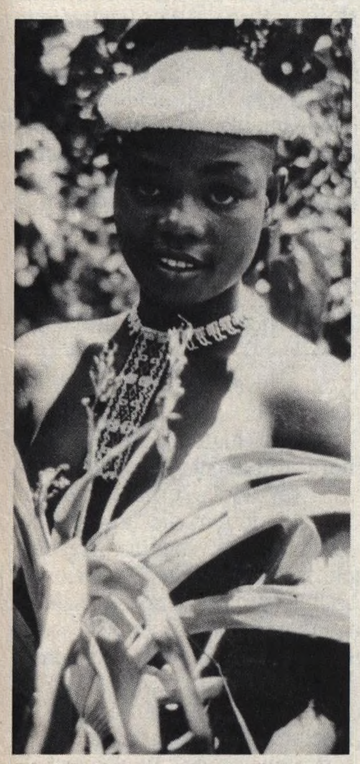
So bleibt es eine Forderung unserer Zeit, Lärm zu verhindern oder wenigstens alle menschlichen Ohren vor dem einmal entstandenen Lärm zu schützen. □

Naturheilmittel

Das Männerkraut der Busch-Medizin

Deutsche Hormonforscher haben eines der größten Geheimnisse afrikanischer Busch-Medizin entschlüsselt. Sie fanden heraus, auf welche Weise die von den Medizinmännern im Süden des schwarzen Erdteils seit Jahrhunderten eingesetzte Pflanzenknolle Hypoxis rooperi bei Prostata-Beschwerden wirkt.

Die soeben bekannt gewordenen Ergebnisse gehen auch in der Bundesrepublik unzählige Männer an. Patienten, die an Entzündungen oder Vergrößerungen ihrer Prostata leiden, die sich oft jahrelang mit Beschwerden beim Wasserlassen herumquälen und deshalb Arzneimittel mit dem Wirkstoff des afrikanischen Männerkrautes schlucken. Hier ist in den Apotheken immer häufiger das Präparat Triastonal gefragt.



Die Hypoxis rooperi-Pflanze wird bei den Eingeborenen Südafrikas seit Urzeiten als »Männerkraut« geschätzt.

Ein Leiden ab fünfzig

Fündig auf der Suche nach den Hintergründen des Hypoxis rooperi-Effekts wurden Wissenschaftler der Abteilung Klinische Endokrinologie an der Universität Freiburg. Sie arbeiten mit namhaften deutschen Urologen zusammen.

Die Mediziner untersuchten und behandelten 33 an einer gutartigen Vergrößerung ihrer Vorsteherdrüse – medizinisch: Adenom – erkrankte Männer. Bei ihnen stießen die Mediziner auf den Wirkungsmechanismus der sogenannten Prostaglandine. Das sind Gewebshormone, die bei Entzündungsvorgängen im Organismus verstärkt auftreten und häufig an der Auslösung des Krankheitsprozesses beteiligt sind. Auch an der Entstehung des Adenoms – einem der häufigsten Leiden bei Männern ab dem 50. Lebensjahr. Auch bei ihnen – so war schon aus früheren Untersuchungen bekannt – kommt es zur vermehrten Bildung von Prostaglandin.

Die entscheidende Erkenntnis der Freiburger Forscher: der Wirkstoff des afrikanischen Männerkrautes ist imstande, die überschüssige Produktion von Prostaglandinen zu bremsen. Der Einsatz des Hypoxis rooperi-Wirkstoffs – das geht aus dem Untersuchungsbericht von Professor Dr. Hans Peter Zahradnik hervor – führt zu einer deutlichen Senkung des Prostaglandin-Gehalts im Prostata-Adenom-Gewebe. Und zwar nach zwölfwöchiger Behandlung.

Ansteigen des Harnflusses

Damit erklären sich nun auch die aufsehenerregenden Behandlungserfolge, die deutsche Ärzte schon seit Jahren beim Einsatz von Triastonal erzielen. Nach der Erprobung des Wirkstoffes an mehreren tausend Patienten in der Bundesrepublik berichtete die angesehene Fachzeitschrift »Ärztliche Praxis«: Bei den Patienten kam es zu einem signifikanten Ansteigen des Harnflusses. Die Beschwerden beim Wasserlassen besserten sich in 89 Prozent der Fälle. □

Kneippen Sie sich in den Schlaf

Wie man sich bettet, so schläft man. Bevor Sie sich ruhelos herumwälzen, empfiehlt Ihnen die Billerbek-Schlafforschung diese alte Weisheit zu beherzigen und Ihr Bett öfter einmal einer Inspektion zu unterziehen: häufige Ursache vieler Schlafstörungen ist nicht »schlafgerechtes« und überaltetes Bettzeug. Bevor sie zu Schlafmitteln greifen, sollten Sie es einmal mit Kneippschen Anwendungen probieren: Schlummertee aus Heilkräutern, Wassertreten, Baden mit Essenzen aus dem großen Kräutergarten der Natur und vieles mehr sind ebenso einfache wie wirkungsvolle natürliche Schlafhilfen ohne schädliche Nebenwirkungen.

Es ist bekannt, daß die üblichen Schlafmittel ähnlich wie chemische Narkotika wirken und die für die Entspannung so wichtige Traumphase unterbinden. Es tritt keine wirkliche »Entmüdung« ein – so nennt man die Wirkung des Schlafes, die uns am Morgen frisch und munter sein läßt. Schlafmittel sollten nur im äußersten Notfall und nie über einen längeren Zeitraum genommen werden.

Ein Bad mit Baldrian und Melisse

Die Kneipp'sche Naturheilkunde kann zu erholsamem Schlaf einiges beitragen. Das beliebte Wassertreten steht an erster Stelle (Gegenanzeige nur bei arteriellen Durchblutungsstörungen). Auch kalte Wadenwickel helfen; durch die langsame Erwärmung stellt sich ein angenehmes, schlafförderndes Gefühl ein.

Außerdem kann man ab und zu vor dem Schlafengehen ein warmes Bad mit beruhigendem Zusatz von Baldrian oder Melisse nehmen (Achtung: kreislauflabilen Menschen werden Dreiviertel- oder Halbbäder empfohlen, weil der hydrostatische Druck sehr belastend ist). Die Temperatur sollte nicht mehr als 36 Grad betragen. Ein heißes Bad am Abend wäre ein grober Fehler.

In der Kneipp'schen Naturheillehre spielen im Sinn einer gesamtmedizinischen Betrachtung noch viele andere Faktoren eine Rolle, die den gesunden Schlaf mitbeeinflussen können, wie die psychische Verfassung, gesunde Ernährung, Bewegung und entsprechende körperliche Ermüdung sowie die beruhigende Wirkung von Heilkräutern. Da auch Streßsituationen die Schlafbereitschaft weitgehendst beeinflussen, ist es wichtig zu wissen, daß sogenannte Streßtrainingspflanzen (zum Beispiel Ginseng, Eleutherokokk und Kava-Kava) eine gewisse Abwehrbereitschaft des Organismus gegen Streßsituationen bringen und außerdem die Altersvorgänge bremsen können.


Bettausstattungen aus biologisch behandelter Schurwolle sind die besten Voraussetzungen für gesunden Schlaf.

Biologische Aktivität der Schurwolle

Eine wichtige Empfehlung des Kneipp-Bundes sind Rheumalind-Bettausstattungen aus naturbelassener, biologisch behandelter Schurwolle, entwickelt nach den Erkenntnissen der Billerbeck-Schlafforschung. Sie ergänzen wirkungsvoll die Kneipp'schen Anwendungen und schaffen so bessere Voraussetzungen für gesunden Schlaf und ein ideales Schlafklima.

Durch die biologische Aktivität der naturbelassenen Rheumalind-Schurwollen können die Hautfunktionen, die auch in der Kneipp'schen Naturheillehre eine wesentliche Rolle spielen, unterstützt werden. Bekanntlich schwitzt der Körper in der Nacht am meisten; bis zu dreiviertel Liter Feuchtigkeit sind pro Nacht von der Bettausstattung aufzunehmen.

Bedenkt man, daß auch heute noch jede Bettausstattung durchschnittlich älter als 17 Jahre ist, wird verständlich, warum so viele Menschen schlecht schlafen. Biologisch behandelte Schurwolle nimmt jedoch nicht nur Feuchtigkeit schnell auf, sondern transportiert sie auch schneller als jede andere textile Faser oder gar Federbetten an die Luft weiter und neutralisiert Geruchs- und die giftigen Schadstoffe, die mit der Transpiration ausgeschieden werden.

In der Schlafforschung hat man herausgefunden, daß sich diese Entgiftungsfunktion der Wolle nach ungefähr 6 bis 7 Jahren erschöpft. Dann haben sich ihre biologischen Eigenschaften verbraucht, auch wenn die Decken als solche noch verwendbar sind.

Wegen des hervorragenden Feuchtigkeitstransportes und der guten Wärmeisolation, durch die ein ideales, trockenes Schlafklima entsteht, sind Rheumalind-Unterbetten und -Matratzenauflagen im Winter und im Sommer wichtig auf Schaumstoff- und Federkernmatratzen. Ohne sie entsteht schnell auf der Liegefläche ein Feuchtigkeitsfilm, der zu Unterkühlungen und Verspannungen führen kann. Geradezu unerläßlich sind Schurwollunterbetten für kreislauflabile und rheumakranke Menschen.

Einige Schlaftips

Kein schweres Essen, aufregende Bücher oder Fernsehen vor dem Einschlafen. Zu viel Alkohol fördert nicht die Bettschwere, sondern verhindert, wie Schlaftabletten, die für die Entspannung so wichtige Traumphase. Mehr als 0,4 Promille sollten es nicht sein. Ein Schlaftrunk mit Honig, Melisse oder Baldrian wirkt auch manchmal Wunder.

Kneippanwendungen wie Wassertreten, kalte Wadenwickel, warme – nicht heiße – Kräuterbäder sind ebenso einfache wie wirkungsvolle Schlafhilfen. Der Wunsch sich »fitschlafen« zu müssen, kann Einschlaffaktor Nr. 1 sein. Besser: Kuscheln und an etwas Schönes denken.

Das Schlafzimmer soll eine Insel der Geborgenheit sein, gemütlich eingerichtet, warme Farben, und die Schlaftemperatur sollte nicht zu kalt sein. 16 Grad Celsius ist die ideale Schlaftemperatur. □

Mit Therapiesonnen gegen Schuppenflechte

Weltweit leidet jeder Fünfzigste – in der Bundesrepublik rund 1,5 bis 2 Millionen Menschen – an Psoriasis (Schuppenflechte). Je größer die Distanz zum Äquator, um so mehr Menschen werden von dieser noch immer unheilbaren Krankheit befallen. Es ist offensichtlich, daß es die Sonne ist, die eine sehr gewichtige Rolle im Kampf gegen die Schuppenflechte spielt.

Die Ursache der Psoriasis ist noch immer nicht eindeutig geklärt. Fest steht lediglich, daß die Veranlagung für diese Krankheit vererbt wird. Plötzlich auftretende, vermehrte Zellteilung in der Keimschicht führt zu den für die Psoriasis typischen Hautveränderungen und teilweise unerträglichem Juckreiz.

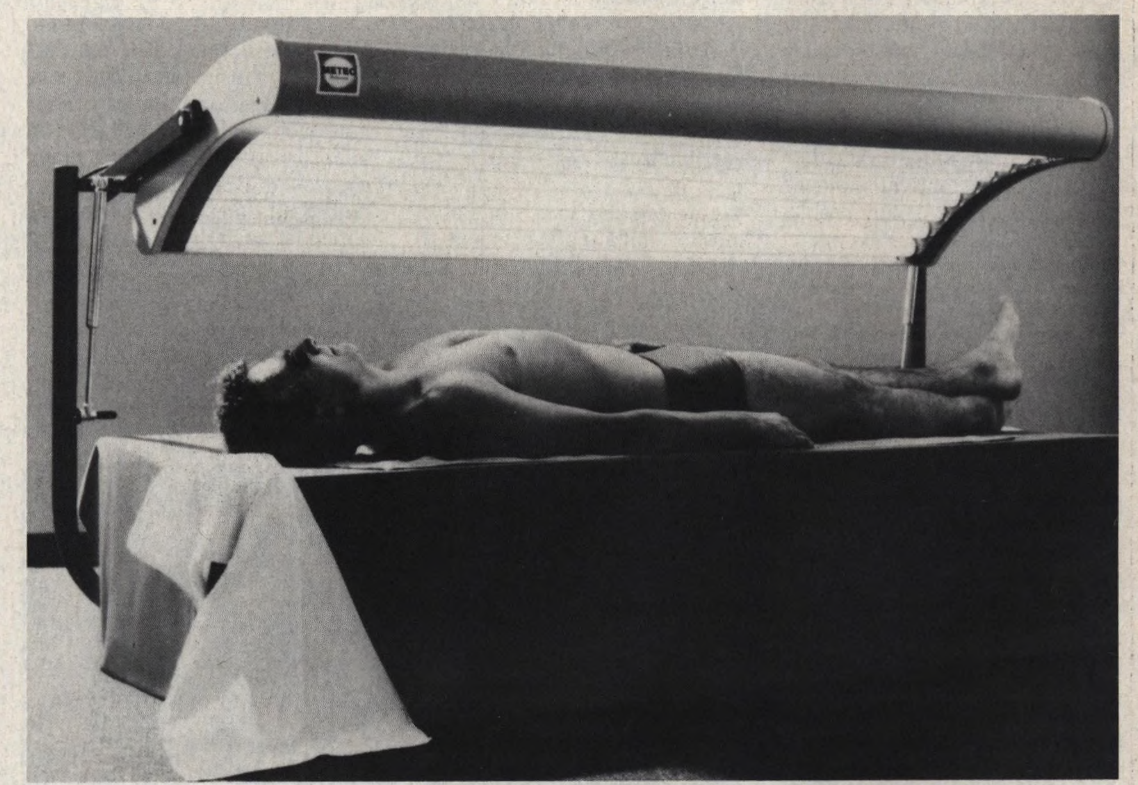
Eine nicht ansteckende Krankheit

Die Zellteilung erfolgt beim Psoriatiker bis zu siebenmal schneller als beim Gesunden. Auf der Haut bilden sich rote Flecken, silberglänzende Schuppen, Eiterbläschen oder Geschwüre. Psoriasis kann in jedem Lebensalter auftreten. Manchmal sind nur Teilbereiche, oft jedoch ist der ganze Körper befallen. Die Krankheit ist zwar nicht ansteckend, führt jedoch die Psoriatiker – bedingt durch die sehr unangenehmen Begleiterscheinungen und die unabsehbare Krankheitsdauer – oftmals in die Isolation.

Energiereiche Süd- und Sommerwinde helfen den Betroffenen, sich vom Psoriasis-Befall zu befreien. Und, wie wir heute wissen, handelt es sich nur um einen Teil-Bereich der ultravioletten Sonnenstrahlen, der die Herde abklingen läßt und somit für die Sonnentherapie relevant ist. Da die Sonne in unseren Breiten im wirksamen Bereich zu energieschwach und daher für die Betroffenen wenig nützlich ist, muß sie künstlich erzeugt werden und den Psoriatikern zur Verfügung stehen.

Beim Arzt oder Zuhause, um regelmäßig Sonnenbäder applizieren und somit Rezidive vermeiden zu können: Die Metec-Therapiesonne erfüllt diese Anforderungen. Dieses therapeutische Bestrahlungsgerät emittiert ein Sonnenstrahlen-Spektrum, das dem der Sonne in Israel am Toten Meer sehr ähnlich ist und ohne zusätzliche Medikation Erfolgsquoten bei Psoriatikern von mehr als 90 Prozent aufweisen kann.

Seit sechs Jahren sind die Metec-Therapiesonnen in Kliniken, bei niedergelassenen Dermatologen und bei Betroffenen zuhause im Einsatz. Internationale medizinische Gutachten und Erfahrungsberichte von Tausenden von Heimanwendern bestätigen den Erfolg. Durch die Möglichkeit der Heimbestrahlung soll der Arzt nicht umgangen werden, sondern die Behandlung durch ihn eingeleitet beziehungsweise überwacht werden.



Dieses therapeutische Bestrahlungsgerät hat ein Sonnenstrahlen-Spektrum, wie die Sonne am Toten Meer.

Zu Hause kuren wie am Toten Meer

Da jedoch als Erhaltungstherapie nach Abklingen des Psoriasis-Befalls oft wöchentliche »Sonnenbäder« erforderlich sind, scheint es sinnvoll, daß die Betroffenen zuhause bestrahlen können. Damit entfällt die oft weite Anreise zur ärztlichen Behandlung und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten wie das Fernbleiben vom Arbeitsplatz oder von der Schule.

Neben den nachweisbar großartigen Behandlungserfolgen trägt die Metec-Therapiesonne in sehr hohem Maße zur Kostendämpfung bei. Teure Klinikaufenthalte, unzählige Medikamente, Kuren am Toten Meer können weitestgehend eingeschränkt werden, zumal die gigantischen Zahlen von Behandlungskosten ja nur für kurze Dauer Hilfe bringen.

Die Psoriasis, unheilbar und die häufigste aller schweren Hautkrankheiten, kann mit einer Therapiesonne in Heimbestrahlung, unter Kontrolle des Arztes, sinnvoll bekämpft werden sowie weniger Leiden und Kosten verursachen. Eine Therapie, die in ihren Folgen nicht schädlicher ist als in Maßen genossene Sonnenbäder in Südsonne, hilft allen Betroffenen und Beteiligten. □

Nach Angaben des Herstellers kann zuhause vier Wochen auf Probe gesonnt werden. Vertrieb der Geräte erfolgt direkt durch die Firma Metec GmbH, Buttermelcherstraße 15, D–8000 München. Sie erhalten von dort auch weitergehende Information.

Der Mensch krank an Gemüt und Seele

Herbert Stiller

Was die Öffentlichkeit im allgemeinen über Tierversuche erfährt, ist der Spitze eines riesigen Eisberges vergleichbar. Das Thema Tierversuch gehört zu einem der dunkelsten Punkte unserer Kultur. Mit der Begründung »Tierversuch ist Menschenschutz« oder »Kein Fortschritt für den Menschen ohne Tierversuch« werden laufend Millionen von Tieren in den Tod geschickt, dem Verstümmelung, Angst und Schmerzen vorausgegangen sind.

Sehr viele Produkte, die wir im Alltag verwenden, sind mit Tierversuchen verbunden. »Im Tierversuch getestet« soll Sicherheit suggerieren. Doch wie steht es in Wirklichkeit mit dieser Sicherheit und dem Schutz für den Menschen? Ich will einmal bei der Medizin beginnen. Aus dem Tierversuch verspricht sie sich die Lösung zahlreicher Probleme. Die Wissenschaft versteigt sich zu der Vorstellung, mit Hilfe der Tierversuche die Krankheiten des Menschen zu besiegen.

Wie sehen die Ergebnisse der Tierversuche in der Realität aus? Obwohl wir uns der Versuchstiere in immer bestürzenderer Weise bemächtigen und zusehends mehr Versuchstiere verbrauchen, sind wir dabei weder gesünder noch zufriedener geworden.

Im Gegenteil, die Krankheiten, insbesondere die chronischen, nehmen laufend zu. Die psychosomatischen, psychosozialen und seelischen Leiden sind gewaltig im Vormarsch. Noch nie wurde das soziale Netz der Krankenkassen so stark belastet wie heute. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann es an der Überbeanspruchung zerreißt.

Bei den heutigen Zivilisationskrankheiten, die inzwischen auf etwa 90 Prozent aller Krankheiten geschätzt werden, bringen die Tierverusche keine nennenswerten Ergebnisse, da diese unter anderem keine ursächliche Behandlung einer menschlichen Krankheit ermöglichen. Ein sehr vereinfachtes Beispiel mag andeuten, was unter ursächlich zu verstehen ist.

Wenn zum Beispiel ein Patient infolge anhaltender ungelöster Konflikte an seinem Arbeitsplatz schmerzhafte Magensymptome entwickelt, liegt die Ursache seiner körperlichen Beschwerden im seelischen Bereich. Wird nun lediglich ein chemisches Medikament eingesetzt, kann zwar das Symptom Magenschmerz vielleicht vorübergehend unterdrückt werden. Die Ursache, das seelische Problem, bleibt jedoch bestehen. Es kann schließlich zur Bildung von Magengeschwüren kommen, die operativ entfernt werden müssen.



Konrad Lorenz erforschte das Verhalten der Tiere und lernte dabei sogar die »Sprache« einiger Tierarten.

Versuchstier ist und bleibt der Mensch

Die Erfahrungen der psychosomatischen Medizin zeigen, daß sich in solchen Fällen nach gewisser Zeit neue Geschwüre bilden können. Die Behandlung und Gesundung der Seele läßt sich nicht mit chemischen Mitteln erzwingen. Wo die Seele in ihrer Not körperlich reagiert, muß sie selbst Hilfe erfahren im psychotherapeutischen Gespräch. Erst die Behandlung der Ursache – die Lösung des ungelösten und verdrängten Konflikts – bringt Heilung und damit Befreiung vom Symptom Magengeschwür.

Es gibt heute kaum noch Krankheiten, an deren Entstehen und an deren Auslösung nicht auch seelische Faktoren entscheidend beitragen. Bei bis zu 80 Prozent aller Krankheiten ist mit einer seelischen Beteiligung zu rechnen. Sollte dies nicht zu denken geben – auch im Hinblick auf symptombekämpfende Medikamente aus dem Tierversuch?

Allen Beschwichtigungen zum Trotz wissen wir, daß die meisten Tierversuche Angst und Schmerz bedingen, oft qualvoll sind, und daß Millionen von Tieren sinnlos getötet werden; denn das eigentliche Versuchstier ist und bleibt der Mensch!

Es ist nicht wahr, daß das Versuchstier den Menschen davor schützt, Versuchskaninchen zu sein. Erst am Menschen läßt sich ein neues Medikament in seiner Wirkung und in seinen Eigenschaften allmählich kennenlernen. In unseren Kliniken werden sämtliche Medikamente am kranken Menschen getestet, bevor sie in den Handel kommen.

Die Reaktionen des menschlichen Körpers sind nicht mit denselben Maßstäben zu erfassen wie beim Tier. Zudem gehören die menschlichen Patienten verschiedenen Altersstufen an und leiden oft an mehreren nebeneinander bestehenden Krankheiten, die einander gegenseitig beeinflussen oder bedingen. Dazu kommt, daß beim menschlichen Patienten seelische Faktoren in entscheidender Weise in das ganze Krankheitsgeschehen eingreifen.

Vereinfacht könnte man sagen: Je harmonischer die Seele, desto besser vermag der Körper seine Abwehrfunktionen gegen krankmachende Einflüsse zu erfüllen. Wo das seelische Empfinden in Einklang steht mit dem Handeln, und wo das Mit-Sein eine größere Rolle spielt als das Haben-Wollen, kann sich die Seele auf Ziele einstellen, die dem Wohlergehen aller dienen. Wo das Haben-Wollen als Begierde auf materielle Befriedigung unersättlich weiterwuchert, entsteht eine Egozentrik, der die wertvollsten seelischen Kräfte zum Opfer fallen. Liebe, Mitgefühl und Barmherzigkeit sind zu billigen und belächelten Schlagworten degradiert worden.



Die seelische Haltung ist wegweisend

Es sind aber gerade diese Eigenschaften, die dem Menschen Erfüllung bringen und Zufriedenheit schenken. Sie bilden, Hand in Hand mit einer gesunden und natürlichen Ernährung, eine Gesundheitsvorsorge und Gesunderhaltung, die kein einziges Tieropfer fordert. Aber auch in der Krankheit ist unsere seelische Haltung wegweisend.

Krankheit und Tod sind ein Bestandteil menschlichen Lebens.

Wo eine Krankheit nicht mehr zu heilen ist, vermag sie dennoch einen Sinn zu erfüllen und beitragen zu einer Reifung, die der Seele zum Heil wird und innere Freiheit schafft. Die seelische Verwirklichung und Vollendung unseres menschlichen Lebens wird unserem ganz persönlichen Sterben – auch in der Zeit einer zum Tode führenden Krankheit – zum Durchbruch in eine neue und größere Dimension verhelfen.

Wo der Mensch seine seelisch-geistige Entwicklung zugunsten einer intellektuell-verstandesmäßigen Spezialisierung vernachlässigt, nehmen Furcht und Angst vor dem Sterben zu. Diese Angst wird verdrängt und wird sichtbar in menschlichem Größenwahn und dem Versuch, alles zu leugnen oder zu zerstören, was dem menschlichen Geist Grenzen setzt.

Auch im Tierversuch spielt der seelische Faktor – gerade in der Beziehung zwischen den am Tierversuch beteiligten Personen und dem Versuchstier – eine große Rolle. Nur eine völlig andere! Für das Versuchstier gibt es keine Hoffnung auf das Leben – wenn es ausgedient hat, wird es getötet. Diese Tatsache prägt unabwendbar die innere Haltung jener Menschen, die mit dem Versuchstier zu tun haben.

Die Beziehung zum Tier im Labor steht der Arzt-Patientenbeziehung sowohl in der tierärztlichen Praxis als auch in der humanmedizinischen Praxis diametral entgegen. Sie muß es, denn die Menschen, die mit dem Versuchstier umgehen, sind seelisch einem unlösbaren Konflikt ausgeliefert, wenn sie eine vom Gemüt her bestimmte Beziehung eingehen zum Tier, dem sie Leid zufügen müssen. Ein Versuchstierforscher sagte mir: »Wenn das Tier auf den Tisch kommt, sind alle meine Gefühle automatisch ausgeschaltet. Ich habe dann keine Beziehung mehr zum Tier als einem solchen. Es wäre mir sonst unmöglich, wissenschaftlich zu arbeiten!«

Noch einmal zusammenfassend zu der Problematik von im Tierversuch getesteten Medikamenten: In der Klinik nehmen kranke Menschen ein Medikament ein, während die Tiere im Versuch erst krank gemacht werden müssen. Eine menschliche Krankheit wird am Tier simuliert, das heißt, es werden künstlich Krankheitssymptome erzeugt. Die Schlußfolgerung ist logisch und einfach: Symptome können auch nur symptomatisch behandelt werden – die krankmachenden Ursachen jedoch bleiben bestehen.

Nebenwirkungen als Zeitbombe

Manche schwerste Schädigungen eines Medikaments mit dem Siegel »Im Tierversuch tausendfach erprobt«, zeigen sich erst viel später, wenn es längst aus der Phase des klinischen Versuches hinaus ist. Nicht selten sind es die praktischen Ärzte, die ihre Patienten meist über viele Jahre hinweg beobachten können, die allmählich auf schwere Nebenwirkungen aufmerksam werden. Sie verfügen über eine Langzeiterfahrung, die in einer Klinik nicht zu verwirklichen ist.

Doch wenn die Zusammenhänge zwischen Schädigungen und einem bestimmten Medikament nicht mehr zu leugnen sind, kann es noch Jahre dauern, bis es endgültig aus dem Handel gezogen wird. Die Wissenschaft richtet sich nach dem, was meßbar und deshalb zu beweisen ist. Doch viele Nebenwirkungen sind erfahrungsgemäß noch nicht meßbar, viele sind einer Zeitbombe vergleichbar. Manche Bombe wird erst in unseren Nachkommen zum Zünden kommen.

Mancher Leser mag sich besorgt fragen, wer denn die Verantwortung zu tragen habe angesichts einer Entwicklung, die unaufhaltsam in derselben Richtung weiterläuft. Wir werden darauf zurückkommen.

Es ist längst überfällig, Irrtümer aufzudecken, die schon Abermillionen von Tieren einen des Menschen unwürdigen Tod gebracht haben. Und es ist an der Zeit, die Tierversuche abzuschaffen. Sie sind ein Schandfleck und ein Mahnmal, das uns allen anhaftet.

Die Parole »Tierversuche als Menschenschutz« ist in allen wissenschaftlichen Beziehungen und in den industriellen Konzernen ein Alibi für trügerische Versprechungen, die auf einem riesigen Berg verstümmelter und vom Leben zum Tod beförderter Mitgeschöpfe beruhen.

Aber auch in der Massentierhaltung wird das Tier in seinem kurzen oder längeren Leben in einen Dienst des Menschen gezwungen, der viele empfindliche Menschen, die sich dem Elend der Tiere nicht verschließen können, zum Vegetarier werden lassen. Manche verzichten vorerst nur deshalb auf Fleischnahrung, weil sie um ihre Gesundheit besorgt sind.

Ihr Boykott ist schon ein wichtiger und großer Schritt – wenn ihn viele tun – um der vorherrschenden Massentierproduktion in allen Gebieten der Nutztierhaltung ein Nein entgegenzusetzen. Nur wo der Absatz nicht mehr gewährleistet ist und finanzielle Verluste auf dem Spiel stehen, können Verantwortliche zum Handeln gezwungen werden. Der heutige Mensch verzeichnet einen Fleischkonsum, der denjenigen des Durchschnittsmenschen vor hundert Jahren um ein Vielfaches übersteigt.

Wir sind in allen Lebensbereichen maßlos geworden. Dies zeigt sich auch im Fleischverzehr. Und deshalb sind wir mitschuldig an den zum Teil entsetzlichen Zuständen der Massentierhaltung. Die Quittung in Form von Krankheiten, denen bei übermäßigem Fleischgenuß Vorschub geleistet wird – ich denke zum Beispiel an Zusammenhänge bei Darmkrebs –, haben wir schon erhalten. Wir versuchen auch hier Abhilfe zu schaffen, indem wir Medikamente mit uns sogar bekannten Nebenwirkungen einem persönlichen Maßhalten oder einem Verzicht vorziehen. Das Schlukken von Pillen kommt unserer Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit entgegen.

Das Vergessen und Nicht-Sehen-Wollen

Wer das trostlose Leben der meisten Schlachttiere aus Massentierhaltungen aus eigener Anschauung kennt und einen Schlachthof in Betrieb gesehen hat, muß entweder sein Mitgefühl für diese ärmsten Geschöpfe abtöten oder den Entschluß fassen, Vegetarier zu werden. Etwas anderes bleibt ihm nicht übrig.

Der Mensch ist nun einmal ein ganzheitliches Wesen, bestehend aus Leib, Seele und Geist, die untrennbar miteinander verbunden sind und sich gegenseitig beeinflussen. Man kann die Seele nicht fein säuberlich trennen vom Körper oder umgekehrt. Seelische Reaktionen auf unser Leben und Handeln, insbesondere auf unsere Gefühle, können zwar unterdrückt werden, so daß sie scheinbar aus unserem Bewußtsein verbannt sind.

Nichts kann ohne eine Wirkung zu haben, verloren gehen. Was scheinbar nicht mehr wahrgenommen oder sogar vergessen scheint, wird aufbewahrt. Das »Vergessen« oder »Nicht-Sehen-Wollen« von Notständen, die unsere Mitgeschöpfe anbetreffen, schützt uns nicht wirksam genug, um uns den Tatsachen auf die Dauer verschließen zu können. Es mag uns zwar scheinbar im Alltag gelingen, indem wir gedankenlos und ohne bösen Willen auch jene Produkte kaufen (zum Beispiel Kosmetika und Pelzbekleidung), die vielen unschuldigen Tieren einen angstvollen und schmerzvollen Tod gebracht haben.

Dennoch erhebt in unseren tiefsten Schichten unseres seelisch-geistig bedingten Seins eine höchste Instanz Einspruch. Wird ihre mahnende Stimme zum Schweigen gebracht, ohne daß wir unsere Einstellung revidieren und unser Handeln entsprechend ändern, verkümmert unsere Seele allmählich. Unsere Gefühle für Angst und Schmerz anderer Wesen stumpfen ab und berühren uns mit der Zeit kaum mehr. Wir gewöhnen uns rasch an ihre Not und an ihr Sterben. Geht es uns nicht oft so, daß wir im Fernsehen die schlimmsten Nachrichten mitansehen können, ohne daß unsere »Ruhe« oder unser Tagesablauf erheblich aus dem Gleichgewicht geraten?

Im Laufe der Jahrhunderte sind der Wissenschaft unzählige Irrtümer unterlaufen, doch der blinde Glaube an die Errungenschaften moderner Forschungsmethoden bleibt hartnäckig erhalten. Es hat den Anschein, als habe der Gott der Religion dem Gott der Wissenschaft weichen müssen. Die Wissenschaft verteidigt leidenschaftlich ihre Freiheit in Forschung und Lehre. Diese Freiheit wird sich nie vertragen mit den Grenzen, die die Ethik dem Menschen auferlegt.

Tierversuche

Der Mensch krank an Gemüt und Seele

Die Gewöhnung an das Töten

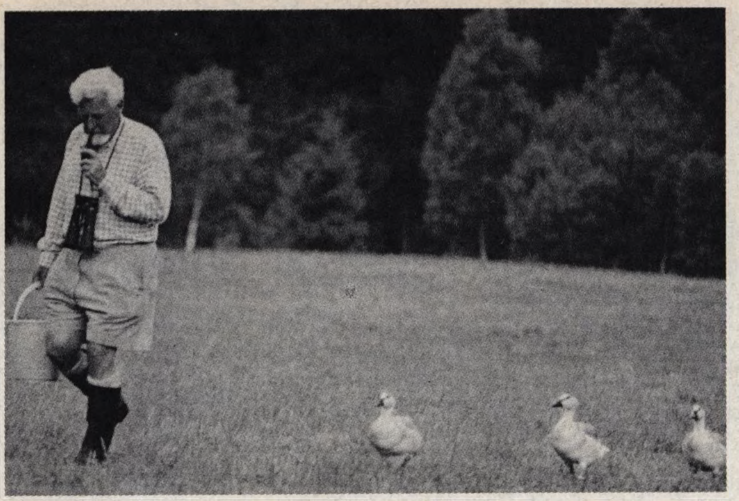
Erinnern wir uns, daß zum Beispiel Albert Schweitzer in eindringlicher Weise die »Ehrfurcht vor dem Leben« gefordert hat. Wo diese belächelt und als überholt betrachtet wird, ist der Legalisierung des Tötens der Weg bereitet. Von Natur aus hat der Mensch eine Tötungshemmung. Die Gewöhnung an das Töten tötet nicht nur die Liebe zu allem Lebendigen, sondern auch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit.

Der letzte Krieg veranschaulicht in unleugbarer Weise, zu welchen grausamsten Taten der Mensch fähig ist, wenn er seine Tötungshemmung überwunden hat. Das Mitgefühl, das sich spontanerweise regt beim Menschen angesichts von Schmerzen und Ängsten eines Mitgeschöpfes, kann umschlagen in Zerstörungslust und Sadismus in allen Variationen. Der Phantasie des Menschen sind bekanntlich keine Grenzen gesetzt.

Ein zeitgenössischer Philosoph vertritt eine These, die in beklemmender Weise der Realität entspricht: »Wo die Liebe fehlt, ist nicht einfach nichts – wo wir das Loch vermuten, keimt der Sadismus.«

Der Sadismus des heutigen Menschen tritt nicht nur offen zutage in der Tier- und Menschenquälerei. Er verhüllt sich zum Teil hinter verfeinerten und von Wissenschaft und Regierung sanktionierten und legalisierten Techniken. Denken wir zum Beispiel nur an die Erfindung neuer Waffen und deren zunehmend schrecklicheren Wirkungssteigerungen. Sie entspringt menschlichen Gehirnen, die sich andauernd mit Zerstörungsmöglichkeiten beschäftigen müssen.

Wo beseeltes Leben dem angeblichen Fortschritt geopfert wird, ist das Ende von Zerstörung und Krieg nicht abzusehen. Wo die Gedanken andauernd mit einem realen oder irrealen möglichen Gegner beschäftigt sind, bleibt kein Raum für den Frieden und die mit ihm allein verbundenen Möglichkeiten der Entfaltung und Verwirklichung tragender mitmenschlicher und mitgeschöpflicher Beziehungen.



Es gelang Konrad Lorenz, Gänseküken zu lehren, ihn als »Mutter« zu akzeptieren.

Der äußere Friede kann nur dort entstehen, wo der innere Friede in jedem einzelnen Menschen bereits Wirklichkeit geworden ist. Der Verlust des inneren Friedens und die Gefährdung unseres Lebens in seiner Ganzheit sind der Preis für die gewissenlose Ausbeutung der Tiere.

Selbst wenn Tierversuche sich dem Menschen als nützlich und hilfreich erwiesen, müßten sie aus ethischen Gründen dennoch abgelehnt werden.

Geradezu beklemmend wird die Tatsache, daß die christliche Kirche – von Ausnahmen abgesehen – beharrlich schweigt, wenn sie sich zu Tierversuchen äußern soll. Handelt es sich um Gleichgültigkeit oder besteht sogar eine Interessenkollision innerhalb der Kirche selbst?

Menschliche Passivität und Verantwortungslosigkeit

Ich beklage die menschliche Passivität und das Abschieben von Verantwortung auf Politiker und Wissenschaftler. Einer der größten Trugschlüsse besteht darin, daß der heutige Mensch glaubt, niemandem mehr Rechenschaft schuldig zu sein und nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden zu können. Der Mensch strebt nach Macht und schirmt sich mit ihrer Hilfe ab vor Kritik und Angriffen jener, die nicht bereit sind, sich unterzuordnen. Wir brauchen nur die aktuellen Wahlkämpfe zu verfolgen, um unverblümt die Wahrheit darüber zu erfahren, wie die großen politischen Parteien mit ihrer Verantwortung im Namen ihrer Wähler umgehen.

Um zu den Tierversuchen zurückzukommen: Die Politiker werden erst dann etwas Wirksames gegen die Tierversuche unternehmen, wenn sie unter dem Druck des Bürgers befürchten müssen, nicht mehr gewählt zu werden.

Es ist mir ein Anliegen, nochmals auf die Passivität aufmerksam zu machen, die tödliche Folgen für Mensch und Tier und für alles von Leben Erfüllte auf dieser Erde haben kann.

Möge jeder einzelne Mensch in seiner unnachahmbaren Individualität aus der Passivität erwachen und sich der persönlichen Verantwortung für die vom Menschen ausgebeutete Tierwelt von neuem bewußt zu werden. Wo Millionen von einzelnen Menschen sich vereint einsetzen für ein Verbot der Tierversuche, wird sich der Gesetzgeber dem Wissen des verantwortungsbewußten Einzelnen beugen müssen.

Zum Schluß möchte ich noch Konrad Banner, einen evangelischen Theologen, der sich mit Umweltpolitik befaßt, zu Wort kommen lassen:

»Menschen kreuzigen Tiere. Sie quälen sie, zerstückeln sie, räumen sie aus dem Weg, verurteilen ganze Arten zum Tode. Tierversuche schreien gen Himmel, viele Millionen jährlich, die meisten auch beim mildem Maßstab unnötig und sinnlos. Beagle-Hunde zum Beispiel erleiden bei Strahlungsversuchen Verbrennungen, Knochenmarkkrebs und Knochentumoren. Katzen durchtrennt man das Rückenmark, Hunden die Stimmbänder. Affenköpfe erhält man isoliert am Leben. Wer fragt nach den Schmerzen, nach den Todesängsten?

Bei der Massentierhaltung in der Landwirtschaft kommt es vor, daß sich Legehennen, auf engstem Raum zusammengepfercht, gegenseitig auffressen; man darf sogar laut Gerichtsbeschluß von einer KZ-Haltung sprechen. Offensichtlich macht es Mühe, noch Worte zu finden, die das Leiden zutreffend beschreiben können. Bei der Waljagd explodieren Sprengladungen im Innern der Säugetiere. Wegen gefragter Farbtönungen werden systematisch verkrüppelte Nerze gezüchtet. Lockvögeln brennt man mit einer glühenden Rasierklinge die Augen aus.

Der Karfreitag der Tiere hat kein Ende

Schauermärchen? Sensationelle Ausnahmen? Nichts weniger als das. Es geht nicht an, die Schuld auf einige wenige abzuwälzen, ihr Treiben als ›tierisch‹ zu bezeichnen, damit der Mensch noch einmal mit weißer Weste davonkommt. Diese Grausamkeit ist nicht ›bestialisch‹ oder ›viehisch‹, sie ist menschlich. Sie umgibt uns. Von ihr leben wir zum Teil. An ihr scheinen wir zugrunde zu gehen. Denn das Leiden der Schöpfung hat ein Ausmaß erreicht, das Golgatha täglich vergegenwärtigt.

Man denke nur an die Ölpest, das Bild des ölverschmierten Vogels mit weit aufgerissenem Schnabel, der gerade zum Symbol für das von der Technik verursachte Leiden der Kreatur geworden ist. Zwanzigtausend tote Seevögel hat man beim Tankerunglück in der Bretagne gefunden. Und auch das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einem unermeßlich größeren Martyrium.

Der Karfreitag der Tiere hat noch lange kein Ende!« □

Dr. med. Herbert Stiller ist Facharzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie.

Alternative Methoden fördern

Hans-Jürgen Stutzer

Bundesregierung und Koalition sind sich einig, daß noch in diesem Jahr das Tierschutzgesetz novelliert und damit verbessert werden muß. Es ist zu erwarten, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen Novellierungsentwurf dem Bundeskabinett vorlegen wird, so daß in der zweiten Jahreshälfte die Bundestagsgremien mit den parlamentarischen Beratungen beginnen können.

Die Novellierung wird unter anderem dazu führen, daß es in der Bundesrepublik künftig wesentlich weniger Tierversuche gibt. Dieses Ziel kann aber nicht allein mit einer Verschärfung der Genehmigungsverfahren erreicht werden, es müssen vielmehr auch die nationalen Rechtsvorschriften, die Tierversuche vorschreiben, dem neuesten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse, aus denen sich Möglichkeiten zur Einschränkung von Tierversuchen ergeben, angepaßt werden.

Errichtung einer Datenbank

Dabei wird auch sorgfältig zu prüfen sein, ob künftig in bestimmten Bereichen – wie zum Beispiel bei der Prüfung dekorativer Kosmetika oder von Tabakerzeugnissen – ganz auf Tierversuche verzichtet werden kann.

Sichergestellt werden muß auch die gegenseitige Anerkennung tierexperimentell gewonnener Daten auf internationaler Ebene. Grundlagen wurden hierfür bereits durch eine Harmonisierung der Anforderungen auf EG-Ebene sowie durch die OECD-Grundsätze für Gute-Labor-Praxis geschaffen. Auch im Rahmen des Europarates ist eine entsprechende Regelung in den Entwurf eines Übereinkommens zum Schutz von Versuchstieren aufgenommen worden.

So sieht Artikel 29 des Übereinkommens-Entwurfs vor, daß zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen von Verfahren zur Einhaltung nationaler Bestimmungen über Gesundheit und Unbedenklichkeit jede Vertragspartei, soweit möglich, die Ergebnisse, die auf dem Staatsgebiet einer anderen Vertragspartei erzielt wurden, anerkennt. Das reicht aber noch nicht aus und muß weiter ausgebaut werden.

Vorrangiges Ziel sollte auch die Vermeidung von Doppelversuchen sein. So wurde immer wieder die Errichtung einer Datenbank auf europäischer Ebene gefordert, da nur so die unsinnigen Doppelversuche weitgehend ausgeschaltet werden können. Eine Datenbank wirft viele Rechtsprobleme, insbesondere auf dem Gebiet des Datenschutzes, auf, die aber bei allseitigem Willen lösbar sein sollten.

Forschungen zum Ersatz von Tierversuchen

Ein besonderes Schwergewicht ist auf die Förderung alternativer Methoden zur Unbedenklichkeitsprüfung zu legen, die künftig Tierversuche ersetzen. Auf diesem Sektor ist in der Vergangenheit zu wenig getan worden. Die Politiker haben daher nicht nur die Aufgabe, ein optimales Tierschutzgesetz zu schaffen, sie haben vielmehr sich auch darüber Gedanken zu machen, wie die Entwicklung sogenannter Alternativmethoden künftig wirkungsvoller gefördert werden kann.

Alle privaten Initiativen sind hier zu begrüßen. Reichen sie jedoch nicht aus – und das scheint nach den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen der Fall zu sein –, muß überlegt werden, ob ein Fonds zur Förderung von Alternativmethoden auf freiwilliger Basis geschaffen wird oder aber ob – wie in den USA beabsichtigt – die Unternehmen und Institutionen, die Tierversuche durchführen, eine Abgabe zahlen müssen, aus der dieser Fonds gespeist wird. Die Förderung von Alternativmethoden kann nicht nur als eine staatliche Aufgabe angesehen werden.

Es wird nicht verkannt, daß in einigen Teilbereichen bereits heute erfreuliche Fortschritte erreicht wurden. So ist zum Beispiel dem Bundesgesundheitsamt gelungen, Zellkultur-Verfahren für die Prüfung von Gelbfieberimpfstoffen und für die Diagnostik und Kultivierung von Tuberkuloseerregern zu entwikkeln, die ebenso bereits in der Praxis eingeführt sind wie der vom Bundesgesundheitsamt entwickelte Radioimmunassay zur Bestimmung von Hormonrückständen im Kalbfleisch, wofür früher Tierversuche vorgenommen werden mußten.

Auch Tierversuche zur Prüfung von Bakterientoxinen in Lebensmitteln konnten durch molekularbiologische Techniken an Bakterienkolonien ersetzt werden. Erfolgversprechend sind die Forschungen des Bundesgesundheitsamtes zum Ersatz von Tierversuchen durch Prüfungen an bebrüteten Hühnereiern beziehungsweise Zellkulturen.

Darüber hinaus wird in dem Programm der Bundesregierung zur Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit (1983 bis 1986) auf die Notwendigkeit hingewiesen, das gegenwärtige Verfahren hinsichtlich des erforderlichen Umfangs von Tierversuchen sowie die Methoden im Hinblick auf die Zahl der eingesetzten Tiere und die Aussagefähigkeit zu überprüfen. So werden zur Zeit Forschungen über Alternativmethoden auf dem Gebiet der Embryotoxikologie sowie zur Verbesserung der Prüfungsverfahren zur Bestimmung der akuten Toxizität und Mutagenität gefördert. Ebenso sind im Rahmen des Biotechnologie-Programms über die geförderte Zellkultur-Forschung hinaus Alternativmethoden für die sich aus dem Gesundheitsschutz ergebenden Fragestellungen zu entwickeln.

Nach meiner Überzeugung werden wir den Tierschutz auf nationaler Ebene weiter voranbringen und damit auch international ein deutliches Zeichen zur Verbesserung der Stellung des Tieres in unserer Gesellschaft setzen. □



Nur unter dem Druck der Bürger sind Politiker bereit, etwas Wirksames gegen Tierversuche zu unternehmen.

Hans-Jürgen Stutzer ist Bundestagsabgeordneter der CDU.

Stirbt der Storch aus?

Vor fünfzig Jahren gab es in den Ländern des jetzigen Bundesgebietes noch 4407 brütende Storchenpaare. 1983 waren nur 770 Horste besetzt. Der Internationale Rat für Vogelschutz will in diesem Jahr eine neue und detaillierte Bestandsaufnahme des Weißstorches vornehmen lassen. Dessen Schutzwürdigkeit wird zur Zeit dadurch betont, daß er zum »Vogel des Jahres« gewählt wurde. □

Feuer frei auf Känguruhs

Wer die springenden Beuteltiere nur aus dem Zoo kennt, kann sich schwerlich vorstellen, daß sie in ihrem Heimatland Australien begehrtes Jagdwild sind. Allein im vergangenen Jahr wurden drei Millionen von ihnen erlegt. Für dieses Jahr wurde die Abschußquote auf immerhin zwei Millionen Tiere begrenzt. Australische Landwirte sehen in dem pflanzenfressenden Känguruh einen »Schädling«, dessen Dezimierung ihnen nur recht sein kann. Doch auch der Export von Känguruhfleisch spielt wirtschaftlich eine Rolle. 1983 wurden fast eine Million Kilo ausgeführt, davon etwa die Hälfte in die Bundesrepublik. □

Tieropfer können vermieden werden

Um die Wirksamkeit eines Tollwutimpfstoffes während der verschiedenen Produktionsstufen zu kontrollieren, mußten bisher pro Untersuchung etwa 480 Mäuse geopfert werden. Der Marburger Forscher Dr. Rudolph Barth hat nunmehr einen Reagenzglastest entwickelt, der die notwendigen Ergebnisse ohne Tierversuche liefert. Seit diese Methode in einem Pharmaunternehmen angewendet wird, wurden über zweitausend Stoffe getestet, wofür früher fast 180 000 Mäuse ihr Leben lassen mußten – Tieropfer, die jetzt nicht mehr nötig sind.

Dr. Barth erhielt für das von ihm entwickelte Verfahren den hierfür bestimmten Forschungspreis des Bundesgesundheitsministeriums, der erneut ausgesetzt wurde, um weitere Methoden zu finden, durch die Tierversuche vermieden werden können. □

Datenbank für Tierversuche

Das Für und Wider von Tierversuchen beschäftigt nicht nur die Bundesrepublik, das Problem wird europaweit gesehen. Die Bundesregierung befürwortet eine »Studie über die Durchführbarkeit und den Bedarf der Schaffung einer europäischen Datenbank über Tierversuche zu toxikologischen Zwecken im Hinblick auf die Reduzierung derartiger Tierversuche in der Gemeinschaft«. Mit dem Untersuchungsergebnis wird zum Jahresende gerechnet, es soll die Grundlage für die Einschätzung der Erfolgsaussichten werden.

Eine gegenseitige Anerkennung tierexperimentell gewonnener Daten auf internationaler Ebene wäre eine wirksame Maßnahme zur Einschränkung von Tierversuchen, erklärte Staatssekretär Werner Chory vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit im Bundestag. Grundlagen dafür wurden bereits geschaffen, beispielsweise durch das Richtlinienwerk der Europäischen Gemeinschaft für Arzneimittel, Chemikalien und kosmetische Mittel sowie durch die OECD-Grundsätze für »Gute-Labor-Praxis«.

Die Bundesrepublik ist darüber hinaus der Auffassung, daß die Zulassung alternativer Methoden zur Unbedenklichkeitsprüfung zu fördern ist. Inwieweit andere Versuchsmethoden den gleichen Grad an Zuverlässigkeit wie Tierversuche haben, hängt vom Einzelfall ab. □

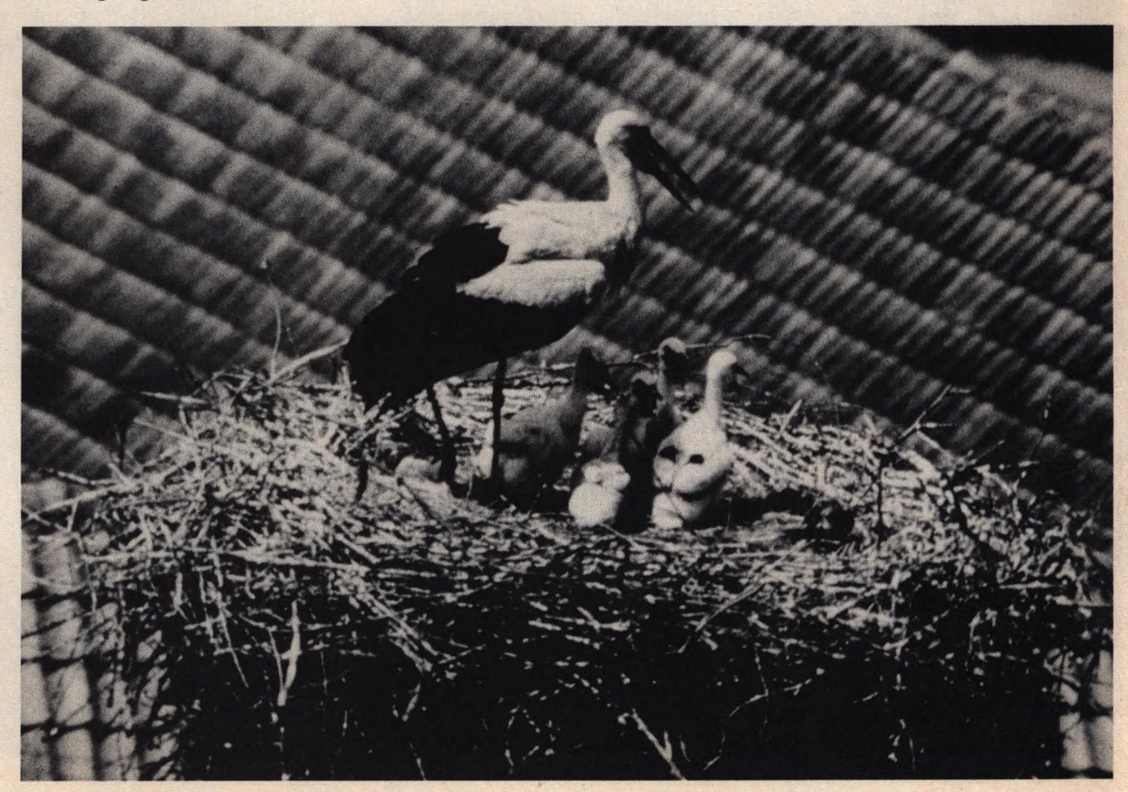
Statistik über Versuchstiere

In der Bundesrepublik Deutschland werden nach Schätzungen der Bundesregierung jährlich etwa sieben Millionen Versuchstiere verwendet. Dabei stellen die Nagetiere den größten Anteil an diesen Tieropfern. Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Tierschutzgesetzes sei die Verpflichtung zu entsprechenden statistischen Angaben vorgesehen, um einen Gesamtüberblick zu erhalten und die Öffentlichkeit über Zweck, Umfang und zahlenmäßige Entwicklung der Tierversuche unterrichten zu können. □

Tierversuche für ein Mistelpräparat

In der Zeitschrift für Anthroposophie, Kunst und soziale Dreigliederung »Lazarus« erschien kürzlich ein Aufsatz von Armin Alles mit dem Titel »Tierversuche mit einem Mistelheilmittel?« Aus dem Aufsatz geht unzweideutig hervor, daß der Verein für Krebsforschung in Arlesheim (Schweiz), als Auftraggeber, bei der Tierfarm AG in Sisseln (Schweiz) Tierversuche mit Mäusen durchführen läßt, um »gültigen Vorschriften« nachzukommen, damit »die Registrierung des Iscadors in der Schweiz wieder erneuert« wird.

Wörtlich heißt es in dem Aufsatz: »Die Verantwortlichen nähmen es ganz bewußt auf ihr Gewissen, dem Wohl Tausender



1984 ist das Jahr des Weißstorches. Der unvermindert rückläufige Bestandstrend in weiten Teilen Mitteleuropas, insbesondere aber der anhaltende Storchenrückgang in Bayern haben die Arten- und Vogelschützer dazu veranlaßt.

von Menschen eine Reihe von Mäusen zu opfern«.

Aus dem Aufsatz ist weiter zu entnehmen, daß der Auftraggeber der erwähnten Tierfarm 180 Mäuse zur Verfügung gestellt hat. Es wurde sozusagen in »Mäusepassagen« – wie der so trefflich verhüllende naturwissenschaftliche Fachausdruck lautet – vom obigen Verein für Krebsforschung in Arlesheim an die Tierfarm AG abgeliefert.

Diese Tierversuche haben offensichtlich bei vielen anthroposophischen Ärzten Aufsehen erregt und unter anderem auch bewirkt, daß von seiten der Weleda in Schwäbisch Gmünd eine Stellungnahme erfolgte, sie hätte noch nie einen Auftrag zu Tierversuchen gegeben. Eine ähnliche Stellungnahme von der Weleda in Arlesheim ist jedoch nicht erfolgt. □

»Weißer Ring« unterstützt Tierversuche

Indirekte Unterstützung von Tierversuchen hat der Bundesverband der Tierversuchsgegner dem Verein »Weißer Ring« vorgeworfen. Die Tierschützer kritisierten, der »Weiße Ring« habe einem Hamburger Versuchstierhändler einen vierstelligen Betrag als Ausgleich für 400 Meerschweinchen zukommen lassen, die von unbekannten Tierversuchsgegnern befreit worden waren. »Geldleistungen an Versuchstierhändler bedeuten eine Parteinahme für Tierversuche«, erklärte der Bundesverband. Damit sei der Arbeit und dem Ansehen des »Weißen Ringes« ein »denkbar schlechter Dienst« erwiesen worden.

Die Tierschützer forderten den »Weißen Ring« auf, die an den Versuchstierhändler gezahlte Summe in vollem Umfang zurückzuverlangen. Es könne nicht Aufgabe einer gemeinnützigen Hilfsorganisation sein, Gewerbetreibende zu unterstützen, »die aus fragwürdigen Geschäften mit Lebewesen Kapital schlagen«. Mit der Spende an den Tierhändler habe der »Weiße Ring« ein wirtschaftliches Unternehmen subventioniert, was einer Verwendung von Vereinsmitteln für satzungsfremde Zwecke entsprechen könne.

Der Bundesverband der Tierversuchsgegner, der rund 20 000 Mitglieder vertritt, betonte, es liege ihm fern, illegale Aktionen von Tierschützern zu befürworten. Allerdings müßten Befreiungen von Versuchstieren anders als gewöhnliche Straftaten beurteilt werden, da sie im Gegensatz zu den üblichen Formen der Kriminalität nicht aus niederen Beweggründen, sondern aus ethischen Methoden erfolgten. Es bestehe ein erheblicher Unterschied, ob der »Weiße Ring« einer überfallenen Frau helfe oder ob er Geld an einen Geschäftsmann zahle, der aktiv dazu beitrage, daß Tiere bei umstrittenen Experimenten leiden und sterben müßten. Nach Ansicht der Tierversuchsgegner sind zahlreiche Opfer gewöhnlicher Straftaten auf die Hilfe des »Weißen Ringes« erheblich mehr angewiesen als ein Versuchstierhändler, dem ein Teil seiner »Ware« entwendet wurde. □

Statt Hennen-Käfige jetzt Boden-Haltung

Beim Regierungspräsidenten in Darmstadt war Ende 1982 ein Antrag gestellt, die Errichtung und Inbetriebnahme einer Käfig-Haltung von 16 000 Legehennen zu genehmigen. Nach Bekanntwerden dieses Plans gingen fristgerecht eine Fülle von Einwendungen seitens bekannter Tierschutzverbände und von Bürgern ein. Die vom Regierungspräsidium eingeholten behördlichen Stellungnahmen bei der Stadt und dem Wetterau-Kreis sowie bei hessischen Landesbehörden ergaben, daß die Genehmigungsvoraussetzungen nicht erfüllt waren, weil dem Vorhaben die Bestimmungen des Tierschutzes entgegenstanden.

Der Antragsteller änderte darauf im Frühjahr 1984 seinen Antrag und bat, ihm anstatt der Hennen-Käfige nunmehr die Bodenhaltung von Hennen zu genehmigen. Durch diese Antragsänderung sah der Regierungspräsident die Genehmigungsvoraussetzungen für erfüllt an und gestattete nunmehr die Bodenhaltung von Hennen – allerdings unter Auflagen, die auch den Tierschutz berücksichtigen.

Dieser Vorgang ist erfreulich. Er bedeutet sicherlich den Anfang einer allgemeinen Umkehr von Käfig-Batterien zur artgemäßeren Hennen-Einstallung in Bodenhaltung. Daß die auch hierzulande übliche Hennen-Käfighaltung strafbar und daher verboten ist, haben seit 1979 die mit diesem Problem befaßten Strafgerichte entschieden, so das Oberlandesgericht Frankfurt am Main und zuletzt das Landgericht in Darmstadt. Wer Hennen in Käfigen hält, sei hinreichend verdächtig, gegen das Tierschutzgesetz verstoßen zu haben, das Tierquälerei unter Strafe stellt. □

Wildrettung ist keine Weidgerechtigkeit

Die löbliche Aktion des Deutschen Jagdschutz-Verbandes, junge Rehe, Hasen, Fasane und Rebhühner retten zu wollen, verdeckt wiederum, daß Jäger einerseits und Natur- wie Tierschützer andererseits vom Grunde her völlig unterschiedlich eingestellt sind.

Denn was den Jäger zur Rettung motiviert, geht aus ihren Schriften und Plakatierungen hervor: Die Sorge am Erhaltenbleiben von Jungrehen und Hasen. Dieser Gesichtspunkt bisheriger »Hege« entspringt also vorwiegend ökonomischem Nutzdenken. Die Beutestecke von »Nutzwild« soll nicht durch Mähmaschinen beschnitten werden. Deswegen finden sich nur Hinweise auf das zu rettende »Wild«.

Dem eigentlichen Natur- und Tierschützer kommt es aber auf den jagdlichen Beutewert eines Tieres überhaupt nicht an; ihm sind alle Tiere in völlig gleicher Weise fürsorgebedürftig und werden ausschließlich aus ökologischer Gesamtschau erfaßt. Deswegen wird beispielsweise ein Frosch nicht weniger schutzbedürftig empfunden als ein kapitaler Hirsch, ein Igel oder eine Natter oder eine Eidechse nicht weniger als ein Reh, Hase oder Fasan.

Und so erscheint die Erfolgsmeldung der Kreisgruppe Husum vom Jahre 1983 als außerordentlich lückenhaft, ja jägertypisch, wenn dort von geretteten Rehkitzen, Junghasen, Fasanen, Rebhühnern und Enten vermeldet wird, nicht aber auch von sonstigen wildlebenden Tieren. Wurden letztere überhaupt beachtet? Mit der heutigen Jagd- und »Hege«-Praxis ist heutigem Verständnis nicht mehr zu genügen. Auch mit »Wildrettung« kann die überholte Weidgerechtigkeit nichts mehr ausrichten.

Denn: Wildrettung ist gut, umfassender Tierschutz aber – auch und besonders im Bereich der Landwirtschaft – ist das Zeichen der Zeit. Wer Junghasen retten will, darf nicht gleichzeitig ganze Würfe von Jungfüchsen vernichten oder Nester ausschießen. Denn sonst wird sein Handeln zwielichtig. □

Ein Sieg für den Artenschutz

Extensiv genutzte Teichflächen haben oft eine herausragende Bedeutung für den Artenschutz. Solch Gebiete für bedrohte Pflanzen und Tiere zu erhalten, wird in einer Zeit dauernder Nutzungsintensivierung immer schwerer. Von den 650 höheren Tieren, die in der Bundesrepublik Deutschland vorkommen, ist jedes zweite auf Feuchtgebiete angewiesen. Von 89 feuchtgebietsabhängigen Vogelarten stehen 73 auf der »Roten Liste«, woraus sich ein eklatanter Mangel an geeigneten Feuchtbiotopen ableiten läßt.

Der Landesverband für Vogelschutz in Bayern versucht daher seit langem, dem Verlust an derart hochwertigen Feuchtlebensräumen nach Kräften entgegenzuwirken; durch Pacht, durch Nutzungsvereinbarungen und bei akut gefährdeten, besonders wertvollen Altteichen, auch durch Ankauf. Über 120 Hektar Wasserfläche mit Verlandungszonen wurden in den letzten Jahren auf diese Weise gesichert und zum Teil durch entsprechende Biotoppflege verbessert. □



Kanarienvögel werden mit Parasiten verseucht, um Mittel zur Bekämpfung der Malaria zu erforschen.

Tierversuche

Sexuelle Wüstlinge

Milly Schär-Manzoli

Der Engländer Stephen Hales hatte im Jahr 1730 einem Frosch den Kopf abgeschnitten und ihm darauf in die Haut gestochen, wobei er beobachtete, daß das Tier ruckartig die Beine bewegte. Daraus leitete Hales ab, daß bei einem Körper Reaktionen ausgelöst werden auch ohne Mithilfe der Gehirnfunktionen.

Aus den Experimenten von Hales wurden die Theorien über die »Reflexe« (automatische Aktion ohne Mitwirkung des Willens oder Aktion, die durch einen Reiz ausgelöst wird) und die damit zusammenhängenden Verhaltensweisen entwickelt. Die Versuche stützen sich auf das Studium des Nervensystems und die nervlichen Impulse und wurden während des ganzen letzten Jahrhunderts durchgeführt, allerdings ohne jegliches verwertbares Resultat. Sich als Biologen ausgebende Scharlatane hatten vergebens im Gehirn und in der Wirbelsäule herum gegrübelt, indem sie hofften, die Komponenten des Nervensystems ausfindig machen zu können.

Experimente für psychologische Folterungen

Es war der deutsche Wilhelm von Waldeyer, der 1891 dank der Forschung an menschlichen Leichen Klarheit in die konfusen Ideen der Vivisezierer brachte: Das Nervensystem ist ein Zusammenwirken von Nervenzellen und Synapsen (Schaltstelle zwischen Nerv und Muskel); diese lösen sich in ihrer Funktion ständig ab.

Aber leider führte die »neuronische Theorie« dazu, die Experimente bei lebenden Tieren in noch größerem Maße durchzuführen. Diese gipfelten dann in den irrsinnigen Versuchen des Russen Ivan Petrovic Pavlov (1849–1936) an Hunden.

Wenn Pavlov den Hunden zu fressen gab, ließ er vorher das Läuten einer Glocke erklingen. Nach einer gewissen Zeit reagierten die Hunde bereits auf den einfachen Ton der Glocke, indem Speichel floß, wie wenn sie vor dem Fressen stünden. Die Hunde waren dazu gehirnlos gemacht worden und die »Resultate« dieses Experimentes hatten eine einzige praktische Anwendung: Sie dienten der Geheimpolizei der totalitären Regierungen dazu, um diejenigen psychologischen Folterungen einzuführen, die unter dem Namen »Gehirnwäsche« bekannt geworden sind.

Die Experimente von Pavlov sind in der Folge monoton von anderen »Forschern« bei verschiedenen anderen Tieren, ja sogar bei Polypen wiederholt worden. Im Jahre 1967 unternahm sie ein Amerikaner, von Geburt Russe, namens Agranoff, um den biochemischen Mechanismus des Gedächtnisses bei den Fischen zu »studieren«: »Ein Goldfisch wird dahin trainiert, daß er in einem Aquarium gegen eine dunkle Seitenwand schwimmt, sobald sich dahinter eine Lampe entzündet. Wenn er es nicht unverzüglich tut, so erhält er einen elektrischen Schlag. Ins Gehirn des Fisches wird eine Lösung von ›Puromycin‹, ein Antibiotikum, das die Synthese des Proteins unterbindet, eingespritzt. Nach dieser Einspritzung hatte der Fisch vergessen, was er machen mußte.«

Die Verfolgung von Andersgearteten

Die Grausamkeit der Vivisezierer kennt keine Grenzen. Außerdem wird die Arbeit gut bezahlt. Unter den »Forschungen« in bezug auf die Reaktionsfähigkeiten hinterließen insbesondere diejenigen, die das geschlechtliche Verhalten untersuchten, unzählige Opfer. Unter dem Vorwand, die Gründe eines abnormalen sexuellen Verhaltens zu erforschen, wurden die absurde-

sten Experimente an Tieren, aber auch an Menschen, die als »andersgeartet« galten, durchgeführt. Im übrigen wundert es nicht, daß diese Experimente von den zuständigen Regierungen und Gesundheitsorganisationen genehmigt und finanziert worden sind.

Der Mensch, einmal ins bürokratische Räderwerk des »Systems« eingeschaltet, hat neben sich nie das Vorhandensein von Lebewesen geduldet, die als »anders« galten, egal, ob es sich um Menschen oder Tiere handelte. Die Verfolgung von »Andersartigen« ist eine Tatsache, die sich mit einer eindrucksvollen Stetigkeit in der Geschichte jeder Zeitepoche und jeder Nation wiederfindet.

Bei den Opfern handelt es sich stets um alte Leute, Frauen, Kinder, ethnische oder religiöse Minderheiten, Irre, Arme, Kranke und natürlich Tiere. Die verantwortlichen Täter dieser Verfolgungen sind immer bei denen zu suchen, die auf die eine oder andere Art mit der Staatsgewalt eng verbunden sind. Es sind Menschen, die den Apparat brauchen, um sich wichtig und bedeutsam zu fühlen, Personen, die psychologisch unterentwikkelt geblieben sind oder psychisch Kastrierte.

So organisierte zum Beispiel die Kirche die Verfolgung von Hexen, um ihre temporäre Macht zu konsolidieren und dies mit dem Einverständnis der weltlichen Machthaber, die wiederum vor allem daran interessiert waren, »unerwünschte Personen« zu beseitigen, die eventuell die Einheit des Staates angreifen könnten. In der heutigen Zeit unterläßt die Kirche – abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen – jeden Widerstand gegen die Vivisektion.

Verpflanzung von Geschlechtsteilen

Der Vivisezierer ist ein Unhold, der sich – im Vergleich zu anderen Verbrechern – in einer privilegierten Lage befindet: Er kann seine Greueltaten unbestraft ausüben. Er wird sogar dafür bezahlt und zuweilen mit dem Ruhm der Wissenschaft bedacht. Es könnte auch nicht anders sein für einen treuen der »verfassungsmäßigen Macht« Ergebenen. Der Vivisezierer weiß, daß er ohne den Schutz der verfassungsmäßigen Organe und der Gesetze keine Chance hätte.

Somit macht er seine Arbeit auf die »beste Weise«, entsprechend seinen Fähigkeiten. Nachdem seine Arbeit unter den Begriff Vivisektion fällt, zögert er nicht, jedes von ihm gefordete Experiment durchzuführen. Maßgebend ist für ihn nicht das Ergebnis, denn wissenschaftliche Resultate wird es nie geben, und es ist auch nicht die wahre Wissenschaft, die diese Versuche verlangt. Die Wissenschaft wird nur vorgeschoben, um Geld zu machen. Es genügt darum, sich als Wissenschaftler aufzuspielen, der Rest kommt von selber.

Die ersten, die Experimente über das sexuelle Verhalten anstellten, machten sich nicht einmal die Mühe, im Nervensystem die Hintergründe des abnormalen Verhaltens zu erforschen. Sie arbeiteten direkt »am Ort« mittels Verpflanzen von Geschlechtsteilen.

In der Antike sind Verpflanzungen bei Tieren, Sklaven und Kriegsgefangenen vorgenommen worden. Nachdem sie angesichts der Mißerfolge wieder aufgegeben wurden, erfreuten sie sich im letzten Jahrhundert einer unerwarteten Renaissance: Beine, an den Bauch genäht; Magen, am Brustkasten befestigt; die Milz an die Stelle der Leber verpflanzt; Augen herausgetrennt und an den Rücken genäht – absurde Experimente, um nur die schlimmsten zu nennen.

Im Jahre 1894 führte ein gewisser Bertholds die ersten Verpflanzungen von Geschlechtsteilen bei Hähnen durch, wobei er vorgab, der Initiant von Versuchen im Bereich der Endokrinologie (Studium der inneren Sekretion) zu sein. Die lange Reihe von Experimenten Bertholds führten natürlich zu nichts außer einem willkürlichen Gemetzel von Tieren verschiedenster Art, und um anderen Wüstlingen das Weiterführen der »Forschungen« zu garantieren.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Verpflanzungen, nicht nur solcher sexueller Art, die große Mode. In den Jahren 1906 und 1907 amputierten Nussbaum und Zalachas die Geschlechtsteile von Kröten, um sie auf andere Kröten zu verpflanzen. Im Jahre 1911 kastrierten Castle und Phillips junge Hunde, um die Geschlechtsteile auf andere junge Tiere zu verpflanzen, während ein Jahr vorher ein gewisser Steinach 44 ähnliche Experimente bei jungen Mäusen praktizierte.

Verpflanzung von Eierstöcken bei Kaninchen

Alle diese braven Leute gehörten zum Stab von Spitälern und Instituten und »arbeiteten« dort, finanziert mit öffentlichen Geldern. Der größte Teil der Experimente beruhte auf »Autotransplantationen« oder »Isotransplantationen«, die dazu dienen sollten, kastrierte Tiere wieder viril zu machen. Im weiteren strebte man eine sexuelle Umwandlung an.

Im Jahre 1913 beschäftigte sich Steinach in der Hauptsache mit Umwandlungen eines Geschlechts ins andere, indem er männliche Weibchen und weibliche Männchen hervorbrachte und glauben machte, der experimentelle Hermaphroditismus würde eines Tages in der Therapie Eingang finden.

Der Irrsinn dieser Forschungen wurde in unmißverständlicher Weise von einem Vivisezierer, S. Hammerschlag, als wissenschaftlicher Erfolg proklamiert. Es war auch Hammerschlag, der – sich auf die Experimente von Steinach stützend, er hatte Eierstöcke auf kastrierte Jungtiere verpflanzt – in bestem Glauben und mit unbezahlbarem Ernst erklärte, das erreichte »Resultat« liefere gültige Beweise dafür, daß die weiblichen Samendrüsen die »dominierende Eigenschaft des weiblichen Geschlechts« seien.

Das »Resultat«, das von Hammerschlag gelobt wird, hat sicher nicht die endikrinologischen Probleme noch diejenigen des sexuellen Verhaltens gelöst, dagegen aber sicher die praktischen, wenn auch weniger noblen Probleme von einigen Vivisezierern.

In den Jahren 1916 und 1918 wurden Experimente bekannt, die von Godale, Pézard und Knut Sand (Arzt und Dozent an der Universität von Kopenhagen) bei Vögeln durchgeführt worden waren. Es handelte sich darum, Geschlechtsteile von weiblichen Tieren auf andere Weibchen zu verpflanzen, denen vorher diese Organe amputiert worden waren. Und das alles nur darum, um zu sehen, was dann geschehen wird.

Die ersten menschlichen Opfer dieser kriminellen Verirrungen erscheinen in den Jahren 1913 und 1914, als Lespinasse und Lydston menschliche Hoden auf Personen verpflanzten, die von Hodentuberkulose befallen waren, mit Resultaten, die sich jeder vorstellen kann. Andere Opfer gab es im Jahr 1918, als Steinach und Lichtenstern menschliche Hoden auf Homosexuelle verpflanzten, und 1920, als Mühsam diese Operationen bei anderen Homosexuellen wiederholte. Immer mit den gleichen irreführenden Resultaten.

Diese Reihe der sinnlosen »Forschungen« kann weitergeführt werden bis zum heutigen Tag. Allerdings stellt man langsam fest – nach jahrzehntelangen Versuchen –, daß diese Transplantationen, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, nicht nur nichts brachten, sondern auch in Gebiete führten, die weit entfernt waren vom Ausgangspunkt, das heißt, die Gründe eines abnormalen sexuellen Verhaltens zu erkennen.

Wie immer, war es auch hier der Vivisektion nicht gelungen, eine Antwort auf irgendwelche Fragenkomplexe zu geben. Im übrigen waren sich die Vivisezierer vielleicht auch nie genau im klaren über das Ziel und den Zweck ihrer Versuche, weil sie zu sehr damit beschäftigt waren, Tiere und auch Menschen zu massakrieren.

Die Psychologen wären sehr wahrscheinlich zu konkreteren Antworten gekommen, wenn nicht die Vivisezierer unermüdlich interveniert hätten, um gewisse delikate Aspekte zu verdecken und den Fortschritt der Wissenschaft zu hemmen. □

Dr. Milly Schär-Manzoli ist erste Vorsitzende der Vereinigung Tessiner Antivivisektionisten. Sie ist auch Autorin der Schrift »Im Labor sterben«. Die Broschüre erhalten Sie über die Vereinigung Tessiner Antivivisektionisten, Via Ceresio 6, CH–6963 Pregassona.

Briefe

Betr.: New-Age-Bewegung »Die satanische Verschwörung«, Nr. 5/84

In Ihrer Ausgabe ist ein gänzlich diffamierender Artikel über den Lucis Trust erschienen, der von Ihrer Unwissenheit der existierenden Realitäten und Ihrer vorbedingten Denkweise Zeugnis ablegt.

Angst vor Machtverlust und Furcht vor Veränderungen bekräftigen den Haß und die Destruktivität in der Welt. Auch davon ist der Artikel über den Lucis Trust ein Beispiel.

Lucis Trust European Centre, Genf

Betr.: Zeitdokument »Der Orden des Rudolf Steiner«, Nr. 5/84

Jeder zum wachen Denken disponierte Mensch weiß doch, daß nicht nur die »Früchte« der Anthroposophie (Waldorfschulen, Medizin, Dreigliederung des sozialen Organismus, biologisch-dynamische Landwirtschaft, mathematische, geometrische, astronomische, physikalische Denkanstöße) gut sind und entwicklungsfähig wären, sondern daß auch der »Stammbaum« ein durchaus integres Gebilde ist, im Sinne der eigentlichen menschheitlichen Entwicklung.

Auf Grund meiner eingehendsten Studien darf ich behaupten, nichts Helleres, Klareres, Christlicheres – im ursprünglichen, eigentlichen Sinne! – gefunden zu haben als eben die Anthroposophie. Mir ging sie früher auch einmal »auf die Nerven«, als ich sie eben auch noch nicht kannte und nur fixe Vorurteile über sie hegte, statt die heute und gestern herrschende Denkfaulheit zu überwinden.

Es geht dabei allerdings um einen Aufbruch zu einem intensivierten Bewußtsein. Auch Giordano Bruno, Kopernikus, Kepler, Galilei riskierten ihr Leben mit der damals neuen, dreidimensionalen Weltauffassung. Nun geht aber dieser Evolutionsprozeß weiter, über die dritte Dimension hinaus.

Dr. R. Zimmerli, Baden/Schweiz

*

Die »Dreistigkeit«, mit der der verantwortliche Redakteur der »Diagnosen« den 1921 erschienenen Artikel »Der Orden des Rudolf Steiner« von einem Herrn des Namens Heinrich Goesch in dieses Magazin aufnimmt, ist wohl kaum zu überbieten. Da tischt man also einen Artikel aus dem Jahre 1921 dem Leser auf, der zuerst so brav anfängt in normaler Berichterstattung, dann aber bald die Bewußtseinsbrille offenbart, aus der in diese Welt geschaut wird, um dann im Schlußabsatz die ätzende Verengung zu offenbaren, in die man sich im Fühlen und Denken hineinkatapultiert hat.

Was erschreckend ist bei solchen »Berichten«, ist die Bestätigung der Erkenntnis zu sich selber, wie weit der Kampf der Egoismen im Gegeneinander im seelischen Bereich schon gediehen ist und die Verschlimmerung, erlebbar, gerade in gewissen Medien, sich abzeichnet.

Recht tief sind die Menschen schon gefallen im Gegeneinander. Mißtrauen und Selbstherrlichkeit regieren. Was steht dahinter? Die Übersteigerung des Materialismus führt die menschliche Seele in ihrem Empfinden, in ihrer Vernunft-Willigkeit im Denkensbereich in Schwächesituationen, die einer Bewußtseinstrübung gleichkommen. Derart vernebelt, ist keine klare Urteilsfindung mehr möglich, die Innenwelt, das Gewissen verdunkelt, die Eigensucht tritt an die Stelle des ehemals Lichthaften im Menschen, das sich begegnete im Sinne des Miteinander, in der Erkenntnis tiefer Schicksalsverbundenheit aller Menschen untereinander. Welches Schicksal bereiten sich die »freigelassenen« Menschen gegenseitig in der Zukunft?

Wie ein Damoklesschwert hängt diese Frage über unserer gemeinsamen Seelen- und Geisteshaltung. Nicht die geglaubten oder nicht geglaubten Okkultismen führen uns aus unserer häßlichen, lieblosen, selbstbereiteten Seelenblindheit heraus, in gnädiger Vergebung unserer boshaften Taten – nein, wir selber, die Menschen, müssen es tun, im unbändigen Willen des Vertrauens und gegenseitigen »Achtens«.

Herbert Metzger, Pforzheim

Betr.: Der Kommentar »Rapallo 1984?«, Nr. 6/84

Ronald Reagan hat beschlossen, daß das Böse dieser Welt im Ostblock zu finden ist, in einem kalten Land, in dem der Winter früher beginnt, strenger ist und länger dauert. Die Kirche hat uns aber gelehrt, daß der Teufel sich nur im »Warmen« wohl fühlt und daher sicher eher im sonnenüberfluteten Kalifornien Urlaub macht, wie zum Beispiel Mrs. Reagan, als in Rußland.

Auf jeden Fall kann man sagen, die Teufelsfratzen dieser Welt werden – »siegen«. Sie haben nicht nur die größten und meisten Vernichtungswaffen gegenüber den anderen Völkern, da ist der Osten mit eingeschlossen, nein, diese Mafia verseucht auch noch die restlichen Völker der Welt mit den gleichen Mitteln, wie sie die Menschen in ihrem eigenen Land kaputtgemacht haben, die nicht auf ihrer Seite mitkämpfen.

Mit ihrem Geld spielen sie mit Ländern wie mit Bällen. Lassen es je nach belieben aufleben oder verwickeln es in Kriege, notfalls hilft der CIA ein bißchen nach. Nach Möglichkeit wird über geheime Pfade das Nachbarland ebenfalls mit amerikanischen Waffen beliefert, damit man ja doppelt am Tod anderer Menschen verdient. Sind diese Länder schon ziemlich ausgeblutet, nutzt man einen politischen Drahtseilakt, um amerikanische Truppen ins Land zu schleusen. Meist geschieht das sehr geschickt durch vorausgegangene humane Hilfslieferungen, begleitet von amerikanischen Rotkreuzhelfern, die dann laut Propaganda gerettet werden müssen, sie werden dann »Mittel zum Zweck«.

Damit ist das Ziel der Amerikaner erreicht, denn Armut, nichts zum Essen, also ein instabiles Land fördert Prostitution, rauschgifthaftes Siechtum, Verbrechertum und Korruption, das ist genau die Situation, wo sich die Teufelsfratzen wohl fühlen. Hier finden sie den Nährboden, um ihre Mafiosi an die richtigen Schalthebel zu plazieren.

Somit haben sie bis jetzt die halbe Welt unterjocht, nur merken es wenige. Denn die halbwegs intelligenten Völker Europas und Asiens werden durch militärische Pakte in Verantwortung genommen, außerdem würde ein Ausscheren aus diesen sogenannten geborgenen Kreisen sofort einen wirtschaftlichen Ruin nach sich ziehen.

Denn die Amerikaner würden sofort ihre Märkte gegenüber den auflehnenden Staaten dichtmachen. Wenn man weiß, daß Gesamteuropa stark vom Export nach Amerika abhängig ist, kann man sich vorstellen welch ein Chaos sich durch die Arbeitslosigkeit in Europa breitmachen würde. Die meisten europäischen Staatsmänner wissen dies und bewegen sich auf dem schmalen Weg, nur Bundeskanzler Schmidt wagte ein Scharmützel und fand sich unverrichteter Dinge im Straßengraben, indem er die EG-Partner zu mehr Verantwortung für europäische Interessen zwingen wollte. Die FDP stellte sich als Partner voll hinter die Amerikaner und löste auf ihre schmutzige »Art und Weise« die Regierungskoalition auf.

Herbert Mierzwa, Nürnberg

*

Mit Rapallo 1984 in 6/84 haben Sie mir aus der Seele gesprochen! Auch ich bin der Meinung, daß die Sowjets, böte man ihnen die 60 Millionen Deutschen an, dankend ablehnten, weil sie einerseits mit Wahrung des Jalta-Besitzstandes alle Hände voll zu tun haben, andererseits aber die Stalinschen Methoden: »13 Millionen!? Ist das zu viel für eine große Idee?« heute nicht mehr anwendbar sind.

Allerdings werden die USA, bzw. die wirklich Maßgeblichen dort, eine engere Verbindung mit dem Osten mit allen Mitteln, bis zur Atombombe, zu verhindern wissen, denn in diesem Falle würde, kurz vor dem Einlauf, das »one world government« erneut in Frage gestellt.

Dr. Fritz Greiner, Linz



